© by Verlag J. Reents, Hamburg, 1979
1. Auflage 0 - 2.000
Printed in West-Germany
Druck bei Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda
ISBN-NR. 3-88305-026-1

Inhalt

Vorwort 5

Die Rolle Stalins in und nach
der Oktoberrevolution 1917 - 1923 9

Thesen zur Wirtschaftspolitik
der KPdSU unter Stalin 43

Die Moskauer Prozesse 49

Stalinismus und die nationale Frage 66

Stalinkritik
(Ein Diskussionsbeitrag von Lord) 94

Wer sich auf Chrustschows Ebene herabläßt,
macht sich zum Werkzeug
des Revisionismus und Antikommunismus
(Ein Diskussionsbeitrag von Dietrich) 107

Stalins relativ ärmlichen Verdienste wiegen seine
Irrtümer und Verbrechen nicht im geringsten auf
(Brief eines Genossen) 111

Die „Stalin-Frage" und die KP Chinas 121

Der „Neo-Stalinismus" am Beispiel der „KPD/ML" 129

W. I. Lenin
Brief an den Parteitag (Auszüge) 137

Mao Tse-tung
Bei der Unterdrückung der Konterrevolution
muß die Massenlinie der Partei befolgt werden 146

Mao Tse-tung
Bei der Unterdrückung der Konterrevolution
wohlüberlegt, genau gezielt und
unerbittlich zuschlagen 148

Mao Tse-tung
Die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei
und den nichtkommunistischen Parteien 152

Interview mit Charles Bettelheim 154

Vorwort

Die Geschichte der russischen Revolution seit der siegreichen Oktoberrevolution bis zur heutigen „real-sozialistischen" Gesellschaft ist von der kommunistischen Weltbewegung bislang nicht genügend analysiert worden. Die einzige Geschichtsschreibung fußt auf der von J.W. Stalins Sekretären verfaßten Schrift „Geschichte der Bolschewiki – kurzer Lehrgang" und ist trotz scheinheiliger „Stalin-Kritik", der heutigen revisionistischen Machthaber in ihren Grundfesten bis dato nicht erschüttert worden.

Erst in den letzten Jahren machen sich verschiedene Kräfte aus dem Spektrum der Linken daran, Positionen zu erarbeiten. So wächst und gedeiht in rechten Kreisen innerhalb der Linken („Eurokommunisten", Linkssozialisten u.a.) eine Form der „Stalin-Kritik", die in den Fehlern und Entartungen dieser Epoche sozusagen nur die konsequente Fortsetzung des Leninismus sehen. In dessen Grundprinzipien (Diktatur des Proletariats, Demokratischer Zentralismus u.a.) sei die Perversion des „echten marx'schen" Sozialismus schon angelegt gewesen – also fort damit! Andererseits verharrt nahezu das gesamte „ML"-Lager in der unkritischen und unbelegten Position, Stalin sei sozusagen ein „großer Vollender des Werkes von Marx, Engels und Lenin, vielleicht mit einigen kleinen (Schönheits)-Fehlern" gewesen. Auch die vielfach zur Legitimation solcher Haltung bemühte Behandlung der Stalin-Frage in der „Polemik ...." der KP Chinas hilft uns – da völlig unkonkret – nicht weiter.

Wir halten die Stalin-Frage, bzw. die Analyse der Klassenkämpfe in der SU bis zur Machtergreifung des Revisionismus, für eine s u b s t a n t i e l l e Frage jeder revolutionären Bewegung, die heute wieder Masseneinfluß gewinnen und die Völker speziell der westlichen Welt wieder für die sozialistische Idee begeistern will. Ohne diese offenen Fragen offen gestellt und sowohl im innerorganisatorischen Leben wie auch im Verhältnis der Organisation zu den Massen und Massenbewegungen reflektiert zu haben, wird ein solches Ziel nicht zu realisieren sein.

Dieses Buch versteht sich als ein Einstieg in die Diskussion. Die Beiträge geben k e i n e „vereinheitiichten Positionen" des KB wieder,

auch nicht unbedingt die „offiziellen Positionen". In verschiedenen Beiträgen von Genossen der RGW-Kommission des KB sollen hauptsächlich die historischen Fakten zusammengetragen und, soweit möglich, ausgewertet werden. Die anderen Beiträge sind die bislang als Reaktion auf den Appell der Arbeiterkampf-Redaktion eingegangenen Positionen einzelner Genossen.

Die Debatte wird fortgesetzt, weitere Beiträge sind also erwünscht!

RGW-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Nachtrag zum Vorwort

Die RGW-Kommission hat mit ihren hier vorgelegten Untersuchungsarbeiten eine wichtige Pionier-Arbeit für den KB geleistet. Es ist aber zu empfehlen, die einzelnen Artikel k r i t i s c h zu lesen, nicht wissenschafts- und buchgläubig. Nicht nur die zur Zeit Stalins offizielle „Geschichte der KPdSU(B)", sondern auch viele der tendenziös a n t i -„stalinistischen" Arbeiten über diese Zeit sind als historische Quelle nur von eingeschränktem Wert. Namentlich der Artikel zur Behandlung der „Judenfrage" in diesem Buch, der sich (notwendigerweise) fast nur auf die anti-„stalinistische" Sekundärliteratur stützt, scheint uns in einer Reihe von Behauptungen zweifelhaft.

LG des Kommunistischen Bundes

7

Texte zur Stalinfrage

jrv

Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution 1917 - 1923

Dieser erste Beitrag (1) bemüht sich, die wesentlichen Stadien der gesellschaftlichen und innerorganisatorischen Entwicklung in der SU, bzw. KPR darzustellen, von der Oktoberrevolution bis zum Tod Lenins. Das Hauptgewicht liegt dabei auf der Charakterisierung der Rolle J.W. Stalins, bzw. der jeweiligen durch ihn durchgesetzten und maßgeblich bestimmten Politik. Dabei kommt die historische Analyse insoweit zu kurz, als die gesellschaftlichen Prozesse nur insoweit beschrieben werden, wie sie den Hintergrund der zentralen politischen Auseinandersetzung in der KPR ausmachen.

Eine exakte (chronologisch Jahr für Jahr) aufarbeitende Analyse sprengt selbstverständlich den Rahmen dieser Arbeit und wäre auf Basis des deutschsprachigen Materials auch derzeit gar nicht leistbar.

Stalin und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung

Die Oktoberrevolution war der Sturz des Imperialismus im schwächsten Glied seiner Kette. Sie war nicht organischer Abschluß einer den Kapitalismus durchlaufenden Gesellschaft in ihrem Weg zum Sozialismus, sondern die proletarische Revolution siegte scheinbar paradoxerweise dort, wo die denkbar schlechtesten gesellschaftlichen Verhältnisse für einen sozialistischen Aufbau herrschten. Das alte Rußland hatte ca. 85 % Landbevölkerung und ein entsprechend gering ausgeprägtes Proletariat, bzw. eine schwach entwickelte Industrie. Der erste imperialistische Weltkrieg ermöglicht zwar überhaupt die Durchführung der siegreichen Revolution, aber um den Preis der völligen Aushungerung und wirtschaftlichen Zerstörung des Landes.

Erst 1925 wurde beispielsweise der Stand der V o r kriegsproduktion wieder erreicht. Zu alledem kam, daß sofort nach der siegreichen Revolution nahezu alle westlichen Mächte mit vereinten Kräften versuchten, die junge Sowjetmacht wieder zu zerschlagen.

Bis 1920 tobte der Bürgerkrieg, und geordnete wirtschaftliche oder sonstige Planung war nicht möglich. Wir haben diese Entwicklung in der Broschüre „Zur Kritik des realen Sozialismus" in zwei Artikeln über die Oktoberrevolution und die nachfolgende Entwicklung dargestellt und verzichten an dieser Stelle auf Wiederholung (siehe „Schulungshefte des KB Nr. 2").

Uns soll hier lediglich die Rolle, die J.W. Stalin in dieser Zeit gespielt hat, interessieren, da hier sowohl bestimmte spätere Differenzen angelegt sind, als auch bestimmte Konturen des künftigen Führers der KPR zu erkennen sind.

Stalin war in der ersten sowjetischen Regierung dem „ Rat der Volkskommissare", Vorsitzender des Kommissariats für Nationalitätsfragen. In der ersten Zeit nach der Eroberung der Macht war das Kommissariat für Nationalitätenfragen eines der heikelsten, da das alte zaristische Rußland ein gewaltsam zusammengepreßter Viel — Völkerstaat war. Bevor Stalin jedoch die Arbeit richtig aufnehmen konnte, brach die erste Regierung auf Grund des Druckes des rechten Flügels der Bolschewiki (Rykow, Miljutin, Nogin, Kamenew, Lunatscharski, Sinowjew) wieder zusammen, die gegen den Willen Lenins die Bildung einer Koalitionsregierung mit dem linken Flügel der Sozialrevolutionäre erzwangen. Stalin blieb im Amt. Er gehörte darüber hinaus dem neugebildeten Exekutivausschuß des ZK an, der auf Betreiben Lenins wohl als eine Art entschlossener Aktionstrupp als Reaktion auf die Schwankungen vieler alter bolschewistischer Führer gebildet wurde. Dieser Ausschuß bestand aus Lenin, Trotzki, Stalin und Swerdlow. Ferner gehörte Stalin dem inneren Kabinettsrat der Koalitionsregierung an, der aus fünf Ministern bestand: Lenin, Trotzki, Stalin und zwei Sozialrevolutionären.

Als Kommissar für Nationalitätenfragen trat Stalin erstmals auf dem Kongreß der finnischen Sozialdemokraten, drei Wochen nach der Machtergreifung, in Erscheinung. Er vertrat dort die zuvor gefaßte „Erklärung der Rechte der Völker Rußlands", die der Rat der Volkskommissare am 2. November verabschiedet hatte:

„Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, die folgenden Grundsätze zur Richtlinie seines Handelns zu machen:

1. Gleichheit und volle Souveränität der Völker Rußlands.

2. Selbstbestimmungsrecht der Völker Rußlands. Dieses geht soweit, daß sie sich von Rußland trennen und selbständige Staaten bilden können.

3. Abschaffung aller nationalen und national-religiösen Privilegien und Beschränkungen.

4. Freie Entwicklung der nationalen Minderheiten und ethnographischen Gruppen im russischen Staatsgebiet."(2)

Stalin erklärte dementsprechend auf dem Kongreß:

„Volle Freiheit für das finnische Volk wie auch für die anderen Völker Rußlands, ihr Leben sebst zu gestalten! Ein freiwilliges und ehrliches Bündnis des finnischen Volkes mit dem russischen Volk! Keine Bevormundung, keine Beaufsichtigung des finnischen Volkes von oben! Das sind die Grundsätze der Politik des Rates der Volkskommissare."(3)

Am 18. Dezember 1917 erließ die Sowjetregierung ein Drekret über die Unabhängigkeit Finnlands.

Lenin, der die Prinzipien der bolschewistischen Nationalitätenpolitik entwickelt hatte, setzte sicherlich auf die sozialistische Revolution in den nicht-russischen Ländern, die der Zarismus in das großrussische Reich gewaltsam gezwängt hatte, aber er machte ausdrücklich n i c h t die Staats- und Gesellschaftsordung zur Voraussetzung der Gewährung des Rechtes auf Selbstbestimmung. Am 22. Dezember 1917 führte Stalin ganz auf dieser Linie vor dem Zentralexekutivausschuß der Sowjets, dem das Gesetz zur Beschlußfassung vorlag, folgendes aus:

„Wenn wir uns in das Bild, wie Finnland seine Unabhängigkeit erhalten hat, etwas vertiefen, dann sehen wir, daß der Rat der Volkskommissare, ohne es zu wollen, faktisch nicht dem Volke, nicht den Vertretern des Proletariats Finnlands, die Freiheit gegeben hat, sondern der finnischen Bourgeoisie, die durch ein sonderbares Zusammentreffen von Umständen die Macht an sich gerissen (hat)...Man kann über den Rat der Volkskommissare schimpfen, man kann Kritik an ihm üben, aber es wird sich kein Mensch finden, der behaupten könnte, der Rat der Volkskommissare erfülle sein Versprechen nicht, denn es gibt auf der Welt keine Macht, die den Rat der Volkskommissare zwingen könnte, von seinem Versprechen abzurücken. Das haben wir durch die Tatsache bewiesen, daß wir völlig unvoreingenommen an die Forderung der finnischen Bourgeoisie, Finnland die Unabhänigkeit zu gewähren, herantraten...".(4)

Diese Politik wurde auch in den Reihen der Bolschewisten hart angegriffen, als Ausverkauf Rußlands usw. bezeichnet. Am härtestens spitzte sich der Konflikt anhand der Ukraine zu. Die ukrainische provisorische Nationalregierung, die Rada, machte Front gegen die Sowjetmacht.

Ataman Petljura, „Oberbefehlshaber der ukrainischen Wehrmacht", erließ einen Befehl, wonach alle ukrainischen Einheiten die Front verlassen und zur Ukraine zurückkehren sollten. Die Bolschewiki räumte der ukrainischen Regierung zwar auch das Recht ein, eine eigene Armee aufzustellen, weigerten sich jedoch, der Forderung, solange noch Krieg herrscht, nachzukommen. Die Rada ging zudem z.T. mit Waffengewalt gegen die immer stärker auch in der Ukraine an Boden gewinnenden Sowjets vor. Später, während des Bürgerkrieges, verweigerte die Rada der Roten Armee den Durchmarsch.

Stalin nahm diese Entwicklung zum Anlaß, um für eine grundlegende Revision der Nationalitätenpolitik einzutreten. Vor dem 3. allrussischen Nationalitätenkongreß im Januar 1918 sagte er:

„ All dies weist auf die Notwendigkeit hin, das Prinzip der Selbstbestimmung nicht als Recht der Bourgeoisie, sondern als Recht der werktätigen Massen der gegebenen Nation auf Selbstbestimmung auszulegen. Das Prinzip der Selbstbestimmung muß ein M i t t e l im Kampf um den Sozialismus sein und den P r i n z i p i e n d e s S o z i a l i s m u s u n t e r g e o r d n e t sein".(5)

Diese Reaktion, durch eine konkret schräglaufende Entwicklung veranlaßt, gleich grundsätzlich am Prinzip zu rühren, jeweilige andersgeartete

Entscheidungen nicht als Ausnahmen, notwendige Rückschritte etc. zu begreifen, werden wir in der weiteren Entwicklung noch häufiger feststellen können. Daß das Recht auf Selbstbestimmung auf stalinsche Art zurechtgebogen, überhaupt kein Recht mehr ist, ist offensichtlich.

Der Frieden von Brest-Litowsk

Die Entwicklung der russischen Revolution lehrte die Bolschewiki sehr bald, ihre sozialistischen Ideale den Nötwendigkeiten anzupassen.

In den ersten Januartagen 1918 mußte die Verfassunggebende Versammlung auseinandergetrieben werden, weil sie sich weigerte, unverzichtbaren revolutionären Maßnahmen die Zustimmung zu erteilen. Diese waren: das Aufsichtsrecht der Arbeiter über die Betriebe, die Nationalisierung der Banken, die Enteignung der Großgrundbesitzer und der Appell zur sofortigen Eröffnung von Friedensverhandlungen, die Trotzki an alle kriegsführenden Mächte gerichtet hatte.

In der Frage ‚Krieg oder Frieden' entbrannte unter den Bolschewiki selbst ein schwerer Konflikt, der unter dem Stichwort „Brest-Litowsk" (Ort der von Trotzki geführten Friedensverhandlungen) in die Geschichte eingegangen ist. Prinzipiell war man davon ausgegangen, daß auch die westlichen Länder nach dem Motto *„Entweder die Revolution verhindert den Krieg, oder der Krieg produziert die Revolution"* (Lenin) bei Kriegsende von schweren revolutionären Massenkämpfen getroffen sein würden. Aber dies blieb zunächst aus. Die Armee des deutschen Imperialismus zeigte Anfang 1918 immer noch nicht die erhofften Zerfallstendenzen großen Ausmaßes, während — begünstigt durch die Agrarreform — die russischen Bauern aus den Schützengräben liefen, um sich an der Aufteilung der Güter ihrer bisherigen Grundherren zu beteiligen. *„Sie stimmten für den Frieden ... mit den Füßen"* (Lenin).

All dies machte sofortigen Friedensschluß mit dem deutschen Imperialismus erforderlich, wenigstens die Sowjets mußten überleben, wenn der weltrevolutionäre Ansturm ausblieb. Jetzt weiter Krieg zu führen hieße, den Zusammenbruch auch der ersten Sowjetrepublik zu betreiben. Mit dieser Position befand sich Lenin zunächst in der Minderheit. Die Gruppe der sog. „linken Kommunisten" unter maßgeblicher Beeinflussung durch Bucharin war für die Fortführung des Krieges um jeden Preis. Die russische Revolution würde sich „entehren", würde sie dem deutschen Kaiser durch Friedensschluß die Hände frei machen, um die Rätebewegung im eigenen Land zerschlagen zu können. Nur um den Preis der eigenen Haut könne man nicht die Hohenzollern auch noch fremde Länder annektieren lassen — dann lieber auch die eigene Niederlage als ein Leben im Sozialismus der „Schande und des Verrats". Trotzki siedelte sich politisch zwischen den Fronten an. Er überzeugte zeitweilig das ZK, seine nichtssagende Formel „Weder Krieg noch Frieden" anzunehmen, die nichts als der hilflose Ver-

such war, sich um die Wirklichkeit herumzudrücken. Stalin selbst bewegte sich in der Auseinandersetzung wie fast immer zu Lenins Lebzeiten: er trug nichts zur Klärung der Differenzen bei, bezog schließlich im Prinzip Lenins Position. Dennoch sind sehr feine, aber deutliche Nuancen in den Argumentationen für diese Position unverkennbar.

Als am 3. März 1918 Sokolnikow für den abgelösten Trotzki den Friedensvertrag unterzeichnete, sprach niemand deutlicher als Lenin über die „Schändlichkeit" dieses Übereinkommens. Er verglich den Vertrag von Brest-Litowsk mit dem ungerechten Frieden von Tilsit, den Napoleon im Jahr 1807 dem besiegten Preußen aufgezwungen hatte und der fortschrittliche preußische Staatsmänner veranlaßte, eine Staatsreform durchzuführen, durch die der Sieg Preußens im letzten entscheidenden Waffengang vorbereitet wurde. Lenin sah trotz des vorläufigen Rückzuges den revolutionären Krieg in naher Zukunft voraus. Sieht man dagegen die Argumentation Stalins durch, so stimmt er zwar oberflächlich für die gleiche Sache, aber opfert wieder wie schon in der nationalen Frage allzu schnell das revolutionäre Prinzip dem Pragmatismus, den „Erfordernissen der Praxis": *„Es gibt k e i n e revolutionäre Bewegung im Westen, es sind k e i n e Tatsachen vorhanden, die von einer revolutionären Bewegung sprächen... Im Oktober sprachen wir vom heiligen Krieg gegen den Imperialismus, weil m a n (?) uns mitgeteilt hatte (eine bemerkenswerte Formulierung !, d. Autor), allein schon das Wort Frieden würde die Revolution im Westen auslösen. Das hat sich jedoch nicht bestätigt". (6)*

Stalin im Bürgerkrieg

An der Frage Brest-Litowsk zerbrach die Koalition der Bolschewiki mit den Sozialrevolutionären. Im Juni 1918 wurden die Menschewiki und Sozialrevolutionäre als Parteien verboten, den Menschewiki wurde später (November) wieder politische Betätigung gestattet. Im Sommer 1918 verübten die Sozialrevolutionäre mehrere Anschläge.

Jakob Blumkin, linker Sozialrevolutionär, ermordete den deutschen Botschafter Graf Mirbach, um die Bolschewiki wieder in den Krieg mit den deutschen Imperialisten zu treiben. Am 30. August wurden gegen drei bolschewistische Führer Attentate verübt. Lenin wurde verwundet, Uritzki und Wolodarski kamen ums Leben. Die Bolschewiki antworteten mit harten Repressalien gegen die verantwortlichen Organisationen. Stalin war zu dieser Zeit in Zaryzin (späteres Stalingrad) als politischer Kommissar tätig. Er bewies in seiner Reaktion auf die Attentate nicht nur eine besondere Vorliebe für die drastischen Maßnahmen, sondern auch jenes Augenmaß, das politisch Kurzsichtige so an sich haben. In einem Telegramm an Swerdlow schrieb er: *„Der Kriegsrat des nordkaukasischen Militärbezirkes hat von dem verbrecherischen Anschlag bourgeoiser Mietlinge auf das Leben des größten Revolutionärs der Welt, des erprobten Führers und Lehrers des*

Proletariats, des Genossen Lenin, Kenntnis erhalten und beantwortet dieses gemeine, hinterhältige Attentat mit der Organisierung des offenen, systematischen Massenterrors gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten". (7)

Stalins Vorliebe für die ‚Zweckmäßigkeit' wurde im Frühjahr 1918 wiederum an der Frage der Ukraine deutlich. Er legte am 2. April 1918 der Sowjetregierung nahe, unverzüglich Friedensverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen. Die Lostrennung der Ukraine von Sowjetrußland war einer der demütigenden Paragraphen des Vertrages von Brest-Litowsk gewesen. Zum Zeitpunkt des stalinschen Vorschlages hatten die Bolschewisten der Ukraine einen Putsch gegen die Rada durchgeführt und eine Gegenregierung gebildet, die sich auf die ukrainische Sowjetregierung stützte. Die deutschen Generale besetzten die Ukraine schließlich und setzten ihrerseits die bestenfalls „gemäßigt-sozialistische" Rada ab und eine monarchistische Marionettenregierung unter dem Hetman Skoropadski ein. Der Rat der Volkskommissare weigerte sich über einen Monat lang, der stalinschen Forderung nach Friedensverhandlungen nachzukommen, da er die junge ukrainische Sowjetregierung nicht desavouieren wollte. Als sich nun die Frage erhob, ob die Sowjetregierung mit der verhaßten Marionettenregierung Skoropadskis Friedensverhandlungen aufnehmen sollte, hatte Stalin auch diesbezüglich keine Skrupel: *„Im allgemeinen hat sich der Umsturz in der Ukraine bis jetzt nicht negativ auf die Friedensverhandlungen ausgewirkt. Im Gegenteil (!), man kann annehmen, daß der Umsturz in der Ukraine die Möglichkeit des Friedensschlusses zwischen der Sowjetmacht und der ukrainischen Regierung nicht ausschließt."* Durch den Umsturz sei nur die *„vollkommene Hohlheit"* der Rada erwiesen, Skoropadski sei zwar ein offener Konterrevolutionär und eine Puppe in der Hand der Deutschen, aber unter Umständen ein zuverlässigerer Partner für Friedensverhandlungen als die Rada... (8)

Die deutschen Truppen besetzten entgegen dieser Illusionen nicht nur die Ukraine, sie besetzten auch die rein russischen Industriegebiete am Schwarzen Meer, Taganrog und Rostow am Don. Gleichzeitig begannen die Truppen der Alliierten, die noch immer in Kämpfe gegen die Deutschen verwickelt waren, ebenfalls gegen die Sowjetmacht vorzugehen. Die Briten besetzten Archangelsk im Norden und Baku im Süden, amerikanische Verbände gingen in Wladiwostok an Land. Im Süden versuchten die Kosaken Krasnows, nach Norden vorzustoßen und sich mit den weißen Truppen in Kasan zu vereinigen. Im Osten machten ehemalige Kriegsgefangene, meist tschechische Legionäre, mit den Weißen gemeinsame Sache und besetzten binnen weniger Wochen alle strategisch wichtigen Punkte in Sibirien, am Ural und an der mittleren Wolga. Das Gebiet, das die Sowjetmacht kontrollierte, war zeitweilig etwa auf den Bereich des alten Großfürstentums Moskau zusammengeschrumpft. In dieser Situation war einzig die Kriegsführung, der Aufbau der Roten Armee und die Sicherstellung von Versorgung und Nachschub für die Städte und vor allem die Armee von bestimmender Bedeutung in der Politik der Bolschewiki. Lediglich Lenin

blieb in Moskau und zentralisierte mit einigen wenigen Genossen alle Einzelbewegungen des großen Kampfes. Trotzki arbeitete fieberhaft als Kriegskommissar am Aufbau der Roten Armee. Im Sommer 1918 eilte er mit seinem legendären Panzerzug nach Swashsk in der Nähe von Kasan, um die Weißgardisten vom Marsch auf Moskau abzuhalten. Stalin übernahm die ebenso lebenswichtige Aufgabe, die Versorgung der Hauptstadt aufrechtzuerhalten und fuhr deswegen im Juni nach Zaryzin. Studiert man die Telegramme, die Stalin aus Zaryzin an Lenin schickte, so findet man vor allem zwei hervorstechende Merkmale: Eine unnachgiebige Härte in der Sache mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit, koste es was es wolle, seine Aufgaben sicherzustellen und eine Tendenz zum energischen Administrator, der leicht zu Straf- und Zwangsmaßnahmen neigt. Wir können im einzelnen nicht beurteilen, wo hier der Bogen überspannt wurde, dennoch stehen u. E. zwei Dinge fest: Hätte Stalin nicht energisch durchgegriffen, hätte es der Sowjetmacht u.U. das Genick gebrochen. Er war also für seine Aufgaben unstrittig der richtige Mann. Andererseits zeigt uns die spätere Geschichte, daß Stalin nicht nur in Notsituationen die oben beschriebene Art hatte, politisch zu leiten.

Am Tage nach seiner Ankunft bereits berichtete Stalin Lenin telegraphisch seine ersten Eindrücke: Er hätte im Wolgagebiet *„wüste Zustände und Schleichhandel"* angetroffen. Er ließ den für den Handel verantwortlichen Sowjetbeamten verhaften. *„Übermitteln Sie Schmidt (Kommissar für Arbeitsfragen), er solle keine Gauner mehr schicken"*. (9) Er mißbilligte nachdrücklich das *„ultrademokratische Chaos"*, das die Revolution nachgelassen hatte: *„Durch all den Eifer der Unzahl von Kollegien und Revolutionskomitees ist der Eisenbahnverkehr völlig zerrüttet."* Als er einen Monat in Zaryzin war, forderte er für sich besondere militärische Vollmachten. Als Lenin ihm von dem oben geschilderten sozialrevolutionären Putsch berichtete, erwiderte er: *„Es wird alles getan werden, um evt. Überraschungen vorzubeugen. Seien Sie gewiß, daß unsere Hand nicht zittern wird... Ich treibe alle an und schimpfe mit allen, die es verdienen; ich hoffe, daß wir die Wiederherstellung bald erreicht haben. Sie können überzeugt davon sein, daß wir niemanden schonen werden, weder uns noch andere, aber Getreide werden wir trotzdem liefern"*.(10) In dem Telegramm, in dem Stalin besondere militärische Vollmachten forderte, steckte der erste Hinweis auf einen Streit mit Trotzki, der als „Kontroverse von Zaryzin" in die Geschichte einging: *„Wenn unsere militärischen Spezialisten (Schuster!) nicht geschlafen und gefaulenzt hätten, wäre die Linie nicht unterbrochen worden* (Eisenbahnlinie zwischen Zaryzin und den landwirtschaftlichen Gebieten im nördlichen Kaukasus), *und wenn die Linie wiederhergestellt wird, dann nicht dank des Militärs, sondern trotz ihnen"*. (11)

Trotzki hatte die Rote Armee in Windeseile auf die Beine gestellt. Zunächst mit Freiwilligen, dann mit der Wehrpflicht. Er hatte keine andere Wahl, als die militärischen Kommandostellen mit Offizieren der alten zaristischen Armee zu besetzen, die natürlich keineswegs immer zuverlässig wa-

ren. Um von diesen Kräften nicht über die sachliche Kompetenz abhängig zu sein, stellte er jedem Kommandeur einen politischen Kommissar zur Seite. Die linken Kommunisten opponierten dagegen auf das Schärfste. Lenin selbst stand der Kombination von Militärspezialisten und Kommissaren zunächst auch skeptisch gegenüber. Dennoch waren bald – mangels echter Alternative – 40 000 „Spezialisten" eingestellt, bei deren Entlassung die Rote Armee zum Zeitpunkt der Kontroverse unstrittig zusammengebrochen wäre. Lenin bezog in der Auseinandersetzung auf Seiten Trotzkis Position. Dennoch war die neue Heerespolitik, die die alten Partisanenführer zwang, sich einer militärischen Zentralgewalt einzuordnen (nicht selten einem ihrer früheren Gegner unterzuordnen), Quelle ständiger Auseinandersetzungen. Nicht selten waren die Fälle von Sabotage, Überläufertum von einzelnen Befehlshabern, manchmal mit ganzen Truppenteilen, insbesondere dann, wenn die militärischen Aussichten der Sowjetmacht in dem betreffenden Truppenabschnitt schlecht waren.

Zaryzin wurde das Zentrum des Widerstandes gegen die neue Heerespolitik. Der Kommandeur der zehnten Armee war Klim Woroschilow, ein alter Mitstreiter Stalins im Parteikomitee in Baku. Ein anderer Befehlshaber war Budjonni, ein alter Kavalleriewachtmeister, der später der Führer der „Roten Reiterei" wurde und spektakulären Erfolg hatte. Der politische Kommissar war Ordschonikidse, ebenfalls langjähriger Mitstreiter und Freund Stalins. Dieser Kreis weigerte sich, der Befehlsgewalt des Oberkommandierenden der Südfront, Sytin, Folge zu leisten. Die Folge war ein Hagel von Beschwerden über Widersetzlichkeiten Woroschilows und Co. an die Heeresleitung und umgekehrt ständiges Verweisen der Zaryzin-Gruppe auf Fälle von Verrat der „Spezialisten" zur Begründung ihrer Eigenmächtigkeiten. Dies ist u.E. der einzige Fall, wo Stalin sich gegen die Zentralstelle gestellt hat. Dies hatte sicher auch den Grund, daß der Mann, der in diesem Fall die Zentralstelle verkörperte, Trotzki hieß, wenn er auch in diesem Fall Lenins volle Unterstützung genoß. Während Stalin ihn – immer den Positionen Lenins hinterherkriechend – noch vor wenigen Jahren deftig angreifen durfte, Trotzki als *„den Preisboxer mit den falschen Muskeln"*, *„den wortgewandten Schauspieler"*, den *„elenden Kumpan der menschewistischen Liquidatoren"* etc. titulieren durfte, mußte er jetzt mitansehen, wie Trotzki unerhörtes Ansehen durch seine Tätigkeit in der Roten Armee gewann. Offensichtlich kamen hier nicht allein persönliche Differenzen oder Unstimmigkeiten, sondern eine im gewissen Sinne allgemeine Abneigung Stalins gegen die alten Partei-Intelligenzler, die „Weichen", die „Schwätzer" etc. zum Ausdruck, deren praktische Hilflosigkeit bzw. zeitweilige Lähmung etc. er ja schon in dem oben dargestellten Konflikt um Brest-Litowsk leicht spöttisch konstatierte (siehe oben).

Nachdem Stalin also auf sein erstes Telegramm mit dem Ersuchen nach erweiterten militärischen Vollmachten keine Antwort erhalten hatte, sandte er ein zweites, recht ungehaltenes und unverschämtes, hinterher. Wenn Trotzki fortfahre, hieß es da, Leute nach dem nördlichen Kaukasus

und in das Don-Gebiet zu schicken, die das Land und die Menschen nicht kennen, *„... dann kann man mit Sicherheit sagen, daß bei uns in einem Monat im Nordkaukasus alles zusammenbricht, und wir dieses Gebiet endgültig verlieren werden. Mit Trotzki geht dasselbe vor sich wie seinerzeit mit Antonow. Hämmern sie ihm ein, daß ohne Wissen der örtlichen Funktionäre keine Ernennungen vorgenommen werden dürfen!* (eine recht witzige Position bei Stalins eigener Arbeitsweise – siehe vorn, d Aut.) *...Um die Sache fördern zu können, brauche ich militärische Vollmachten. Ich habe schon darüber geschrieben, aber keine Antwort erhalten. Nun gut, dann werde ich eben selbst, ohne Förmlichkeiten, diejenigen Armeebefehlshaber und Kommissare absetzen, die die Sache zu Grunde richten* (!!). *Das gebietet mir die Sache, und das Fehlen eines Papierchens von Trotzki wird mich natürlich* (!) *nicht davon abhalten".*(12)

Trotzki telegraphierte daraufhin folgendes an Lenin: *„Ich bestehe kategorisch auf der Abberufung Stalins. An der Zaryziner Front stehen die Dinge trotz überreichlicher Kräfte schlecht. Woroschilow ist fähig, ein Regiment zu führen, nicht aber eine Armee von 50 000 Mann. Ich werde ihn aber auf dem Kommando der Zehnten Armee in Zaryzin belassen, unter der Bedingung, daß er sich dem Befehl des Oberkommandierenden der Südfront, Sytin, unterstellt. Bis jetzt hat Zaryzin nicht einmal einen Rapport über die Operationen in Kosnow eingesandt. Ich habe verlangt, daß Rapporte über die Erkundungen und Operationen zweimal täglich eingesandt werden. Wenn das Morgen nicht geschieht, werde ich Woroschilow und Minin vor das Kriegsgericht bringen, und mein Beschluß wird als Armeebefehl veröffentlicht werden."* Dieser Drohung gab Woroschilow schließlich nach.(13)

Lenin entsprach der Forderung Trotzkis und löste Stalin in Zaryzin ab. Trotzki hatte freie Hand gegenüber Woroschilow und dieser wurde wenig später in die Ukraine versetzt.

Zum ersten Jahrestag der Oktoberrevolution hatte sich die Situation entscheidend zu Gunsten der Roten Armee gewandelt, dennoch währte der Bürgerkrieg bis in das Jahr 1920 hinein. Wir können hier jedoch die einzelnen Ereignisse dieser Jahre nicht weiter verfolgen, da sie für unseren Zweck nicht so sehr von Interesse sind.

Die nächsten großen Probleme und Fragen wurden erst wieder 1920/21 aufgeworfen, als die Phase des sog. „Kriegskommunismus" beendet war, als von den Requirierungen zur Verwaltung und zur planmäßigen Entwicklung übergegangen werden mußte.

Die Situation zu Beginn der „Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) und die Debatten darum

Mit dem Ende des Krieges hatte die Politik der Bolschewiki eine scharfe Wandlung vollzogen, weg von der vor der Revolution festgeschriebenen programmatischen Äußerungen über proletarische Demokratie etc. und hin zu der Praxis des harten Durchgreifens, der straffen Diktatur, der Requirie-

rungen, der zentralisierten, von oben eingesetzten Leitung usw.

Und das war die Situation: *„Die Revolution hatte ihre Feinde zerschmettert, sie hatte aber auch die meisten ihrer Anhänger verloren... Die gleichen Bauern, denen die Revolution in den Jahren 1918 und 1919 den Sieg zu verdanken gehabt hatte, nahmen 1920 der Regierung gegenüber eine feindselige Haltung ein... Überall im Lande brachen Bauernunruhen aus. Dabei war das Regime nicht einmal der Unterstützung durch die Industriearbeiterschaft sicher... In ihrem Namen wurde die Diktatur ausgeübt... die eifrigsten unter ihnen waren zugrunde gegangen. Die Überlebenden waren müde und hungrig, durch Arbeitslosigkeit und Inflation, bei der die Kaufkraft des Rubels auf den Nullpunkt sank, zur Verzweiflung getrieben. Die Arbeitsleistung der Industrie betrug kaum noch ein Fünftel der normalen Produktion. Die Stahlproduktion war auf fünf Prozent der Vorkriegsproduktion zurückgegangen. In den Fabriken und Werkstätten, die durch irgendein Wunder noch arbeiteten, erhielten die Arbeiter Naturallohn und mußten dann ihre Zeit und Energie damit vertun, daß sie versuchten, die Waren, mit denen sie entlohnt wurden, gegen Lebensmittel einzutauschen. Die Arbeiterklasse wurde im wahrsten Sinne des Wortes deklassiert, sie wurde aus einer geregelten industriellen Umgebung herausgerissen und in das demoralisierende Chaos des Schwarzmarktes geworfen".* (14)

In diesen Wirren kam zunächst allerlei Seltsames an Perspektiven hervor. Im Jahr 1920 setzte sich Trotzki vor dem Jahreskongreß der Gewerkschaften für die Militarisierung der Arbeit ein. Die Gewerkschaften zogen zunächst mit. Angefangen hatte es damit, daß Teile der Roten Armee zu wichtigen Arbeiten eingesetzt wurden, später aber wurden umgekehrt auch Industriearbeiter zu Arbeiten rekrutiert, als ob sie Soldaten wären. So standen die Bolschewiki vor der paradoxen Situation, einstmals die Abschaffung des stehenden Heeres versprochen zu haben und nun selbst Arbeiter nach militärischen Regeln zu rekrutieren.

Blieb ihnen wohl zeitweilig nichts anderes übrig, als so zu verfahren, so priesen sie später teilweise solche Notwendigkeiten als neuen Lebensstil, höchsten Ausdruck der Zivilisation (Bucharin) etc. und verliebten sich in das scheinbar reibungslos funktionierende militärische Reglement für das Leben.

„Das war die große Illusion des Kriegskommunismus. Während Lenin und Trotzki behaupteten, die Arbeitsdienstpflicht mit militärischen Organisationsformen sei eine unvermeidliche Erscheinungsform des Sozialismus, pries Bucharin die galloppierende Inflation und Geldentwertung als den Vorgeschmack einer wirklich kommunistischen, d.h. geldlosen Wirtschaft. Diese Vorstellungen standen im scharfen Gegensatz zu der vorsichtigen Art, mit der sich die Bolschewisten nach der Revolution an die Verstaatlichung der Großindustrie herangemacht hatten". (15)

In diese Zeit utopischer Betrachtungen platzte, während sich der zehnte Parteikongreß im Mai 1921 traf, die Nachricht von einem Aufstand in

Kronstadt. Nach Lenins Worten war *„...das ein Blitz, der die Wirklichkeit besser beleuchtete als alles andere"*.(15) Es war schon bittere Ironie, daß ein Aufstand ausgerechnet in Kronstadt ausbrach, der stärksten Bastion der Bolschewiki 1917. Heimliche Anhänger der Weißen Garden, Anarchisten, sogar Bolschewiki kämpften gemeinsam gegen die Rote Armee, die unter der Führung Tuchatschewskis über das Eis der finnischen Bucht vordrang, um den Aufstand niederzuschlagen. Der Parteikongreß wurde unterbrochen, damit die meisten Delegierten sich am erneuten Sturm auf die Stadt beteiligen konnten.

Die Führer des Aufstandes waren zwar zum Teil Anarchisten, zum anderen Teil Angehörige der „linken Kommunisten" der Bolschewiki; ihre Parolen lehnten sich an die alten bolschewistischen Parolen aus den ersten Tagen der Revolution an. Der Aufstand trug insgesamt ein linksradikales Gepräge, dennoch witterte die Konterrevolution ihre Chance und reihte sich in die Reihen der Aufständischen ein. Solche Konstellation kennt die Geschichte immer dann, wenn eine revolutionäre Bewegung aus sich selbst heraus keine entscheidenden Impulse mehr hervorbringt, wenn zunehmend nichts als die nackte Macht bleibt und diese mehr und mehr zur Aufrechterhaltung der neuen Ordnung ausgebaut, extensiv angewandt wird. Hätten die Bolschewiki auf den Kronstädter Aufstand n u r mit Härte, der Forderung nach unbedingter Disziplin und weiterer Verschärfung des Druckes auf die Massen reagiert, hätte es Lenin passieren können, ebenso wie einst Robespierre unter dem einstimmigen Jubel der Pariser Proleten, des Bürgertums und der Aristokratie auf dem Schinderkarren zur Guillotine gefahren zu werden...

Aber Lenin sah klarer: *„Wir sind zu weit gegangen... wir hatten keine tragfähige Basis... Die Massen haben das gefühlt, was uns selber nicht klar bewußt war, daß nämlich der direkte Übergang zu sozialistischen Formen, zur rein sozialistischen Güterverteilung über unsere Kraft ging. Wenn wir nicht imstande wären, uns zurückzuziehen und uns auf einfachere Aufgaben zu beschränken, dann könnte ein böses Unheil drohen"* (17). Dies war der Beginn der NEP, der neuen ökonomischen Politik. Sie wurde, nahezu allein von Lenin konzipiert und trotzdem fast ohne einleitende Debatten – unter dem Eindruck des Kronstädter Aufstandes – an die Stelle des alten Systems des Kriegskommunismus gesetzt.

Die NEP schuf eine gemischte Wirtschaft. Die großen Industriewerke und die Verkehrsmittel blieben in Staatshand, das private Kapital wurde aber in der kleinen und mittleren Industrie wieder zugelassen ebenso im Binnenhandel. Ausländische Konzerne wurden aufgefordert, ihre Tätigkeit in der Sowjetunion wieder aufzunehmen, auch im Bereich der Großindustrie. Die Requirierungen in der Landwirtschaft wurden eingestellt zugunsten einer normalen Besteuerung. Später wurde der Rubel stabilisiert. Die NEP verfolgte zunächst das Ziel, den Austausch zwischen Stadt und Land wieder in Gang zu bringen, insgesamt mit Hilfe des privaten Kapitals die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Zur schnellen Ingangsetzung der brachlie-

genden Industrien wurden im Rahmen der NEP bürgerliche Spezialisten in Scharen wieder ins Land geholt, direkt alte Kapitalisten z.T. wieder eingesetzt etc.

Nach der Anlaufphase sollten dann der sozialisierte und der private Teil der Wirtschaft in eine „kontrollierte Konkurrenz" zueinander treten, in deren Verlauf der Sozialismus seine Stärke zeigen und den privaten Teil der Wirtschaft langsam wieder erdrücken sollte. Soweit dazu.

Parallel aber zur Lockerung der Diktatur auf wirtschaftlichem Gebiet vollzog sich eine Straffung der Diktatur auf politischem Gebiet. Die letzten Oppositionsparteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre waren in den letzten Monaten des Bürgerkrieges endgültig verboten worden. Jetzt ging man dazu über, selbst die oppositionellen Gruppierungen in der Partei zu verbieten. Dieses Verbot wurde am Ende einer scharfen Debatte über die Rolle der Gewerkschaften im Sowjetsystem ausgesprochen. In deren Verlauf zeichneten sich mehrere Positionen ab. Die sog. „Arbeiteropposition", von Alexandra Kollontai und dem früheren Volkskommissar für Arbeit, Schljapnikow, geführt, erstrebte eine syndikalistische Staatsordnung. Die ganze Macht über die Wirtschaft sollte den Gewerkschaften übertragen werden. Die Gewerkschaften sollten zu einem Gegengewicht gegen das Politbüro und die Regierung gemacht werden, die beide von gleichen Persönlichkeiten beherrscht waren. Die beiden Führer der Gewerkschaften, Tomski und Rudsutak, standen jedoch nicht auf diesen Positionen.

Eine andere Gruppe (die sogenannten „Demokratischen Zentralisten") griffen einige dieser Punkte auf und kritisierten vor allem den „bürokratischen Zentralismus" in Partei und Staat. *„Der radikale Flügel dieses bürokratischen Zentralismus war auf dem Kongreß durch Trotzki und dessen Anhang vertreten, die die Gewerkschaften ganz in den Apparat der Regierung einbauen wollten. Trotzki sagte, die Gewerkschaften hätten ihre alte Aufgabe überlebt. Der Staat sei ein Arbeiterstaat. Die Regierung stelle deshalb logischerweise und ihrem Wesen nach die Vertretung der allgemeinen und gemeinsamen Interessen des Proletariats dar, habe also nicht die besonderen Interessen bestimmter Arbeitergruppen wahrzunehmen, wie das bisher die Gewerkschaften taten. Die Forderungen einzelner Arbeitergruppen dürften dem gemeinsamen und allgemeinen Interesse nicht entgegenstehen. Die Gewerkschaften sollten mit der Regierung bei der Inkraftsetzung ihres Wirtschaftsprogrammes zusammenarbeiten, anstatt einzelne Fachgruppen oder individuelle Arbeiterinteressen der Regierung gegenüber zu vertreten. Während Schljapnikow und Kollontai verlangten, daß der Staat und die Partei ihre wirtschaftlichen Kompetenzen den Gewerkschaften übertragen, forderte Trotzki, daß diese ihre Unabhängigkeit aufgeben und vor dem Staat und der Partei kapitulieren sollten".*(18)

Wie man sieht, vertritt hier Trotzki genau die Argumentation, die von den Führern des heutigen „realen Sozialismus" gegen oppositionelle Forderungen, Streikrecht etc. angeführt wird!

Witzigerweise aber stehen d i e s e Leute wiederum nahezu ungebrochen in der Tradition des von ihrem heimlichen Meister Stalin geprägten „Trotzkismus"-Begriffes, unter den sie einfach alles an irgendwie linker Opposition zusammenschmeißen, während sie selbst – wie man sieht – beispielsweise in der obigen Frage ungehemmt Trotzkis (tatsächliche) Fehler realisieren.

Wenn man Trotzkis Positionen in ihrer ganzen Radikalität betrachtet, drängt sich der Vergleich mit dem „realen Sozialismus" förmlich auf – nur daß die heutigen Machthaber dort diese Dinge zwar tendenziell praktizieren, aber nicht immer den Mut haben, sie so brutal und offen auszusprechen wie Trotzki: *„Man muß den Arbeitern sagen, wo sie sein müssen, sie umstellen und leiten wie Soldaten... der Zwang zur Arbeit wird seinen höchsten Grad während des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus erreichen... die Fahnenflüchtigen der Arbeit werden in Disziplinierbataillone eingeordnet oder in Konzentrationslager* (!!!) *gesteckt werden müssen".* (19) Weiter erklärte Trotzki: *„Die Militarisierung ist undenkbar ohne die Militarisierung der Gewerkschaften als solche, ohne die Errichtung eines Regimes, in dem jeder Werktätige sich als Soldat der Arbeit ansieht, der nicht frei über sich selbst verfügen kann; wenn er einen Versetzungsbefehl erhält, muß er ihn ausfüllen; wenn er ihn nicht ausfüllt, wird er zum Fahnenflüchtigen, der bestraft wird. Wer sorgt dafür? Die Gewerkschaft. Sie schafft das neue Regime. Das ist die Militarisierung der Arbeiterklasse".*(20)

Trotzki vertritt diese Position trotz Niederlage auf dem IX. Parteitag noch das ganze Jahr 1920 und z.T. noch 1921. Auf dem III. Gewerkschaftskongreß versteigt er sich nahezu in eine Apologie der Zwangsarbeit: *„Ist es wirklich wahr, daß die Zwangsarbeit immer unproduktiv ist?... Das ist das jämmerlichste und erbärmlichste liberale Vorurteil; auch die Sklavenherden waren produktiv... die Zwangsarbeit der Sklaven war zu ihrer Zeit eine fortschrittliche Erscheinung".* (21) Neben Trotzki vertreten solche Positionen noch Karl Radek, N. Bucharin u.a. Bucharin (vergl. ausführlich dazu Art. über die Oktoberrevolution in „Unser Weg" 2, 1978) vollzieht, durch die Erfahrungen des „Kriegskommunismus" geprägt, eine volle Kehrtwendung. Opponierte er 1918 an der Spitze der „Linken Kommunisten" u.a. gegen Zwangsmaßnahmen, so lieferte er jetzt ihre „theoretische" Einbettung in den wissenschaftlichen Sozialismus. War er beispielsweise früher energisch gegen die Einführung der persönlichen (Einzel)Leitung in der Industrie, so war nun der verantwortliche Direktor für ihn *„... die konzentrierte, verdichtete Form der proletarischen Verwaltung der Industrie..."* (22)

Man darf diese Positionen nicht als persönliche Fehler etc. begreifen, wenngleich sie zweifellos auch gewisse Rückschlüsse auf die jeweilige individuelle politische Konstitution zulassen – wie etwa die Neigung Stalins zu administrativen- und Zwangsmaßnahmen etc. Dennoch ist hier vor allem die gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich für die Entstehung und „Wei-

terentwicklung" solcher Positionen, wie sie von Trotzki, Radek, Bucharin u.a. vertreten wurden. Diese Genossen waren lediglich ‚Werkzeuge' einer bestimmten politischen Linie, die durch die Bedingungen und Erfordernisse des „Kriegskommunismus" zeitweilig zur vorherrschenden Tendenz bei den Bolschewiki geworden war. Die Partei hatte während dieser extrem harten Zeit alle Scheu vor der Anwendung von Zwangsmaßnahmen verloren, hatte die Erfahrung gemacht, daß die sofortige Realisierung der proletarischen Demokratie unweigerlich zu einem rasanten Machtzerfall, zum Chaos und zum Verlust der Kontrolle führen mußte. Die Bolschewiki hatten ihre eigenen Umgangsformen durch die Erfordernisse des Bürgerkrieges militarisiert, hatten mit dem vollen Recht der Geschichte sich in dieser Phase rücksichtslos alles das genommen, was zur Sicherung der Sowjetmacht notwendig war etc. p.p..

War es da nicht nur logisch, daß am Ende einer solchen Periode eine Tendenz zur Idealisierung, „Theoretisierung" solcher Maßnahmen an Boden gewann, zumal die Partei gegen Ende des Bürgerkrieges mehrere Monate in einen Zustand heftiger politischer Auseinandersetzungen, insgesamt der Neuorientierung geriet. Es galt, eine Alternative zu den Praktiken des „Kriegskommunismus" für die neue Situation zu entwickeln.

Der Übergang einer revolutionären Bewegung von der Machtergreifung und den darauf folgenden Maßnahmen der Machterhaltung zu einer systematischen gesellschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung des Massendemokratismus im gesamt-gesellschaftlichen Maßstab etc., hat in der Geschichte wiederholt vergleichbare Situationen hervorgebracht.

Lenins Kampf um die Neubestimmung der bolschewistischen Politik

Trotzkis Positionen treffen gegen Ende des Jahres 1920 auf den erbitterten Widerstand Lenins, was sich auf einer Sitzung der bolschewistischen Fraktion in den Gewerkschaften und später auf einer ZK-Sitzung in Gestalt verschiedener Resolutionen manifestiert. Die von Lenin eingebrachte Resolution, die mit knapper Mehrheit angenommen wird, betont, man müsse *„...damit beginnen, allmählich aber unentwegt vom Prinzip der Vorrangigkeit zum Prinzip des Ausgleiches überzugehen..."* und die Resolution unterstreicht, daß *„...die Methoden zur Verstärkung des Demokratismus, der eigenen Aktivität, der Teilnahme an der Leitung der Industrie, der Entfaltung des Wettbewerbs usw. ... auf die ganze Gewerkschaftsbewegung übertragen (werden müssen)..."*. (23)

Das Zentralkomitee nimmt einen Text an, der verurteilt *„...die Entartung der Zentralisierung und der militarisierten Arbeit zur Bürokratie, zum Dünkel, zum kleinlichen Funktionärswesen und zur schikanösen Einmischung in die Gewerkschaftsarbeit..."*. (24)

Um diese Fragen entbrennt eine breite öffentliche Diskussion in der gesamten Partei. Während des Januars 1921 veröffentlicht die „Prawda" fast jeden Tag einen Artikel zu dieser Auseinandersetzung. Lenin nutzt diese Kämpfe dazu, einige Dogmen in der Partei anzugreifen und in Frage zu stellen, die weit über die Anhänger Trotzkis und Freunde hinaus in der Partei verbreitet waren. Speziell in der Frage des Charakters der Macht, bzw. des Charakters des Staates beginnt er – wenngleich noch nicht mit der späteren Deutlichkeit – anstelle formelhafter Behauptungen, die r e a l e n gesellschaftlichen Beziehungen zu untersuchen. Speziell bricht er mit der Auffassung, den sowjetischen Staat als **„Arbeiterstaat"** anzusehen. Trotzki und Bucharin würden den Sowjetstaat auf eine falsche, abstrakte Art begreifen, als sei er *„der reine Ausdruck"* der proletarischen Diktatur. Dieser Staat sei *„Arbeiterstaat", „insofern"* ihn eine proletarische Partei leitet (und diese Partei proletarisch bleibt), und er sei *„bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Staat"* durch seine Abhängigkeit von den Resten der alten Verwaltung, von bürgerlichen Spezialisten etc.. Lenin zögert nicht, hinzuzufügen, daß man den Sowjetstaat erst vielleicht in *„fünfzehn oder zwanzig Jahren oder noch länger* (!!)" – eine positive Entwicklung vorausgesetzt – als einen *„Arbeiterstaat"* bezeichnen könne. (25) Infolgedessen formuliert Lenin seinerzeit schon eine fundamentale Aussage, die weit über die unmittelbaren damaligen Differenzen hinaus später Scheidelinie zwischen Revolutionären und Opportunisten aller Art werden sollte:

„Trotzki und Bucharin stellen die Sache so hin, als ob sie um die **Steigerung der Produktion** (!!)*, wir aber nur um die* **formale Demokratie** *besorgt seien. Diese Darstellung ist falsch, denn die Frage steht l e d i g l i c h so (und k a n n marxistisch auch nur so stehen): Ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und f o l g l i c h auch i h r e P r o d u k t i o n s a u f g a b e nicht lösen können."* (26) (Alle Hervorhebungen und Klammerungen von Lenin). Folglich faßt Lenin das Wesen der Auseinandersetzungen als *„Differenzen über die Methoden* (!) *des Herangehens an die Massen, der Gewinnung der Massen, der V e r b i n d u n g mit den Massen"* zusammen. (27)

Er kommt ferner zu ersten praktischen Konsequenzen, die er im ZK durchsetzt. Am 12. Januar 1922 – etwa ein Jahr nach den Auseinandersetzungen – bringt er die Resolution „Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der NEP" ein. Darin geht er davon aus, daß der Doppelcharakter des Staates eigene, auch von der Partei in zureichendem Maße unabhängige, Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiterklasse zum „Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat" erfordere. Ferner sei auch der „Streikkampf" gerechtfertigt, wenn er sich gegen den bürgerlichen Sektor des Staates, gegen bürokratische Deformationen etc. richte. (28)

Positionen und Bedeutung der „Arbeiteroppostion" für die gesellschaftliche Entwicklung

Neben der trotzkistischen Position gab es in den Richtungskämpfen im Winter 1920/21 natürlich sozusagen „das andere Extrem", die Positionen der „Arbeiteropposition". (Wir beschäftigen uns hier nur mit den H a u p t strömungen – insgesamt gab es zum IX. Parteitag sieben unterschiedlich nuancierte Plattformen).

Die „Arbeiteropposition" hatte aus der Kritik an Trotzki und Co. zunächst einigen Nutzen gezogen. Sie kritisierte die zum Autoritarismus führenden Tendenzen, die administrativen Maßnahmen gegen Teile des werktätigen Volkes und den „Produktivismus". Nach Meinung der „Arbeiteropposition" wären alle Probleme des jungen Sowjetstaates durch die Entfaltung der breitesten Basisdemokratie zu lösen gewesen.

Lenin wies – unter dem Eindruck des Kronstädter Aufstands – die Forderungen der „Arbeiteropposition" als u n z e i t g e m ä ß (nicht der konkreten Situation entsprechend) zurück. Für Lenin hieß, den Forderungen der „Arbeiteropposition" nachzukommen, die Sowjet m a c h t selbst aufs Spiel zu setzen. Lenin wandte sich dabei n i c h t grundsätzlich gegen die Forderungen dieser Oppositionsströmung – dies festzuhalten erscheint besonders deshalb geboten, weil sich die Gruppe um Stalin in den folgenden Jahren bei ihrem verheerenden Kampf gegen diese Oppositionsgruppe wie auch andere „Abweichler" fälschlicherweise auf Lenins (in der Tat scharfe) Polemik gegen die „Arbeiteropposition" berief. Was Lenin unter Berücksichtigung von Ort, Zeit und Bedingungen kritisierte, erhoben diese Leute später in den Rang prinzipieller Elemente des Bolschewismus.

Lenin sprach also unmittelbar vor Abbruch des IX. Parteikongresses harte Worte: *„Sie sind zum Parteitag mit der Broschüre der Genossin Kollontai gekommen, mit einer Broschüre, auf deren Titelblatt steht: ‚Die Arbeiteropposition'. Sie haben die letzten Korrekturbogen in Druck gegeben, als ihnen die Ereignisse von Kronstadt und die Erhebung der kleinbürgerlichen Konterrevolution bekannt war. Und in diesem Augenblick kommen sie mit der Bezeichnung Arbeiteropposition! Sie begreifen nicht, welche Verantwortung sie auf sich laden und wie sie die Einheit verletzen!"* (29) Oder wenig später in der gleichen Rede: *„Wir haben in der Diskussion ziemlich viel Zeit verloren, und ich muß sagen, daß es jetzt viel besser ist, mit Gewehren zu diskutieren, als mit Thesen, wie sie von der Opposition aufgetischt werden. Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen, es ist nicht die Zeit danach! Entweder hier oder dort mit dem Gewehr, aber nicht mit einer Opposition. Das ergibt sich aus der objektiven Lage, ob es Ihnen paßt oder nicht!"* (30)

Später allerdings präzisierte Lenin, daß er mit solchen Äußerungen den momentanen Erfordernissen Geltung verschaffen wollte, nicht aber diese als ausreichende Auseinandersetzung mit den Positionen verstehe, bzw. diese Auseinandersetzung so ersetzen wollte. Er spricht – im Gegensatz zu

den Positionen von Trotzki und Co. – hier davon, daß die Arbeiteropposition in ihren Forderungen den berechtigten Unmut und den Willen breiter Arbeitermassen widerspiegele, und betont stets den unrealistischen Zeitpunkt und eben das von daher rein f o r m a l e Verständnis der „Arbeiteropposition" von Demokratie. Letzteres wies er durch verschiedene Unlogiken in den Positionen der „Arbeiteropposition" selbst nach. So etwa: *„Die ‚Sapranow'-Leute* (ein Genosse dieses Namens schlug die Thesen vor) *haben es fertiggebracht, in ein und derselben These (Nr. 3) über die ‚tiefgehende Krise' und die ‚bürokratische Erstarrung' der Gewerkschaften zu räsonieren und gleichzeitig als ‚absolut' notwendig eine ‚Erweiterung der Rechte' der Gewerkschaften in der Produktion vorzuschlagen ... Vermutlich wegen ihrer ‚bürokratischen Erstarrung'? Kann man denn eine solche Gruppe ernst nehmen?".* (31)

Der Kampf gegen die Thesen der „AO" ist später sehr stark mißbraucht worden, derart, daß von daher die Unkorrektheit solcher oder ähnlicher F o r d e r u n g e n s c h l e c h t h i n abgeleitet wurde, und die Existenzberechtigung solcher Oppositionsgruppen (egal unter welchen konkreten Bedingungen) geleugnet wurde. Fakt ist jedoch, daß die „AO" in wesentlichen Teilen l e d i g l i c h an alte, prinzipielle Elemente bolschewistischer Politik erinnert hatte, wie sie v o r der Oktoberrevolution auch und gerade von Lenin entwickelt wurden.

Der Historiker Ch. Bettelheim drückt dies zusammenfassend recht klar aus: *„Die Tragweite dieser Thesen ist insofern erheblich, als die Arbeiteropposition eine Reihe von Grundfragen aufwarf. Sie unterstrich die großen Gefahren, denen die sozialistische Zukunft Rußlands durch die zunehmenden Machtbefugnisse der bürgerlichen Spezialisten und Verwalter ausgesetzt war; sie kämpfte darum, den Arbeitern eine breite Initiative zu gewähren und ihnen großes Vertrauen entgegenzubringen sowie für die Einführung von Organisationsformen, die eine wirkliche Entwicklung dieser Initiativen ermöglichen sollten; sie verlangte, daß ein wirkungsvoller Kampf geführt werde gegen die Tendenzen zur Verselbständigung der Verwaltungsapparate und zu deren Vorherrschaft über die Massen; sie sprach sich für Kritikfreiheit innerhalb der Partei und für alle Werktätigen aus, in erster Linie für die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Organisationen; sie forderte die regelmäßige Teilnahme aller Mitglieder an der produktiven Handarbeit und eine Verringerung der Ungleichheiten der Löhne; Ungleichheiten, die sich während des Kriegskommunismus verschärft hatten. Die Thesen der Arbeiteropposition greifen hauptsächlich das auf, was Lenin in den Aprilthesen und in Staat und Revolution entwickelt hatte; sie sind Ausdruck der Wünsche eines Teils der sowjetischen Arbeiterklasse und formulieren gewisse Voraussetzungen für den Fortschritt der Revolution auf dem sozialistischen Weg ".* (32)

Zur Frage der Ernennung von Kadern und Funktionären

Eine Streitfrage zwischen der „AO" und der Mehrheit des Zentralkomitees war die nach der Art und Weise, bzw. den Prinzipien der Kaderfindung. Um die Notwendigkeit eines intakten gegenseitigen Vertrauensverhältnisses (in der Mitgliedschaft sowie zwischen Mitgliedern und Parteiführern) zu unterstreichen, forderte die „AO" als generelles und ausschließliches Prinzip die Wahl für die Kaderfindung. Jede Ernennung von Anleitern „von oben" wurde abgelehnt. Der Hintergrund für diese Überlegungen waren tatsächliche Entartungen in der P r a x i s auf diesem Gebiet, begünstigt durch das rauhe Klima des „Kriegskommunismus". Allerdings brachte die „AO" k e i n e Analyse der k o n k r e t e n Situation zustande, sondern beschränkte sich auf die rein f o r m a l e Gegenüberstellung von „Wahl" und „Ernennung von Oben". Damit blieb sie — wie im übrigen generell jede spätere Opposition der zwanziger Jahre in der SU — auf einer ebenso abstrakten wie formalen Ebene stehen. Lenin hat dieses Problem stets in dem Bemühen angepackt, das Prinzip und die Realität in eine dialektische Beziehung zueinander zu bringen: Er scheute sich weder in „ruhigen Zeiten" massiv für die Entfaltung der innerorganisatorischen Demokratie einzutreten und diejenigen Vertreter aus ihren Ämtern zu jagen, die diese als Privileg und nicht als Aufgabe ansahen; noch scheute er sich in „harten Zeiten" auf die katastrophalen Folgen einer Praxis aufmerksam zu machen, die eintreten könnten, wenn man die wichtigsten Posten nicht ohne alle Umschweife mit den verläßlichsten Leuten b e s e t z e n würde.

So schrieb er beispielsweise kurz vor der Oktoberrevolution: *„Die uneingeschränkte Wählbarkeit und die j e d e r z e i t i g e Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen Arbeiterlohn, diese einfachen und s e l b s t v e r s t ä n d l i c h e n demokratischen Maßnahmen, bei denen sich die Interessen der Arbeiter völlig mit denen der Bauern decken, dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt".* (33)

Andererseits schreibt er vor dem Hintergrund der Situation von 1920: *„All das Geschrei über Ernennung muß aufhören, dieser ganze alte schädliche Plunder, den man in den verschiedensten Resolutionen und Gesprächen finden kann, muß hinausgefegt werden. Sonst können wir nicht siegen. Haben wir uns diese Lehren in den zwei Jahren nicht zu eigen gemacht, so sind wir zurückgeblieben. Wer aber zurückbleibt, der wird geschlagen".* (34)

Die Kernfrage der Auseinandersetzung (Ernennung oder Wahl) freilich war, ob die B e r a t u n g mit den Massen, nicht nur als Appell an ihre V o r s c h l ä g e, sondern auch und v o r a l l e m an ihre Kritik gedacht und praktiziert wurde. Denn „gewählt" wurde und wird auch in bürgerlichen Demokratien sowie selbst in totalitären Systemen (nachdem sich die Kandidaten den nötigen Respekt verschafft haben). Das wahre Problem war und ist das der k o n k r e t e n, tatsächlichen Beziehungen zwischen

der Partei, den staatlichen Apparaten und den Volksmassen, der tatsächlichen Beziehungen zwischen den Genossen bzw. der verschiedenen Ebenen in der Partei. Was nun die „AO" angeht, so hat sie auch in diesem Punkt ein zentrales Problem angeschnitten, aber die Frage danach falsch gestellt und blieb folglich in ihren Konsequenzen auf formal-juristischer Ebene stecken. Aber gerade weil die „AO" und auch die späteren Oppositionsgruppen nicht zum Wesen der Dinge vordrangen, war es nur ein Leichtes, ihr Anliegen abzuschmettern, und war langfristig die Degeneration der Partei unumgänglich.

Die Frage der Bürokratie...

Das Problem der Tendenz zur Verselbständigung der staatlichen Verwaltungsapparate und die von verschiedenen Positionen darum geführte Diskussion in der bolschewistischen Partei war auch Gegenstand der Plattform der „AO". Die Argumente für eine gewisse Verselbständigung der Apparate waren zumeist von der Problemstellung „Wirksamkeit – Unwirksamkeit" aus gestellt. D.h. ausnahmslos alle Strömungen der Bolschewiki verengten die Debatte auf diese unpolitische Ebene. Die „AO" erweckte nun zunächst den Anschein, als ob sie diesen Zirkel durchbrechen würde, indem sie sowohl erklärte, das politische Problem der Beziehungen der Machtorgane zu den Arbeitermassen könne weder durch das Aufgehen der Gewerkschaften im Staatsapparat gelöst werden (wie es Trotzki und Bucharin propagierten), noch durch das Abwarten darauf, daß die Massen irgendwann genügend „erzogen" sein würden, um die sowjetischen Institutionen von neuem mit Leben zu erfüllen. (35) ... Aber die Lösungsvorschläge der „AO" stellen doch nicht mehr als einen unbrauchbaren „Kompromiß" auf formaler Ebene dar.

„Gegen Ende des Kriegskommunismus hoffte die bolschewistische Partei, aufgrund der Wiederaufnahme der Produktion und der Entwicklung des Austausches, auf eine spontane Wiedereinbeziehung der Massen in das Funktionieren der sowjetischen Demokratie. Eine solche Hoffnung drückt einen gewissen Ökonomismus aus, dem Lenin nicht vollständig entgeht, wenn er, anstatt die Verselbständigung der staatlichen Verwaltungsapparate und die Entwicklung der Bürokratie hauptsächlich durch die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse und den Klassenkampf der Bourgeoisie zu erklären, darin ein Produkt der wirtschaftlichen Lage selbst, das heißt eine Folge der Desorganisation des Austausches, der Not usw. sieht. (36) *Eine solche Analyse kann suggerieren, das Absterben der Bürokratie werde aus der Wiederaufnahme der Produktion, ihrer Zentralisierung, aus dem Kampf gegen den Analphabetismus, usw. folgen. Selbstverständlich war das nicht der Standpunkt Lenins, der die Existenz der Bourgeoisie ausdrücklich auf die kleine Warenproduktion, auf die Existenz bürgerlicher und kleinbürgerlicher Elemente zurückführte und der*

diejenigen Scharlatane nannte, die vorgaben, die Bürokratie anzugreifen, o h n e ihre s o z i a l e Basis anzugreifen (37)*; nichtsdestoweniger wurden verschiedene Texte Lenins später in einem ökonomistischen Sinn interpretiert, unter anderem vom Trotzkismus, der vorgibt, die Existenz der Bürokratie durch ‚den niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte' zu erklären".* (38)

Der „Stalinismus" setzt sich durch...

Nach der eben beschriebenen großen politischen Auseinandersetzung des Winters 1920/21 erkennt man bei intensiverer Beschäftigung, daß schon während Lenins Lebzeiten sich mehr und mehr eine rechtsopportunistische Linie in der Partei durchsetzt, an deren Spitze die Gruppe um Stalin steht. Stalin selbst, der Ende 1923 drei zentrale Ämter in Personalunion besetzt – das Generalsekretariat, den Vorsitz der Arbeiter- und Bauerninspektion und das Kommissariat für Nationalitäten-Fragen – gewinnt mit Lenins (durch Krankheit) erzwungenen Rückzug aus der aktiven Politik den Mumm, schon früher geäußerte, aber nie wirklich vertretene rechtsopportunistische Positionen in der Partei auch praktisch durchzusetzen. Dies geschieht zunächst – und das ist ganz entscheidend und hat vielerlei historische Parallelen – n i c h t s i c h t b a r. Während auch wir uns als Organisation s e h r schwer tun, Kritikprozesse zu **realisieren** (nicht nur abstrakt deren Notwendigkeit anzuerkennen!) und uns manchmal schwer tun in dem K r i t i k e r den erstrebenswerten Genossen zu sehen, nicht im „Kopfnicker", so sind es tatsächlich doch meist gerade die v e r d e c k t e n O p p o s i t i o n e n, von denen die große, wirkliche Gefahr ausgeht. Diese Strömungen paaren nicht selten in der Zeit ihrer politischen Konstituierung ihre tatsächliche Einstellung mit einer heuchlerischen, nach außen „harmonischen" kritiklosen, ja tendenziell kriecherischen Haltung zu den Partei-Autoritäten, und setzen schließlich ohne offene Auseinandersetzung eine Rechtswendung durch. Die Genossen, die um ihre Positionen streiten, sie mutig äußern, und dabei natürlich auch fehlerhafte Positionen zeitweilig vertreten etc., sind – solange sie sich nicht d i r e k t gegen die Organisation b e t ä t i g e n – zumeist ehrliche, engagierte Leute, deren Abweichungen meist linksradikales Gepräge haben, und die von daher nicht die z e n t r a l e Gefahr darstellen. Sie werden nicht selten mit ihren F e h l e r n und Unzulänglichkeiten von den Rechten als Vehikel zur Durchsetzung ihrer „vernünftigen", pragmatischen, „machbaren", effektiven etc. Positionen benutzt. Die Gruppe um Stalin hat, wie gesagt, parallel zum Ausscheiden Lenins aus der aktiven Politik ihre Chance genutzt, und noch zu seinen Lebzeiten ihr w a h r e s Gesicht, ihre w a h r e Einstellung speziell auch gegen Lenin gezeigt (was sie daran nicht hinderte, nach seinem Tode sich ständig heuchlerisch in seine „Tradition" zu stellen), indem sie sich direkt Forderungen von ihm widersetzten, seine

schwere Krankheit und Bettlägerigkeit ausnutzten, um seine schriftlich verfaßten Positionen beispielsweise zur „nationalen Frage" 1923 zu unterschlagen u.a.m..

Wir wollen die drei zentralen Bereiche, wo es zwischen dieser Linie und Lenin z.T. heftige Auseinandersetzungen gegeben hat, untersuchen. Es geht dabei um die Frage des Außenhandelsmonopols, die „nationale Frage" und um fortwährende Differenzen, die man einigermaßen genau mit dem Widerspruch „Massenlinie oder administrativer Zentralismus" fassen kann

Die Auseinandersetzungen um das Außenhandelsmonopol

Ende 1921 fand in Riga die sogenannte Wirtschaftskonferenz des Baltikums statt, auf der die Außenhandelsbeziehungen des jungen Sowjetstaates diskutiert wurden. Infolge dieser Konferenz entwickelte sich in der Sowjetunion eine heftige Kontroverse um die Frage des Außenhandelsmonopols, weil der sowjetische Vertreter in Riga den Delegationen der imperialistischen Länder die Abschaffung dieses Schutzparagraphen zugesichert hatte. Ohne das hier etwa theoretisch ausführen zu wollen, kann zum sozialistischen Prinzip des Außenhandelsmonopols gesagt werden, daß es der Arbeiter- und Bauernmacht darum geht, ihre Entwicklung nach den e i g e n e n Bedürfnissen und nicht den Interessen des imperialistischen Kapitals zu gestalten – nur soviel Waren einzuführen, wie auch Waren ausgeführt werden können etc..

Die Rechten in der sowjetischen Partei- und Staatsführung vertraten ihre Position der Abschaffung bzw. Abschwächung des Außenhandelsmonopols mit der Begründung, daß die Sowjetunion zu solchen Schritten gezwungen wäre, wollte sie nicht alles lähmen, „Millionen Rubel" verlieren etc.. Die p o l i t i s c h e Dimension des Ganzen wurde nicht problematisiert. Auch Stalin befürwortete solche Thesen. Lenin sträubte sich energisch gegen die Absichten, das Monopol auch nur zu lockern, weil er befürchtete, daß das imperialistische Kapital den sowjetischen Markt durch subventionierte Waren (mit „Kampfpreisen") überschwemmen und schließlich die Volkswirtschaft ruinieren würde.

Das ZK stimmte Lenin lange Zeit nicht zu. Erst im März 1922 setzte Lenin die Annahme einer Reihe von Dekreten durch, die das Monopol des Sowjetstaates stärken. Dennoch wird das Außenhandelsmonopol von den Rechten fortwährend weiter angegriffen. In der Hoffnung, die unliebsame Barriere werde nun bald fallen, halten ausländische Kapitalisten schon abschlußreife Kontrakte zurück. Am 15. Mai 1922 schreibt Lenin in einem Brief an Stalin, worin er verlangt, daß die Angriffe gegen das Monopol eingestellt werden und anderweitige Vorhaben verboten werden sollen. (39) Am Rand dieses Briefes – der im übrigen erst 1959 veröffentlicht wurde – findet sich folgende Notiz Stalins:

„Gegen ein formelles Verbot von Schritten zur Lockerung des Außenhandelsmonopols im gegenwärtigen Stadium habe ich keine Einwände, glaube aber, daß eine Lockerung unvermeidlich wird". (40)

Lenin gelingt es nur mit Mühe, seinen Standpunkt auf einer Sitzung des Politbüros am 22.5.22 durchzusetzen. Schon bald danach – und das zeigt die Existenz einer verdeckten Opposition – geht die Rechte wieder in die Offensive, nachdem Lenin erneut das Krankenbett hütet. Am 6. Oktober nimmt das ZK Vorschläge von Sokolnikow an, die wichtige Abstriche vom Außenhandelsmonopol vorsehen. Erst durch erneute massive Intervention von Lenin, der in dieser Sache von Trotzki unterstützt wird, nimmt das ZK im Dezember 1922 diesen Beschluß zurück. Randnotiz Stalins auf dem Brief, in dem der kranke Lenin dies gefordert hatte: *„Der Brief des Genossen Lenin hat nichts an meiner Auffassung über die Richtigkeit des Beschlusses des Plenums ... in bezug auf den Außenhandel geändert...".* (41)

Die nationale Frage

Wir haben eingangs schon die Wandlung Stalins in der nationalen Frage beschrieben, wie sie kurz nach der Oktoberrevolution sichtbar wurde. Die Differenzen innerhalb der Bolschewiki in dieser Sache gehen jedoch zumindest schon auf das Jahr 1915 zurück. Ohne dieser Sache hier großen Raum zu widmen, kann man sagen, daß es innerhalb der bolschewistischen Partei eine starke, vom bürgerlichen Nationalismus geprägte Linie gab, die sich nach 1921 immer stärker durchsetzte, und von Lenin schließlich als „großrussischer Chauvinismus" gekennzeichnet wurde. Die Gruppe um Stalin war auch auf diesem Gebiet für die rechte Abweichung prägend.

Auch in diesem Punkt ist es bezeichnend, daß die Differenzen mit besondere Schärfe im Verlaufe des Sommers 1922 wieder auftauchen, zu einem Zeitpunkt also, als Lenin nur noch mittelbar an der Politik teilhaben kann, und sein Ableben nur noch eine Frage kurzer Zeit ist. Im August 1922 verfaßt Stalin den Entwurf einer sog. „Autonomisierungs-Resolution", die einen föderativen Zusammenschluß der Republiken Ukraine, Bjelorußland, Aserbeidschan, Armenien und Georgien vorsieht, bzw. deren Eingliederung in die russische Föderation verlangt. Stalins Entwurf sieht vor, daß die Regierung der r u s s i s c h e n Republik, ihr Zentralexekutivkomitee der Sowjets, ihr Rat der Volkskommissare, die Regierung des Ganzen bilden soll. Diese, faktisch die Unabhängigkeit der Republiken aufhebenden Vorschläge, stoßen auf den Widerstand der ZKs der Parteien Bjelorußlands und Georgiens. Das ZK der Ukraine greift zunächst nicht in die Diskussion ein, während sich jedoch Widerstand an der Parteibasis regt. Lenin kritisiert den stalinschen Entwurf scharf und betont demgegenüber stark die Notwendigkeit g l e i c h e r Rechte der Einzelrepubliken, propagiert statt der von Stalin vorgeschlagenen Föderation eine Art gleichberechtigte Union, wo natürlich die russische Regierung demzufolge auch nicht Zentral-Regierung sein kann. Stalin und Freunde versuchen nun,

Lenins Kritik in die Beratung und Entscheidung dieser Frage nicht einfließen zu lassen. Sie bringen ihre Vorstellungen ein, ohne sie als Differenz zu Lenin zu kennzeichnen – wobei sie dessen Entwurf unterschlagen. In einer Sitzung am 6. Oktober 1922 nimmt das ZK schließlich Stalins Text zur „Autonomisierung" an, nachdem dieser einige formale Änderungen erfahren hat. Der Begriff der „Föderation" wird beispielsweise durch „Union" ersetzt, ohne jedoch die großrussische Vorherrschaft anzutasten. Im Gegenteil: Die bekannte amerikanische Journalistin Anna Louise Strong bemerkt in ihrem Buch „The Stalin Era", daß eine der „Neuerungen" die Zentralisierung noch weiter trieb und zwar der Aufbau eines zentral geleiteten Apparates der politischen Polizei. (42)

Lenin, der so betrogen und vor vollendete Tatsachen gestellt wird, schreibt in einem Brief an Kamenew: *„Ich erkläre dem großrussischen Chauvinismus den Krieg, nicht einen Kleinkrieg, sondern einen Krieg auf Leben und Tod!"* (43) Allerdings hat Lenin nicht mehr die Kraft, in diesem Punkt entscheidende Korrekturen herbeizuführen. Er wird zudem von Stalin während seiner Krankheit systematisch überwacht, wozu dieser sich vom Politbüro die Verantwortung für die Einhaltung der ärztlichen Anweisungen durch Lenin hat übertragen lassen. Er nutzt diese Position, um Lenins Äußerungen den Parteiorganen vorzuenthalten, wie auch umgekehrt bestimmte Materialien ihm nicht zugänglich zu machen. Dieses ganze System läßt sich nicht nur an den direkten Unterschlagungen erkennen (Entwurf zur „Union", später Lenins „Testament" u.a.), sondern auch in den Aufzeichnungen der Sekretäre Lenins nachlesen. Als Lenin von einem harten Zwischenfall in der Diskussion um Stalins „Autonomisierungs-Resolution" zwischen dem georgischen ZK und der Stalin-Gruppe erfährt, und die Materialien einer später eingesetzten Untersuchungskommission anfordert, notiert die Sekretärin L.A. Fotijewa:

„Am Sonnabend fragte ich Dzierzynski, der mir sagte, daß die Materialien bei Stalin sind. Ich schickte einen Brief an Stalin, der aber, wie sich herausstellte, nicht in Moskau war. Gestern am 29.1.23 rief Stalin an und sagte, er dürfe die Materialien nicht herausgeben ohne das Politbüro. Er fragte, ob ich Wladimir Iljitsch nicht zuviel erzähle, oder woher sonst er so auf dem laufenden sei (!). *Zum Beispiel zeige sein Artikel über die Arbeiter- und Bauern-Inspektion, daß ihm verschiedene Umstände bekannt sind. Ich antwortete, daß ich nichts sage, und keinerlei Grund zu der Annahme habe, daß er auf dem laufenden sei. Heute bestellte mich Wladimir Iljitsch zu sich, um die Antwort zu erfahren, er sagte, er werde darum kämpfen, daß man die Materialien aushändige...*
Am 24. Januar sagte Wladimir Iljitsch: ‚Zunächst zu unserer „konspirativen" Sache, ich weiß, daß Sie mich betrügen.' Als ich ihm das Gegenteil versicherte, sagt er: ‚Ich habe darüber meine Meinung.' " (44)

Lenin versucht sich gegen diese Praktiken so gut er konnte zu wehren. Er gibt Anweisung, daß alles, was er diktiert (er kann nicht mehr selbst schreiben) streng vertraulich sei, daß Originale von Briefen zu vernichten

seien (was die Sekretäre nicht tun). Er bestellt sich vertrauensvolle Genossen, um das Kontrollsystem zu durchbrechen. Noch eine Aufzeichnung von L.A. Fotijewa: *„Heute rief mich Wladimir Iljitsch zu sich (um 6.30 Uhr). Ich teilte ihm mit, das Politbüro habe der Herausgabe der Materialien zugestimmt... Wladimir Iljitsch sagte: ‚Wenn ich in Freiheit wäre (erst hatte er sich versprochen, aber dann wiederholte er lachend: wenn ich in Freiheit wäre) dann würde ich das leicht alles selbst machen...".* (45)

In Georgien hat sich das ZK der georgischen Partei den stalinschen Vorstellungen widersetzt. Stalin greift rücksichtslos zu administrativen Maßnahmen, um der *„Hydra des Nationalismus den Kopf abzuschlagen".* Er läßt die führenden Genossen auf einflußlose Stellen verschwinden, vertreibt sie z.T. sogar aus Georgien. Ordshonikidse, ein treuer Anhänger der Stalin-Gruppe, nimmt sich im Verlauf dieser Auseinandersetzungen heraus, tätlich zu werden, und einen der Vertreter des georgischen ZK (Kabanidse) zu schlagen.

„Dieses Verhalten Ordshonikidses bezeugt, daß die Anwendung physischer Gewalt auf ein Parteimitglied, um seine Ansichten, oder zumindest die Äußerung seiner Ansichten zu ändern, jetzt vorkommt. Für Lenin handelt es sich dabei nicht um einen p e r s ö n l i c h e n Fehler, der Ordshonikidses T e m p e r a m e n t betrifft, sondern wirklich um den Ansatz von p o l i t i s c h e n Verhältnissen, die für die Zukunft äußerst gefährlich sind, da man in der Partei eine bürgerliche politische Praxis der Unterdrückung auftauchen sieht, eine Praxis, der Stalin, Generalsekretär der Partei, und Dzierzynski, Leiter der GPU (politische Polizei) verbunden sind". (46)

Es ist nicht allein unter dem Aspekt der nationalen Frage, bzw. der i n t e r n a t i o n a l e n Auswirkungen von Fehlern auf diesem Gebiet, sondern auch bezüglich der Einstellung Lenins zur innerorganisatorischen Demokratie von Bedeutung, die zentralen Aussagen Lenins über den georgischen Konflikt hier darzustellen:

„Wenn es soweit gekommen war, daß Ordshonikidse sich zu physischer Gewaltanwendung hinreißen ließ, wie mir Genosse Dzierzynski mitteilte, so kann man sich vorstellen, in welchem Sumpf wir gelandet sind. Offenbar war dieses ganze Unterfangen mit der Autonomisierung von Grund aus falsch und unzeitgemäß.

Man sagt, die Einheit des Apparats sei notwendig gewesen. Woher stammen diese Behauptungen? Doch wohl von **demselben** *russischen Apparat, den wir, wie ich schon in einer früheren Aufzeichnung meines Tagebuches feststellte, vom Zarismus übernommen, und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben.*

Mir scheint, hier haben Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren wie auch seine Wut auf den ominösen ‚Sozialnationalismus' (Stalins Begriff für die georgischen ‚Abweichler') eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wut ist in der Politik gewöhnlich überhaupt von g r ö ß t e m Ü b e l.

Ich fürchte auch, daß Genosse Dzierzynski, der nach dem Kaukasus gefahren war, um die ‚Verbrechen' dieser ‚Sozialnationalisten' zu untersuchen, sich hier ebenfalls nur durch seine echte russische Gesinnung hervorgetan hat ... und daß die Unvoreigenommenheit seiner ganzen Kommission durch Ordshonikidses ‚Handgreiflichkeit' hinreichend charakterisiert wird. Ich meine, diese russische Handgreiflichkeit läßt sich durch keine Provokation und durch keine Beleidigung rechtfertigen, und Genosse Dzierzynski hat eine nicht wiedergutzumachende Schuld auf sich geladen, weil er sich leichtfertig zu dieser Handgreiflichkeit verhielt. Ordshonikidse verkörperte gegenüber allen anderen Bürgern im Kaukasus die Staatsmacht. Ordshonikidse hatte kein Recht zu jener Gereiztheit, auf die er und Dzierzynski sich beriefen. Ordshonikidse war im Gegenteil verpflichtet, eine solche Zurückhaltung zu üben, wie sie kein einziger gewöhnlicher Bürger üben muß...". (47)

Lenin ist an dieser Angelegenheit insbesondere der Stil, die Methode Stalins, Ordshonikidse und Co. in die Knochen gefahren. Das bestätigen beispielsweise auch die Sekretäre in ihren Aufzeichnungen, wo sie die tiefe Betroffenheit Lenins festhalten, als er von den Ausschreitungen Ordshonikidses erfährt. Erst dieser Vorfall läßt ihn überhaupt die Materialien anfordern, und die Angelegenheit auch prinzipiell politisch hinterfragen. Der georgische Konflikt läßt ihn in seinen letzten Tagen zu Überlegungen bezüglich der Sicherung der innerorganisatorischen Demokratie kommen, wie auch die nationale Frage nicht nur als Problem der sowjetischen Politik aufwerfen, sondern nach den internationalen Konsequenzen einer falschen Haltung in dieser Sache fragen: nach den Auswirkungen auf den Gang der Weltrevolution:

„... man muß Genosse Ordshonikidse exemplarisch bestrafen (ich sage das mit umso größerem Bedauern, als ich persönlich zu seinen Freunden gehöre und im Ausland, in der Emigration mit ihm zusammen gearbeitet habe) sowie alle Materialien der Kommission Dzierzynskis nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen, um die Unmenge von Unrichtigkeiten und voreingenommenen Urteilen, die es dort zweifellos gibt, zu korrigieren. Politisch verantwortlich für diese ganze wahrhaft großrussische, nationalistische Kampagne müssen natürlich Stalin und Dzierzynski gemacht werden...". (49)

In seiner Einschätzung bezüglich der verheerenden internationalen Auswirkungen von nationalistischen Fehlern bzw. Entartungen in der sowjetischen Politik, charakterisiert Lenin diese ohne Umschweife als imperialistisch. Er hat diesen Begriff also – wie auch andere Äußerungen belegen – nicht ausschließlich, wie in seiner Schrift ‚Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus' ausgeführt wird, auf entartete sozialdemokratische oder ‚sozialistische' Parteien in imperialistischen Ländern bezogen (was heute fälschlicherweise von den sowjetischen Führern behauptet wird). Lenin benutzte diesen Begriff rigoros, um bestimmte Ten-

denzen der sowjetischen Politik in ihrer unausweichlichen Konsequenz zu charakterisieren:

„ ... der Schaden, der unserem Staat daraus entstehen kann, daß die nationalen Apparate mit dem russischen Apparat nicht vereinigt sind, ist unermeßlich geringer, unendlich geringer als jener Schaden, der nicht nur uns erwächst, sondern auch der ganzen Internationale, den Hunderte Millionen zählenden Völkern Asiens, denen in der nächsten Zukunft bevorsteht, nach uns in das Rampenlicht der Geschichte zu treten. Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die k l e i n s t e Grobheit und Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen nichtrussischen Völkern untergraben würden. Eine Sache ist die Notwendigkeit, uns gegen die westlichen Imperialisten zusammenzuschließen, die die kapitalistische Welt verteidigen ... Eine andere Sache ist es, wenn wir s e l b s t, sei es auch nur in K l e i n i g k e i t e n, in i m p e r i a l i s t i s c h e B e z i e h u n g e n zu den unterdrückten Völkerschaften hineinschliddern und dadurch unsere ganze p r i n z i p i e l l e A u f r i c h t i g k e i t, unsere ganze prinzipielle Verteidigung des Kampfes gegen den Imperialismus völlig untergraben".(49)

Massenlinie oder administrativer Zentralismus

Schon recht frühzeitig im September 1921 (mit Betonung des M a s s e n k a m p f e s gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüsse auf die Partei) hatte Lenin geschrieben: *" ... man muß die Partei von den Elementen reinigen, die den Kontakt mit der Masse verlieren (selbstverständlich schon gar nicht zu reden von den Elementen, die die Partei bei der Masse in Verruf bringen). Natürlich werden wir nicht allen Hinweisen der Masse folgen, denn auch die Masse unterliegt zuweilen – besonders in Jahren außerordentlicher Ermüdung und Überanstrengung durch übermäßige Lasten und Mühsale – Stimmungen, die ganz und gar nicht fortschrittlich sind. Aber für die Beurteilung der Menschen durch die negative Einstellung zu denjenigen, die sich ‚angebiedert' haben, die ‚kommissarisiert', die verbürokratisiert sind, sind die Hinweise der parteilosen proletarischen Masse, und in vielen Fällen auch die Hinweise der parteilosen bäuerlichen Masse, im höchsten Grad wertvoll. Die werktätige Masse pflegt mit der größten Feinfühligkeit den Unterschied herauszufinden zwischen ehrlichen und ergebenen Kommunisten und solchen, die einem Menschen, der im Schweiße seines Angesichts sein Brot erwirbt, der keine Privilegien besitzt und keine ‚Beziehungen zur Obrigkeit' hat, Widerwillen einflößen".* (50)

Eine solche innerorganisatorische Praxis und eine solche Beziehung mit den werktätigen Massen herzustellen, war die eigentliche Aufgabe der sogenannten „Arbeiter- und Bauern-Inspektion", später auch die der auf Antrag der Gruppe der „Demokratischen Zentralisten" eingerichteten

Zentralkontrollkommission. Das Dumme war eben nur, daß beide Organe unter der Leitung Stalins standen und systematisch in ihrer Praxis von Kontrollorganen von unten nach oben, zu Bespitzelungsorganen von oben nach unten entwickelt wurden. Der „Arbeiter- und Bauerninspektion" stand Stalin von vornherein vor, der Zentralkommission nicht direkt. Hier verschaffte er sich auf Umwegen über das 1922 eingerichtete Generalsekretariat Zugang (den Vorsitz dort hatte er auch belegt). Die von diesen Organen durchgeführten Säuberungen etc. verloren immer mehr den ursprünglichen Charakter und degenerierten zur Waffe der Stalin-Gruppe im innerparteilichen politischen Meinungsstreit, die erstmals scharf in der georgischen Auseinandersetzung eingesetzt wurde.

„Die Säuberungsaktionen waren ursprünglich ganz verschieden von denen der späteren Jahre. Sie hatten mit einem gerichtlichen Verfahren zunächst nichts gemein. Sie wurden von der örtlichen Kontrollkommission der Partei vor einem offenen Bürgerforum durchgeführt, zu dem Bolschewisten und Nichtbolschewisten freien Zutritt hatten. Die Führung jedes einzelnen Parteimitgliedes, vom einflußreichsten bis zum niedrigsten, wurde in der Öffentlichkeit einer strengen Untersuchung unterworfen. Jeder Mann und jede Frau im Publikum konnten aufstehen und Zeugnis ablegen. Der Bolschewist, dessen Leumund als ungenügend befunden wurde, wurde getadelt, oder auch in besonders schweren Fällen aus der Partei ausgestoßen. Andere Strafen als diese konnte die Kontrollkommission nicht verhängen". (51) Anfang 1923 setzte sich Lenin im Rahmen seiner Überlegungen zur innerorganisatorischen Demokratie mit der Arbeit der „Arbeiter- und Bauerninspektion" auseinander; zunächst mit einem etwas vorsichtigen Artikel am 25.1. in der „Prawda", dann in der bekannten Schrift „Lieber weniger, aber besser!" *„Wir wollen offen sagen, daß das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauern-Inspektion nicht das geringste Ansehen genießt. Jedermann weiß, daß es eine schlechter organisierte Einrichtung als unsere Arbeiter- und Bauern-Inspektion nicht geben kann, und daß unter solchen Verhältnissen von diesem Kommissariat auch nichts Gutes erhofft werden darf".* Lenins Betrachtungen über die Reorganisation der Inspektion waren gleichzeitig massive Kritikpunkte an der Arbeit des alten Kommissariats unter Stalin: *„Wir wollen hoffen, daß die neue Arbeiter- und Bauern-Inspektion frei sein wird von leerem Formelkram und lächerlicher Angeberei ... womit nur der Bürokratie in den Sowjets und bei der Partei in die Hände gearbeitet wird. Nebenbei mag gesagt sein, daß es Bürokraten nicht nur in den Büros der Sowjets, sondern auch in unserer Partei gibt. Das Fehlen zivilisierter Umgangsformen ist der Ursprung des Übels. Unsere Leute treiben zu großzügig und zu frivol das, was sie ‚proletarische Kultur' nennen. Für den Anfang wären wir mit einer echten bürgerlichen Kultur ganz zufrieden, und es würde uns in diesem Falle genügen, wenn wir mit den roheren Formen der vorbourgeoisen Kultur, das heißt mit der bürokratischen Kultur und der Kultur der Leibeigenen und so wei-*

ter, nichts zu tun haben müßten. In allen kulturellen Angelegenheiten sind Hast und durchgreifende Maßnahmen das denkbar schlechteste."

Alle diese Überlegungen blieben folgenlos, wie natürlich auch der Vorschlag Lenins, Stalin seines Postens als Generalsekretär zu entheben: *„Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht vom Genossen Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die e n t s c h e i d e n d e Bedeutung erlangen kann".* (52)

In den Schriften mit dem Titel „Brief an den Parteitag", die in der Literatur als „Lenins Testament" bezeichnet werden, machte Lenin kurz vor seinem Tode noch eine Reihe von wichtigen Äußerungen. Obwohl diese Äußerungen nur ganz knapp gehalten sind, und eine umfassende Analyse von Lenin nicht mehr (kräftemäßig) erstellt werden konnte, lassen sich in etwa seine Vorstellungen erkennen. Um eine Spaltung der Partei zu verhindern, äußerte sich Lenin offenbar auch über einige Personen, die die zentralen politischen Positionen verkörperten und zwischen denen sich nach seinem Ausscheiden aus der Parteiarbeit die Fronten zu verhärten drohten. Die demonstrative Wertschätzung, die Lenin dabei einzelnen Genossen entgegenbrachte, o b w o h l sie völlig unterschiedliche Positionen repräsentierten, und zum Teil lange Zeit in Opposition zu Lenin selbst standen, zeigt nicht nur Lenins Verständnis vom politischen Kampf, sondern stellte wohl auch den Versuch dar, sich mit seiner ganzen Autorität vor diese Genossen zu stellen, speziell, um der Stalin-Gruppe nicht die Möglichkeit zu geben (womöglich noch unter Berufung auf Lenins politische Kritiken an Trotzki, Bucharin usw.), ihre politischen Kontrahenten, und damit das letzte politische Korrektiv (das Leben in der Partei schlechthin) auszuschalten. Was jedoch noch wichtiger ist: Lenin schlug darüber hinaus (um das Element der Massenkritik zu entwickeln) vor, das ZK auf 100 Personen zu erweitern. Diese sollten nicht aus den Staats- und Parteiapparaten, sondern aus der Partei b a s i s, sozusagen frisch von der Werkbank weg, rekrutiert werden. Hier nun zusammenhängend die wesentlichsten Passagen aus Lenins „Testament":

„Unsere Partei stützt sich auf zwei Klassen, und deshalb ist ihre Instabilität möglich und ihr Sturz unvermeidlich, wenn es dahin käme, daß zwischen diesen beiden Klassen kein Einvernehmen erzielt werden könnte. Es ist zwecklos für diesen Fall diese oder jene Maßnahme zu treffen und über-

haupt von der Stabilität unseres ZK zu sprechen. Keinerlei Maßnahmen werden in diesem Fall eine Spaltung verhindern können. Ich hoffe jedoch, das liegt in allzu ferner Zukunft und ist ein allzu unwahrscheinliches Ereignis, als daß man darüber sprechen müßte.

Ich meine mit Stabilität die Garantie vor einer Spaltung in allernächster Zeit und beabsichtige, hier eine Reihe von Erwägungen rein persönlicher Natur anzustellen.

Ich denke, ausschlaggebend sind in der Frage der Stabilität unter diesem Gesichtspunkt solche Mitglieder des ZK wie Stalin und Trotzki. Die Beziehungen zwischen ihnen stellen meines Erachtens die größere Hälfte der Gefahr jener Spaltung dar, die vermieden werden könnte und zu deren Vermeidung meiner Meinung nach unter anderem die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50, auf 100 Personen dienen soll.

Genosse Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Genosse Trotzki wie schon sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.

‚Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen. Ich will die persönlichen Eigenschaften der anderen Mitglieder des ZK nicht weiter charakterisieren. Ich erinnere nur daran, daß die Episode mit Sinowjew und Kamenew im Oktober (gegen den Aufstand gestimmt – d.V.) *natürlich kein Zufall war, daß man sie ihnen aber ebensowenig als persönliche Schuld anrechnen kann, wie Trotzki den Nichtbolschewismus.*

Was die jungen Mitglieder des ZK betrifft, so möchte ich einige Worte über Bucharin und Pjatakow sagen. Das sind meines Erachtens die hervorragendsten Kräfte (unter den jüngsten Kräften), und ihnen gegenüber sollte man folgendes im Auge haben: Bucharin ist nicht nur ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert, und, glaube ich, nie vollständig begriffen).

Nun zu Pjatakow. Er ist zweifellos ein Mensch mit großer Willenskraft und glänzenden Fähigkeiten, der jedoch einen allzu starken Hang für das Administrieren und für administrative Maßnahmen hat, als daß man sich in einer ernsten politischen Frage auf ihn verlassen könnte.

Natürlich mache ich die eine wie die andere Bemerkung nur für die Ge-

genwart und für den Fall, daß diese beiden hervorragenden Funktionäre keine Gelegenheit finden sollten, ihr Wissen zu erweitern und ihre Einseitigkeit zu überwinden". (53)

Nach Lenins Tod Ende 1923 wurden alle in seinen letzten Schriften gegebenen Hinweise bezüglich einer Einbeziehung der Massen auf den verschiedensten Ebenen und bezüglich des innerorganisatorischen Zustandes praktisch von den Rechtsopportunisten um Stalin nicht befolgt. Es war also nur logisch, daß Lenins Brief an den Parteitag auf Initiative Stalins, der von Sinowjew und Kamenew unterstützt wurde, dem XI. Parteitag vorenthalten wurden. N.K. Krupskaja, Lenins Lebensgefährtin, erreichte lediglich, daß Lenins „Testament" in einer kleinen Runde vor den ältesten Parteimitgliedern verlesen wurde, die wiederum mit 30 zu 10 Stimmen gegen eine Veröffentlichung der Papiere stimmten.

Die Gruppe um Stalin setzte sich auf diesem Parteitag weiter in wesentlichen Fragen durch. Sie ging bis 1928 daran, systematisch das Leben in der Partei, die politische Opposition, Mitte der dreißiger Jahre dann auch d a s L e b e n der Oppositionellen, zu vernichten.

Vorläufiges Resümee...

Die oben dargestellte Entwicklung in der jungen Sowjetunion hat sehr schnell zum Absterben der proletarischen Demokratie in Staat und Gesellschaft sowie zum Absterben der innerorganisatorischen Demokratie geführt. Dies hatte – das kann man in der sowjetischen Geschichte deutlich sehen – als objektive Bedingung die ungeheuer angespannte gesellschaftliche Situation. Wir sind nicht der Meinung, daß eine solche Entwicklung historisch u n v e r m e i d l i c h war – die Menschen machen die Geschichte – jedoch das Aufkommen bestimmter politischer T e n d e n z e n war „unvermeidlich", weil diese bestimmten Klassen und gesellschaftlichen Gruppen entsprachen. Inwieweit sich bestimmte Strömungen durchsetzen konnten, hing entscheidend mit dem Z u s t a n d und dem F u n k t i o n i e r e n der Partei als wirkliche Avantgarde zusammen, mit dem entsprechenden Verhältnis zur Klasse und mit den entsprechenden Beziehungen zwischen ihren eigenen Ebenen.

Der „Stalinismus" (bzw. das, was nach Wegnahme von unzulässigen Personifizierungen als politisches System unter „Stalinismus" verstanden wird) ist insofern s t ä n d i g e Bedrohung für jede revolutionäre Bewegung. Für uns stellt sich also die Auseinandersetzung um die Stalin-Frage unter zwei Aspekten: Einmal um in der analytischen Verarbeitung und damit in der Erklärung des Phänomens „Stalinismus" weiter voranzukommen, den bürgerlichen Antikommunisten bei ihrem Geschäft der Diskreditierung des Marxismus oder Leninismus schlechthin mittels ihrer „Stalin-Kritik" den Boden zu entziehen und in der Entwicklung einer wirklichen, sozialistischen Alternative unter Berücksichtigung der Erfahrungen vor allem der russischen (aber auch der chinesischen) Revolution Fortschritte

zu machen; zum anderen für die kritische Überprüfung unserer eigenen politischen Entwicklung (innerorganisatorisch und in der Praxis „nach außen"). Beides hängt sehr eng miteinander zusammen, und in diesem Sinne versteht sich diese Arbeit auch als Beitrag für die laufende Diskussion „Wie geht's weiter im KB?" in der Hoffnung auf eine Belebung der Diskussion, in der Hoffnung auf eine offene, kritische Überprüfung der tatsächlichen Situation.

Wenn auf dem Vor-Kongreß des KB im Dezember 1978 sehr richtig davon die Rede war, daß es eine breite Diskrepanz zwischen der (insgesamt beurteilt doch weitgehend korrekten und stabilen) politischen Linie des KB (Niveau der Zeitung) und der tatsächlichen Praxis gibt, dann brauchen wir eine Diskussion, die die Bilanz der Resultate zieht, zu denen die t a t s ä c h l i c h e A n w e n d u n g d e r p o l i t i s c h e n L i n i e i n d e r P r a x i s geführt hat. Die Frage so gestellt, zeigt die Größe der Aufgabe, zeigt die Notwendigkeit der Einbeziehung der Aktivität aller Genossen der Organisation, zeigt, daß wir erst am Anfang stehen.

„Wenn sich in einer proletarischen Partei mehrere Linien gegenüberstehen, die scheinbar den revolutionären Anforderungen entsprechen, kann man nur mit Hilfe einer konkreten Untersuchung (das heißt auch der kritischen Untersuchung der jetzigen und früheren politischen Praxis) bestimmen, welche dieser Linien tatsächlich den Interessen des Proletariats am besten dient. Die offene Diskussion, die Kritik und Selbstkritik sind also von außerordentlicher Bedeutung. Sie ermöglichen, Untersuchungen möglichst weit voranzutreiben, alle feinen Unterschiede zu erfassen, eine detaillierte Bilanz zu ziehen und aus den vergangenen Fehlern zu lernen, also zu berichtigen, was falsch ist. ... Die Erfahrung zeigt, daß angesichts einer von Grund auf neuen Situation im allgemeinen nur eine M i n d e r h e i t den richtigen Weg findet, selbst in einer erfahrenen proletarischen Partei. Unter diesen Umständen zu glauben, ein Mehrheitsbeschluß könne über die Schwierigkeiten entscheiden und die richtige Linie bestimmen, wäre vollkommen illusorisch. Allgemein erscheint das, was r i c h t i g ist, nicht u n m i t t e l b a r als solches; nur im Kampf, in der freien Diskussion, in der Erprobung und Bewährung durch die Zeit erweist sich das Richtige. Damit das Neue und Richtige sich ohne große Schwierigkeiten einen Weg bahnen kann, darf man nicht vorgeben, durch die vereinfachte Methode einer Wahl über Richtiges und Falsches entscheiden zu können, wenn das, worum es geht, analysiert und diskutiert werden muß (was nicht hindert, daß man auf der Ebene der unmittelbaren praktischen Entscheidungen manchmal auf die Abstimmung zurückgreifen muß, bevor ein Problem unter allen Aspekten untersucht worden ist). Es ist daher kein Zufall, daß Lenin mehr als einmal bei Abstimmungen in entscheidenden Situationen geschlagen wurde und ‚gegen den Strom schwimmen' mußte; wie Mao Tse-tung sagt, ‚gegen die Strömung anzukämpfen, ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus'. Es ist also wesentlich, daß die neuen revolutionä-

ren Ideen vertreten werden können und daß ihre Wortführer das Recht und den Mut haben, sie zu vertreten". (54)

„Gegen den Strom" ist als Prinzip in den Entwurf unseres neuen Statuts aufgenommen worden – nichtsdestrotrotz darf man sich keine Illusion darüber machen, daß wir als O r g a n i s a t i o n erst noch l e r n e n müssen, was das ist ...

In diesem Sinne allen, die inzwischen den Kopf hängen ließen oder lassen, zum Schluß noch das Wort Rudolf Bahros auf den weiteren Weg:
„Die Weisheit der Resignierten nützt niemandem etwas!"
(R. Bahro in „Die Alternative")

Quellenhinweise

1) Die vorliegende Arbeit stützt sich in ihrer historischen Darstellung auf folgende Hauptwerke:
Klassenkämpfe in der UdSSR, Bd. 1, Charles Bettelheim, Oberbaum Verlag;
Das Gewissen der Revolution, Robert V. Daniels, Olle und Wolter;
Stalin (eine politische Biographie), Isaak Deutscher, W. Kohlhammer Verlag;
Die linke Opposition in der Sowjetunion 1923 - 28, Hrg. Ulf Wolter; Dokumentensammlung (5Bände),Olle und Wolter.
Jeder Fakt, der aus einem dieser oder aus anderen Werken zitiert ist, ist mindestens in einer weiteren Quelle belegt. „Klassiker"-Zitate (Lenin, Stalin) sind in den deutschen Ausgaben ihrer Werke überprüft, ansonsten mit anderen Quellen belegt, werden aber zuweilen der Einfachheit halber aus obigen Arbeiten herauszititert.
2) Lenin i Stalin, sbornik Proiswedennij Isutscheniju Istorii WKP(b), Bd.2,S.17 ff
3) Stalin, Werke Bd. 4, S.3
4) ebenda, S.20
5) ebenda, S.27
6) ebenda, S.24
7) ebenda, S.111
8) ebenda, S.72
9) ebenda, S.100
10) ebenda, S.102
11) ebenda, S.102
12) ebenda, S.104
13) Trotzki, „Stalin", S.412
14) Isaak Deutscher, „Stalin", S. 239/40
15) ebenda, S.240
16) Lenin The Essentials, Bd.2, S. 692
17) Lenin, ebenda, S. 813
18) Deutscher, a.A.O., S. 244
19) Trotzki Werke (russisch), Bd. 15, S. 126, zit. bei Maurice Brinton, „Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle", S.149/50.
20) Rechenschaftsbericht des 9. Parteitages der KPR, zit. bei E.H. Carr, „TheBolschevik Revolution", Bd.2, S. 214/15.
21) Zit. nach M.Brinton, a.A.O., S. 155/56
22) N.Bucharin, „Die Ökonomik der Transformationsperiode", Rowohlt, S.128
23) Lenin, Werke Bd. 33, S. 368
24) Vergl. P.Boue, „Le Parti Bolschevique", S.141, zit. nach Bettelheim a.A.O., S. 326
25) Lenin, Werke Bd. 32, S.7
26) ebenda, S.74 – „Noch einmal über die Gewerkschaften"
27) ebenda, S.5
28) LW 33, S. 169 ff
29) LW 32, S. 196
30) ebenda, S. 201
31) ebenda, S. 36
32) Bettelheim, a.A.O., S. 335
33) LW 25, S. 434
34) LW 30, S. 452

35) Vergl. A. Kollontai, „Die Arbeiteropposition in Rußland", Hamburg 1972, S. 131 – 177
36) Vergl. LW 32, S. 365
37) Vergl. LW 32. S. 42 und 190/91
38) Bettelheim a.A.O., S. 341
39) Vergl. zu diesen Fragen: LW – Ergänzungsband, 1917 – 23, S. 440 und 641
40) ebenda, S. 642, Anmerkung 463
41) Bettelheim, a.A.O., S. 348
42) A.Strong, „The Stalin Era", New York, 1956, S.16
43) LW Ergänzungsband 2, S. 646
44) LW Ergänzungsband 2, S. 515
45) ebenda, 515
46) Bettelheim, S. 355
47) LW 36, S. 591 ff
48) ebenda, S. 595
49) ebenda, S. 596
50) LW 33, S. 479
51) Deutscher, a.A.O., S. 255
52) LW 36, S. 580
53) LW 36, S. 578 ff
54) Bettelheim, a.A.O., S. 344/45

Thesen zur Wirtschaftspolitik der KPdSU unter Stalin

1. Eine sozialistische Revolution in einem ökonomisch so rückständigem Land wie Rußland konnte nur durch ein festes Bündnis der noch schwach entwickelten Arbeiterklasse mit der Bauernschaft erfolgreich beendet werden. Lenin: *„Und dann wird der Aufbau des Sozialismus nicht Sache des Tropfens im Meere sein, der sich Kommunistische Partei nennt, sondern die Sache der ganzen werktätigen Masse; dann wird der einfache Bauer sehen, daß wir ihm helfen, und dann wird er uns folgen, so daß dieser Vormarsch zwar hundertmal langsamer, dafür aber millionenmal fester und sicherer wird"* (Lenin Werke 33, S. 272).

2. Ausdruck dieses Bündnisses war die Neue Ökonomische Politik, die 1921 mit dem Beschluß des X. Parteitages der KPR über die Einführung der Naturalsteuer eingeleitet und bis 1929 beibehalten wurde. Während der Neuen Ökonomischen Politik bestehen in der sowjetischen Wirtschaft ein sozialistischer und ein kapitalistischer Sektor nebeneinander. Der Staat konzentriert in seinen Händen Groß- und Mittelindustrie, Verkehrswesen, Bank- und Kreditsystem, Außenhandel und Teile des Großhandels. Landwirtschaft, Handwerk, Kleinindustrie und Einzelhandel sind privat. Allerdings führt die Neue Ökonomische Politik faktisch dazu, *„daß die Staatsbetriebe weitgehend auf kommerzielle, kapitalistische Grundlagen übergeführt werden"* (Lenin Werke, Ergänzungsband 1917 - 1923, S. 393).

3. In der Phase der Neuen Ökonomischen Politik kam der Verankerung der kommunistischen Politik auf dem Lande besondere Bedeutung zu, da mit den auf dem Lande erwirtschafteten Überschüssen die Industrialisierung bezahlt werden sollte. Lenin forderte die Kommunisten daher auf, der Entwicklung des Genossenschaftswesens auf dem Lande besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Lenin betonte das Prinzip der Freiwilligkeit beim Zusammenschluß zu ländlichen Produktionsgenossenschaften und forderte eine Reihe materieller Privilegien für diese Genossenschaften. Wesentlich sei die Anhebung des kulturellen Niveaus der Bauernschaft, die 1928 noch 80 % der Gesamtbevölkerung ausmachte. *„Bei einem vollständigen genossenschaftlichen Zusammenschluß stünden wir bereits mit*

beiden Füßen auf sozialistischem Boden. Aber ... der vollständige genossenschaftliche Zusammenschluß schließt ein derartiges Kulturniveau der Bauernschaft ... in sich ein, daß dieser vollständige genossenschaftliche Zusammenschluß ohne eine ganze Kulturrevolution unmöglich ist" (Lenin Ausgewählte Werke III, S. 865).

4. Nach dem Tode Lenins schenkten die sowjetischen Kommunisten der Entwicklung auf dem Lande zu wenig Aufmerksamkeit. Sie sahen die sozialistische Revolution hauptsächlich wegen des zahlenmäßig sehr schwachen und zu gering qualifizierten Proletariats gefährdet und richteten ihr Hauptaugenmerk auf die Industrialisierung, in deren Verlauf Quantität und Qualität der Arbeiterklasse zunehmen und dadurch die sozialistische Entwicklung sichern würden. Auf dem Lande waren die Kommunisten kaum verankert. Die zahlenmäßig nicht gerade stark vertretenen Genossenschaften, und die ländlichen Sowjets wurden dazu oft von den reichen Bauern für ihre privatkapitalistischen Ziele ausgenutzt. Unter der Hand entwickelte sich auf dem Lande eine für die kapitalistische Wirtschaftsweise typische Gesellschaftsstruktur. Ende der 20er Jahre führte die Neue Ökonomische Politik in eine Wirtschaftskrise, die die sozialistische Revolution grundsätzlich bedrohte und eine radikale Lösung erforderte. Entgegen allen Prognosen produzierten die privaten Bauern nicht mehr genug Getreide für den Markt, so daß sich der Staat zu einer Rückkehr zu den Methoden der Zwangsbeschaffung gezwungen sah, deren Folgen nun nicht mehr nur die reichen Bauern, sondern die gesamte Bauernschaft betrafen, zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen auf dem Lande führten und gleichzeitig die Industrialisierung in Frage stellten.

5. In der Wirtschaftskrise Ende der 20er Jahre vertrat Stalin eine schwankende Position. Die wirtschaftspolitischen Alternativen dieser Zeit wurden personifiziert durch Bucharin als Vertreter der rechten und Preobraschenski als Vertreter der linken Opposition. Während Bucharin die Rückkehr zu den „wahren Prinzipien" der Neuen Ökonomischen Politik forderte – das heißt im Klartext Zugeständnisse an die privaten Bauern – um auf diese Weise wieder mehr Mittel für den sozialistischen Aufbau zu erhalten, forderte Preobraschenski zu unterstellen, sie hätten mit der von ihnen propagierten politischen Linie den Boden des Kommunismus verlassen. Im Ergebnis bestand die Wirtschaftspolitik unter Stalin aus einem Schwanken zwischen diesen beiden Linien, während die linke und rechte Opposition liquidiert wurde.

6. Eine wichtige Aufgabe für alle linken Kritiker des „realen Sozialismus" besteht heute im Studium der politischen Vorstellungen der linken und rechten Opposition, weil wir dadurch historische Bezugspunkte für unsere Revisionismuskritik finden können. Nicht umsonst propagieren Vertreter der KPI Bucharin (Boffa in „Marxistische Stalinismus-Kritik"). Auf der an-

deren Seite scheint es über keine politische Linie innerhalb der kommunistischen Bewegung so viele falsche Vorstellungen zu geben wie über die linke Opposition der 20er Jahre in der Sowjetunion.

7. Auf dem XVI. Parteitag im April 1929 wurden die Hauptaufgaben des ersten Fünfjahresplanes beschlossen und im Mai 1929 vom V. Sowjetkongreß bestätigt. Der Hauptaugenmerk richtete sich auf den Aufbau der Schwerindustrie und die verstärkte Kollektivierung der Landwirtschaft. Ab Sommer 1929 erhöhte man das Tempo der Kollektivierung, was zu chaotischen Zuständen auf dem Lande führte. Die Kollektivierungskampagne traf eine privatwirtschaftlich orientierte Bauernschaft, in der der Einfluß der Kommunisten seit Lenins Tod stagnierte, vollkommen unvorbereitet. Stalin: *„Und wenn die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in einem gesteigerten Tempo weitergeht, so ist kein Grund vorhanden, daran zu zweifeln, daß unser Land in, sagen wir, drei Jahren zu einem der getreidereichsten Länder, wenn nicht zum getreidereichsten Land der Welt wird"* (Stalin Werke 12, S. 168).

Angesichts der chaotischen Zustände auf dem Lande und der gefährdeten Frühjahrsbestellung vollzog Stalin mit dem am 2.3.1930 veröffentlichten Artikel „Von Erfolgen vom Schwindel befallen" die taktische Wende. Viele Parteimitglieder, die an der verstärkten Kollektivierung mitgewirkt hatten, wurden jetzt bestraft, die Parteibasis war desorientiert. Die Bauern verstanden die neue Linie als Aufforderung zum Austritt aus den schlecht ausgestatteten und organisierten Kollektiven und schon im August 1930 waren nur noch 21,4 % der Bauernwirtschaften kollektiviert (März 1930: 58 %). Auf diese Bewegung hin setzte die Partei unter Stalins Führung wieder verstärkten Zwang als Mittel der Kollektivierung ein und so stieg die Zahl der kollektivierten Bauernwirtschaften bis Mai 1931 auf 52,7 % (Zahlen nach Lorenz). Trotz erheblicher Schwankungen erhöhte sich die Zahl weiter, bis Ende 1932 der „endgültige Sieg des Sozialismus" in der Landwirtschaft verkündet wurde. Als Folge dieser Art von Kollektivierung der Landwirtschaft kam es im Winter 1932/33 zu einer verheerenden Hungersnot, die Millionen Tote forderte. Später erwies sich die Zwangskollektivierung im Sinne einer forcierten Industrialisierung als erfolgreich, weil zwar die absolute Getreideproduktion und die Produktion sonstiger landwirtschaftlicher Güter lange unter der der NEP-Zeit lagen, das Marktaufkommen jedoch bald über dem der NEP-Zeit, d.h. es standen jetzt mehr Mittel für die Akkumulation bereit. Umstritten ist allerdings bis heute, wie groß der Beitrag der Landwirtschaft zur Industrialisierung der Sowjetunion tatsächlich war.

8. 1975 wurden auf dem privaten Hofland der sowjetischen Bauern 59 % aller Kartoffeln, 39 % aller Eier, 34 % allen Gemüses und 31 % allen Fleisches und aller Milch produziert („Zeit", 6.10.78). Dieses private Hofland

geht auf das Musterstatut für landwirtschaftliche Betriebe vom 2.3.1930 zurück, das nach der ersten Austrittswelle erlassen wurde und mit diesem Zugeständnis die Bauern doch noch für die Kollektivierung gewinnen wollte. Das kapitalistische Element in der sowjetischen Landwirtschaft ist also keineswegs eine Erfindung der Chruschtschow-Revisionisten.

9. Im Gegensatz zur Politik in der Landwirtschaft kann der Aufbau der Industrie während der Herrschaft Stalins insgesamt als erfolgreich angesehen werden. Bis zum Überfall der Hitlerfaschisten wies die sowjetische Industrie enorme Wachstumsraten auf, die allerdings zur Zeit der großen Säuberungen ab 1936 absanken, da viele Spezialisten und Hunderttausende von Facharbeitern als „Saboteure", „Diversanten" und „Spione" liquidiert wurden (Lorenz 232 ff.). Erst 1940 kam es nach einer Verschärfung der Arbeitsdisziplin und der Verlängerung des Arbeitstages zu einem erneuten Produktionsanstieg. Nach dem Überfall der Hitlerfaschisten vollbrachte die sowjetische Arbeiterklasse mit der Verlegung ganzer Industrien hinter den Ural eine heroische Leistung.

Von den Vertretern des „realen Sozialismus", die die sowjetische Industrialisierung glorifizieren, unterscheiden wir uns, indem wir diesen Prozeß nicht nur nach Effektivitätskriterien beurteilen. Für Stalin reduzierte sich der Aufbau des Sozialismus ökonomisch auf das Ein- und Überholen der am meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Dabei kam es einmal zu direkten kapitalistischen Einflüssen, etwa durch Importe und die Arbeit bestimmter Spezialisten, andererseits führte man in der sowjetischen Industrie schrittweise viele der negativen Aspekte der kapitalistischen Produktionsweise wieder ein oder verstärkte sie tendenziell, die Marx als abzuschaffende Merkmale des Kapitalismus kritisiert hatte, wie z.B. Arbeitsteilung, Trennung von Kopf- und Handarbeit, verschärfter Wettbewerb (Stachanowbewegung), Prämien und Lohndifferenzierung usw. Zuletzt hat Bahro in seiner „Alternative" gerade auf diese Mängel des „realen Sozialismus" hingewiesen und an die marxistische Konzeption einer sozialistischen Gesellschaft erinnert.

10. *„Die Geschichte der sozialistischen Planwirtschaft und der demokratischen Wirtschaftsplanung ist mit dem Namen Stalins aufs engste verbunden, Stalin hat die Theorie der sozialistischen Planung entwickelt. ... Als tiefschürfender Theoretiker, als ausgezeichneter Kenner der Volkswirtschaft des Landes, als Personifizierung unerschütterlichen Willens, unversiegbaren Sinnes für das Neue ... ist Stalin dem Volke bekannt, das ihm dafür seine Liebe und seine Achtung schenkt"* (J. Luganin, Die Sowjetindustrie, Berlin 1947). Der Beitrag Stalins zur marxistischen Ökonomie des Sozialismus ist nur insofern von Bedeutung, als seine letzte Schrift zu wirtschaftlichen Fragen („Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" 1952) einen Ansatzpunkt für die Wirtschaftsreformbestrebungen in den späteren RGW-Ländern bildete (nachzuiesen etwa bei Brus, „Funktionsprobleme

der sozialistischen Wirtschaft", und bei Sik, „Plan und Markt im Sozialismus"). Die Geschichte der sowjetischen Fünfjahrespläne während der Herrschaft Stalins ist eher eine Geschichte der Improvisation und des Reagierens auf unvorhergesehene Umstände, als die einer geradlinigen sozialistischen Planwirtschaft. Der erste Fünfjahresplan wurde 1929 verabschiedet, schon 1930 fiel der Beschluß über die Erfüllung dieses Fünfjahresplanes in vier Jahren. Das Ergebnis dieses Plans kann als Wirtschaftskrise bezeichnet werden. Der zweite Fünfjahresplan basierte auf einem Vorschlag von 1932, wurde aber auf dem XVII. Parteitag 1934 wesentlich abgeändert. Der Verantwortliche für die Durchführung des vierten Fünfjahresplanes, Wosnessenski, wurde im März 1949 entlassen und später erschossen. Der XIX. Parteitag verabschiedete erst 1952 den letzten unter Stalins Herrschaft beschlossenen Fünfjahresplan 1951 - 1955. Eine wissenschaftliche Diskussion über die Weiterentwicklung der sozialistischen Wirtschaft wie in den 20er Jahren gab es später nicht mehr.

11. Insgesamt läßt sich die Wirtschaftspolitik Stalins als ökonomistisch und voluntaristisch kennzeichnen. Entgegen den Absichten und Vorstellungen Lenins beging Stalin bei der Behandlung der Bauern grundlegende Fehler, die sich auch heute noch stark in der sowjetischen Ökonomie auswirken. In der Industrie handelte er hauptsächlich nach Effektivitätskriterien und leistete damit kapitalistischen Erscheinungsformen Vorschub. An die Stelle ideologischer Überzeugungsarbeit und kulturrevolutionärer Aktivitäten, wie sie Lenin gefordert hatte, traten Zwang und Liquidierung. Ein solches System kann die Industriealisierung eines unterentwickelten Landes unter Umständen vorantreiben, hat aber wenig zu tun mit dem Sozialismus, den wir wollen. Für falsch halten wir die These des DKP-Propagandisten Meyer, ein solches System werde sich von selbst aufheben, wenn erst einmal Produktivkräfte, Quantität und Qualifikation der Arbeiterklasse entwickelt sind. Ein Blick auf die Verhältnisse in den RGW-Ländern belehrt uns vom Gegenteil, trotz aller mittlerweile eingetretenen Veränderungen. Für falsch halten wir aber auch die „ML"-Einschätzung, nach einer im wesentlich korrekten Linie unter Stalin habe erst der XX. Parteitag den qualitativen Sprung zum Rechtsopportunismus gebracht. Für uns scheint in diesem Zusammenhang zunächst einmal die Hauptfrage künftiger Untersuchungen, wie weit die weitgehend korrekten Einschätzungen und Vorstellungen Lenins in der Sowjetunion der 20er Jahre und später aufgegriffen und verwirklicht wurden.

Zur näheren Beschäftigung mit dem Thema empfehlen sich folgende Schriften

1. Charles Bettelheim, Die Klassenkämpfe in der UdSSR, (Band 2 soll dieses Jahr in der BRD erscheinen)
2. Interview mit Bettelheim, Berliner Hefte 3
3. E.H. Carr, A History of Soviet Russia, bis jetzt 9 Bände als Pelican Taschenbücher, geht bis 1929
4. Maurice Dobb, Die Diskussion in den zwanziger Jahren über den Aufbau des Sozialismus, in: Probleme des Sozialismus, Hrsg, Peter Hennicke, Frankfurt 1973
5. Alexander Erlich, Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924 - 1928, Frankfurt 1971
6. Donald Filtzer, Preobrazhensky and the Problem of Soviet Transformation, in: Critique 9
7. Peter Hennicke, Preobraschenskijs Theorie der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation"..., in: Übergangsgesellschaft, Hrsg. Peter W. Schulze, Frankfurt 1973
8. Werner Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt 1967
9. Moshe Lewin, Die Auseinandersetzungen in der Agrarfrage und die Wirklichkeit der UdSSR 1928 - 1940, in: Probleme des Sozialismus, a.a.O.
10. Richard Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion, Frankfurt 1976
11. Gert Meyer, Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft in der UdSSR, Argument 106, 107, 108
12. Alec Nove, An Economic History of the USSR, Harmondsworth 1972
13. Peter W. Schulze, Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft, Frankfurt 1977
14. J. Stalin / F. Behrens / J. Kuczynski, Ökonomische Probleme des Sozialismus, Frankfurt 1972

Die Moskauer Prozesse

Wir wollen in diesem Teil eine Phase der Geschichte der UdSSR darstellen, die wie wohl keine andere Verwirrung, Ratlosigkeit, ja Verzweiflung, aber leider ebenso Zustimmung unter Kommunisten und Freunden der Sowjetunion hervorgerufen hat. Wir meinen, daß der Versuch einer Darstellung der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Partei der Bolschewiki der dreißiger Jahre für die Diskussion um „bürokratische", „stalinistische", „demokratische" oder „zentralistische" Strukturen in einer kommunistischen Organisation wesentliche Bedeutung hat.

Es wäre unsinnig, die Moskauer Prozesse und die damit zusammenhängenden „Säuberungen" schlicht als Manöver und Schachzüge eines einzelnen Mannes, Stalins, darzustellen, der sich auf diese Weise aller seiner „Widersacher" entledigt hätte. Vielmehr muß die Periode der dreißiger Jahre begriffen werden als Fortsetzung der heftigen innerparteilichen Fraktionskämpfe, die bereits in den zwanziger Jahren begonnen hatten, die aber nun ungleich schärfer und mit dem Mittel der gegenseitigen physischen Vernichtung geführt wurden.

Die heutigen Führer der KPdSU sehen natürlich überhaupt keinen Anlaß, sich mit der Politik und dem politischen „Erbe" der dreißiger Jahre auseinanderzusetzen — offene, grundsätzliche politische Diskussionen könnten die ohnehin nur unter größtem Propagandaaufwand vorgespiegelte „Einheit von Partei und Volk" wie eine Seifenblase platzen lassen. Stalin selbst ist heute in der UdSSR eine Unperson — seine Werke sind nicht zu kaufen und für „normale" Sowjetbürger auch in Bibliotheken nicht zu finden, Werke über ihn und seine Politik als Generalsekretär der KPdSU sind schon gar nicht zu bekommen; erwähnt wird er, ebenso wie viele der Zeitgenossen und Mitkämpfer Lenins, nur, wenn es gar nicht zu vermeiden ist.

(Man darf gespannt sein, in welcher Form die KPdSU den 100. Geburtstag ihres ehemaligen Generalsekretärs am 21.12.79 begehen wird. Sicher ist jedenfalls, daß dieses Datum nicht, wie viele andere, einfach mit Schweigen übergangen werden wird.)

In der 1977 erschienenen „Geschichte der KPdSU" heißt es über Stalin: *„Stalin erhob bestimmte Einschränkungen der Demokratie, die während*

des erbitterten Kampfes gegen den Klassenfeind und seine Agenten unvermeidlich waren, zur Norm der Leitung von Partei und Staat. Er verletzte die von Lenin ausgearbeiteten Normen des Parteilebens, besonders das Prinzip der kollektiven Leitung. Viele wichtige Partei- und Staatsangelegenheiten wurden von ihm allein entschieden. In der Tätigkeit Stalins zeigte sich eine Kluft zwischen Wort und Tat. (...) Indessen stellte J.W. Stalin auf dem Februar/Märzplenum des ZK im Jahre 1937, als der Sozialismus in der UdSSR bereits gesiegt hatte (!)*, die falsche These auf, daß sich der Klassenkampf im Lande mit der Festigung der Positionen des Sozialismus und dem weiteren Vormarsch des Sowjetstaates immer mehr verschärfen werde. In Wirklichkeit hatte der Klassenkampf im Sowjetland die größte Schärfe in der Periode erreicht, als die Frage ‚Wer—wen?' zur Entscheidung stand und die Grundlagen des Sozialismus geschaffen wurden. Doch nachdem der Sozialismus gesiegt hatte, die Ausbeuterklassen liquidiert waren und in der Sowjetgesellschaft die sozialistische Einheit hergestellt war, erwies sich die These von der unvermeidlichen Verschärfung des Klassenkampfes als falsch. In der Praxis diente sie zur Begründung von Massenrepressalien gegen namhafte Partei- und Staatsfunktionäre, Mitglieder und Kandidaten des ZK, bedeutende sowjetische Heerführer und viele andere Kommunisten und Parteilose, die sich nichts hatten zuschulden kommen lassen."* (1)

Wie nicht anders zu erwarten, bleiben in dieser „Geschichte der KPdSU" Persilscheine und Gesundbeterei nicht aus. So heißt es nur wenige Absätze weiter unten: *„Der Partei und dem Volk war zu jener Zeit der Machtmißbrauch durch Stalin nicht bekannt"!* (1) Diese Art der „Vergangenheitsbewältigung" ist gleich doppelt heuchlerisch. Zum einen setzt sie wieder einmal wie selbstverständlich Stalin als den allein Verantwortlichen für „Machtmißbrauch" und geht damit nicht nur vollständig unmarxistisch an diese Periode der Geschichte der KPdSU heran, sondern wäscht zugleich die Weste all derer rein, die damals zusammen mit Stalin und nicht weniger verantwortlich den „Machtmißbrauch" gefördert und betrieben hatten (und die ihn, versteht sich, auf der Basis einer verlogenen „Stalin-Kritik" seit 1953 in anderer Form munter weiter betreiben).

Zum anderen ist es natürlich eine glatte Lüge zu behaupten, der „Machtmißbrauch" sei dem Volk nicht bekannt gewesen; unbekannt mag gewesen sein, durch wen eigentlich die „Macht" ge- bzw. mißbraucht wurde, aber die alltäglichen Vorgänge (die Denunzierungen, die Verhaftungen, die Verhöre, das „Verschwinden" von Personen und ganzen Personengruppen) waren bekannt und gefürchtet gleichermaßen.

Dem Autorenkollektiv der „Geschichte der KPdSU" scheint aber eine eingehendere Analyse zur Überwindung von Fehlentwicklungen ohnehin nicht vonnöten gewesen zu sein, da für Abweichungen dieser Art bereits der liebe Gott vorgesorgt hatte:

„Die Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit und die massenhaften Repressalien fügten der Kommunistischen Partei und dem soziali-

stischen Aufbau ernsten Schaden zu. Doch **konnten** *diese anomalen Erscheinungen den Charakter und die Natur der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Natur und das Wesen des sozialistischen Staates* **nicht verändern und haben sie nicht verändert (!)**, *sie konnten die politischen und organisatorischen Grundlagen der Partei nicht erschüttern. Die Leninsche Generallinie der Partei blieb* **unwandelbar.**" (3) Womit ausreichend begründet wäre, daß eine ernsthafte politische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte in der Sowjetunion heute nicht stattzufinden braucht...

Die ersten Säuberungen und Prozesse

Im folgenden stellen wir wesentliche Fakten über die Moskauer Prozesse der Jahre 1935 – 1938 und die damit zusammenhängenden Säuberungen zusammen.

Schon seit Ende der zwanziger Jahre hatte es in der Sowjetunion größere politische Prozesse gegeben, in denen aktive Gegner des sozialistischen Aufbaus, Saboteure und Spione vor Gericht gestellt wurden.

1928 fand in Moskau der Prozeß in der sogenannten Schachty-Affäre statt. 53 Angeklagten wurde Sabotagearbeit in den Kohlegruben des Donezbeckens und Verbindungen zu den früheren Bergwerkseigentümern vorgeworfen.

Auch in den darauf folgenden Jahren kam es zu vielen derartigen Prozessen wegen konterrevolutionärer Aktivitäten und „Schädlingstätigkeit" in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft.

Roy Medwedew, einer der linkesten „Dissidenten" der UdSSR, versucht nachzuweisen, daß bereits in diesen Prozessen weit über das tatsächliche Ausmaß konterrevolutionärer Tätigkeiten hinaus Vorwürfe gegen „bürgerliche Spezialisten" konstruiert und antisowjetische, konterrevolutionäre Organisationen erfunden worden seien. (4) Medwedew geht jedoch in seinen Darlegungen nur am Rande auf den wirklichen Umfang der Aktivitäten konterrevolutionärer Kräfte ein. Andere Quellen berichten nur über den Schachty-Prozeß und geben keine Informationen über weitere Prozesse. (5)

Am 1. Dezember 1934 wurde in Leningrad Sergej M. Kirow erschossen. Kirow war Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU sowie Erster Sekretär des Leningrader Gebietsparteikomitees.

Im Zuge der Ermittlungen wurden innerhalb von vier Tagen mehr als hundert Personen verhaftet, verurteilt und erschossen. Grundlage für dieses nicht im Einklang mit den sowjetischen Gesetzen stehende Vorgehen war eine Verordnung, die noch am Abend des 1. Dezember von Stalin unterzeichnet und zwei Tage später vom Politbüro gebilligt wurde (der umgekehrte Gang wäre „normal" gewesen). Die Verordnung lautete:

„1. Die Untersuchungsbehörden beschleunigen ab sofort die Arbeit in allen Fällen von Vorbereitung oder Ausführung terroristischer Handlun-

gen. 2. Die Gerichte schieben die Vollstreckung der Todesstrafe ab sofort nicht mehr auf, wenn von Verbrechern dieser Kategorie Gnadengesuche eingereicht wurden, denn das Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR kann solche Gesuche nicht berücksichtigen. 3. Organe des NKWD (Volkskommissariat für Inneres, zu dem auch die „Sonderabteilung" gehörte – Anm. d. Verf.) *vollstrecken Todesurteile an Verbrechern der obengenannten Kategorie sofort nach Verkündigung."* (6)

Darüber hinaus wurde bestimmt, daß derartige Fälle innerhalb von höchstens 10 Tagen abgeurteilt werden müssen, daß der Angeklagte die Anklageschrift erst am Tag vor dem Prozeß zugestellt bekommt und daß Urteile in solchen Prozessen sofort rechtskräftig wurden und nicht angefochten werden konnten. (7)

Vor dem Hintergrund fehlender innerparteilicher Diskussion, der fortschreitenden Bürokratisierung und Zentralisierung des Partei- und Staatsapparats war diese Verordnung die formale Basis für das weitgehend willkürliche Vorgehen der Organe des NKWD gegen immer größere Kreise von Parteimitgliedern und Parteilosen.

Zwar wurde der Mörder Kirows gefaßt und hingerichtet, aber über die Hintergründe des Mordes besteht bis heute keine vollständige Klarheit. Im August 1936 wurden jedenfalls Sinowjew, Kamenew und 14 weitere Angeklagte vor Gericht gestellt und neben anderem auch dieses Mordes beschuldigt.

Bereits im Januar 1935 hatte es den ersten politischen Prozeß gegen Führer der ehemaligen Opposition gegeben. Eine Verbindung der Angeklagten zu dem Mord an Kirow konnte den Aussagen des Gerichts zufolge nicht festgestellt werden. Wegen Zugehörigkeit zum „Leningrader Zentrum" oder zum „Moskauer Zentrum" wurden die Angeklagten zu Haftstrafen zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt. (Die Angeklagten waren: G.J. Sinowjew, A.N. Gertik, A.S. Kuklin, B.N. Sachow, J.W. Scharow, G.E. Jewdokimow, I.P. Bakajew, I.S. Gorschenin, A.N. Zarkow, G.W. Fedorow, A.W. Herzberg, S.M. Hessen, I.I. Tarassow, A.W. Perimow, A.I. Anischew, L.J. Faiwilowitsch, L.B. Kamenew, A.S. Baschkirow, B.L. Brawo.) (8)

Ein zweiter, geheimer Prozeß gegen Kamenew soll im Juli 1935 stattgefunden haben. (9)

Das „Vereinigte trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum"

Am 19. August 1936 begann ein Prozeß gegen sechzehn Angeklagte; die Anklageschrift umfaßte folgende Vorwürfe:

„1. daß in der Periode 1932 – 1936 in Moskau ein vereinigtes trotzkistisch-sinowjewistisches Zentrum organisiert wurde, das sich die Verübung einer Reihe von Terrorakten gegen die Führer der KPdSU (B) und der Sowjetregierung zur Aufgabe machte, um die Macht an sich zu reißen;

2. daß diesem vereinigten trotzkistisch-sinowjewistischen Zentrum aus der Zahl der in der vorliegenden Strafsache als Angeklagte zur Verantwortung Gezogenen angehört haben: von den Sinowjewleuten G. J. Sinowjew, L.B. Kamenew, G.J. Jewdokimow, I.P. Bakajew und von den Trotzkisten I.N. Smirnow, W.A. Ter-Waganjan und S.W. Mratschkowski;

3. daß das vereinigte trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum in dieser Zeit eine Reihe von terrroristischen Gruppen organisiert und eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Ermordung der Genossen Stalin, Woroschilow, Shdanow, Kaganowitsch, Kirow, Kosior, Ordshonikidse und Postyschew vorbereitet hat;

4. daß von einer dieser terroristischen Gruppen, die auf direkte Weisungen Sinowjews und L. Trotzkis sowie des vereinigten trotzkistisch-sinowjewistischen Zentrums und unter der unmittelbaren Leitung des Angeklagten Bakajew gehandelt haben, am 1. Dezember 1934 der niederträchtige Mord an dem Genossen S.M. Kirow verübt wurde." (10)

Neben den unter 2. Aufgeführten waren in diesem Prozeß angeklagt: J.A. Dreitzer, V.P. Olberg, Fritz David (I.I. Krugljanski), E.S. Golzman, R.W. Pikel, I.I. Reingold, K.B. German-Jurin, M.I. Lourie und N.L. Lourie.

Dem Antrag des Staatsanwalts der UdSSR, A.J. Wyschinski, folgend, werden alle Angeklagten nach viertägiger Verhandlung zum Tode verurteilt. Die *„tollwütigen Kettenhunde des Kapitalismus"* und *„geschworenen Feinde der Sowjetunion"* werden unmittelbar nach der Urteilsverkündung hingerichtet.

Zur Verdeutlichung der Problematik und der Dimension dieses, wie auch der folgenden Prozesse muß auf jeweils einige der Angeklagten näher eingegangen werden.

G.J. Sinowjew war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seit 1899, Mitglied des Zentralkomitees von 1907 – 1929, nach der Revolution Vorsitzender des Petrograder Stadtsowjets, 1919 – 1926 Vorsitzender der Kommunistischen Internationale; zwischen 1927 und 1934 insgesamt dreimal aus der Partei ausgeschlossen wegen Linksabweichung bzw. Zusammenarbeit mit der trotzkistischen Opposition.

L.B. Kamenew, Mitglied seit 1901, 1917 Mitglied des ZK, 1919 – 1925 Mitglied des Politbüros, 1918 – 1926 Vorsitzender des Moskauer Stadtsowjets, 1926 – 1927 Volkskommissar für Innen- und Außenhandel; 1927 und 1932 aus der Partei ausgeschlossen.

Auch Jewdokimow, Smirnow, Bakajew, Ter-Waganjan und Mratschkowski waren Parteimitglieder seit Beginn des Jahrhunderts und hatten nach der Revolution in der Partei und in der Roten Armee verantwortliche Posten eingenommen.

Alle Angeklagten, mit zeitweiliger Ausnahme von Smirnow, hatten im Prozeß die gegen sie erhobenen Beschuldigungen „bestätigt" und die geplanten Verbrechen „zugegeben". Dagegen waren im Verlauf des fünftägigen Prozesses von der Anklage so gut wie keine konkreten und nach-

prüfbaren Beweise für die Schuld der Angeklagten vorgelegt worden. (11)

In seiner Schlußrede sagte Ankläger Wyschinski: *„Diese tollen Hunde des Kapitalismus wollten unser Land zerstückeln und ihm die allerbesten Gebiete entreißen. Sie töteten einen unserer beliebtesten Revolutionsmänner, diesen bewundernswerten und wunderbaren Menschen, dessen Lächeln immer so strahlend und froh war, wie unser neues Leben strahlend und froh ist. Sie töteten unseren Kirow, sie fügten uns selbst eine Wunde nahe an unserem Herzen zu ... Der Feind ist verschlagen, ein verschlagener Feind darf nicht geschont werden ... Unser ganzes Volk bebt vor Empörung, und namens der Staatsanwaltschaft vereine ich meine zornige und empörte Stimme mit den Donnerstimmen von Millionen ... Ich fordere, daß man die tollwütigen Hunde erschießt, jeden von ihnen!"* (12)

In ihren Schlußworten bezichtigten sich die Angeklagten noch einmal selbst ihrer Schuld: Kamenew sagte: *„Wir sitzen hier Seite an Seite mit den Agenten ausländischer Geheimpolizeiabteilungen. Wir kämpften mit dem gleichen Rüstzeug, unsere Waffen verbanden sich miteinander, bevor sich hier auf der Anklagebank unsere Schicksale miteinander verbanden. Wir haben dem Faschismus gedient, wir haben die Konterrevolution gegen den Sozialismus organisiert."*

Sinowjew ergänzte: *„Ich trage gleich Trotzki die Schuld an der Organisation des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks, der sich das Ziel setzte, Stalin, Woroschilow und andere Führer zu ermorden ... Ich bekenne mich schuldig, der Hauptorganisator der Ermordung Kirows gewesen zu sein ... Meine Abtrünnigkeit vom Bolschewismus verwandelte sich in Antibolschewismus und durch den Trotzkismus langte ich beim Faschismus an."* (13)

In allen Schlußworten der Angeklagten wie auch in der abschließenden Rede Wyschinskis wurde Trotzki als das eigentliche Oberhaupt der Verschwörung, als direkter Organisator und Leiter von „konterrevolutionären, terroristischen, faschistischen" Aktionen gegen die UdSSR und die Führer der KPdSU (B) dargestellt.

Das „Parallelzentrum"

Ein zweiter großer Prozeß fand Anfang 1937 statt. Angeklagt waren J.L. Pjatakow, K.B. Radek, G.J. Sokolnikow, L.P. Serebrjakow, N.I. Muralow, J.A. Liwschitz, J.N. Drobnis, M.S. Boguslawski, I.A. Knjasew, S.A. Rataitschak, B.O. Norkin, A.A. Schestow, M.S. Stroilow, J.D. Turok, I.J. Hrasche, G.J. Puschin und V.W. Arnold; die Anklage ging davon aus,

„1. daß auf Weisung L.D. Trotzkis im Jahre 1933 ein Parallelzentrum organisiert wurde, bestehend aus den in der vorliegenden Strafsache Angeklagten Pjatakow, Radek, Sokolnikow und Serebrjakow, dessen Aufgabe die Leitung der verbrecherischen sowjetfeindlichen Spionage-, Diversions- und Terrortätigkeit war, die abzielte auf Untergrabung der militärischen Macht der UdSSR, Beschleunigung eines Kriegsüberfalls auf die UdSSR, Hilfeleistung an fremdländische Aggressoren bei der Besitzergreifung von Territorien und Zerstückelung der UdSSR, Sturz der Sowjetmacht und Wiederherstellung des Kapitalismus und der Macht der Bourgeoisie in der Sowjetunion;

2. daß im Auftrag desselben L.D. Trotzki dieses Zentrum durch die Angeklagten Sokolnikow und Radek in Beziehungen zu Vertretern gewisser auswärtiger Staaten trat zwecks Organisation des gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetunion, wobei das trotzkistische Zentrum sich verpflichtete, im Falle seines Machtantritts diesen Staaten eine ganze Reihe politischer und wirtschaftlicher Vergünstigungen und Gebietsabtretungen zu gewähren;

3. daß gleichzeitig dieses Zentrum durch seine Mitglieder und andere Teilnehmer der verbrecherischen trotzkistischen Organisation systematisch Spionage zugunsten dieser Staaten betrieb, indem es den Spionagediensten fremder Staaten geheime Informationen von größter staatlicher Bedeutung auslieferte;

4. daß zum Zwecke der Untergrabung der wirtschaftlichen Macht und Wehrfähigkeit der UdSSR von diesem Zentrum in einigen Betrieben und im Eisenbahnwesen eine Reihe von Schädlings- und Diversionsakten organisiert und verübt wurden, die Opfer an Menschenleben und Vernichtung wertvollen Staatsgutes zur Folge hatten;

5. daß dieses Zentrum eine Reihe von terroristischen Akten gegen die Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetregierung vorbereitete, wobei Versuche unternommen wurden, diese Akte auszuführen"; (14)

Gemeint waren mit dieser Anklage Spionage und Vorbereitung eines Krieges gegen das faschistische Deutschland und gegen Japan mit dem Ziel, eine Niederlage der UdSSR herbeizuführen. Für ihre Unterstützung bei der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR sollten Japan, Polen und Deutschland nach dem angeblichen Plan der Angeklagten die Amur- und die pazifische Küstenregion, Weißrußland und die Ukraine erhalten. (15)

In ihrem Schlußwort vor der Urteilsverkündung „bekannten" sich insbesondere Pjatakow und Radek noch einmal aller ihnen vorgeworfenen Verbrechen „schuldig", „bestätigten" das Vorhandensein einer konterrevolutionären trotzkistischen Verschwörung, in der Trotzki für den Sturz der Sowjetmacht auf Hitler gesetzt habe und erklärten Trotzki zum Hauptverantwortlichen für die in der Anklage enthaltenen konterrevolutionären Aktivitäten. (16)

Von den 17 Angeklagten wurden 13 zum Tod durch Erschießen verurteilt und hingerichtet; Sokolnikow, Radek, Arnold und Stroilow erhielten Gefängnisstrafen zwischen 8 und 10 Jahren. Sokolnikow starb in der Haft; über das Schicksal Radeks ist nichts bekannt, er gilt seit 1939 als „verschwunden".

J.L. Pjatakow war Parteimitglied seit 1910; nach der Oktoberrevolution Stellvertretender Vorsitzender des GOS-Plans (oberste staatliche Planungsbehörde) und des Allrussischen Volkswirtschaftsrates; später u.a. Vorsitzender der Staatsbank und Stellvertretender Volkskommissar für die Schwerindustrie. 1927 und 1936 aus der Partei ausgeschlossen.

Radek war seit 1903 in Polen und Deutschland als Agitator tätig und arbeitete 1918 an der Organisierung der KPD mit; seit 1920 nahm er leitende Funktionen in der Komintern ein; 1927 und 1936 aus der Partei ausgeschlossen.

Sokolnikow, seit 1905 in der Partei, war 1917 u.a. Redaktionsmitglied der Prawda; nach der Revolution Volkskommissar für Finanzen, Stellvertretender Vorsitzender des GOS-Plans und Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.

Der „Block der Rechten und Trotzkisten"

Am 2. März 1938 begann ein dritter Prozeß gegen 21 Angeklagte: N.I. Bucharin, A.I. Rykow, G.G. Jagoda, N.N. Krestinski, Ch.G. Rakowski, A.P. Rosengolz, W.I. Iwanow, M.A. Tschernow, G.F. Grinko, I.A. Selenski, S.A. Bessonow, A. Ikramow, F. Chodshajew, W.F. Scharangowitsch, P.T. Subarew, P.P. Bulanow, L.G. Lewin, D.D. Pletnjow, I.N. Kasakow, W.A. Maximow-Dikokski und P.P. Krjutschkow.

Die Anklagepunkte umfaßten:

„1. In den Jahren 1932 – 1933 wurde im Auftrage der Spionagedienste der UdSSR feindlichen Staaten von den in der vorliegenden Strafsache Angeklagten eine Verschwörergruppe unter dem Namen ‚Block der Rechten und Trotzkisten' gebildet, die sich zum Ziele setzte, Spionage zugunsten auswärtiger Staaten, Schädlingstätigkeit, Diversionen, Terrorakte, Untergrabung der Wehrkraft der UdSSR, Provozierung eines militärischen Überfalls dieser Staaten auf die UdSSR, Niederlage der UdSSR, Zerstückelung der UdSSR und Lostrennung der Ukraine, Bjelorußlands, der Mittelasiatischen Republiken, Georgiens, Armeniens, Aserbaidschans und des Fernöstlichen Küstengebiets (Primorje) zugunsten der erwähnten auswärtigen Staaten, endlich Sturz der in der UdSSR bestehenden sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung und Wiederherstellung des Kapitalismus und der Macht der Bourgeoisie in der UdSSR.

2. Der ‚Block der Rechten und Trotzkisten' ist mit einigen auswärtigen Staaten in Verbindung getreten, um von ihnen bewaffnete Hilfe zur Verwirklichung seiner verbrecherischen Absichten zu erhalten.

3. Der ‚Block der Rechten und Trotzkisten' hat systematisch zugunsten dieser Staaten Spionage getrieben, indem er den ausländischen Spionagediensten wichtigste staatliche Geheiminformationen lieferte.

4. Der ‚Block der Rechten und Trotzkisten' hat in verschiedenen Zweigen des sozialistischen Aufbaus (Industrie, Landwirtschaft, Eisenbahnverkehr, Finanzen, Kommunalwirtschaft usw.) systematisch Schädlings- und Diversionsakte durchgeführt.

5. Der ‚Block der Rechten und Trotzkisten' hat eine Reihe terroristischer Akte gegen die Führer der KPdSU (B) und der Sowjetunion organisiert und Terrorakte gegen S.M. Kirow, W.R. Menshinski, W.W. Kuiby-

schew, A.M. Gorki durchgeführt.

Sämtliche Angeklagten sind überführt (...) und haben sich in vollem Umfange der gegen sie erhobenen Anklagen für schuldig bekannt." (17)

In seiner Anklagerede führte Staatsanwalt Wyschinski unter anderem aus:

„Er (Bucharin – d. Verf.) *hält es aber nicht aus und beendet sein wissenschaftlich-fiebertolles Gestammel mit dem Geständnis: ‚Wir haben uns alle in erbitterte Konterrevolutionäre, in Verräter an der sozialistischen Heimat verwandelt, wir haben uns in Spione, Terroristen, Restauratoren des Kapitalismus verwandelt, wir gingen auf Verrat, Verbrechen, Landesverrat aus ... Wir verwandelten uns in einen Aufstandstrupp, organisierten terroristische Gruppen, befaßten uns mit Schädlingsarbeit, wollten die ... Sowjetmacht des Proletariats stürzen.'*

Bucharin hätte dem hinzufügen sollen: ‚Wir haben uns in eine Polizeiabteilung des japanisch-deutschen Spionagedienstes verwandelt, wir haben uns in schamlose Verschacherer unserer Heimat verwandelt.'

Der Block – das ist eine Agentur der ausländischen Spionagedienste." (18)

In seinem Schlußwort wiederholte Bucharin sein Geständnis bezüglich der Zugehörigkeit zum „Block der Rechten und Trotzkisten" sowie der Organisierung von Kulakenaufständen und der Vorbereitung eines Staatsumsturzes. Gleichzeitig wies er aber auf viele Widersprüche in der Anklage hin und wies eine Reihe von Anklagepunkten zurück, so die Behauptung, der „Block" sei im Auftrage des faschistischen Spionagedienstes organisiert worden. (19)

18 der 21 Angeklagten wurden am 13. März zum Tode verurteilt, Pletnow zu 25 Jahren, Rakowski und Bessonow zu je 15 Jahren Gefängnis.

In seinem Geständnis machte Krestinski u.a. die Angabe, daß er Trotzkis Sohn Lew (bekannt unter dem Namen Leo Sedow) mit General von Seeckt, dem Chef der deutschen Reichswehr, zusammengebracht habe und daß er zur Finanzierung der Verschwörung mehr als zwei Millionen Goldmark und eine Million Dollar ausgegeben habe. Neben Anschlägen auf das Leben Stalins, Woroschilows und Kaganowitschs sowie der Organisierung von Sabotageakten verschiedenster Art „gestanden" die Angeklagten auch die Ermordung Gorkis, Menschinskis, Kuibyschews und Swerdlows – letztere bereits im Jahre 1919.

Bucharin hatte zusammen mit Lenin in Wien und Moskau die Prawda herausgegeben; seit 1918 war er Mitglied des Zentralkomitees, von 1924 – 1928 Mitglied des Politbüros; 1926 – 1929 außerdem Vorsitzender der Komintern; 1929 wurde er wegen Rechtsabweichung aus der Partei ausgeschlossen, aber wieder aufgenommen.

Rykow war Mitglied des Politbüros von 1924 – 1929, in der gleichen Zeit Vorsitzender des Rates der Volkskommissare und Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrates.1930 wegen Rechtsabweichung aus der

Partei ausgeschlossen, aber im selben Jahr wieder aufgenommen, war er 1930 – 1936 Volkskommissar für das Post- und Fernmeldewesen. 1937 wurde er erneut ausgeschlossen.

Jagoda war seit 1924 Stellvertretender Vorsitzender der Tscheka („Sonderkommission" – Geheimpolizei im Innenministerium), seit 1934 Volkskommissar für Inneres und hatte in dieser Eigenschaft noch die ersten Moskauer Prozesse von 1936 durchgeführt; nach seiner Absetzung war er 1937 Volkskommissar für das Post- und Fernmeldewesen; 1938 wurde er selbst des Mordes an Kirow angeklagt, für den 1936 bereits Kamenew und Sinowjew verurteilt worden waren.

Krestinski, Parteimitglied seit 1903, war nach der Oktoberrevolution Sekretär des ZK der Russischen Kommunistischen Partei, Botschafter der UdSSR in Berlin und Stellvertretender Volkskommissar für Äußeres. 1937 wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

Rakowski hatte nach der Oktoberrevolution verschiedene hohe Funktionen in der Partei und im Staatsapparat; 1927 aus der Partei ausgeschlossen, 1935 wieder aufgenommen. Nach seiner Verurteilung 1938 starb er 1941 im Gefängnis.

„Säuberungen" im ganzen Land

Die „großen" Moskauer Prozesse stellten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre jedoch nur die „Spitze eines Eisberges" dar. Die Repressionsmaßnahmen betrafen einen weiten Kreis von Kommunisten und Parteilosen und dezimierten in gewaltigem Ausmaß die Kader von Partei und Staat.

Es erscheint sinnvoll, hier noch einmal den Charakter der „Säuberungen" der dreißiger Jahre hervorzuheben. Es kann selbstverständlich nicht darum gehen, einer kommunistischen Partei das Recht zu bestreiten, aus ihren Reihen auf der Basis politischer Kriterien und politischer Diskussionen ihr feindlich gesonnene oder schwankende Mitglieder auszuschließen. Demgegenüber ist aber festzuhalten, daß in der Hoch-Zeit der Säuberungen in der KPdSU weder eine offene Diskussion über Ziele, Strategie und Taktik der Partei geführt worden wäre, noch daß derart schwerwiegende Kontroversen etwa auf Parteitagen oder Parteiversammlungen ausgetragen worden wären. Die Kriterien für Ausschlüsse, Verhaftungen und Deportationen waren unbekannt oder unsinnig; Anlaß konnten Denunziationen, aber auch einfache dienstliche oder parteiliche Zusammenarbeit mit (plötzlich als solche entlarvten) „Volksfeinden" sein. Über Verhaftungen, Deportationen und teilweise auch Hinrichtungen entschieden nicht mehr die dafür zuständigen Partei- und Staatsorgane; die willkürliche Handhabung der Macht lag in den Händen der Organe des NKWD, die als Instrumente der politischen Kämpfe in der Partei dienten. Viele der „Gesäuberten" wurden mit oder ohne Verfahren erschossen; der größere Teil von ih-

nen verbrachte bis zu zwanzig Jahre in Gefängnissen und Arbeitslagern.

Einen Überblick über den Umfang der Säuberungen zu gewinnen, ist nicht einfach; heutige sowjetische Darstellungen beschränken sich, wie an einem Beispiel oben schon gezeigt wurde, auf unklare, lapidare und allgemeine Aussagen.

Eine Reihe der Repressionsopfer der dreißiger Jahre wurden in den fünfziger und sechziger Jahren rehabilitiert, viele nicht – wobei die Kriterien dafür ebenso undurchsichtig sind wie die ihrer einstigen Verurteilung. Viele sind heute noch „Unpersonen" in der UdSSR. (In der „Großen Sowjetischen Enzyklopädie", die seit 1970 neu herausgegeben wird, wird Vergangenheitsbewältigung in beispielhafter Manier betrieben: Von den in diesem Artikel aufgeführten Altbolschewiken werden erwähnt: Kamenew, Krestinski, Tuchatschewski, Uborewitsch; über die Umstände ihres Todes wird nichts gesagt! N i c h t erwähnt werden: Sinowjew – wohl aber der „trotzkistisch-sinowjewistische parteifeindliche Block" –, Jewdokimow, Bakajew, Smirnow, Radek, Pjatakow, Sokolnikow, Bucharin, Rykow, Rakowski – und Trotzki, dessen Name nur im Zusammenhang mit dem Stichwort „Trotzkismus" auftaucht. Es ist einfach widerwärtig!)

Von dieser Seite ist also keine weitere Klarheit über die Vorgänge jener Epoche zu erwarten. Material und Informationen über die dreißiger Jahre finden sich zum einen in dem „berühmten" Geheimbericht N.S. Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956), in dem er eine subjektive, unmaterialistische und vollständig unaufrichtige „Generalabrechnung" mit Stalin vollzog. Offen ist dabei, ob die im Westen verbreitete Fassung dieser Rede, wie behauptet, vom CIA in mehr als 20 Punkten gefälscht wurde.

Weitere Informationen sind Berichten von Zeitgenossen zu entnehmen, so Leo Sedow (Trotzkis Sohn), Victor Serge u.a.

Die umfassendste und wohl auch zuverlässigste Darstellung der Epoche der dreißiger Jahre gibt neben I. Deutscher („Stalin", „Trotzki") Roy Medwedew in seinem Buch „Die Wahrheit ist unsere Stärke"; entschiedener Gegner Stalins, bemüht er sich doch um genaueste Darlegung der Fakten und um weitestgehende Aufzählung der Namen der von den Repressionsmaßnahmen Betroffenen.

Im folgenden geht es uns darum, die Angaben verschiedener Quellen zusammenzutragen, um eine Vorstellung von der Qualität und den Dimensionen der Kämpfe in Partei und Staat zu ermöglichen.

Das im Jahre 1934 vom XVII. Parteitag der KPdSU gewählte Zentralkomitee umfaßte 139 Mitglieder und Kandidaten. Anfang 1939 waren 110 von ihnen verhaftet (20), 98 davon liquidiert (21). Unter ihnen Tschubar, Kosior, Postyschew, Ejche, Rudsutak, Bauman, Tal, Stezkij, Nasaretja. (22) Ordshonikidse beging 1937 „Selbstmord".

Im GOS-Plan (Staatliche Planbehörde) wurden verhaftet und erschossen: Meshlauk, langjähriger Vorsitzender des GOS-Plans; Smirnow, sein Nachfolger; Kwiring, stellvertretender Vorsitzender. (23)

Medwedew zählt 25 Volkskommissare und stellvertretende Volkskommissare auf, die verhaftet und erschossen wurden, neben den in den Moskauer Prozessen Verurteilten. (24) In diesen Fällen wurden selbstverständlich die betreffenden Kommissariate ebenfalls „gesäubert".

Im Außenkommissariat wurden 1937 – 38 verhaftet und hingerichtet: die Gesandten der UdSSR in Japan, Polen, Türkei, Mongolei, China, Rumänien, Norwegen, Finnland, Bulgarien, Griechenland. (25)

In der RSFSR (Russische Föderative Sowjetrepublik) wurden etwa 90% der Mitglieder aller Gebietsparteikomitees von den Repressionen betroffen, außerdem die Mehrheit der Mitglieder der Bezirks- und Stadtparteikomitees. (26)

In einer Reihe von Städten wurden sämtliche Mitglieder der Stadtparteikomitees sowie der Stadtsowjets verhaftet. (27)

Die Parteiorganisationen der Sowjetrepubliken und der autonomen Republiken waren ausnahmslos von den Säuberungen betroffen.

Auch der Komsomol, die Jugendorganisation der Partei, war den Anklagen zufolge jahrzehntelang von „Volksfeinden" geführt worden. Verhaftet – einige von ihnen auch erschossen – wurden Oskar Ryvkin, 1918 zum Vorsitzenden gewählt; Lasar Schazkin, 1920 – 21 Erster Sekretär des Komsomol; Peter Smorodin, 1921 – 24 Erster Sekretär, Nikolai Tschaplin, Generalsekretär des Komsomol 1924 – 28; Alexander Miltschakow, Generalsekretär 1928 – 29. (28)

„Säuberungen" in der Roten Armee

Im Zuge der bekannten „Moskauer Prozesse" hatte im Juni 1937 ein weiterer Geheimprozeß stattgefunden, der einen der schwerwiegendsten und tragischsten Abschnitte der „Säuberungen" einleitete: Einige der bedeutendsten und bewährtesten Generäle der Roten Armee wurden verurteilt und hingerichtet: Tuchatschewski, Jakir, Uborewitsch, Primakow, Eideman, Feldman, Kork und Putna. (29) Dem Militärgericht gegen diese Armeeführer hatte noch Marschall Blücher angehört; 1938 wurde auch er erschossen.

Die Säuberungen in der Armee umfaßten alle Ebenen; Zehntausende von Soldaten fielen ihnen zum Opfer.

Nach nicht vollständig übereinstimmenden sowjetischen Angaben wurden in den Jahren vor dem Überfall der Hitlerfaschisten auf die Sowjetunion verhaftet und z.T. erschossen:

3 von 5 Marschällen; 3 von 4 Armeekommandeuren des höchsten Ranges; alle 12 Armeekommandeure des zweithöchsten Ranges, 60 von 67 Korpskommandeuren (nach anderen Angaben: alle); 136 von 199 Divisionskommandeuren und 221 von 397 Brigadekommandeuren (nach anderen Angaben : fast alle); beide Flottenadmirale des höchsten Ranges; beide Flottenadmirale des zweithöchsten Ranges, alle 6 höchstrangigen

Admirale, 9 von 15 Admiralen des zweithöchsten Ranges; beide Armeekommissare des höchsten Ranges, alle 15 Armeekommissare des zweithöchsten Ranges, 25 von 28 Korpskommissaren, 79 von 97 Divisionskommissaren, 34 von 36 Brigadekommissaren (nach anderen Angaben: fast alle Kommissare bei den Korps, Divisionen und Brigaden und bei einem Drittel der Regimenter). (30)

Nach Angaben Medwedews hatten ein Jahr vor Beginn des Krieges mit dem faschistischen Deutschland über 70% der Divisionskommandeure, etwa 70% der Regimentskommandeure und 60% der Kommissare und Leiter der politischen Abteilungen ihre Stellungen erst ein einziges Jahr innegehabt. (31)

„Säuberungen" in den ausländischen KPs

Die Repressionen betrafen nicht nur sowjetische, sondern auch ausländische Kommunisten. Neben sowjetischen Funktionären internationaler kommunistischer Organisationen (Pjatnitzki, Sekretär des EKKI, Chitarow, langjähriger Leiter der Kommunistischen Jugendinternationale; Mif, Rektor der Sun-Yat-sen-Universität; Smoljanski, Safarow, Wasiljew, Magyar, Krajewski, Alichanow, alle führende Komintern-Funktionäre; alle erschossen) waren insbesondere die ungarische und die polnische KP betroffen. Verhaftet und erschossen wurden Bela Kun, Führer der kurzlebigen ungarischen Sowjetrepublik; Lezcynski-Lenski, Generalsekretär des ZK der polnischen KP und Dutzende weiterer führender polnischer Kommunisten. 1938 wurden die KPs Weißrußlands, der Westukraine und Polens aufgelöst. (32)

Verluste durch Repressionsmaßnahmen in der UdSSR erlitten die lettische, die litauische, die estnische, die bessarabische, die jugoslawische die bulgarische, die chinesische, die koreanische und andere KPs.

Schwer betroffen war neben anderen auch die KPD. Das sowjetische „Journal de Moscou" schrieb am 12.4.1938: *„Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß jeder im Ausland lebende Japaner ein Spion ist und jeder Deutsche im Ausland ein Agent der Gestapo".* (33)

„Ende April 1938 hatte der deutsche Vertreter beim Exekutivkomitee der Komintern die Verhaftung von 842 deutschen Antifaschisten registriert. In Wahrheit waren es viel mehr." (34)

Zu den in Moskau verhafteten deutschen Emigranten gehörten Hugo Eberlein, Sekretär des ZK der KPD und dessen Vertreter bei EKKI; Werner Hirsch, Sekretär Ernst Thälmanns; Leon Flieg, Sekretär des ZK der KPD; Hermann Remmele, Mitglied des Politbüros; Heinz Neumann und Herbert Schubert, Mitglieder des ZK; Kippenberger, Chef des illegalen Apparates des deutschen ZK; Heinrich Süsskind, Chefredakteur der „Roten Fahne".

Die Repressionen trafen ebenso Tausende von Wissenschaftlern, Künst-

lern, Schriftstellern – Dichter wie Isaac Babel oder Ossip Mandelstam oder auch Michail Kolzow, der aus dem Spanischen Bürgerkrieg zurückkommend verhaftet und erschossen wurde. Zu den Opfern gehörte auch der Theaterregisseur Meyerhold.

Der Nachfolger des 1938 hingerichteten Jagoda im NKWD, Jeshow, wurde seinerseits 1939 verhaftet und im Sommer 1940 erschossen, mit ihm Dutzende von führenden NKWD-Funktionären. (35) Jeshows Nachfolger wurde Berija, unter dem die Repressionen fortgeführt wurden.

Die Säuberungen betrafen selbstverständlich nicht nur führende Kader, sondern ebenso, aber in weitaus größerer Zahl, „einfache" Parteimitglieder. Es kann davon ausgegangen werden, daß während der Zeit der Massenrepressionen Hunderttausende von Parteimitgliedern verhaftet wurden; die Zahl der Parteilosen dürfte um ein Mehrfaches höher gelegen haben.

Den evtl. Einwand, sich in dieser Frage nicht auf „Zahlenspielereien" einzulassen, halten wir zwar für wichtig, aber es erscheint uns demgegenüber wesentlich, wenigstens in etwa eine Vorstellung vom Umfang der in jener Zeit in der UdSSR vorgenommenen „Säuberungen" zu vermitteln. Die weitverbreitete Vorstellung, es habe sich bei den sogenannten Säuberungen im wesentlichen um den Umtausch von Parteidokumenten, im Zusammenhang damit um den Ausschluß einer größeren Zahl von Parteimitgliedern und schließlich um die Liquidierung einer Reihe von Volksfeinden gehandelt, ist falsch und gefährlich – gefährlich deswegen, weil sie gerade eine Auseinandersetzung mit dieser für die Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung wesentlichen Etappe umgeht.

Die heutige politische Apathie der Massen in der UdSSR, die erst das ungehinderte Schalten und Walten der revisionistischen Führer ermöglicht und damit die Bedingung schafft für die weitere Entartung der UdSSR, ist in bedeutendem Maße Ergebnis gerade dieser Epoche der sowjetischen Geschichte.

Gerade der sich lawinenartig ausweitende **Umfang** der Säuberungen schuf, zusammen mit ihrer scheinbar totalen **Willkür**, in der Masse des Volkes das Gefühl völliger politischer Ohnmacht.

Am Beispiel der Parteiführung soll der Umfang der Repressionen und der Fäulnis in der Partei noch einmal verdeutlicht werden. Von dem Zentralkomitee, das im August 1917 gewählt worden war und die Revolution leitete, befand sich im Jahre 1939 nur noch einer in der Parteiführung: Stalin. Von den 20 anderen waren 7 gestorben. 7 weitere waren erschossen worden oder bereits zum Tode verurteilt. Drei waren „verschwunden", drei weitere politisch liquidiert. (36) Auf dem XVI. (1930) und dem XVII. (1934) Parteitag waren 80 % der Delegierten Parteimitglieder von vor 1920; auf dem XVIII. Parteitag (1939) betrug ihr Anteil nur noch 19 %! (37)

Waren im übrigen noch bis 1924 (XIII. Parteitag) regelmäßig jährlich

Parteitage abgehalten worden, mit Abständen zwischen 9 und 13 Monaten, so vergrößerten sich diese Abstände kontinuierlich auf 18 Monate (XIII. – XIV.), 2 Jahre (XIV. – XV.), 2 1/2 Jahre (XV. – XVI.), fast 4 Jahre (XVI. – XVII.), 5 Jahre (XVII. – XVIII.), um schließlich den Abstand von 13 Jahren vom XVIII. Parteitag 1939 bis zum 19. Parteitag 1952 zu erreichen!

Im Jahre 1939 waren von den vom XVII. Parteitag gewählten 71 ZK-Mitgliedern 48 liquidiert. (38)

Es stellt sich neben vielen anderen die Frage, wie kampferprobte Bolschewiken, die teilweise jahrzehntelang illegal unter dem Zarenregime gekämpft und Jahre in zaristischen Kerkern überstanden hatten, sich in den Prozessen mit Selbstanklagen der absurdesten Art überhäufen konnten. Eine Erklärung scheint nur schwer möglich.

Sicher ist, daß die Verhörspezialisten des NKWD die Folter anwendeten. In Chruschtschows Geheimrede wird ein Telegramm Stalins vom 20. Januar 1939 zitiert, über das wir keine weiteren Belege finden konnten. In dem Telegramm soll es geheißen haben: *„Das ZK der KPdSU (B) stellt klar, daß die Anwendung physischen Drucks seit 1937 aufgrund einer Genehmigung des ZK der KPdSU (B) zulässig ist... Es ist bekannt, daß alle bourgeoisen Geheimdienste Methoden der physischen Beeinflussung gegenüber Vertretern des sozialistischen Proletariats anwenden, und zwar in der schlimmsten Art. Es erhebt sich daher die Frage, warum der sozialistische Geheimdienst gegenüber den tollwütigen Agenten der Bourgeoisie, den Todfeinden der Arbeiterklasse und der Kolchosbauern, humaner sein soll. Das ZK der KPdSU (B) ist der Ansicht, daß physischer Druck in jenen Ausnahmefällen, bei denen es sich um bekannte und unbelehrbare Volksfeinde handelt, als durchaus gerechtfertigte und angemessene Maßnahme obligatorisch anzuwenden ist."* (39)

Es ist unzweifelhaft, daß die Folter in großem Umfang Anwendung gefunden hat. Es liegen hierüber eine Fülle von Erlebnisberichten und Zeugnissen vor. (40)

Die Anwendung der Folter zwanzig Jahre nach der Revolution muß u. E. als einer der traurigsten und beschämendsten Belege für die Entartung der KPdSU angesehen werden.

Die politischen, ideologischen und moralischen Folgen dieser Seite der sowjetischen Politik in den dreißiger Jahren kann man nicht anders als verheerend bezeichnen. Mußte die innere Verfassung der Partei, die sich in solcher Weise selbst „säuberte", schon weit von wesentlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus entfernt sein, so war die Wirkung sowohl auf die Bürger der UdSSR wie auch auf die fortschrittliche Bevölkerung der westlichen Länder katastrophal.

Bedeutende Vertreter der sowjetischen Literatur jener Jahre – Maxim Gorki, Michail Scholochow, Ilja Ehrenburg – schlossen sich den Haßtiraden des Generalstaatsanwalts Wyschinski an. Eine große Zahl fortschrittlicher Schriftsteller des Westens bekannten sich öffentlich zu den Prozes-

sen und warnten davor, durch wie auch immer motivierte und geartete Kritik an den „häuslichen Angelegenheiten der Sowjetunion" den Faschismus zu unterstützen... Th. Dreiser, L. Feuchtwanger, H. Barbusse, L. Aragon, R. Rolland, Anna Louise Strong, Paul Sweezy u. a. gehörten zu den Verteidigern der Prozesse. Auch A. Gide und H. G. Wells konnten sich nicht entschließen, den Versuch eines „Gegenprozesses" zu unterstützen, der 1937 unternommen wurde und der neben anderen auch von Otto Rühle getragen wurde." (41)

Zieht man in Betracht, daß auch nach dem Ende des 2. Weltkrieges in der Sowjetunion Repressionen dieser Art stattfanden – so wurde eine angebliche „Ärzteverschwörung" „aufgedeckt", das Jüdische Antifaschistische Komitee wurde aufgelöst –, so mußte es Chruschtschow und Konsorten um so leichter fallen, sich vor diesem Hintergrund als „Entstalinisierer" zu geben – und dabei die rechtsopportunistischen Ansätze der Stalin-Epoche weiterzuentwickeln. War doch Chruschtschow selbst, damals Erster Sekretär des Gebietsparteikomitees von Moskau, auf dem 18. Parteitag 1939 lobend erwähnt worden, wegen besonderer Verdienste bei der „Vernichtung von Volksfeinden" ... (42).

Quellenhinweise

1) Dieses und die folgenden Zitate aus: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Frankfurt a.M. 1977 (Übersetzung der 1976 in Moskau erschienen „Istorija kommunisticeskoj partii Sovetskogo Sojuza"). S. 502
2) ebd., S. 503
3) ebd., S. 503
4) Roy A. Medwedew, Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus. Frankfurt a.M. 1973. S. 129 – 158.
5) z.B.: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang.
6) zit. nach Medwedew, a.a.O., S. 183
7) ebd.
8) nach L. Sedow, Rotbuch über den Moskauer Prozeß. Hamburg 1971 (ISP-Verlag). S. 27
9) V. Serge, Die sechzehn Erschossenen. Zu den Moskauer Prozessen. Hamburg 1977 (Verlag Association). S. 19
10) Th. Pirker (Hrsg.), Die Moskauer Schauprozesse 1936 – 1938. München 1963.
11) I. Deutscher, Trotzki III – Der verstoßene Prophet. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1972. S. 314f.
12) ebd., S. 314
13) alle Zit. nach Deutscher, a.a.O., S. 313f.
14) Pirker, a.a.O., S. 155f.
15) Medwedew, a.a.O., S. 183
16) Pirker, a.a.O., S. 176 – 191
17) a.a.O., S. 207f.
18) a.a.O., S. 214f.
19) a.a.O., S. 226 – 241
20) Medwedew, a.a.O., S. 215
21) aus Chruschtschows „Geheimrede", zit. nach Crusius/Wilke (Hrsg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag und seine Folgen. Frankfurt a.M. 1977. S. 496.
22) Medwedew, a.a.O., S. 215
23) ebd., S. 220
24) ebd., S. 220f.
25) ebd., S. 221
26) ebd., S. 226
27) ebd., S. 227
28) ebd., S. 232
29) ebd., S. 234
30) ebd., S. 238. Medwedew stützt sich dabei auf Angaben des Altbolschewiken A.I. Todorskij sowie auf die „Kratkaja istorija Velikoj Otecestvennoj vojny" (Kurze Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges), Moskau 1965.
31) ebd.
32) ebd., S. 243 – 247
33) zit. nach Medwedew, a.a.O., S. 247
34) ebd., S. 247
35) ebd., S. 268
36) Angaben nach Trotzki, zit. von E. Mandel, Zur Geschichte der KPdSU, in: J. Moneta, Aufstieg und Niedergang des Stalinismus. Frankfurt a.M., o.J. (ISP-Verlag). S. 179 u. 183f.
37) Medwedew, a.a.O., S. 261
38) Trotzki/Mandel/Moneta, a.a.O., S. 179
39) Crusius/Wilke, a.a.O., S. 510
40) s. u.a. Medwedew, S. 287 – 317
41) Deutscher, a.a.O., S. 343 ff.
42) Medwedew, a.a.O., S. 387

Stalinismus und die nationale Frage

Bei der Behandlung der nationalen Frage ist es von Bedeutung, dieses Problem nicht losgelöst von den historischen Bedingungen, nicht „an sich", sondern im Zusammenhang mit den verschiedenen Epochen zu analysieren.

Die Bildung der „modernen" Nationen war verknüpft mit der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Entsprechend war das Aufwerfen der nationalen Frage in Form der Bildung zentralisierter Nationalstaaten an Stelle der feudalen Zersplitterung (Deutschland vor 1871) oder Fremdherrschaft (Rußland bis zur Februar-Revolution 1917) **Teil der bürgerlichen Revolution!**

Marx und Engels behandelten die nationale Frage sowohl als Teil der bürgerlichen Revolution, als auch v.a. unter dem Gesichtspunkt des weltrevolutionären Interesses des Proletariats. Für sie war die nationale Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution untergeordnet. Die Bedeutung der Herstellung der nationalen Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands z.B. lag für sie in der Tatsache, daß sie zu einer sprunghaften Entwicklung der Arbeiterbewegung führen würde.

Die Haltung der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus zur nationalen Frage läßt sich mit vier Zitaten von Engels zusammenfassen: *„Nun ist es für ein großes Volk geschichtlich unmöglich, irgendwelche inneren Fragen auch nur ernsthaft zu diskutieren, solange die nationale Unabhängigkeit fehlt."* (1) *„Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren".* (2) *„Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken".* (3) *„Eine internationale Bewegung des Proletariats ist überhaupt nur möglich zwischen selbständigen Nationen".* (4)

Lenin zur nationalen Frage

Die Entwicklung des Kapitalismus in sein höchstes und letztes Stadium, den Imperialismus, führte zu einer Ausbreitung nationaler Unterdrückung im Weltmaßstab und damit zur allgemeinen Verbreiterung und Steigerung der Bedeutung der nationalen Frage für die proletarische Weltrevolution.

„Der Imperialismus ist," wie Lenin analysiert, *„die Epoche der fortschreitenden Unterdrückung der Nationen der ganzen Welt durch eine Handvoll Großmächte, und darum ist der Kampf für die internationale sozialistische Revolution gegen den Imperialismus unmöglich ohne Aner-*

kennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen". (5) Deshalb muß das Proletariat seinen Kampf gegen die nationale Unterdrückung, für die Gleichberechtigung der Nationen verstärken.

Der vom Zarismus betriebenen Politik der nationalen Unterdrückung und Aufhetzung der Nationen gegeneinander, der Vergiftung des Bewußtseins der Volksmassen, der vom Absolutismus unterdrückten Nationalitäten mit dem Gift des Großmacht-Chauvinismus stellte Lenin die internationalistische Forderung völliger Gleichberechtigung aller Rußland bevölkernden Nationalitäten gegenüber.

Der bürgerlich-nationalistischen Lösung der „national-kulturellen Autonomie" stellte Lenin die Forderung des **Selbstbestimmungsrechts der Nationen, d.h. des Rechts auf Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten** gegenüber. Förderung und Verteidigung der „national-kulturellen Autonomie" bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als den Versuch, die Arbeiter verschiedener Nationalität voneinander zu trennen, die internationale Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu untergraben.

„Der bürgerliche Nationalismus und der proletarische Internationalismus, das sind zwei unversöhnlich-feindliche Losungen, die den zwei großen Klassenlagern der ganzen kapitalistischen Welt entsprechen, und zwei Arten der Politik (mehr noch: zwei Weltanschauungen) in der nationalen Frage zum Ausdruck bringen". (6)

Lenin entwickelte, daß Patriotismus und Internationalismus kein Widerspruch sind. Er zeigt auf, daß die Erziehung der Arbeiterklasse zum proletarischen Internationalismus nicht genau die gleiche sein kann in den großen **Unterdrückernationen**, wie in den kleinen, **unterdrückten Nationen**! Das Schwergewicht, der internationalistischen Erziehung der Arbeiter in den Unterdrückerländern durch die Revolutionäre dieser Länder muß auf die bedingungslose Verteidigung der Freiheit, der politischen Lostrennung der unterdrückten Länder, und die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Ländern gelegt werden. Andererseits müssen die Revolutionäre der unterdrückten Nationen gegen die klein-nationale Abgeschlossenheit und Isolierung kämpfen, für die politische und organisatorische Einheit mit den Arbeitern der unterdrückten Nationen. *„Einen anderen Weg zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen, einen anderen Weg zu diesem Ziel aus der gegebenen Lage gibt es nicht und kann es nicht geben".* (7)

Gleichzeitig betonte Lenin die Notwendigkeit einer Verbindung der Prinzipien des Internationalismus mit den konkreten Besonderheiten, die sich aus den nationalen Eigenheiten der verschiedenen Länder ergeben, in der Taktik des Proletariats.

„Solange nationale und staatliche Unterschiede zwischen Völkern und Ländern bestehen – diese Unterschiede werden sich aber noch sehr, sehr lange sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten –, erfordert die Einheitlichkeit der internationalen Taktik der kommunistischen Arbeiterbewegung aller

Länder nicht die Beseitigung der Mannigfaltigkeit, nicht die Aufhebung der nationalen Unterschiede..., sondern eine solche Anwendung der g r u n d l e g e n d e n Prinzipien des Kommunismus (Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats), bei der diese Prinzipien im e i n z e l n e n r i c h t i g m o d i f i z i e r t und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewandt werden". (8)

Lenin betonte ausdrücklich, daß die absolute Freiheit in der Frage des Selbstbestimmungsrechts auf keinen Fall in einen Topf geworfen werden darf mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung der einen oder anderen Nation: *„Der Umstand, daß die Sozialdemokratie das Recht aller Nationalitäten auf Selbstbestimmung anerkennt, bedeutet keineswegs verzichten, selbständig einzuschätzen, ob die staatliche Lostrennung dieser oder jener Nation in jedem besonderen Fall zweckmäßig ist. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten sollen gerade eine selbständige Einschätzung geben, wobei sie sowohl die Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus und die Unterdrückung der Proletarier der verschiedenen Nationen durch die vereinigte Bourgeoisie aller Nationalitäten, wie auch die allgemeinen Aufgaben der Demokratie und in erster Linie und vor allem die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus berücksichtigen müssen".* (9)

Lenin verurteilte schonungslos den von der „Selbstherrschaft" geschürten Anti-Semitismus, der sich auch innerhalb rückständiger Schichten des russischen Volkes widerspiegelte. Er zeigte die klassenmäßigen Hintergründe der ultra-reaktionären Pogromhetze gegen die Juden auf:
„Den Haß der von der Not zermürbten Arbeiter und Bauern gegen die Gutsbesitzer und Ausbeuter bemühte (die Zarenmonarchie – d. Verf.) *auf die Juden zu lenken, ... um den Blick des Arbeiters zu trüben und abzulenken von dem wirklichen Feind der Werktätigen, dem Kapital".* (10)

Die „Resolution über die nationale Frage", die von Lenin auf der VII. Gesamtrussischen (April) Konferenz der SDAPR 1917 eingebracht und verabschiedet wurde, legte die Partei in der nationalen Frage während der Revolution fest:
„Die Politik der nationalen Unterdrückung, ein Erbstück der Selbstherrschaft und der Monarchie, wird von den Gutsbesitzern, den Kapitalisten und dem Kleinbürgertum aufrecht erhalten, um ihre Klassenprivilegien zu wahren und die Arbeiter der verschiedenen Völkerschaften zu entzweien. Der moderne Imperialismus, der die Bestrebungen zur Unterwerfung schwacher Völker verstärkt, ist ein neuer Faktor der Verschärfung der nationalen Unterdrückung.

Soweit die Beseitigung der nationalen Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft erreichbar ist, ist sie nur möglich bei einer konsequentdemokratischen republikanischen Staatsordnung und Staatsverwaltung, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen sichert.

Allen Nationen, die zu Rußland gehören, muß das Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates zuerkannt werden.

Die Verneinung dieses Rechtes und die Unterlassung von Maßnahmen, die seine praktische Durchführbarkeit verbürgen, ist gleichbedeutend mit der Unterstützung der Eroberungs- oder Annexionspolitik. Nur die Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Lostrennung seitens des Proletariats sichert die volle Solidarität der Arbeiter der verschiedenen Nationen und fördert die wirklich demokratische Annäherung der Nationen.

Der gegenwärtig zwischen Finnland und der russischen Provisorischen Regierung ausgebrochene Konflikt zeigt besonders anschaulich, daß die Verneinung des Rechtes auf freie Lostrennung zur direkten Fortsetzung der Politik des Zarismus führt.

Die Frage des Rechtes der Nationen auf freie Lostrennung darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem oder jenem Augenblick. Diese letztere Frage muß von der Partei des Proletariats in jedem einzelnen Falle vollkommen selbständig gelöst werden, und zwar vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus.

Die Partei fordert eine weitgehende Gebietsautonomie, die Beseitigung der Überwachung von oben, die Abschaffung der obligatorischen Staatssprache und die Festlegung der Grenzen der Selbstverwaltungsgebiete und der autonomen Gebiete auf Grund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.

Die Partei des Proletariats lehnt die sog. ‚national-kulturelle Autonomie' entschieden ab, bei der das Schulwesen usw. der Zuständigkeit des Staates entzogen und in die Hände einer Art nationaler Landtage gelegt wird. Die Arbeiter, die an ein und demselben Ort wohnen und sogar in ein und denselben Betrieben arbeiten, werden durch die national-kulturelle Autonomie nach ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener ‚nationalen Kultur' künstlich abgesondert, d.h. die Verbindung der Arbeiter mit der bürgerlichen Kultur der einzelnen Nationen wird gestärkt, während doch die Aufgabe der Sozialdemokratie darin besteht, die internationale Kultur des Weltproletariats zu stärken.

Die Partei fordert die Aufnahme eines grundlegenden Gesetzes in die Verfassung, wonach alle wie immer gearteten Privilegien einer oder der anderen Nation, alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte der nationalen Minderheiten für ungültig erklärt werden.

Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern den Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands in einheitlichen proletarischen Organisationen, politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Bildungsorganisationen usw. Nur ein solcher Zusammenschluß der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten in einheitlichen Organisationen gibt dem Proletariat die Möglichkeit, einen siegreichen Kampf gegen das internationale Kapital und gegen bürgerlichen Nationalismus zu führen".

Diese entschlossene Position der Partei sicherte den Bolschewiki die Sympathien und die Unterstützung der unterdrückten Nationalitäten, trug somit erheblich zum Sieg der Oktober-Revolution bei.

Die nationale Frage ist eines der Gebiete, auf denen Lenin den wissenschaftlichen Sozialismus erheblich weiterentwickelt hat, in dem er – auf der Basis von Marx- und Engelsschen Positionen – eine zusammenhängende revolutionäre Strategie für die Arbeiterbewegung formulierte, die auf der Kernforderung des S e l b s t b e s t i m m u n g s r e c h t s d e r V ö l k e r basiert.

Tatsächlich hat die bolschewistische Partei aufgrund dieser internationalistischen Position zahlreiche nichtrussische, aktive Genossen gewonnen. Diese bildeten einen beträchtlichen Teil der Kader. 1917 sind 246 Kadern nur 127 russischer Nationalität.(11) Das trug dazu bei, einen großen Teil der nationalen Bewegung des zaristischen Rußlands, soweit sie eine bolschweistische Führung akzeptierten, einen proletarischen Charakter zu verleihen.

Stalin und die nationale Frage vor der Oktoberrevolution

Um die Jahreswende 1912/13 wurde Stalin von den Bolschewiki, namentlich Lenin, zu Studien für die Schrift „Marxismus und die nationale Frage" nach Wien geschickt (Stalin, Bd.2, S 266 - 333).

Im Februar 1913 schrieb Lenin an Gorki: *„Hier hat sich ein prächtiger Georgier an die Arbeit gemacht und schreibt ... einen großen Artikel, für den er s ä m t l i c h e österreichische und andere Materialien zusammengetragen hat"* (Lenin Werke, Bd.35, S.66).

Als der Artikel fertig vorlag, scheint Lenin von ihm nicht besonders begeistert gewesen zu sein. Denn er bezieht sich – von einer kurzen nebensächlichen Erwähnung in einem Artikel im Dezember 1913 abgesehen – in keiner seiner vielfachen Äußerungen zur nationalen Frage darauf. Deshalb scheint die Spekulation Trotzkis fragwürdig, daß der Artikel von Lenin *„Zeile für Zeile"* angeregt, überwacht und durchgesehen worden sei (Trotzki, „Stalin", Bd.1, rororo, S.236).

Im Gegenteil: In einer erheblichen Zahl von Positionen unterscheidet sich Stalin in dieser, seiner wichtigen theoretischen Schrift implizit und explizit von den Schriften Lenins und widerspricht ihnen erheblich.

Erstens ist die Auffassung Stalins von einem *„Nationalcharakter"*, einer *„Gemeinschaft der psychischen Wesensart"* oder *„Besonderheit der Geistesprägung"* eines Volkes, als Unterscheidungsmerkmale zur Begriffsbestimmung *„Was ist eine Nation?"* **keineswegs leninistisch!**

Diese Sicht übernimmt Stalin von dem österreichischen Theoretiker (dem „Bundisten") Otto Bauer, den Lenin ausdrücklich wegen seiner *„psychologischen Theorie"* kritisiert hat (Lenin Werke, Bd.20, S.400). Die Idee einer Nationalpsychologie hat mehr mit einer oberflächlichen und

mystischen Völkerkunde, als mit einer marxistischen Analyse der Nationalitäten-Frage zu tun.

Zweitens gab Stalin seiner Theorie in der nationalen Frage einen mechanischen, starren und eingeengten Charakter, der sich bei Lenin nirgends findet.

„Eine Nation ist" für Stalin *„eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart ... Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation"* (Stalin, Bd.2 S.272).

Diese Definition war eine Art ideologisches Schema – wie so oft bei Stalin – in das etwas hineingezwängt wurde. Demnach war Georgien für Stalin vor der Mitte des 19. Jahrhunderts keine Nation, weil es kein *„gemeinsames Wirtschaftsleben"* gehabt hatte und in wirtschaftlich voneinander unabhängige Fürstentümer zerfallen war (Stalin, Bd.2, S.270f). Ebenfalls wäre Deutschland vor der Zollunion nach diesem Maßstab keine Nation gewesen.

In der Judenfrage sprach Lenin *„von der am meisten unterdrückten und gehetzten N a t i o n "* (Marx, Engels, Lenin „Über proletarischen Internationalismus", S.339). Im Gegensatz auch hier von Stalin nur mechanischer Materialismus: *„Als nationale Minderheiten in fremdnationale Gebiete eingesprenkelt, bedienen die Juden somit vornehmlich ‚fremde' Nationen, sei es als Angehörige freier Berufe, wobei sie sich naturgemäß den ‚fremden Nationen' in der Sprache usw. anpassen"* (Stalin, Bd.2, S.303). Daß die Juden keine *„gemeinsame Sprache"* mehr haben und kein *„geschlossenes Siedlungsgebiet"*, reicht für Stalin aus, *„die Unmöglichkeit, die Juden als Nation zu erhalten"*, zu begründen. Entscheidend aber ist für ihn – man lese und staune – *„daß die Juden keine mit der Scholle verbundene breite stabile Schicht haben, die auf natürliche Weise die Nation nicht nur als ihr Gerippe, sondern auch als ‚nationalen' Markt zusammenhält"* (Stalin, Bd.2, S.303).

Drittens weigerte sich Stalin ausdrücklich, die Möglichkeit der Einheit oder des Zusammenschlusses von in einem Vielvölkerstaat zerstreuten nationalen Gruppen einzuräumen. *„Es fragt sich: lassen sich denn solche voneinander abgesonderte Gruppen zu einem einheitlichen nationalen Verband zusammenzufassen?... Wäre es denkbar, beispielsweise die baltischen und die transkaukasischen Deutschen ‚zu einer Nation zusammenzuschließen' "*? Stalin verneinte diese Möglichkeit mit starken Worten wie, dies sei *„undenkbar", unmöglich"*, eine *„Utopie"* (Stalin, Bd.2, S.298).

Im Gegensatz hierzu verteidigte Lenin nachdrücklich, *„die Freiheit aller und jeglicher Verbände, darunter auch des Verbandes beliebiger Gemeinden einer beliebigen Nationalität in einem gegebenen Staat"* (Lenin Werke Bd. 20, S. 25). Wichtig ist außerdem, daß Lenin insbesondere die Deutschen des Kaukasus, des Baltikums und des Petrograder Gebiets erwähnt. Er er-

gänzt, daß die Freiheit zu jeder Art von Zusammenschluß von Teilen einer Nation, die über weite Teile eines Landes oder womöglich über die ganze Erde verstreut lebten, unverzichtbar sei, *„das alles kann nur vom Standpunkt verknöcherter Bürokraten aus bestritten werden"* (Lenin Werke Bd. 20, S. 36).

Viertens macht Stalin in diesem Punkt keinen Unterschied zwischen dem großrussisch-zaristischen und den unterdrückten Völkern. Er lehnte in einem Atemzug sowohl den *„streitbaren Nationalismus"* der Selbstherrschaft *„von oben"*, wie die *„Gegenwelle des Nationalismus von unten"* ab, die *„mitunter in brutalen Chauvinismus bei (den) Polen, ... den Armeniern, ... den Georgiern, ... den Ukrainern, ... den Juden ... überging"* (Stalin Bd. 2, S. 267).

Stalin verzichtete nicht nur auf die gebotene Unterscheidung zwischen Nationalismus „von oben" und „von unten", vielmehr richtete sich seine heftigste Kritik gerade gegen die Genossen in den vom Zarismus unterdrückten Völkern, die den bürgerlichen Nationalismus innerhalb ihrer Völker nicht mit der notwendigen „Standhaftigkeit" entgegentraten.

Lenin dagegen sah den Unterschied zwischen dem Nationalismus des Unterdrückers und dem der unterdückten Nation nicht nur als absolut entscheidend an, sondern griff immer diejenigen am schärfsten an, die bewußt oder unbewußt vor dem großrussischen Chauvinismus kapitulierten.

Dieser erhebliche Unterschied zwischen Stalin und Lenin ist wesentlich. In ihm steckte schon der Keim zum späteren heftigen Konflikt in der Georgien-Frage und Stalins künftiger rigider Nationalitäten-Politik in der UdSSR.

Die Nationalisten-Frage und der politisch-ideologische Kampf der Bolschewiki vor der Oktober-Revolution

Ausgehend von der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Entwicklung des Imperialismus während des revolutionären Prozesses, entwickelte Lenin das Programm der nationalen Selbstbestimmung der Völker.

Auf der Konferenz der Emigrantensektion der SDAPR (in Bern 1915) gab es darüber erhebliche Auseinandersetzungen. Bucharin und Pjatakow standen an der Spitze der Opposition der „linken" Bolschewiki, die gegen den Grundsatz der Selbstbestimmung auftraten.

Gestützt auf die Theorie der Weltrevolution argumentierten die „Linken": unter dem Kapitalismus sei die Selbstbestimmung sinnlos, unter dem Sozialismus ein nutzloses Hindernis. Denn im Imperialismus habe das Finanzkapital *„die Welt zu einer ökonomischen Einheit gemacht, und folglich würde die sozialistische Revolution ohne Rücksicht auf nationale Grenzen den ganzen Planeten ergreifen"*. (12) Ebenso lehnte Trotzki, der organisatorisch noch zu den Menschewiki zählte, Lenins Position ab. *„Der Nationalstaat habe sich überlebt – als Rahmen für die Entwicklung der*

Produktivkräfte, als Basis für den Klassenkampf und besonders als Staatsform der Diktatur des Proletariats". (13)

Der Streit nahm innerhalb der Bolschewiki scharfe Formen an. Als es Lenin nicht gelang, die Parteizeitung „Kommunist" zu bewegen, einen Artikel Radeks abzuweisen, in dem dieser die Selbstbestimmung als anachronistisch ablehnte, schlug er vor, die Beziehung zur Redaktion abzubrechen und die gemeinsame Herausgabe der Zeitung einzustellen.(14)

Der Widerspruch blieb bestehen. Andere Fragen von größerer praktischer Tragweite verlangten Beachtung. Die Kontroverse tauchte erst wieder auf der „April-Konferenz" 1917 auf. Stalin, der innerhalb der bolschewistischen Partei als Experte in der Nationalen Frage galt, hielt das einleitende Referat.

Am Rande sei bemerkt: Trotzki stellte fest, daß Stalin im Beisein Lenins einen erheblichen politischen Fehler, den er noch in einem Prawda-Artikel vom März gemacht hatte, ohne ein selbstkritisches Wort klammheimlich zurücknahm. Dort hatte er zur *„sozialen Basis der nationalen Unterjochung ... die ablebende Landaristrokratie"* erklärt.(15 und 16). *„Stalin hatte es eilig, seinen Mantel nach dem neuen Wind zu hängen; als nahezu einziger der prominenten bolschewistischen Führer wagte er niemals, sich gegen den klar ausgesprochenen Willen Lenins aufzulehnen".* (17) Lenins „April"-Resolution, die von Stalin eingebracht wurde, beschwor die Differenzen wieder herauf.

Der Georgier Stalin verteidigte das Recht auf Selbstbestimmung; der Ukrainer Pjatakow und der Pole Dzierzynski griffen es an. Dzierzynski: *„Wir müssen nicht die nationale Frage herausstellen, das schiebt den Augenblick der sozialen Revolution hinaus".* (18)

Lenin führte in polemischer, aber solidarischer Weise die Entgegnung (19). Ohne den Widerspruch auszuräumen, wurde Lenins Position mehrheitlich gebilligt.

... und nach der Oktober-Revolution

Durch die Revolution hatten sich die beiden Linien in der Nationalitätenpolitik kaum geändert; der Widerspruch hatte aber an Bedeutung zugenommen, da die Zukunft der Sowjetmacht erheblich von einer sensiblen und dialektischen Herangehensweise abhängig war.

1918 sprachen sich einige Mitglieder des ZK, darunter auch **Stalin**, auf vorsichtige Weise **gegen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der baltischen Völker und Finnlands aus, weil das Proletariat dort nicht an der Macht sei.**(20)

Im Referat zur Nationalen Frage auf dem III. Allrussischen Sowjetkongreß behauptete Stalin diese Position nachdrücklich. Er entwickelte, wie das Recht auf Loslösung von imperialistischen Kreisen für deren Klassenziele ausgenutzt wird und erklärte: *„All dies weist auf die Notwendigkeit*

hin, das Prinzip der Selbstbestimmung nicht als Recht der Bourgeoisie, sondern als Recht der werktätigen Massen der gegebenen Nation auf Selbstbestimmung auszulegen. Das Prinzip der Selbstbestimmung muß ein Mittel im Kampf für den Sozialismus sein und den Prinzipien des Sozialismus untergeordnet werden".(21).

Auf dem VIII. Parteitag im März 1919 stellte Bucharin die „nationale Selbstbestimmung" und die „Vereinigung der Proletarier" als Alternativen hin. Ersteres lehnte er als unvereinbar mit der proletarischen Diktatur ab. Unter Hinweis auf Stalins Parole von der „Selbstbestimmung der werktätigen Klassen jeder Nationalität" schloß er sich dieser Linie an. Pjatakow hingegen hielt an dem alten Standpunkt von 1915 fest, der jetzt sogar von Bucharin als unannehmbar kritisiert wurde. Pjatakow, KP-Führer der Ukraine, polemisierte nicht nur gegen das „Recht der Nationen auf Selbstbestimmung" als „bürgerliche Losung", die alle „Konterrevolutionäre vereint", sondern auch gegen die Meinung Stalins und Bucharins.

Für ihn würde, *„sobald wir auf wirtschaftlicher Ebene vereinigt, sobald wir einen einzigen Apparat, einen einzigen Obersten Volkswirtschaftsrat, eine einzige Eisenbahnverwaltung, eine einzige Bank usw. aufgebaut haben, diese ganze berühmte Selbstbestimmung nicht mehr als ein faules Ei wert sein".*(22). Vielmehr müßten alle proletarischen Bewegungen der zentralisierenden Kontrolle der neugegründeten Komintern unterworfen sein und die Interessen der Weltrevolution denen einzelner Nationen vorgehen.

Stalin hielt sich ganz aus dieser Debatte raus. Trotzki nahm nicht am Parteitag teil, da er nicht in Moskau weilte (2. Phase des Bürgerkriegs).

Lenin war zunächst isoliert, als er auch vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs die traditionelle „Parteilinie" vertrat. Er betonte, daß der Leitsatz der „Selbstbestimmung der Werktätigen" falsch sei, denn sie träfe nur da zu, wo es **schon** eine Spaltung zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat gäbe. Lenin bekräftigte, daß das Selbstbestimmungsrecht auch den Nationen zugestanden werden müsse, in denen sich diese Spaltung noch nicht vollzogen hat. Dies müsse auch Polen und Finnland zugestanden werden, wo die Kommunisten in der Arbeiterklasse noch nicht die Mehrheit hätten. Nur so könnten das russische Proletariat und die Bolschewiki verhindern, beschuldigt zu werden, *„unter der Maske des Kommunismus ihren großrussischen Chauvinismus zu praktizieren".* Zu den „Super-Linken" wie Pjatakow, die sogar das Bildungswesen der Nationalitäten vereinheitlichen wollten, sagte Lenin: *„Meines Erachtens ist ein solcher Kommunist ein großrussischer Chauvinist".*(23)

Lenin erkämpfte die Mehrheit und seiner Linie wurde mehrheitlich zugestimmt. Die verabschiedete Resolution betonte ausdrücklich, daß *„das Proletariat der Nationen, die andere Völker unterdrückt haben, besonders vorsichtig sein muß und besondere Aufmerksamkeit für die Überreste der nationalen Gefühle unter den werktätigen Massen der unterdrückten und nicht unabhängigen Völker aufbringen muß. Nur mit einer solchen Politik wird es möglich sein, die Bedingungen einer wirklich dauerhaften, freiwilli-*

gen Einheit zwischen den unterschiedlichen nationalen Elementen des internationalen Proletariats zu schaffen...". (24)

Auf dem X. Parteitag im März 1921 hielt Stalin den Bericht zur Nationalitäten-Politik. Er betonte, daß die bürgerichen Nationen ihre nationale Frage nicht lösen könnten, während die Sowjetmacht über alle Mittel dazu verfüge (25). Dieser Bericht rief Unzufriedenheit und Überraschung hervor.

In der folgenden Debatte meldeten sich vor allem die Vertreter aus Parteien der nationalen Minderheiten mit Kritik. Der Armenier Mikojan, bereits damals einer der politischen Verbündeten Stalins und später einer der ergebensten Speichellecker, stellte fest, daß die Partei Richtlinien brauche über *„die Änderungen, die am Regime vorzunehmen sind und über den Typus der Sowjetregimes, der in den Grenzländern errichtet werden muß; was uns der Genosse Stalin nicht gesagt hat".* (26).

Kommissariat für Nationalitätenwesen

Das Kommissariat für Nationalitätenwesen war während der Oktober-Revolution geschaffen worden, um alle Völker Rußlands durch nationale Kommissariate zu organisieren. Der Sowjetstaat war damals in Bildung begriffen, und es war nicht leicht, das gegenseitige Verhältnis der verschiedenen Völker zueinander zu bestimmen.

Lenin hatte dieses Amt geschaffen und dessen allgemeine Leitung lag in seiner Hand. Stalin war Leiter des Kommissariats von Anfang der Revolution bis zur Auflösung 1923, die durch die Bildung der Sowjetunion und des Nationalitätenrates der UdSSR veranlaßt wurde.

Die wesentlichen Maßnahmen wurden im Politbüro beschlossen und vom Kommissariat ausgeführt. Hauptaufgabe war die staatliche Organisierung der Gebiete und nationalen Republiken. Es mußte die notwendigen Kader innerhalb der Nationalitäten selbst rekrutieren. Ebenso sollte es Ratgeber und Anleitung für die neugebildeten territorialen Einheiten sein, wie auch für die nationalen Minderheiten, die außerhalb eines eigenen Territoriums siedelten.

In den Augen der zurückgebliebenen Völkerschaften, die durch die Revolution zu einer selbständigen nationalen Existenz erweckt worden waren, genoß das Nationalitäten-Kommissariat unangezweifelte Autorität. Auf diesem Gebiet war Stalin für die Bolschewiki ein unersetzlicher Genosse. Er kannte als Nicht-Russe z.B. das Leben der Völker des Kaukasus aufs genaueste.

Entsprechend verheerend wirkte sich jedoch unter Stalins Leitung aus, daß hier nicht Lenins Linie vereinheitlicht war. Pestkowsky, Pole, Mitglied des Kommissariats, kennzeichnet in seinen „Memoiren" die Mehrheits-Linie: *„Alle nationale Unterdrückung ist nur ein Ausdruck der Klassenherrschaft. Die Oktober-Revolution hat die Grundlage der Klassenunterdrückung zerstört, infolgedessen ist es nicht notwendig, in Rußland natio-*

nale Republiken und autonome Gebiete zu organisieren. Die territoriale Aufteilung muß sich ausschließlich nach den Wirtschaftsgrenzen richten". (27).

Es fällt auch auf, daß die Opposition gegen Lenins-Politik besonders stark bei den nichtrussischen Bolschewiki war.

Es lag auf der Hand, daß diese Politik unter den Bedingungen des Bürgerkrieges eine besondere Gefahr darstellte, denn in Wirklichkeit erhielt diese Politik die Tradition der „Russifizierung" aufrecht.

„Nationalitäten-Politik" in der Ukraine

In der Ukraine, dem wichtigsten und volksreichsten nichtgroßrussischen Teil des Zaren-Imperiums, erfuhr der Widerspruch in der Frage der Selbstbestimmung eine unvermeidliche Zuspitzung.

Schon in der ersten Etappe des Parteiaufbaus der SDAPR führte Lenin einen Kampf für einen Aufbau nach internationalistischen Prinzipien. Bestrebungen des „Bundes", sich als selbständige politische Partei des jüdischen Proletariats im Zarenreich zu organisieren, trat Lenin energisch entgegen.

Er verurteilte den Aufbau der Partei nach nationalen Gesichtspunkten als Versuch, die Arbeiter zu spalten. Darum trat er für die Vereinigung der Arbeiter aller Nationen in einheitlichen Organisationen der SDAPR ein.

Nach der Oktober-Revolution bestand er darauf, die KP als zentralisierende Einheit zu bewahren, die alle unter der Herrschaft der Revolutionäre stehenden Gebiete umfassen sollte. Der VIII. Parteitag beschloß: *„Alle Beschlüsse der KPR und ihrer leitenden Organe sind für alle Teile der Partei, unabhängig von ihrer nationalen Zusammensetzung, unbedingt bindend. Den ZK's der ukrainischen, lettischen und litauischen Kommunisten werden die Rechte von Regionalkomitees der Partei zuerkannt, sie sind uneingeschränkt dem ZK der KPR unterstellt".*

Während der ersten Jahre nach der Revolution war die Politik der Bolschewiki in der Ukraine nur schwach verankert. Ein Grund für diese Schwäche ist in der nationalen und sozialen Struktur des Landes zu sehen. Die Städte, deren Bevölkerung sich aus Großrussen, Juden, Polen, aber nur wenigen Ukrainern zusammensetzt, hatten Kolonialcharakter. Vor allem die Industriearbeiter waren Großrussen. Der Widerspruch zwischen Stadt und Land war schärfer als in Großrußland.

In der Ukraine, die sowohl ein Hauptkampffeld des Bürgerkriegs als auch „Kornkammer" war, mußten die Bolschewiki gegenüber den zahlreich vorhandenen, wohlhabenden Kulaken vereinheitlicht und diszipliniert vorgehen.

Auf dem VIII. Parteitag behauptete Pjatakow, im Interesse der Weltrevolution müsse Sowjetrußland seine Macht über die Ukraine aufrechterhalten, selbst wenn das bedeuten würde, dem ukrainischen Proletariat die nationale Autonomie zu verweigern. Aber vor Ort, in der Ukraine, bezogen er

und andere Genossen die entgegengesetzte Position. Sie widersetzten sich der Kontrolle durch das ZK der KPR. Ihre Begründung war, daß die Linie des VIII. Parteitags *„die plumpe Übertragung russischer Methoden auf die andersartigen Verhältnisse"* bedeuten würde.

Die ukrainischen Kommunisten waren mehrheitlich Russen. (Ergebnis der Russifizierung durch die Selbstherrschaft.) Ende 1919 wurde die ukrainische SSR gebildet. Das ZK der KPR forderte in einer Entschließung, die ukrainische Sprache und Kultur zu fördern. Den Genossen russischer Nationalität wurde nahegelegt, ukrainisch zu lernen und zu sprechen. Ebenso forderte sie eine behutsamere Bauernpolitik.

Diese und andere Maßnahmen, die wiederholt empfohlen wurden, wurden von den ukrainischen Bolschewiki teilweise boykottiert. Zudem wurde dem ZK *„die Einmischung Moskaus und die Fortführung der kulakenfeindlichen Politik"*, die *„die ukrainische Bauernschaft zu einer gefährlichen Basis für antisowjetische Kräfte mache"*, zum Vorwurf gemacht.

Das ZK der KPR löste Anfang April 1920 das ZK der KPU auf. *„Unter diesen Umständen"* sollte ein ZK in der Ukraine geschaffen werden, *„dessen Zusammensetzung den Willen der überwiegenden Mehrheit der KPR* (nicht der KPU) *widerspiegelt"*. Rakowski, Petrowski und Manuilski – Genossen, die in der nationalen Frage leninistische Positionen vertraten – wurden ins ZK eingesetzt. Ebenso erklärte das russische ZK: *„Die Grundbedingung für eine gesunde Partei- und Sowjetarbeit in der Ukraine ist eine strenge Säuberung der Parteireihen der KPU"*.

Die KPU stecke voll von *„prinzipienlosen, abenteuerlichen Mitläufern, demagogischen Elementen"*, die ausgeschaltet oder bestraft werden müßten. Das ZK der KPR hielt es für notwendig, *„verantwortliche Parteiarbeiter aus der Ukraine zur Arbeit nach Großrußland zu versetzen"!* (29)

Stalins Aufgabe als Nationalitäten-Kommissar war es, sorgfältig die Entwicklung in der Ukraine zu verfolgen. Er hatte die engste Verbindung mit dem ZK der KPU. Er vertrat das russische ZK der Bolschewiki. Er nahm an Konferenzen der ukrainischen KP als einer ihrer eigenen Kader teil.

Hämisch stellte Trotzki fest: *„Seine ukrainische Periode war voller Fehlschläge"*. (30) Er bemerkte, daß es Stalin vor Auflösung des ZK der KPU nicht gelang, die Politik der russischen Bolschewiki auf der 4. Konferenz der ukrainischen Partei durchzusetzen. Trotzki nahm an, daß Stalin aus opportunistisch-zentristischen Gründen gar nicht erst den Auftrag des Politbüros (Stalin, Lenin, Trotzki, Krestinski und Kamenew) durchgeführt hatte. *„Es ist durchaus möglich, daß sich Stalin, nachdem er gesehen hatte, daß die Atmosphäre auf der Konferenz seiner These nicht günstig war, dafür entschied, alles auf eine Karte zu setzen, und daß er durch Mittelsmänner verlauten ließ, daß er seine These nur aus Disziplin, nicht aber aus persönlicher Überzeugung vertrete"*. (31)

Die Nationalitäten-Politik und Lenins Bruch mit Stalin

Anhand der Entwicklung in der Ukraine und der KPD wird deutlich, daß die Annahme der Resolution – Ausdruck der Linie Lenins – nicht ausreichte, um die Widersprüche in den Beziehungen zu den vielen Völkern aufzuheben.

Im Oktober 1920 war Stalins antileninistische Position in der nationalen Frage ausgereift. *„Die Forderung nach Lostrennung der Randgebiete... würde ... die revolutionäre Macht Zentral-Rußlands untergraben, die den Ansporn für die Befreiungsbewegung im Westen und im Osten bildet... Es genügt, einen Blick auf Georgien, Armenien, Polen, Finnland usw. zu werfen, die nach ihrer Lostrennung ... nur noch den Schein einer Unabhängigkeit bewahren, sich aber in Wirklichkeit in unbedingte Vasallen der Entente verwandelt haben; es genügt schließlich, sich die jüngste Geschichte der Ukraine ... in Erinnerung zu rufen, ... um zu begreifen, wie* **konterrevolutionär** *die Forderung nach Lostrennung der Randgebiete unter den gegenwärtigen internationalen Verhältnissen ist".* (32)

Im Sommer 1922 trat in der Nationalitätenpolitik eine massive Opposition auf. Es ging um die Schaffung eines neuen politischen Gebildes, das die bislang unabhängigen Sowjetrepubliken – Rußland (RSFSR), Ukraine, Belorußland, Georgien, Armenien und Aserbaidshan – umfassen sollte.

Im August 1922 verfaßte Stalin einen Entwurf einer „Autonomie-Resolution". Diese sieht die **Eingliederung** der unabhängigen Republiken in die russische **Föderation** als „autonome Republiken", d.h. als **untergeordnet,** vor. Diese Vorschläge stießen auf Widerstand der ZK's der Parteien Belorußlands und Georgiens. Das ZK der Ukraine lehnte sie ohne Diskussion ab.

Als Lenin im September davon erfuhr, verurteilt er das Prinzip des Eintritts der anderen Republiken in die RSFSR und schlug vor, eine Föderation von Republiken zu schaffen, die untereinander gleiche Rechte haben sollten. Seiner Meinung nach sollte diese Föderation die Form einer **„Union der Sowjetrepubliken Europas und Asiens"** haben.

Die Anhänger der Eingliederung der Sowjetrepubliken, mit untergeordnetem Status in die RSFSR, versuchten Lenins Kritik zu übergehen. Stalin teilte dem ZK sofort seinen eigenen Entwurf mit, ohne zu warten, bis dieses Lenins Meinung kannte. (33) Während einer Politbüro-Sitzung erklärte Stalin in Lenins Abwesenheit, *„daß man gegenüber Lenin fest bleiben muß",* und ihm in dieser Frage *„nationalen Liberalismus"* vorwerfen müsse. (34)

Anfang Oktober nahm das ZK Stalins Text leicht verändert an. Dieser Text beinhaltete einige f o r m a l e Bemerkungen Lenins. Der Begriff der „Föderation" wurde durch „Union" ersetzt, aber die **konkreten Verfügungen sicherten praktisch die Vorherrschaft** der russischen SSR. (35)

Lenin stand vor vollendeten Tatsachen. Als er den Beschluß des ZK erfuhr, beschloß er einen Trennungsstrich zwischen seiner Politik und der Linie des ZK's zu ziehen. Lenin nahm den Kampf gegen diese Mehrheitsli-

nie auf. *„Ich erkläre dem großrussischen Chauvinismus den Krieg, nicht einen Kleinkrieg, sondern einen Krieg auf Leben und Tod."* (36) Lenin bekämpfte damit eine Haltung, die nicht nur in Gestalt eines Programms, sondern auch in der Form einer bestimmten Methode in Erscheinung trat. Gleichzeitig verschärften sich die Widersprüche zwischen dem ZK der Bolschewiki einerseits und den anderer Völker andererseits.

Um die formelle Vereinigung der UdSSR vorzubereiten, wünschten viele Bolschewiki (auch Stalin), die drei kleinen transkaukasischen Republiken zu einer föderativen Republik zusammenzufassen, die dann geschlossen der Union beitreten sollte.

Das georgische Volk, aber auch deren Kommunisten, deren Land erst seit Anfang 1921 zur Sowjetmacht zählte, waren in Dingen der nationalen Unabhängigkeit und Gleichberechtigung sehr empfindlich und widersetzten sich der administrativ gebildeten Transkaukasischen Föderation. Hier lag die Ursache für die tiefgehende Uneinigkeit, die sich zwischen Lenin und Stalin antagonistisch entwickelte. Lenin bestand auf einer vorsichtigen und geduldigen Politik gegenüber Transkaukasien und Georgien. Stalin ging mechanisch davon aus, daß die Position der Bolschewiki gesichert sei, da sie den Staatsapparat in den Händen hatten.

Lenin wandte sich – vom Krankenbett – in einer Notiz an das Politbüro. *„Meiner Meinung nach ist die Frage äußerst wichtig. Stalin hat ein wenig die Tendenz, sich zu übereilen".* (37) Stalin übergab dem Politbüro noch am gleichen Tag eine Rechtfertigung. *„In bemerkenswert selbstsicherem Ton kritisiert er Lenins eigene ‚Übereilung' und den Plan, getrennte ZK's für die russische Republik und die Union zu schaffen. ‚Lenin ist kaputt', soll er gesagt haben, als ihm klar wurde, wie ernst Lenins Krankheit war. Befreit von dem Zwang, Lenin um den Bart zu gehen, hatte Stalin rasch begonnen, nach der Macht zu langen".* (38)

In den folgenden Wochen wies Lenin wiederholt darauf hin, *„daß sich die bolschewistische Partei den Positionen des großrussischen Chauvinismus"*, also den Positionen des bürgerlichen Nationalismus anschließen würde. (39) Er betonte nunmehr die Notwendigkeit einer „Ungleichheit" zugunsten der kleinen Nationen, um das Ungleichgewicht, an dem sie im Verhältnis zur großen Nation leiden, wettzumachen. (40) Andererseits duldete Lenin überraschenderweise das Vorgehen des ZK und billigte Stalins Plan.

Triumphierend drahtete Stalin den georgischen „Rebellen", ihre Proteste seien vom ZK zurückgewiesen worden. Verschiedene georgische Bolschewiki fügten sich diesen Beschlüssen nicht. Sie wandten sich unter Umgehung des Parteiwegs an Bucharin, von dem sie sich Unterstützung erhofften. Dieser Bruch erzürnte Lenin, und er wies die Georgier in einer persönlichen Antwort zurecht. *„Ich war überzeugt, die Differenzen seien durch den unter meiner Teilnahme und unter direkter Teilnahme Mdiwanis* (ZK Sekretär der georgischen Bolschewiki – d. Verf.) *gefaßten Beschluß des ZK beigelegt. Deshalb verurteile ich entschieden die Schimpfworte gegen*

Ordshonikidse (Sekretär des transkaukasischen Gebietsbüros und bereits Stalins Gefolgsmann – d. Verf.) *und bestehe darauf, daß Sie Ihren Konflikt in anständigem und loyalem Ton dem Sekretariat des ZK zur Schlichtung unterbreiten".* (41)

Am gleichen Tag nahm das georgische ZK eine weitere herausfordernde Resolution an, worin es die Auflösung der Transkaukasischen Föderation und den direkten Eintritt Georgiens in die UdSSR verlangte. Das war für Stalin und Ordshonikidse das Signal zu einer umfassenden, fünf Monate dauernden „Säuberung" der Partei Georgiens.

Trotzki nennt Ordshonikidse den *„unduldsamen Eroberer Georgiens, der jede Regung von Widerstand für eine persönliche Beleidigung hielt".* (42) In der Folgezeit kam es sogar zu Tätlichkeiten in der Auseinandersetzung. Gedeckt durch Lenins Kritik an ihren Widersachern, zwangen Stalin und Ordshonikidse und ihr Anhang das gesamte ZK Mdiwanis zum Rücktritt und ersetzen es durch eine neue Gruppe, die dem Parteiapparat sklavisch ergeben war und sich mit der Transkaukasischen Föderation abfand.

Nach diesen „Ausfällen" schickte das Moskauer ZK einen Untersuchungsausschuß nach Georgien, bestehend aus dem Polen Dzierzynski, Leiter der GPU, Manuilski und Miskewitsch-Kapsukas. Dieser Ausschuß sprach sich zugunsten Ordshonikidses aus. Das Organisationsbüro bestätigte die Einschätzung und die meisten georgischen Kader wurden nach Moskau beordert.

Als Lenin erfuhr, was sich in Georgien zugetragen hatte, einschließlich des „Untersuchungs-Ergebnisses", erkannte er, welche Zustände in der Partei eingerissen waren, was sich u.a. im Auftauchen eines unannehmbaren „Führungsstil" niederschlug. Er verurteilte ausdrücklich die Anwendung von körperlicher Gewalt im ideologischen Kampf und bemerkte, daß Ordshonikidses Handlungsweise belegt, *„in welchem Sumpf"* die Partei gelandet war. Lenin machte geltend, daß diese Verhältnisse zur Unterdrükkung j e d e r oppositionellen Meinung führen m u ß t e. Er bestand darauf, daß die Einheit der Partei aus einem offenen ideologischen Kampf hervorgeht.

Lenin ließ eine Untersuchung durchführen, allerdings gerade von dem administrativen Apparat der Partei, dem er sich nicht mehr anvertrauen konnte. Lenins Gesundheitszustand erlaubte es nicht mehr, die Untersuchung und Schlußfolgerungen zu den Übergriffen in Georgien zu Ende zu führen.

Dennoch zog er politische Schlüsse: *„Man muß Genosse Ordshonikidse exemplarisch bestrafen... sowie alle Materialien von Dzierzynskis Kommission nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen, um die Unmenge von Unrichtigkeiten und voreingenommenen Urteilen, die es dort zweifellos gibt, zu korrigieren. Politisch verantwortlich für diese ganze wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne müssen natürlich Stalin und Dzierzynski gemacht werden".* (43)

Für Lenin handelte es sich hier nicht um „persönliche Fehler", sondern um den Ansatz bürgerlicher Herrschaftsformen in der Partei.

Lenins Kampf gegen den Strom

Es war offensichtlich, daß Lenin den **„Kampf gegen den Strom"** aufnahm. Er bereitete sich vor, den großrussischen Chauvinismus, der bis auf Führungsebene der KPR(B) auftrat, öffentlich zu bekämpfen.

Lenin polemisierte heftig gegen die *„Invasion jenes echten Russen ... ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist... Mir scheint, hier haben Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren wie auch seine Wut auf den ominösen ‚Sozial-Nationalismus' eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wut ist in der Politik gewöhnlich überhaupt von größtem Übel".* (44)

Lenin äußerte auch Zweifel an dem Schutz der nationalen Minderheiten durch die Union. Das *„Recht auf Loslösung von der Union...* (wird sich) *als ein Fetzen Papier erweisen, der keineswegs ausreicht für den Schutz fremder Völker in Rußland gegen die Übergriffe des Russen schlechthin, des Großrussen, des Chauvinisten...".*

Lenin erkannte auch die Gefahr, die von Stalins Aktivitäten ausging. Er kennzeichnete ihn als einen *„Georgier, der sich geringschätzig zu dieser Seite der Sache verhält, der leichtfertig mit Beschuldigungen des ‚Sozial-Nationalismus' um sich wirft, während er selber ein wahrer und echter ‚Sozialnationalist', ja mehr noch, ein brutaler großrussischer Dershimorda ist".* (45) Die Konsequenz, mit der Lenin hier die Dinge beim Namen nennt, ist beachtenswert. *„Ich fürchte auch, daß sich Genosse Dzierzynski, als er zur Untersuchung der ‚Verbrechen' ... in den Kaukasus ging, durch seine typisch russische Einstellung auszeichnet! (Es ist allgemein bekannt, daß russifizierte Angehörige anderer Nationalitäten stets zur Übertreibung neigen, ...); die Objektivität, mit der er sich seines gesamten Auftrags entledigte, ist durch die ‚Leistungen' Ordshonikidses gekennzeichnet".*

Lenin sagte den georgischen Kadern Mdiwani, Macharadse u.a. seine Unterstützung zu. *„Ich bereite bereits für Sie Notizen und Reden vor".* (46) Als im März 1923 die georgische Parteikonferenz bevorstand, die die „Säuberungen" akzeptieren oder verwerfen mußte, wandte sich Lenin mit der Bitte an Trotzki, *„die Verteidigung der georgischen Sache im ZK zu übernehmen".* (47) Ebenfalls übergab er ihm die „Briefe über die nationale Frage". Dieser Text sollte offensichtlich eine erhebliche Kurskorrektur in der Nationalitäten-Politik einleiten, wurde aber nie veröffentlicht. Daran hatten sowohl Stalin als auch Trotzki kein Interesse. Trotzki informierte – trotz Lenins Verbot – Kamenew, der am gleichen Tag zum georgischen Parteitag fuhr. Nur aus Trotzkis grundsätzlich schwankender, ausgleichender und zentristischer Grundhaltung heraus ist es erklärlich, daß sich Trotzki trotz Aufforderung Lenins nicht zum Handeln entschloß.

Im Gegenteil, zu Kamenew erklärte Trotzki: *„Ich bin gegen die Absetzung Stalins, gegen den Ausschluß Ordshonikidses, gegen die Entfernung Dzierzynskis".* Andererseits: *„Aber ich stimme Lenin im wesentlichen zu. Ich erstrebe eine radikale Änderung der nationalen Politik, die Einstellung der Verfolgungen gegen die Gegner Stalins in Georgien, die Beseitigung des administrativen Druckes auf die Partei".* (48)

Auf dem Parteitag in Georgien gelang es Kamenew nicht, sich gegen die von Stalin eingesetzten Kräfte durchzusetzen. Ein paar Tage später machte Trotzki, in einer Rede vor dem ZK, einige Bemerkungen im Sinne von Lenins Korrektur in der nationalen Frage. Er *„forderte die Abberufung Ordshonikidses, brandmarkte die Transkaukasische Föderation als zentralistische Perversion der Idee des Föderalismus und verteidigte die abgesetzten georgischen Genossen als die protestierenden Opfer einer falschen Linie".* (48)

Der XII. Parteitag tagte Ende April 1923. Lenin war bereits gelähmt und nicht mehr anwesend. Obwohl Stalin nur mit knapper Not einer Rüge entgangen war, trat er wiederum als Experte für die Nationalitäten-Politik auf. Er bemühte sich, seine Politik in Georgien gegenüber der Kritik Lenins zu rechtfertigen. (49)

In ihren Antworten bezogen sich die georgischen Oppositionellen offen auf Lenins „Brief über die nationale Frage". Mdiwani erklärte: *„Wir brauchen (die Politik), die Iljitsch uns stets gelehrt hat und die er von uns in seinen letzten Briefen, die dem Parteitag nur durch persönliche Mitteilung bekannt sind, gefordert hat".* (50) Macharadse betonte, Lenins frühere Haltung gegenüber den Georgiern sei auf vorsätzlich falsche Informationen zurückzuführen. Rakowski, der bulgarische Regierungschef der Ukraine, beklagte Lenins Abwesenheit, um dann auf *„verhängnisvolle Fehler in der nationalen Frage"* hinzuweisen. In Anlehnung an Lenins Positionen stellte er fest, *„daß der Aufbau der Union auf dem falschen Wege vor sich gegangen ist".* (51) Bucharin, der inzwischen seine „ultralinke" Position des extremen Internationalismus aufgegeben hatte, machte Zugeständnisse an die Empfindlichkeit der nichtrussischen Minderheiten. Er stellte die rhetorische Frage: *„Warum begann Genosse Lenin in der georgischen Frage mit so wütender Energie Alarm zu schlagen? Und warum sagte Genosse Lenin in seinem Brief nicht ein Wort über die Fehler der Abweichler, sondern richtete vielmehr alle seine Worte — starke Worte — gegen die Politik, die gegen die Abweichler verfolgt wurde?"* (52) Trotzki hielt sich überraschenderweise aus der Debatte heraus. Er suchte hier nicht die Auseinandersetzung mit Stalin, mit der ihn Lenin betraut hatte. *„Die Anhänger der Troika (Stalin, Sinowjew, Kamenew) suchten Lenins Brief nach besten Kräften zu bagatellisieren, indem sie ihn auf falsche Informationen zurückführten. Trotz wiederholter Forderungen weigerten sie sich beharrlich, seine Veröffentlichung zuzulassen, unter dem Vorwand, es fehle an der erforderlichen Anweisung Lenins".* (53) Die Troika erreichte die Zustimmung in der Nationalitä-

ten-Politik, obwohl es um ihre Sache schwach bestellt war. Die georgische Opposition unterlag.

Die Bolschewiki waren inzwischen „einzige Partei der Arbeiterklasse" in der SU. Das „Einparteien-System" gestaltete die anstehenden Aufgaben sowohl leichter als auch schwieriger. Leichter aufgrund des Fehlens einer legalisierten Opposition, schwieriger aber bezüglich des Aufbaus der proletarischen Demokratie mit entwickelten Methoden von Kritik und Selbstkritik. Hierin drückte sich der Widerspruch zwischen dem Sieg der Roten Armee und den Schwierigkeiten der Bolschewiki, in der Bündnispolitik und dem Umgang mit der Masse des Volkes, aus.

Die Entwicklung einer Rechts-Opposition in der nationalen Frage war eine der Auswirkungen der neuen politischen Verhältnisse, die während des „Kriegskommunismus" innerhalb der bolschewistischen Partei begünstigt wurden. Die Umstände des Bürgerkriegs machten deutlich, warum der Kampf der Meinungen, die politischen Diskussionen, immer mehr einer strengeren Disziplin weichen mußten. Der nicht „vorhergesehene" Bürgerkrieg führte allgemein zu einer Nationalitäten-Politik, die keineswegs den politisch-theoretischen Erwägungen und Bestimmungen des leninistischen Programms entsprach, sondern die chauvinistischen Seiten des zaristischen Kolonialregimes fortsetzte. Der „Kriegskommunismus" hat den Zentralismus innerhalb der Partei begünstigt, was wiederum den Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei, zwischen der politischen und administrativen Führung der Partei, schadete. Schon die Art und Weise, wie die administrative Führung (Organisationsbüro, Generalsekretariat) der Partei 1922 versuchte, die georgische Frage zu regeln, zeigte, bis zu welchem Grad sich n i c h t - p r o l e t a r i s c h e Praktiken und Verhältnisse herausgebildet hatten.

Lenin – im Gegensatz zu Stalin – liebte die Polemik und schreckte auch nicht vor persönlichen Urteilen und Kritik von Genossen zurück. In Diskussionen ließ er niemals die Repressionen an Stelle des Kampfes der Ideen treten. Er war denjenigen, die ihn kritisierten, niemals nachtragend. Er bekämpfte Kamenew und Sinowjew, die in der Oktober-Revolution rechtsopportunistische Positionen vertraten, arbeitete aber dennoch mit ihnen in der Parteiführung zusammen. Er kritisierte auf schärfste Bucharin, der sich zum „Links-Kommunisten" entwickelt hatte, aber er schätzte ihn dennoch und sah darin nie einen Grund, die Zusammenarbeit einzustellen.

Die Nationalitäten-Politik nach Lenins Tod

Die nationale Frage war auch weiterhin Ursache sich antagonistisch entwickelnder Widersprüche in der KPdSU. Rakowski und weitere Ukrainer kritisierten weiterhin den Staatsaufbau, der, wie sie behaupteten, zu sehr nach großrussischer Vorherrschaft schmeckte. (54) Kurz darauf wurde Rakowski zum Sowjetbotschafter in London ernannt. Der „lange Arm" des Sekretariats hoffte, auf diese Weise politische Widersprüche aufzuheben.

Der tatarische Bolschewik Sultan-Galiew wurde durch die GPU im Juni 1923 verhaftet. Er wollte den „großrussischen Chauvinismus" mit dem Projekt einer einheitlichen Sowjetrepublik Tatar für alle Moslems innerhalb der UdSSR bekämpfen. (55) *„Mit Zustimmung seiner Partner Kamenew und Sinowjew ließ Stalin Sultan-Galiew des Hochverrats anklagen. Das ZK befand ihn für schuldig, ‚konspirative Arbeit zur Untergrabung des Vertrauens der früher unterdrückten Nationalitäten in das revolutionäre Proletariat' geleistet zu haben, und beschloß seinen Ausschluß aus der Partei".* (56)

Unter dem Eindruck späterer Verhaftungskampagnen soll Kamenew zu Trotzki gesagt haben: *„Die Verhaftung Sultan-Galiews ... war die erste Verhaftung eines hervorragenden Parteimitglieds, die auf Stalins Veranlassung vorgenommen wurde. Unglücklicherweise gaben Sinowjew und ich unsere Zustimmung. Da schmeckte Stalin zum erstenmal Blut".* (57)

Auf dem XIII. Parteitag (Mai 1924) stand Stalin aufgrund Lenins „Testament" und seiner Rolle bei den Auseinandersetzungen in Georgien stark unter Beschuß der Delegierten. Er *„tat daraufhin öffentlich Abbitte wegen der Ereignisse ..., sprach davon, mit Tatkraft den Bürokratismus zu bekämpfen, gab sein Verprechen, höflicher und weniger brutal zu sein, und behielt auf diese Weise seinen Posten und gebrauchte auch weiterhin seine Macht, um den Parteiapparat durch geschicktes Absetzen und kluges Ernennen von Mitgliedern unter Kontrolle zu bringen"* (58)

1932/33 führte das Politbüro unter Stalins Leitung Maßnahmen gegen KP-Führer der föderierten Republiken durch. Diese wurden als „bürgerliche Nationalisten" bezeichnet, die sich der zentralistischen und nationalrussischen Politik widersetzt hatten. So wurde in der Ukraine der Prozeß gegen eine angebliche „Union für die Befreiung der Ukraine" in Szene gesetzt. Mit Hilfe der GPU wurden die national-autonomistischen Tendenzen unterdrückt. *„Aus der Partei wurden 28.000 Mitglieder ausgestoßen, 237 Parteisekretäre entfernt".* (59) Skrypnik, Volkskommissar für Erziehung, einer der ältesten Kampfgefährten Lenins, der 1921/23 in der nationalen Frage die leninsche Politik vertrat, wurde unter Anklage gestellt. Einem Urteil entzog er sich durch Selbstmord.

Auf dem XVII. Parteitag (1934) polemisierte Stalin, daß *„in der nationalen Frage ... bei einem Teil der Partei ein Wirrwar in den Ansichten"* bestehe. *„Viele glauben, daß der Sündenfall Skrypniks ein Einzelfall, eine Ausnahme von der Regel sei. Das stimmt nicht ... Genau solche Gehirnverrenkungen kann man bei einzelnen Genossen auch in anderen nationalen Republiken beobachten".* (60) (Um welche konkreten Widersprüche es ging, welches Ausmaß sowohl die Opposition, als auch die Bekämpfung dagegen hatte, ließ sich leider nicht ermitteln – d. Verf.)

Die verhängnisvolle Überstürzung, die Lenin an Stalin bezüglich der nicht-russischen Nationalitätenpolitik kritisiert hatte, zeigte ihre tragischen Folgen, für die allerdings nicht Stalin allein verantwortlich zu machen ist.

Die meisten Kader der KPdSU folgten dieser Politik ohne wesentlichen Widerspruch.

Einerseits ließ Stalin *„Zehntausende von Führern aus nicht-russischen Sowjetrepubliken einsperren, deportieren oder hinrichten. Er verfolgte in diesen Republiken den ‚bürgerlichen Nationalismus' mit Strenge und setzte eine zentralrussische Politik durch".*

Andererseits wurde *„... aber zur gleichen Zeit ... das Studium der verschiedenen nationalen Sprachen stärker betrieben als je zuvor ... In Asien lebten neue Literaturen auf oder sie entstanden neu, und überall wurde der kulturelle Rückstand aufgeholt. Die Frauen lüfteten den Schleier, den sie seit Jahrhunderten trugen. Das Bildungswesen fand auf allen Ebenen und in allen Regionen einen Aufschwung, selbst da, wo früher nicht einmal Grundschulen existierten. In der Mehrzahl der Republiken lebten zahlenmäßig sehr starke Gruppen russischer Bevölkerung, die die Schlüsselpositionen in Verwaltung, Wirtschaft und im städtischen Leben besetzten."* (61)

Die Integrationsprozesse der Völker und Volksgruppen der UdSSR überholten häufig — angesichts der niedrigen Entwicklungsstufe zahlreicher Völker (Nomaden etc.) und auch der intensiven „Russifizierung" — die eigentliche Herausbildung und Sicherung der kulturellen Besonderheiten dieser Völker.

Die nationale Frage in den Moskauer Prozessen

In der Zeit der größten „Säuberungen" (1936/38) sind auch viele bolschewistische Kader aus allen Teilen der SU angeklagt, verurteilt und auch „hingerichtet" worden. So z.B. der *„Präsident des Rates der RSFSR und seine beiden Stellvertreter und zahlreiche andere Volkskommissare der Union des Rates anderer föderierter Sowjetrepubliken (der Ukraine, Aserbaidschans, Georgiens, Tadschikistans und Armeniens) oder autonomer Republiken. Die ZK's in den föderierten Republiken wurden dezimiert (so in der Ukraine, in Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Armenien, Georgien und anderen Republiken)"* (62) Die Ereignisse trafen auch die führenden Genossen der lettischen, estischen und litauischen KP's. Die Auflösung ganzer KP's wurde auch für die nicht-sowjetische Ukraine, den nicht-sowjetischen Teil Belorußlands und Polen durchgeführt.

Der „Entstalinisierer" Chruschtschow spielte eine nicht unbedeutende Rolle während der Säuberungsaktion in der Ukraine. Ebenso Mikojan in Armenien.

Politik der „Russifizierung" und der „Große vaterländische Krieg"

Zur Stalin'schen Politik in der nationalen Frage gehörte seit Beginn der dreißiger Jahre auch die Entfaltung des neuen „sowjetischen Patriotismus". *„Bereits im Frühjahr 1934 hatte (Stalin – d. Verf.) ein Dekret über den Geschichtsunterricht unterzeichnet, das die Umkehr von einer internationalen zu einer nationalen Geschichtsschreibung einleitete."* (63) Die Sicht über die blutige Unterdrückung der Völker im Zarenreich wurde relativiert. *„Aufgabe der Historiker war es fortan, die russische Geschichte von den Anfängen bis zu Stalin als eine in sich geschlossene logische Einheit darzustellen".* (64)

Dieser Prozeß begann mit einer bewußten Hervorhebung und Aufwertung von Bergriffen wie Heimat und Vaterland. Er wurde fortgesetzt mit der Rehabilitierung der vorrevolutionären russischen Geschichte und Literatur und dem offenkundigen Bemühen, russisch-nationale und marxistisch-leninistische Elemente miteinander zu vereinen und die historische Kontinuität zwischen den alten russischen und den neuen sowjetischen Nationalhelden herzustellen. Dabei wurden aber auch Reaktionäre und Leute, die zu den barbarischsten Unterdrückern in der russischen Geschichte zählen, wie Zar Peter I., zu den Helden des russischen Volkes gemacht. (65)

Die Entwicklung erreichte schließlich im 2. Weltkrieg mit der Proklamierung des „Großen Vaterländischen Krieges" und dem erfolgreichen Appell an den Patriotismus und die Heimatliebe der Bewohner der SU, die faschistischen Invasoren von der „sowjetischen Heimaterde" wieder zu vertreiben, ihren Höhepunkt. In diesen Zusammenhang gehört auch die Einbeziehung der russisch-orthodoxen Kirche. Diese segnete 1941 die Waffen der Roten Armee. (Der 2. Weltkrieg wurde in Anlehnung an den siegreichen „Vaterländischen Krieg" gegen Napoleon „Großer Vaterländischer Krieg" genannt.) Daß die KPdSU unter der Leitung Stalins – angesichts der wachsenden Bedrohung durch den Faschismus – alle Kräfte des Landes zur Abwehr mobilisierte, liegt auf der Hand. Inwieweit auch hier der Bogen in politisch-ideologischer Hinsicht „überspannt wurde", gilt es zu untersuchen.

Mit dem „Stalin-Hitler-Pakt" war zunächst das nationale Schicksal Polens als eigenständige Nation zum wiederholten Male innerhalb der letzten Jahrhunderte besiegelt. Angesichts der raschen militärischen Erfolge der Faschisten – nach dem Überfall auf Polen – rückte die Rote Armee am 27. September 1939 unter Bruch des polnisch-sowjetischen Nichtangriffvertrages in die an die SU angrenzenden Gebiete ein, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Welche Gründe gab es für die SU, in einer sicherlich unvergleichlichen Situation, offensiv militärische Eroberungen durchzuführen?

„England, die USA und Frankreich verfolgten den Plan, Deutschland zu einem Krieg gegen die SU aufzuhetzen, sie selbst aber wollten ‚auf dem

Berg sitzend dem Kampf der Tiger zuschauen'; die SU und Deutschland sich in einem Krieg gegenseitig zermürben lassen, und dann würden sie auf den Schauplatz treten und Ordnung schaffen. Diese Verschwörung wurde durch den Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes durchkreuzt". (66) Deshalb verteidigt Mao Tse-tung auch diesen ungewöhnlichen Vertrag, der viele Menschen „täuschte", die nicht „fähig" waren zu erkennen, daß es *„auch im Interesse der Erringung des Friedens im Weltmaßstab erforderlich (war), ... den Ausbruch eines imperialistischen Weltkrieges soweit wie möglich hinauszuschieben".* (67)

Am 28. September 1939 (4 Wochen nach Ausbruch des Krieges) wurde ein neues Abkommen mit den deutschen Faschisten getroffen. Die darin festgelegte „endgültige" Interessensgrenze sah einen Austausch Litauens (zur SU) gegen polnisches Gebiet östlich der Weichsel (Galizien) vor.

„Das polnische Problem muß man von den verschiedenen Seiten betrachten. ... Deutschland führt den Krieg, um das polnische Volk auszuplündern. ... Die polnische Regierung ... ist ... eine faschistische, ... eine Regierung großpolnischer Chauvinisten, die viele nichtpolnische nationale Minderheiten erbarmungslos unterdrückt hat — Ukrainer, Belorussen, Juden, Deutsche, Litauer u.a., insgesamt mehr als 10 Millionen Menschen". (68)

„Was die sowjetische Seite betrifft, so war ihr Handeln völlig gerechtfertigt. Vor der SU standen damals zwei Fragen. Die erste: Soll man zulassen, daß ganz Polen unter die Herrschaft des deutschen Imperialismus gerät, oder soll man so handeln, daß die nationalen Minderheiten Ostpolens die Freiheit erlangen? In dieser Frage hat die SU den zweiten Weg gewählt. Jetzt hat die SU lediglich die in der Vergangenheit verlorenen Territorien zurückgewonnen, die unterdrückten Belorussen und Ukrainer befreit und vor dem deutschen Joch gerettet.. All das zeugt dafür, daß der von der SU geführte Krieg ein gerechter Krieg ist, kein Raubkrieg, sondern ein Befreiungskrieg, ein Krieg, der schwachen und kleinen Nationen hilft, sich zu befreien, der den Völkern hilft, sich zu befreien." (69)

Es folgten „Beistandspakte" der SU mit Estland, Lettland und Litauen, die der SU das Recht einräumten, auf dem Gebiet aller drei Länder militärische Stützpunkte zu unterhalten. Im Mai 1940 „erzwang" die SU die Zustimmung zur vollständigen Besetzung und die Bildung „volksdemokratischer Regierungen". Im Juni wurden Wahlen durchgeführt. Im Juli wurden die Länder zu sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt und die Aufnahme in die UdSSR beantragt.

Ebenfalls wurde im Juli 1940 durch „Vertrag" mit den Hitler-Faschisten die Abtrennung Bessarabiens von Rumänien und die Angliederung an die SU durchgeführt. Ebenso wurde die Nordbukowina von Rumänien an die SU „abgetreten".

Als „Gegenleistung" für diese Angliederung an die SU gewährte die Führung der KPdSU die „Umsiedlung" der „Volksdeutschen" aus diesen Gebieten in das faschistische „3. Reich".

Trotz aller Zwänge und ungünstigen Konstellationen des 2. Weltkrieges und trotz des „Zusammenfallens der Interessen der SU mit den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Menscheit" (Mao), bleibt festzustellen, daß alle von der SU „befreiten" Länder Regionen waren, die zum Zaren-Imperium gehörten und im Laufe des Bürgerkriegs oder durch Lenins Vorgehen in der nationalen Frage („Recht auf Lostrennung") nicht in die UdSSR eingegliedert worden waren.

Kommt hier nicht auch die vorherrschende Grundlinie Stalins in der Nationalen Frage zum Ausdruck? (Die Forderung nach Lostrennung der Randgebiete ist „konterrevolutionär" – Selbstbestimmungsrecht nicht der Völker sondern der Werktätigen.) Wollten hier nicht auch „bürgerliche Nationalisten" im ZK der KPdSU die „Schande" des Bürgerkriegs „so ganz nebenbei" wiedergutmachen?

Nach dem Überfall der deutschen Faschisten auf die SU hielt Stalin eine überzeugende Rede, in der er die Sowjet-Völker zum unerbittlichen Widerstand aufrief, *„die an die Treue zum leninistischen Geist gemahnte und an das sowjetische Regime ebenso wie an die nationale Gesinnung appellierte."* (70)

Durch diese Rede und einer weiteren im November 1941 *„lieferte er ein Symbol zum Widerstand"*. (71) Diese Haltung förderte den unbezähmbaren Willen, die Strapazen des Krieges zu überwinden und den deutschen Imperialismus zu schlagen.

Im August 1941 wurden die Sowjetbürger deutscher Nationalität nach Sibirien und Zentralasien deportiert. Schätzungen sprechen von ca. 600.000. Eine anti-sozialistische oder gar anti-sowjetische Einstellung hätte ihnen bisher niemand vorgeworfen. Im Gegenteil, *„die Kolchosen der Wolgadeutschen ASSR (wurden) noch kurz vor Kriegsbeginn als vorbildlich gepriesen"*. (72)

1943/44 löste die KPdSU weitere autonome Republiken auf und „verschleppte ihre Einwohner": Kalmücken 200.000; Tschentschenen-Inguschen 600.000; Karbadino-Balkar 300.000; Krim-Tataren 200.000; Karatschais 100.000! (73)

Für alle Maßnahmen wurden entweder die Verhinderung von oder Vergeltung für Kollaborationen genannt. *„Es gab sicher auch in einigen nichtrussischen Republiken die Kollaboration mit Hitler – so z.B. in der autonomen SSR der Krimtataren, den Kalmücken in den Tschentschenen-Inguschen, dem autonomen Gebiet der Karatschais und in der autonomen Republik Kabardino-Balkar, aber es handelte sich hier um kulturell noch äußerst rückständige Bevölkerungsgruppen, die die russisch-zentralistische Politik Stalins in der zurückliegenden Zeit verletzt hatte... Dasselbe Phänomen traf man auch in der Ukraine, jedoch in wesentlich begrenzterem Umfang"*. (74)

Tataren-Führer behaupten, *„46 % der 300.000 Krim-Tataren seien durch Stalins Zwangsmaßnahmen umgekommen, während nach offiziellen sowjetischen Statistiken die ‚Todesrate' nur 22 % betrage"*. (75) Die „Wol-

gadeutschen" (und andere Völker), die später nach dem XX. Parteitag rehabilitiert wurden, sind nicht wieder in ihre ursprünglichen Gebiete zurückgesiedelt worden.

1945 trat die SU noch in den Krieg gegen den schon fast geschlagenen japanischen Imperialismus. Die Rote Armee besetzte die Mandschurei, die Halbinsel Liaotung (Port Arthur). Zusätzlich „erorberte" die SU die Südhälfte von Sachalin und der Kurilen. Das waren alles Gebiete, die der japanische Imperialismus im russisch-japanischen Krieg 1905 oder im Verlauf des 2. Weltkrieges eroberte. Bis 1955 hat die SU ein Großteil der Gebiete im Rahmen des „Freundschafts- und Bündnisvertrages" an die VR China abgetreten.

Durch den 2. Weltkrieg gefördert, entstand in der KPdSU eine Geschichtsbetrachtung, die dem „proletarischen Internationalismus" widerspricht. Die Lehre vom „Sozialismus in einem Lande" ermöglichte es Stalin und den Führern der KPdSU, sowohl den nationalen als auch den revolutionären Stolz der Sowjetvölker, insbesondere der Russen, anzusprechen, indem sie darauf hinwiesen, daß sie einerseits für ihr eigenes Überleben kämpften, zugleich aber auch die bisher fortschrittlichste aller Revolutionen bei sich verwirklichen würden. Es gelang ihnen, dem Sowjetvolk klar zu machen, daß sie eine Aufgabe bewältigen und verteidigen würden, an der die an sich weiter fortgeschrittenen Nationen und Proletarier der imperialistischen Metropolen bisher kläglich gescheitert waren.

Es ist zu vermuten, daß die „Russifizierung", die unter der Kategorie des „proletarischen Internationalismus" durchgeführt wurde, chauvinistischen Zügen Vorschub leistete. 1943 ersetzte eine neue sowjetische Nationalhymne die „Internationale". Diese stellt heraus, daß die *„Union der Sowjetvölker durch Groß-Rußland gefestigt"* wird.

Nach dem Erfolg der Roten Armee über den Faschismus erhob Stalin das *„russische Volk* (zur) *hervorragendsten Nation unter allen zur SU gehörenden Nationen".* Es habe sich *„die allgemeine Anerkennung als führende Kraft der SU, unter allen Völkern unseres Landes verdient".* (76)

Gleichzeitig konnte man *„in zahlreichen Presseveröffentlichungen einen nationalistischen Ton finden, die zwar in Anbetracht der spezifischen Umstände im Grunde verständlich war, der aber dennoch zur Diskussion gestellt werden muß, will man den Tatbestand des sowjetischen Widerstandes tatsächlich auf die Spur kommen".* (77) Auf der anderen Seite war die Nationalitäten-Politik der KPdSU auch von erheblichem Erfolg gekrönt. *„Als die Nazifaschisten 1941 die SU überfielen, da hofften sie"* (und die US-Imperialisten – d. Verf.) *„daß mit dem Einmarsch der Wehrmacht der Sowjetstaat sich in seine vielen nationalen Bestandteile auflösen würde".* (78) In der Nachkriegszeit mußte die SU jederzeit mit einem weiteren Überfall oder gar dem Ausbruch des 3. Weltkriegs – diesmal unter der Führung des US-Imperialismus – rechnen. Das führte dazu, daß sich die Führung der KPdSU zunehmend offener und häufiger denn je des „russischen Nationalismus" bediente.

Die nationale Frage und das Judenpogrom

Schon bei der Herausbildung der Ideologie des Zionismus („Erez Israel") kritisierte Lenin diesen als Teil der imperialistischen Ideologie und Politik.

„Die Idee der jüdischen Nationalität widerspricht den Interessen des jüdischen Proletariats, da sie in ihm unmittelbar eine der Assimilation feindliche Stimmung, eine „Getto"-Stimmung erzeugt...

Die jüdische Frage steht so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung? — Die Idee der jüdischen ‚Nationalität' trägt offen reaktionären Charakter, nicht nur bei den konsequenten Anhängern (den Zionisten), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (den Bundisten) ...

Das (sich mit der Masse der Bevölkerung zu vermischen, Anm. d. Verf.) ist schließlich die einzige mögliche Lösung der Judenfrage, und alles was das Aufhören der jüdischen Abschließung fördern kann, ist zu unterstützen." (79)

Zahlreiche Juden waren revolutionär gesinnt. Die breite Masse sympathisierte zumindest mit der Oktober-Revolution, die den Antisemitismus an den Pranger stellte. Jegliche Diskriminierung der Juden wurde unter Strafe gestellt. In dieser Epoche erlebte die jüdische Kultur eine bemerkenswerte Blüte. Andererseits gestaltete die hergebrachte soziale, berufliche und ökonomische Struktur die Assimilation der Juden an die Sowjetgesellschaft besonders schwierig.

Eine erhebliche Abweichung vom Leninismus bahnte sich 1926 an. Kalinin proklamierte im fernen asiatischen Teil der SU Biro-Bidschan als autonome jüdische Republik. Der Versuch scheiterte vollkommen, da die Juden keine Neigung zeigten, sich in dieser fernen, schwierigen Region, zu der sie keinerlei Beziehung hatten, anzusiedeln.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit den oppositionellen Bolschewiki bediente sich erstmals die Führung der KPdSU auch des Antisemitismus. Die drei führenden Vertreter der Opposition, Trotzki, Kamenew und Sinowjew, waren Juden.

„In manchen gebildeten Kreisen wurde der ganze Fraktionsstreit als ein Kampf gegen die Juden betrachtet. Die Opposition sprach von ‚wohlwollender Neutralität gegen den wachsenden Antisemitismus' ".

Wie Trotzki berichtete, war Stalins Kommentar zu der Angelegenheit nur als *„Wink an seine Anhänger gedacht, daß sie sich den Antisemitismus zunutze machen könnten: ‚Wir bekämpfen Trotzki, Sinowjew und Kamenew nicht weil sie Juden sind, sondern weil sie Oppositionelle sind' ".* (80)

Der Antisemitismus entfaltete sich auf dem Boden der zaristischen Hetze, die in einem großen Teil der Bevölkerung noch nicht verschwunden war. *„Stalin richtete in erster Linie Angriffe gegen die jüdische Kultur und gegen religiöse Kundgebungen".* (81) *„1936 begann Stalin mit der Liquidation der jüdischen Elite, die versucht hatte, in Biro-Bidschan seßhaft zu werden. Zwischen 1948 und 1952 war sie verschwunden. Biro-Bidschan*

ist ein total gescheitertes Experiment. Die Gesamtbevölkerung zählte 1965 135.000 Menschen, davon 15.000 Juden" . (82) Die Verfolgungsaktionen trafen die Juden härter als andere Volksgruppen. *„In der Ukraine schürte Stalin die antisemitische Haltung der Bevölkerung".* (83) 1937 wurden erstmals die zuvor zahlreich errichteten jüdischen Schulen geschlossen. Aus der Roten Armee, dem Außenhandel und dem diplomatischen Korps wurden die Juden ausgeschlossen. In den Jahren 1938/1939 ging als Folge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts die Judenverfolgung ihrem Höhepunkt entgegen.

Während des „Großen Vaterländischen Krieges" trat ein „Waffenstillstand" in Kraft. 1943 konstituierte sich das antifaschistische jüdische Komitee zwecks Mobilisierung aller Juden zur Verteidigung der SU. Dieses Komitee wurde zum offiziösen Sprachrohr aller Juden. Trotz dieses „Tauwetters" herrschte weiterhin ein heftiger Antisemitismus. In der Ukraine und in den baltischen Ländern fanden die Faschisten zahlreiche antisemitische Kollaborateure.

Nach 1949 setzte Stalin in seinen Polemiken die Juden mit dem Zionismus gleich. Diese Gleichsetzung „legalisierte" und verbreiterte den Antisemitismus erheblich. Hiermit wurde ein Sündenbock gefunden, der für die zahlreichen Schwierigkeiten der SU nach dem 2. Weltkrieg herhalten mußte. In dieser Zeit sollen auch die Führer des jüdischen antifaschistischen Komitees sowie Schriftsteller des jüdischen Kulturdenkens hingerichtet worden sein.

Im Januar 1953, kurz vor Stalins Tod, wurde ein „Komplott" aufgedeckt, an dem fast nur Ärzte jüdischer Abstammung teilgenommen hätten. Fast alle wurden hingerichtet. Das „Komplott der Weißkittel" trieb den Antisemitismus in der SU auf den vorläufig letzten Höhepunkt. Stalin soll sogar so weit gegangen sein, eine Deportation von 2 Mio. Juden, die in der SU den Hitlerfaschismus überlebt hatten, ins Auge gefaßt zu haben – !?

14.1.79
RGW-Kommission/Udo
KB/Gruppe Hamburg

Quellenhinweise

1) Marx, Engels, Lenin, „Über den proletarischen Internationalismus", Berlin/DDR 1959, S. 216
2) ebenda, S. 195
3) ebenda, S. 41
4) ebenda, S. 217
5) ebenda, S. 397
6) ebenda, S. 340
7) ebenda, S. 424
8) ebenda, S. 569
9) ebenda, S. 317
10) ebenda, S. 533
11) Charles Bettelheim: „Die Klassenkämpfe in der UdSSR", Oberbaumverlag, S. 78
12) Robert V. Daniels: „Das Gewissen der Revolution", Kommunistische Opposition in der Sowjetunion. Olle und Wolter, S. 51
13) Trotzki in „Nasche slowo", Paris 1916 lt. Daniels, „Das Gewissen der Revolution", S. 52
14) Pipes, „The Formation of the Soviet Union: Communism and Nationalism", 1913 - 1923, nach Daniels, „Das Gewissen der Revolution"
15) Stalin, Gesammelte Werke, 1950, Dietz, Berlin/DDR, Bd. 3, S. 15
16) Trotzki „Stalin", Eine Biographie, rororo, Juni 71, Bd. 2, S. 23
17) Daniels: „Das Gewissen der Revolution", S. 65
18) Trotzki, „Stalin", (s.o.), Bd. 2, S. 33
19) siehe Marx, Engels, Lenin: „Über den proletarischen Internationalismus", S. 461/466
20) Bettelheim: „Die Klassenkämpfe...", S. 349
21) Stalin, Ges. Werke, Bd. 4, S. 27
22) Bettelheim: „Die Klassenkämpfe..." S. 350, zitiert Protokoll vom VIII. Parteitag
23) Ausgewählte Werke Lenin (AWL), Dietz/Progreß/Verlag Bd. 3, S. 187 - 192, 211
24) Bettelheim: „Die Klassenkämpfe..." – S. 350
25) Stalin, Bd. 5, S. 27 - 42
26) Trotzki: „Stalin", (s.o.), S. 193
27) zitiert bei Trotzki: „Stalin", S. 110
29) alle Zitate: Daniels, a.a.O., S. 130f
30) Trotzki: „Stalin", (s.o.), S. 119
31) ebenda, S. 120
32) Stalin, Bd. 4, S. 310
33) Vergleiche LW Ergänzungsband 1917/1923, S. 644ff
34) Bettelheim: a.a.O., S. 351f
35) ebenda
36) Marx, Engels, Lenin: a.a.O, S. 595
37) AWL Bd. 3, S. 811f
38) Daniels a.a.O., S. 212
39) Bettelheim: a.a.O., S. 352
40) Marx, Engels, Lenin, a.a.O, S. 599ff
41) Daniels, a.a.O., zitiert Berija, „On the History of the Bolshevik Organisation in Transcaucasia", London 1935
42) Trotzki, „Stalin" (s.o.), S. 194
43) Marx, Engels, Lenin, a.a.O, S. 599ff
44) ebenda und vergl. Anhang/33/; LW. Bd. 36, S. 591
45) Dershimorda = „Halt die Schnauze" (Gestalt aus Gogols „Revisor", Typus eines brutalen Polizisten)
46) LW, Bd. 36, S. 591
47) Brief soll als Dokument auf dem XX. Parteitag der KPdSU verteilt worden sein, siehe auch Trotzki: „Mein Leben", S. 443

48) siehe Daniels a.a.O., S. 219 unten
49) Stalin Bd. 5, S. 199 - 206
50) Siehe Daniels a.a.O., S. 221 unten
51) ebenda, S. 222 oben
52) ebenda, Hinweis auf Protokoll vom XII. Parteitag
53) ebenda S. 222f
54) S. Carr, Bd. 1, S. 399 - 401
55) ebenda, S. 256/287
56) Daniels, a.a.O., S. 223, Stalin Bd. 5, S. 264/273
57) Trotzki: „Stalin", Bd. 2, S. 265
58) Ellenstein, „Geschichte des Stalinismus", V.S.A., S. 57
59) Georg von Rauch sen., „Geschichte der SU" 1969 Körner Verlag Stuttgart, S. 256
60) Stalin Bd. 13, S. 320
61) Ellenstein, a.a.O., S. 212
62) ebenda, S. 116
63) Klaus Mehnert, „Der Sowjet-Mensch", Verlag-Anstalt-Stuttgart 1958, S. 243
64) ebenda
65) siehe Pelikan/Wilke, „Menschenrechte", rororo, 1978, S. 156
66) Mao Tse-tung: Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 321
67) ebenda, S. 319f
68) ebenda, S. 324
69) ebenda, S. 325
70) Ellenstein, a.a.O., S. 135
71) ebenda, S. 137
72) Stöckl, „Russische Geschichte", Körner Verlag, Stuttgart. 1965, S. 753
73) Ellenstein, a.a.O., S. 141
74) ebenda, S. 137
75) „Der Spiegel", 16/1969
76) Stalin, Bd. 17, Verlag Roter Morgen, 1973, S. 11
77) Ellenstein, a.a.O., S. 139
78) Albert Norden, „Um die Nation", Dietz, Berlin/DDR, S. 239
79) Lenin, GW, Bd. 7, S. 82/93
80) Daniels, a.a.O., S. 353, siehe Stalin Bd. 10; Trotzki, „Stalin", Bd. 2, S. 242
81) Ellenstein, a.a.O, S. 154
82) Elie Wiesel: „Die Juden in der UdSSR", Bechtle Verlag 1966, S. 127
83) ebenda, S. 129

Stalinkritik

Ein Diskussionsbeitrag von Lord

„Diese weißgardistischen Wichte, deren Kraft man höchstens mit der Kraft eines elenden Gewürms vergleichen kann, hielten sich, wie es scheint, komischerweise für die Herren des Landes und bildeten sich ein, daß sie in der Tat die Ukraine, Bjelorußland, das Küstengebiet an andere verteilen und verkaufen könnten.

Dieses weißgardistische Gezücht ... Diese nichtswürdigen Lakaien der Faschisten, vergaßen, daß das Sowjetvolk nur einen Finger zu rühren brauchte, damit von ihnen nicht einmal eine Spur übrigbleibe."

Diese Absätze aus Stalins „Geschichte der KPdSU (Bolschewiki) Kurzer Lehrgang" (1) beziehen sich nicht etwa auf die weißgardistischen Generäle, sondern bei diesem „Gezücht", „Gewürm" handelt es sich um
Sinowjew (1919 - 1926 Generalsekretär der Komintern)
Kamenew (enger Mitarbeiter Lenins, 1917 - 1926 Mitglied des Politbüros)
Bucharin (Nachfolger Sinowjews als Vorsitzender der Komintern)
Radek (Beauftragter der Komintern für Deutschland)
Rykow (Mitglied des Politbüros unter Lenin)
Tuchatschewski (Generalstabschef der Roten Armee)

Bei diesen Männern handelt es sich um die erste Garnitur der Bolschewisten und zum Teil um „enge Kampfgefährten" Lenins. Sie wurden allesamt nach den berüchtigten „Moskauer Prozessen" (1936/37) erschossen. Ihnen folgten tausende von Kommunisten aus allen Gliederungen der Partei.

Neben den Bolschewisten wurden auch führende Kommunisten, die in der UdSSR Zuflucht vor den Faschisten gefunden hatten, liquidiert: *„Die alten Kampfgenossen Lenins, der Schweizer Platten und der Pole Ganetski wurden hingerichtet. Die KP Polens wurde 1932 aufgelöst. Ebenso die KP's der europäischen Ukraine und des europäischen Teils Belorußlands. Die Ereignisse trafen auch die Führer der lettischen, estnischen und litauischen KPs (die baltischen Republiken waren noch keine Sowjetrepubliken). Verschiedene Führer der jugoslawischen KP (so z.B. ein Sekretär des ZK, Copitsch), der KP Bulgariens (wie z.B. die Dimitrow-Freunde in Leipzig, Popow und Tanew) und der Parteien Chinas, Koreas, des Iran oder Indiens verschwanden ebenfalls. Bela Kun, den Führer der ungarischen*

Revolution von 1919, richtete man ebenfalls hin. Auch deutsche Kommunisten, die in die UdSSR geflüchtet waren, entgingen den Verfolgungen nicht, so Eberlein, Sekretär des ZK der KPD!" (2). Von der KPD verschwanden weiter: Remmele (Autor der Schrift „Schritt halten"), Heinz Neumann.

Wie kam es zu diesem ungeheuren Aderlaß für die kommunistische Weltbewegung, gerade am Vorabend des zweiten imperialistischen Weltkrieges?

Ich will versuchen, die Entwicklung an der Frage des Verhältnisses Demokratie — Zentralismus darzustellen. Die Verteidigung der sozialistischen Revolution gegen die Überfälle der Entente-Mächte (England, Frankreich) und Japans und die Reaktion im Inneren (Bürgerkrieg) machten in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution ein „eisernes Regiment", das des „Kriegskommunismus" (1918 - 21) notwendig. Es ist klar, daß sich in dieser Situation — es ging ums Überleben — das Gewicht ganz auf die Seite des Zentralismus verlagerte. Fragen der Revolutionierung des Überbaus (Meinungsfreiheit, Justiz, Streikrecht, Arbeiterdemokratie, ...) standen aufgrund der militärischen Kämpfe gegen den äußeren und inneren Feind hinten an. Lenin schrieb zur Rolle der Massen in „Eine der Kernfragen der Revolution": *„Fürchtet nicht die Initiative und Selbständigkeit der Massen, vertraut den revolutionären Organisationen der Massen, und ihr werdet* **auf allen** *Gebieten des staatlichen Lebens dieselbe Kraft, dieselbe Größe und Unbesiegbarkeit der Arbeiter und Bauern sehen, die sie in ihrem gemeinsamen Handeln, in ihrem Elan gegen den Kornilowputsch offenbart haben."* (3) Doch auch nach der Periode des „Kriegskommunismus" verlagerte sich das Gewicht nicht zugunsten der Demokratie. So wurde die bolschewistische Partei auf dem XI. Parteitag (1922) zur einzigen Partei des Landes erklärt (4), nachdem man Ende 1921 die Anarchisten und menschewistischen Sozialdemokraten illegalisiert hatte (5). Zuvor war auf dem X. Parteitag (1921) jegliche Fraktionstätigkeit verboten worden (6). Es sollte sich zeigen, daß damit die Weichen für eine Entpolitisierung der Massen gestellt waren, da eine öffentliche Auseinandersetzung vor und mit den Massen über das „Wie geht es weiter?" nicht mehr geführt wurde.

Unsere aktuelle Geschichte zeigt ja gerade am Beispiel des Hua-Putsches in China, was alles auf dem Hintergrund einer Entpolitisierung der Massen möglich ist; erinnert doch die Kampagne gegen die „Viererbande" fatal an die eingangs zitierten Absätze aus Stalins „Geschichte der KPdSU (B) ...". Was spricht denn dagegen, den Meinungsstreit gerade im Sozialismus voll auszutragen, ist er es doch, den die Urteilsfähigkeit der breiten Massen schärft. Alles andere schläfert die Massen ein. Beispiele gibt es leider viel zu viele.

Lenin sah diese Gefahr. So schreibt Serge, ein französischer Anarchist, der auf Seiten der Bolschewisten die Oktoberrevolution mitmachte (Näheres siehe unten): *„Ich weiß, daß zur Zeit der Konferenz von Genua (Mai 1922) Lenin und Kamenew die Möglichkeiten der Rückkehr zu einer gewissen Freiheit der Presse überlegten, und daß davon die Rede war, in Moskau*

die Gründung einer parteilosen Tageszeitung zu erlauben." (7)

Weiter schreibt Serge: *„Hatte nicht Lenin eine sowjetische Pressefreiheit vorgeschlagen, unter der jede Gruppe, die von mindestens 10.000 Stimmen gestützt wurde, ihr eigenes Organ auf Kosten der Gemeinschaft herausgeben sollte? (1917)"* (8)

Auch die verschiedenen Meinungen unter den Bolschewisten (Kommunisten) müssen im Sozialismus offen ausgetragen werden, d.h. es darf kein Fraktionsverbot geben. Einmal aus dem oben genannten Grund der Schärfung der Urteilsfähigkeit der Massen und zum zweiten, und das ist wahrscheinlich noch wesentlicher: Alle führenden Bolschewisten waren ja gleichzeitig „Beamte des sozialistischen Staates" (1928 befanden sich 38,3 % der Parteimitglieder in Staats- oder Parteiämtern (9) und um nicht bei abweichender Meinung unter „Berufsverbot" zu fallen, muß es legal sein, auch eine Minderheitsposition innerhalb der Bolschewisten zu vertreten. Anderenfalls besteht aufgrund der existentiellen Abhängigkeit (was passiert, wenn man/frau rausfliegt?) die Gefahr des sich opportunistischen Unterordnens.

Bei Stalin sollte sich diese Gefahr als sehr konkret erweisen, machte er sich doch den Partei- und Staatsapparat zum willfährigen Befehlsempfänger. Der Beginn dieser Entwicklung ist im Jahr 1922.

Stalin wird Generalsekretär

Am Ende des XI. Parteitages wird Stalin Generalsekretär der Partei, übrigens auf Vorschlag von Kamenew (10), der 1936 auf Befehl Stalins hingerichtet wird. In seinen letzten Schriften sieht Lenin die Gefahr, die da heraufzieht:

„Gen. Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen ...". (11). Weiter schreibt Lenin: *„Mir scheint, hier haben Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren wie auch seine Wut auf den ominösen Sozialnationalismus eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wut ist in der Politik gewöhnlich überhaupt von größtem Übel"* (12) (bezieht sich auf eine Auseinandersetzung 1922 in Georgien). *„Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an seine Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist ...".* (13)

Nach dem Tode Lenins (1924) gelang es Stalin als Generalsekretär, seine

Parteikonzeption (Stalin konzipierte die Leitungsarbeit nach militärischem Vorbild: nämlich als Aufgabe, die es mittels Anweisungen und Befehlen zu lösen gilt. Das demokratische Element wird vernachlässigt) auf dem XIII. Parteitag (1924) durchzusetzen.(14)

Interessant ist die Einschätzung der Partei in Stalins Trauerrede auf Lenins Beerdigung:

„Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlag. Wir sind diejenigen, die die Armee des großen proletarischen Strategen bilden, die Armee des Genossen Lenin. Es gibt nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören. Es gibt nichts Höheres als den Namen eines Mitgliedes der Partei, deren Gründer und Führer Genosse Lenin ist. Nicht jedem ist es gegeben, Mitglied dieser Partei zu sein ...".(15).

Daß sich Stalin hier laufend auf Lenin beruft, ist weiter nicht verwunderlich, beruft sich Hua doch auch immer auf Mao.

Ein weiteres Prinzip, was Partei- und Staatsapparat aushöhlte, war das der Kooptierung (d.h. die nächsthöhere Ebene bestimmt die nächsttiefere). Nur für das ZK galt die Kooptierung nicht.(16) Das Prinzip der Kooptierung begünstigte wesentlich die Parteispitze und hier besonders den Generalsekretär (Stalin). Dies hätte nur durch das Wahlprinzip (die nächsttiefere wählt die nächsthöhere Ebene) verhindert werden können. Außerdem kommt das Verhältnis der verschiedenen Strömungen durch das Wahlprinzip viel besser zum Ausdruck.

Verkrustung der Partei

Stalins Parteikonzept und die Kooptierung führten schnell zu einer Bürokratisierung und Verkrustung der Partei.

Serge nennt für das Jahr 1927 folgende Zahlen über die Zusammensetzung der Partei:

462.000 Funktionäre
430.000 Arbeiter
303.000 Bauern (davon mehr als die Hälfte Bauernfunktionäre)
15.000 landwirtschaftliche Tagelöhner (17)

Auffällig ist, daß über ein Drittel der Parteimitglieder nicht mehr in der Produktion standen. Die chinesischen Genossen vertraten, zumindest in der Zeit der Kulturrevolution, den Standpunkt, daß jeder Funktionär auch in der Produktion stehen soll, um sich nicht von den Massen zu entfremden und auf dem Boden der Realität zu bleiben. So arbeiteten die einen Funktionäre halbtags, die anderen für ein Vierteljahr im Ernteeinsatz.

Lenin sah diese Gefahr schon sehr früh, er schlug u.a. vor, den Anteil der Arbeiter im ZK zu vergrößern: *„Ich stelle mir die Sache so vor, daß einige Dutzend Arbeiter, die Mitglieder des ZK werden, sich besser als irgend jemand sonst damit befassen können, unseren Apperat zu überprüfen, zu verbessern und neuzugestalten ... Arbeitermitglieder des ZK sollen*

vorwiegend Arbeiter sein, die unter jener Schicht stehen, welche bei uns in den fünf Jahren in den Reihen der Sowjetangestellten aufgerückt ist, und mehr zu den einfachen Arbeitern und Bauern gehören, ...". (18)

Die Opposition

Auseinandersetzungen über die Politik wurden nur noch im ZK geführt. Teile der Stalin-Opposition, die nicht einheitlich war, sondern aus vielen Strömungen, u.a. die Trotzkisten, die Sinowjew-Kamenew-Gruppe, die Arbeiteroppostion (A. Kollotai, Schljapnikow) auf der Linken, Bucharin, Rykow, Tomski auf der Rechten, bestand, machten 1927 einen letzten Versuch, die Auseinandersetzung breiter zu führen. Das Programm der Opposition: Die von 17 Mitgliedern des ZK, darunter Trotzki, Sinowjew, Kamenew, ..., unterzeichnete Plattform forderte Streikrecht, Entwicklung der Kollektivwirtschaften, progressive Steuern, den Räten wieder Leben einzuflößen, das Prinzip der Autonomie der Nationalitäten redlich anzuwenden und vor allem die Partei und die Gewerkschaften neu zu beleben (19).

Dahingestellt sei die Frage, ob Sinowjew, Kamenew oder Bucharin die Politik Lenins fortgeführt oder weiterentwickelt haben, aber dennoch, sie bleiben die Repräsentanten des freien Denkens in der Partei. Gerade 5000 bis 6000 unterschrieben angesichts des rauhen Klimas die Plattform.

Im November 1927 wurden Trotzki, Radek und Kamenew aus der Partei ausgeschlossen. (20) Die führenden Oppositionellen wurden erstmals wieder in Anlehnung an die zaristische Tradition „in die Wüste" (Sibirien) geschickt: Trotzki nach Alma-Ata, Radek nach Nordsibirien, Rakowski (ehemals Chef der Sowjetregierung der Ukraine) nach Astrachan, usw. (21)

Die wirtschaftlichen Probleme löste Stalin ähnlich: *„Geheimprozeß gegen die Funktionäre des Kommissariats für Finanzen, Jurowski und Andere. Geheimprozeß gegen die Bakteriologen, mehrere Tote im Gefängnis. Hinrichtung der führenden Beamten des Kommisariats für Landwirtschaft ... Geheimprozeß gegen die Physiker ...".* (22) Stalin ging sogar soweit, daß er beispielsweise die Anwendung der Mathematik in der Ökonomie, die sogenannte Ökonometrie, verurteilte – ebenso die Mendelsche Biologie (Vererbungslehre) (23) Als Höhepunkt wurde 1948 die Relativitätstheorie Einsteins als bürgerliches Produkt abgetan. (24) Als höchste Autorität der Wissenschaften wurde Stalin auch „Koryphäe der Wissenschaft" genannt (Koryphäe, griech. Haupt, Gipfel). (25)

Ein halbes Jahr nach dem Ausschluß der Linken aus dem ZK verloren auch die Rechten (Bucharin, Rykow. Tomski) ihren Einfluß im ZK.

Die Moskauer Prozesse

„Am 1. Dezember 1934 wurde im Smolny in Leningrad Genosse Kirow durch einen Revolverschuß ruchlos ermordet. Der am Tatort ergriffene Mörder erwies sich als Mitglied einer konterrevolutionären unterirdischen Gruppe, die aus Teilnehmern der sowjetfeindlichen Sinowjewgruppe in Leningrad organisiert worden war.

Der Mord am Genossen Kirow, dem Liebling der Partei, dem Liebling der Arbeiterklasse, rief bei den Werktätigen unseres Landes gewaltigen Zorn und tiefste Trauer hervor."

Soweit Stalins „Geschichte der KPdSU..." (26).

Eine wahre Hysterie, gegen die die Kampagne gegen die „Viererbande" vergleichsweise mickrig erscheint, wird von den Massenmedien entfacht:

„In der Automobilfabrik Stalin in Moskau sagt die parteilose Arbeiterin Semenowa: ‚Die trotzkistisch-sinowjewistischen Ungeheuer haben versucht, unser glückliches Leben zu zerstören ... Wir fordern, daß sie ausgerottet werden, sie dürfen unseren Boden nicht mehr betreten!' "

„Die kleine Schülerin Eva Nerubina, Schülerin in Stalino, schreibt ein Gedicht, das mit folgenden Worten endet: ‚Knallt sie wie Hunde nieder!' "

„Eine Arbeiterin aus Tjeljabinsk ruft: ‚Wir lieben unseren großen Stalin wie einen erstgeborenen Sohn, wie einen innig geliebten Vater ... Ich fordere nur eines: ‚Vernichtet diese Ungeheuer!' "

„Die Bergarbeiter des Kohlenbergwerks Stalin schreiben an den großen Chef des großen Volkes, den geliebten Freund und Meister, an die Hoffnung der arbeitenden Menschheit, J.W. Stalin, daß ‚diese Elenden mit größter Wachsamkeit ausfindig gemacht und vernichtet werden müssen ...' " (27).

Die „Ungeheuer", „Hunde", „Elenden", ..., gemeint ist fast die gesamte alte Partei Lenins, werden im ersten Schub am 19. August 1936 des ‚Terrorismus" angeklagt. Die Anklage lautet auf Bildung eines geheimen ZK der Opposition, um Stalin und seine Hauptmitarbeiter umzubringen.

Alle legen „Geständnisse" ab. Und daß, obwohl man/frau weiß, daß einige von ihnen jahrelang in zaristischen Gefängnissen saßen und jeder Folter getrotzt haben. Einer von ihnen ist Ewdokimow, 1919 Sekretär des ZK:

„Wir waren Verbrecher, Mörder, Faschisten, Gestapoagenten. Ich danke dem Staatsanwalt dafür, daß er für uns die einzige Strafe, die wir verdienen, gefordert hat." (28)

Am 24. August werden alle zum Tode verurteilt. Am 25. erschossen.

„ ‚Seit es geschehen ist', schreibt die Prawda, ‚atmet man besser, ist die Luft reiner. Unsere Muskeln sind neu gestärkt, unsere Maschinen laufen munterer, unsere Hände sind behender ... Man wird neue Industrierekorde verzeichnen können ...' " Die Iswestija schreibt, daß *„ein Beifallssturm*

über das Land zieht; Millionen von Arbeitern danken dem Obersten Gerichtshof." (29)

Der Prozeß gegen Sinowjew, Kamenew, Smirnow bringt eine wahre Prozeßlawine ins Rollen.

Das kam dabei heraus: *„Betrachten wir das ZK so, wie es auf dem XI. Parteitag gewählt wurde, das letzte Mal in Anwesenheit des Genossen Lenin:*

Andrejew	*gestorben 1972*
Bucharin	*hingerichtet 1938*
Dscherschinski	*gestorben 1927*
Jaroslawski	*verschwunden 1938*
Kalinin	*gestorben 1946*
Kamenew	*hingerichtet 1936*
Korotkow	*hingerichtet 1937*
Kuibyschew	*gestorben 1935 (?!)*
Lenin	*gestorben 1924*
Molotow	
Ordschonikidse	*„Selbstmord" 1937*
Petrowski	*20 Jahre Gefängnis*
Radek	*hingerichtet 1938*
Rakowski	*hingerichtet 1937*
Rudsutak	*hingerichtet 1938*
Sapronow	*hingerichtet 1937*
Selenski	*hingerichtet 1937*
Sinowjew	*hingerichtet 1936*
Smirnow AP	*verschwunden 1938*
Sokolnikow	*hingerichtet 1938*
Stalin	*gestorben 1953*
Tomski	*„Selbstmord" 1936*
Tschubar	*hingerichtet 1937*
Trotzki	*ermordet 1940*
Woroschilow	*gestorben 1970"* (30)

Eine weitere Zahl belegt den Massenmord unter den Kommunisten noch deutlicher:

„Unter den 1827 Delegierten des XVIII. Parteitages befanden sich lediglich noch 35 Delegierte, die die Ereignisse nach dem XVII. Parteitag überlebt hatten" (das sind 2 %). (31)

Aber auch die Ankläger und Verfolger überlebten nicht – sie wußten zuviel. Der GPU (Geheimpolizei)-Chef Jagoda wird hingerichtet (1938), ein Jahr später sein Nachfolger Ejow. Jeweils verschwindet mit ihnen „ihre Umgebung". (32)

Die GPU

Mit Hilfe der GPU gelang Stalin die Ausschaltung aller führenden Kommunisten. Im Februar 1922 wurde die GPU (allgemeiner Ausschuß für politische Angelegenheiten) gebildet, um die Macht der Tscheka (Kommission gegen konterrevolutionäre Umtriebe, unmittelbar nach der Revolution gegründet) einzudämmen. (33)

Die Tscheka verselbständigte sich während der Phase des „Kriegskommunismus" von der politischen Führung. Der folgende Vorfall mag dies exemplarisch aufzeigen:

„Mitte Januar schlug Dscherschinski (Vorsitzender der Tscheka) im Einvernehmen mit Lenin und Trotzki die Abschaffung der Todesstrafe im ganzen Land vor ... Das Dekret wurde von den Regierungen angenommen und am 17. Januar von Lenin, ..., unterzeichnet. Seit einigen Tagen lebte man in den Gefängnissen, ..., in gespannter Erwartung ... Das Dekret war noch nicht in den Zeitungen erschienen. Am 18. und 19. teilten mir Genossen im Smolny halblaut die Tragödie der vergangenen Nacht mit — von der niemals laut gesprochen wurde. Während die Zeitungen das Dekret druckten, waren die Tschekas von Petrograd und Moskau dabei, ‚ihr Lager zu räumen'". (34)

Doch auch die Gründung der GPU änderte nichts daran:

Seit August '22 konnte die GPU ohne Gerichtsurteil bis zu einer Dauer von drei Jahren all diejenigen deportieren, die sich eines „Staatsverbrechens" (Art. 57, 58, 59 der damaligen Verfassung) schuldig gemacht hatten. Der Begriff des „Staatsverbrechens" konnte natürlich sehr weit ausgelegt werden. (35)

Im Juli 1934 wird die GPU abgeschafft und an ihre Stelle der NKVD gesetzt. Die Sonderkonferenz des NKVD hatte *„das Recht, auf administrativem Weg ein Aufenthaltsverbot auszusprechen oder die Deportation bis zu fünf Jahren..."* (36)

Ellenstein, ein französischer Revisionist (KPF), schätzt die Situation wie folgt ein: *„... die politische Polizei war ein Staat im Staate geworden, und Stalin konnte sich auch weiterhin ihrer vermittels seines persönlichen Sekretärs bedienen."* (37)

Doch die Macht des NKVD sollte sich noch steigern: *„Die Sonderkonferenz* (des NKVD, Anm.) *arbeitete auch weiterhin und fuhr damit fort, sogenannte sozialgefährliche Individuen ohne jegliches Gerichtsurteil (bis zu einer Dauer von 10 Jahren nach 1938 und bis zu zwanzig Jahren nach 1943) zu deportieren."* (38) Die einzige Institution, die sich diesem Terror hätte entgegenstellen können, war die Rote Armee. Doch sie hielt sich stets an das Prinzip der Unterordnung unter die politische Führung.

Und die Führung der Roten Armee wurde in der Zeit der „Moskauer Prozesse" (Ende der dreißiger Jahre) nach „Aufdeckung eines Militärkomplotts" ausgeschaltet.

„ ... im ganzen fielen 3 Marschälle von insgesamt 5, 13 Armeeführer von insgesamt 15, 57 Korpsbefehlshaber von zusammen 85 und 110 Divisionsgeneräle von insgesamt 195 dem stalinistischen Terror zum Opfer." (39)

Auf dieser Grundlage war es Stalin möglich, alle Kritiker seines Kurses auszuschalten. Nach diesen Betrachtungen stellt sich die Frage:

Was ist der Stalinismus?

Bucharin behauptet 1929 von Stalin: *„ ... Er ist der neue Dschingis Chan"* (40)

Hinter dieser Einschätzung steht, daß Stalin ein Alleinherrscher war, der nur in seinem Interesse handelte und allmächtig tun und lassen konnte, was er wollte. Dies schließt natürlich die ganzen Grausamkeiten mit ein. Bei dieser Einschätzung trennt man Stalin völlig von der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus; der Stalinismus sei das Werk eines Einzelnen, eben Stalins. Ellenstein schätzt den Stalinismus folgendermaßen ein: *„Das stalinsche Phänomen folgt dagegen auf die sozialistische Revolution und fand seine Verbreitung auf dem Felde des Aufbaus des Sozialismus. Aber ebenso wie der Faschismus nicht die notwendige ideologische und politische Form des Kapitalismus darstellt, ebensowenig ist und war das stalinsche Phänomen die einzige Existenzform des Sozialismus. Das eine wie das andere war ein Produkt der Bedingungen, die die Geschichte geschaffen hatte, d.h. der spezifisch-historischen Umstände, der Rolle bestimmter Menschen und der besonderen nationalen Vergangenheit, hier Deutschlands und dort Rußlands."* (41)

Für Ellenstein ist der Stalinismus (er verwendet das Wort nie, sondern immer „stalinsches Phänomen") ein „Ausrutscher" im Sozialismus, sagt er doch: *„ ... ebensowenig ist und war das stalinsche Phänomen die einzige Existenzform des Sozialismus."* Der Stalinismus bewegt sich nach Ellenstein also völlig im Rahmen des Sozialismus. Letzte Ursachen des Stalinismus sind für ihn die *„spezifisch-historischen Umstände"*, *„die Rolle bestimmter Menschen"* und die *„besondere nationale Vergangenheit Rußlands"*.

Hierhinter steht doch, daß der Stalinismus nur auf dem Hintergrund der „orientalischen Produktionsweise Rußlands" möglich war, daß aber das Phänomen des Stalinismus bei fortgeschrittener Produktionsweise (wie in Westeuropa und heute auch in der Sowjetunion) nicht mehr möglich ist.

Beiden, Bucharin und Ellenstein, liegt zugrunde, daß sie den Stalinismus nicht generell als eine Gefahr beim Aufbau des Sozialismus einschätzen.

Meines Erachtens ist der Stalinismus eine mögliche Form der Machtergreifung der neuen Klasse in der Phase des Aufbaus des Sozialismus. Und

zwar gelang es Teilen der Partei- und Staatsbürokratie, durch die Zerschlagung der Ansätze der Volksdemokratie, sich zu etablieren. Das Verhältnis von Demokratie und Zentralismus verlagerte sich im Laufe der Entwicklung immer stärker auf die Seite des Zentralismus, bis in den Jahren der „Moskauer Prozesse" (Ende der dreißiger Jahre) jegliche Form der Demokratie zertreten ist; mögliche Führer und Anstifter einer demokratischen Entwicklung werden allesamt ausgelöscht.

Die Bürokratie, deren erster Vertreter Stalin war, war zum Herren des Landes aufgestiegen. Ihr Gegengewicht, die Volksdemokratie, war ausgeschaltet worden.

Diese neue Klasse hatte ihre materielle Basis in einem von der Volksdemokratie unkontrollierten Partei- und Staatsapparat.

Natürlich war nicht jedes einfache Parteimitglied oder jeder einfache Staatsfunktionär Mitglied der neuen Klasse; aber durch Aufstieg im Apparat, der naturgemäß mit der nötigen Anpassung verbunden ist, konnte man in die neue Klasse aufsteigen und es zu materiellen Vorteilen und zu einem Lebensstandard, der über dem der Restbevölkerung lag, bringen.

Die Diktatur des Proletariats war in eine Diktatur der neuen Klasse umgewandelt worden.

Mao Tse-tung sagt:

„Ohne ausgedehnte Volksdemokratie kann die Diktatur des Proletariats nicht gefestigt werden, und die politische Macht wird unstabil sein. Ohne Demokratie, ohne die Massen in Bewegung zu bringen, und ohne die Überwachung durch die Massen ist es unmöglich, wirksam die Diktatur über die Reaktionäre und asoziale Elemente auszuüben, ist es auch unmöglich, diese wirksam umzuerziehen; sie werden fortgesetzt Unruhe stiften, und die Möglichkeit einer Restauration besteht noch immer. Wir müssen in dieser Frage wachsam bleiben, und ich hoffe auch, daß Ihr, Genossen, sie ernsthaft bedenken werdet." (42)

Daß der Kommunismus nur noch als nötiger Ballast mitgeschleppt wurde, zeigt deutlich die Tatsache, daß zwischen 1939 und 1952, also für die Dauer von dreizehn Jahren (!), kein Parteitag stattfand! (43) Zwischen 1941 und 1945 trat das ZK nicht ein einziges Mal zusammen! (44)

Die neue Klasse hatte ihrem Statthalter Stalin die (unumschränkte) Macht übertragen.

Nachdem im März 1953 das „Herz von Josef Wissarionowitsch aufgehört hat zu schlagen" (Radio Moskau) (45), kam Chruschtschow an die Macht. Chruschtschow war einer der engsten Mitarbeiter Stalins und spielte bei der Kommunistenverfolgung der dreißiger Jahre eine *„nicht unbedeutende Rolle."* (46)

Chruschtschow betrieb eine Öffnung des Landes gegenüber dem Imperialismus. *„Den Hauptinhalt dieses Programms bilden die sogenannte ‚friedliche Koexistenz', der ‚friedliche Wettbewerb' und der ‚friedliche Übergang.' "* (47) *„Er* (Chruschtschow, Anm. d. Verf.) *bezeichnete den Kampf der Arbeiterklasse für den Kommunismus nicht als einen Kampf*

für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit, sondern als einen Kampf für einen ‚ordentlichen Teller Gulasch.' " (48)
D.h. innenpolitisch setzt Chruschtschow auf materielle Anreize für die Arbeiterklasse unter Zurücknahme des Mittels der Politischen Polizei, die er ja auch gar nicht mehr in dem Maße brauchte, hatte er doch auch bei der Ausschaltung aller möglichen Opponenten selbst mit Hand angelegt.

Der XX. Parteitag (1956) war demnach auch nicht der Putsch einer „Renegaten-Clique" gegen die Diktatur des Proletariats; die Arbeiterklasse hatte die Macht schon viel früher verloren. Der XX. Parteitag stellt einen Strategiewechsel der neuen Klasse dar.

Warum Stalinkritik

Wir dürfen, ähnlich wie die Kritik an der chinesischen Außenpolitik, die Stalinkritik nicht den anderen überlassen; sichern doch gerade die Eurorevisionisten mit ihrer Stalinkritik ihren Kurs der Abkehr von der Diktatur des Proletariats ab (der Stalinismus habe das undemokratische Wesen der Diktatur des Proletariats gezeigt).

Auch die Trotzkisten und Anarchisten versuchen, mit ihrer Stalinkritik die Diktatur des Proletariats, deren logische Folge ihrer Meinung nach der Stalinismus ist, zu diskreditieren. Es hat sich gezeigt, daß bei Mißachtung kommunistischer Prinzipien die proletarische Diktatur zugunsten einer Machtergreifung der neuen Klasse „über Bord" gehen kann.

Ich habe versucht, dies an der Frage der Volksdemokratie in der Sowjetunion deutlich zu machen. Am Proletarischen Internationalismus (Stalins Verhältnis zur chinesischen Revolution, zur indischen Bourgeoisie, zur Polenfrage ...) und am Selbstbestimmungsrecht der Völker kann und muß diese Kritik genauso geführt werden ...

Ein Wort zur Quellenarbeit

Eine große Schwierigkeit bei der Stalinkritik sind die Quellen. Ich habe mich wesentlich auf Schriften von Martinet (Sozialistische Partei Frankreichs), Boffa (KPI), Ellenstein (KPF) und Serge (ein französischer Anarchist, der bis 1921 auf Seiten der Bolschewisten kämpfte, später mit den Trotzkisten sympathisierte) gestützt.

An ihre Stalinkritiken muß man/frau allerdings sehr vorsichtig rangehen und erstmal hinterfragen, was sie damit bezwecken wollen. So neigen die Sozialisten (Martinet), Eurorevisionisten (Boffa), Anarchisten (Serge) und Trotzkisten eher zum Übertreiben, um die Diktatur des Proletariats (als deren logische Konsequenz sie den Stalinismus begreifen)

zu verunglimpfen; im Falle der Sozialisten sogar den Kommunismus generell.

Auf der anderen Seite neigen die Revisionisten (Ellenstein) bei ihrer Stalinkritik eher zur Untertreibung, handelt es sich beim Stalinismus doch nicht um einen Bruch mit dem Sozialismus, sondern um eine Entgleisung, die ja später auch wieder „ausgebügelt" wurde.

Zum Schluß ein Zitat aus Bucharins letztem Brief an seine Frau, wenige Tage vor seiner Hinrichtung:

„Mein Leben geht dem Ende zu; ich beuge mein Haupt unter der Axt des Henkers, die nicht diejenige des Proletariats ist, das unerbittlich sein muß, aber auch gerecht. Ich fühle meine ganze Ohnmacht dieser infernalischen Maschinerie gegenüber, die es ohne Zweifel mit Hilfe mittelalterlicher Methoden zu einer gigantischen Macht gebracht hat, die Verleumdungen nur so am Fließband produziert und mit Kühnheit und Selbstsicherheit agiert. Mehr als einmal habe ich den Irrtum begangen, diese Methoden als Mittel zum Aufbau des Sozialismus zu gebrauchen, und ich hoffe, daß die Nachwelt mich nicht härter verurteilen wird, als dies einst Wladimir Iljitsch getan hat. Wir bewegten uns zum ersten Mal auf ein einziges und gleiches Ziel zu, und der Weg zu diesem Ziel war noch nicht begangen. Andere Zeiten, andere Sitten. Die Prawda widmete den Debatten jeweils eine ganze Seite; alle diskutierten die besten Mittel und Wege, alle zerstritten sich und söhnten sich dann wieder aus und alle marschierten dann wieder gemeinsam. Ich möchte an Euch, zukünftige Generationen von Parteiführern, appellieren, deren historische Aufgabe sein wird, die Ursachen dieses verbrecherischen Dunstes zu studieren, der jene Epoche überfallen hat, und der wie eine Feuersbrunst über sie hinweggefegt ist und die Partei erstickt hat. Dazu fordere ich alle Mitglieder der Partei auf." (49)

L., AG Zivildienst

Quellenhinweise

1) Geschichte der KPdSU (B) Kurzer Lehrgang, S. 420
2) Ellenstein, Geschichte des „Stalinismus", S. 117
3) Lenin, Band 25, S. 382
4) Boffa, Martinet, Stalinismus-Kritik, S. 27
5) Serge, Erinnerungen eines Revolutionärs 1901 – 1941, S. 149
6) Boffa, Martinet, S. 27
7) Serge, Erinnerungen ..., S. 187
8) Serge, Erinnerungen ..., S. 152
9) Ellenstein, S. 67
10) Ellenstein, S. 48
11) Lenin, Band 36, S. 579
12) Lenin, Band 36, S. 591
13) Lenin, Band 36, S. 580
14) Boffa, Martinet, S. 47
15) Stalin, Gesammelte Werke, Band 6, S. 41
16) Boffa, Martinet, S. 45
17) Serge, Erinnerungen ..., S. 252
18) Lenin, Band 36, S. 581
19) Serge, Erinnerungen ..., S. 251
20) Ellenstein, S. 65
21) Serge, Erinnerungen ..., S. 264
22) Serge, Erinnerungen ..., S. 278
23) Boffa, Martinet, S. 109
24) Ellenstein, S. 153
25) Boffa, Martinet, S. 108
26) Geschichte der KPdSU (B) ..., S. 394
27) Serge, Die sechzehn Erschossenen, S. 36
28) Serge, die sechzehn ..., S. 35
29) Serge, die sechzehn ..., S. 40
30) Ellenstein, S. 114
31) Ellenstein, S. 122
32) Ellenstein, S. 114
33) Ellenstein, S. 65
34) Serge, Erinnerungen ..., S. 116
35) Ellenstein, S. 65
36) Ellenstein, S. 104
37) Ellenstein, S. 105
38) Ellenstein, S. 148
39) Ellenstein, S. 117
40) Ellenstein, S. 77
41) Ellenstein, S. 125
42) Mao Tse-tung Band V, S. 200
43) Ellenstein, S. 149
44) Ellenstein, S. 141
45) Ellenstein, S. 174
46) Ellenstein, S. 119
47) Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, S. 104
48) Polemik ..., S. 517
49) Ellenstein, S. 120

Wer sich auf Chruschtschows Ebene herabläßt, macht sich zum Werkzeug des Revisionismus und Antikommunismus

Ein Diskussionsbeitrag von Dietrich

Ich möchte bei meiner Stellungnahme zur Debatte um die Politik Stalins bzw. um die Bewertung der Phase des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion unter der Führung Stalins an einen Leserbrief eines Genossen zum AK-Artikel *„Maoismus contra Stalinismus?"* (AK 125) in AK 126 anknüpfen. Dort tritt meiner Auffassung nach eine gefährliche, jedoch innerhalb der Linken weitverbreitete, oberflächliche Herangehensweise an diese für uns eminent wichtige Auseinandersetzung zu Tage. Der Genosse polemisiert eingangs seines Leserbriefes darüber, daß in einem alten „Unser Weg" richtigerweise von einer „Verleumdung der Person und Politik Stalins" die Rede war. Die Reaktion des Genossen erstaunt mich nicht besonders, ist der Leserbrief doch von einer Art der Behandlung der „Stalinfrage" durchsetzt, die sich nicht im geringsten von der des „Genossen" Chruschtschow (die chinesischen Genossen redeten ihn viel zu lange als solchen an) unterscheidet. Ähnlich behandelt der Genosse auch die innerorganisatorischen, in Richtung „Neostalinismus" gehenden Formen der Auseinandersetzung mit abweichenden Positionen in der albanischen PdA. Die Gefährlichkeit einer solchen Behandlung besteht nicht nur in ihrer Unwissenschaftlichkeit, sondern auch darin, daß sie dem Revisionisten Chruschtschow, der sich dem Imperialismus anbiederte, eine korrekte Position in der „Stalinfrage" andichtet. So erscheint Chruschtschow gegenüber Stalin als „Linker".

Worin aber bestand Chruschtschows Kritik an Stalin: *„Mörder", „Bandit", „Despot a la Iwan der Schreckliche", „größter Diktator in der Geschichte Rußlands",* (aus Chruschtschows Rede bei dem Empfang, den die Sowjetregierung anläßlich des Maifeiertages 1962 gab, zitiert nach „Zweiter Kommentar zum offenen Brief des ZK der KPdSU" der chinesischen Genossen), um nur einige seiner „argumentativen" Schlüsselworte, um die sich seine „Kritik" aufbaut, zu nennen. Gegenüber solchen, von den chinesischen Genossen und in „Unser Weg" richtig als Verleumdung charakteri-

sierten „Kritiken" sollte man allerdings Stalin verteidigen, zugunsten einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem „Stalinismus". Im „Zweiten Kommentar zum offenen Brief des ZK der KPdSU" konstatierten die chinesischen Genossen bezüglich der Herangehensweise an die „Stalinfrage" völlig korrekt, *„daß man Stalins Verdienste und Fehler mit der Methode des historischen Materialismus unter Berücksichtigung des historischen Sachverhaltes, allseitig, objektiv und wissenschaftlich analysieren, nicht aber nach der Methode des historischen Idealismus die Geschichte nach Belieben verdrehen und revidieren und subjektiv und willkürlich Stalin zur Gänze ablehnen soll".* Der historische Idealismus, das ist die Methode der Revisionisten à la Chruschtschow.

Chruschtschow hat nie auch nur den Ansatz einer inhaltlichen Kritik an Stalin geliefert, sondern es stattdessen bei primitivsten, inhaltslosesten Anpissereien belassen, unter vollkommender Nichtberücksichtigung der objektiven Grundlagen für die Politik Stalins. Ausgerechnet jener Chruschtschow, der zu Lebzeiten Stalins die Politik eines Speichelleckers betrieb und sich bei der Schaffung des Personenkults ebenso wie bei der Liquidierung von „Abweichlern" profilierte.

Hierzu zwei kleine Kostproben: *„Unsere Partei wird unbarmherzig die Verräterbande zerschlagen und den ganzen Abschaum der rechtsstehenden Trotzki-Clique von der Erde hinwegfegen... Die Garantie dafür ist die entschlossene Leitung des ZK unserer Partei und unseres Führers, Genossen Stalin... Wir werden die Feinde völlig vernichten, bis auf den letzten Mann, und ihre Asche in den Wind streuen"* (Chruschtschow auf der V. Moskauer Gebietsparteikonferenz 1937).

„Wir haben eine große Zahl von Feinden vernichtet, aber noch nicht alle. Wir müssen deshalb unsere Augen offen halten. Wir müssen die Worte des Genossen Stalin fest im Gedächtnis behalten: Solange wir vom Kapitalismus eingekreist sind, wird der Feind Spione und Saboteure in unser Land einzuschmuggeln versuchen" (Kiewer Gebietsparteikonferenz vom 8. Juni 38). Letzteres Zitat ist von besonderem Interesse, da Chruschtschow hier selbst eine der Ursachen für den „Stalinismus" in der Frage der innerorganisatorischen Demokratie und der Behandlung der Widersprüche im Volk benennt: Die imperialistische Einkreisungspolitik, mit der sich die SU konfrontiert sah. Chruschtschows bekannte Position seit dem XX. Parteitag der KPdSU steht zu diesen ehemaligen Äußerungen in krassem Widerspruch.

Wer sich in Sachen „Stalinfrage" auf die Chruschtschow'sche Diskussionsebene herabläßt, macht sich selbst zum Werkzeug des Revisionismus und des Antikommunismus und unterscheidet sich letzten Endes nicht einmal von der platten Mickymaus-Mentalität der ML'er (Stalin verteidigen heißt den Marxismus-Leninismus verteidigen und ähnliche Schnacks).

Doch zurück zum Leserbrief des Genossen. Dort heißt es weiter, bezüglich des in der albanischen PdA praktizierten Neo-Stalinismus: *„Wie kann ein Land ‚sozialistisch' sein, in dem die Wahrnehmung elementarer demo-*

kratischer Rechte (Kritik) zur physischen Liquidierung führen kann? Das Fehlen demokratischer Rechte und Repression gegen jeden Kritiker der herrschenden Zustände in den RGW-Ländern ist doch wohl auch der deutlichste Beweis, daß dort vom Sozialismus bzw. Demokratie keine Rede sein kann". Die Frage nach dem sozialistischen Charakter Albaniens auf die Frage nach den innerparteilichen Strukturen in der PdAA und der innerparteilichen Demokratie zu reduzieren, führt uns bei der Analyse der albanischen Gesellschaftsform in die Sackgasse. Die undemokratische Verfahrensweise mit von der offiziellen Parteilinie abweichenden Strömungen kann nicht den albanischen Sozialismus insgesamt in Frage stellen. Um zu einer solchen Aussage zu gelangen, muß man das gesamte politische und ökonomische System Albaniens einer genauen Untersuchung unterziehen. Dazu gehört z.B. auch die Untersuchung bestimmter Artikel in der albanischen Verfassung (nämlich die, die die Frage des Eigentums sowie der sozialistischen Wirtschaftsordnung behandeln, 15, 16, 17 ff).

Doch nun zu Stalin. Mir erscheinen folgende Fehler seiner Politik als besonders gravierend:

– Verstoß (zeitweilige Pervertierung) gegen das Prinzip des demokratischen Zentralismus als Organisationsform der kommunistischen Partei. Der für die revolutionäre Organisation unabdingliche innere Diskussionsprozeß erlag oft völlig der „Revolution von oben" und dem damit verbundenen Despotismus. Mao Tse-tung hat hieraus mit der Entwicklung seines Konzeptes der innerparteilichen Demokratie historische Lehren gezogen, auf Grundlage einer wissenschaftlichen Herangehensweise an dieses Problem. Ein schwerer Fehler Stalins bestand auch in der falschen Behandlung der Widersprüche im Volk, die sich darin äußerte, daß er oft nicht verstand, zwischen Widersprüchen im Volk und Widersprüchen zwischen dem Feind und den Revolutionären zu differenzieren und sie oft miteinander verwechselte. Dies fand seinen teilweise fatalen Niederschlag darin, wie die Probleme „gelöst" wurden. Wir kommen heute nicht drum herum, zu konstatieren, daß im „Stalinismus" zahlreiche Genossen „über die Klinge springen mußten." Ein weiterer folgenschwerer Fehler Stalins existierte in Form seiner falschen, sektiererischen Bündnispolitik gegenüber der Sozialdemokratie (Sozialfaschismusthese), in der auch seine anfängliche Unterschätzung des Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie zum Ausdruck kam. Eine teilweise Revidierung fand dies erst 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Komintern, angesichts des Faschismus in Deutschland. Des weiteren ist hier auch noch seine zeitweilige Umdrehung des marxistischen Basis/Überbau-Modells zu erwähnen, was seinen Ausdruck besonders in der Behandlung der Ökonomie und der damit verbundenen „Revolution von oben" fand. Alle Fehler Stalins sind durch Subjektivismus und Abweichung vom dialektischen Materialismus gekennzeichnet.

Doch wir dürfen bei der Behandlung der Fehler Stalins nicht die Forschung nach ihren objektiven Ursachen außer Acht lassen, sonst wird es uns letzten Endes unmöglich sein, wirklich Lehren daraus zu ziehen. Be-

kanntlich war die Sowjetunion lange Zeit das einzige sozialistische Land auf der Welt und sah sich als solches mit einer imperialistischen Einkreisungspolitik konfrontiert. Die imperialistischen Länder wußten um die Bedeutung der Existenz eines sozialistischen Bollwerkes für ihre Arbeiterklassen. Spätestens nach Machtübernahme der deutschen Faschisten und der Konsolidierung ihrer Herrschaft sah sich die SU auch noch der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus ausgesetzt. Eine offene Opposition gegen Stalins Politik schien aus dieser Situation heraus tatsächlich die Existenz des ersten sozialistischen Staates zu gefährden. Umgekehrt konnte diese Situation natürlich auch für die Durchsetzung despotischer Maßnahmen herhalten bzw. die zunehmende Bürokratisierung (ein wichtiges Rekrutierungsfeld des Revisionismus) legitimieren. Innenpolitisch war man zudem noch mit der besonders schwierigen ökonomischen Situation der Sowjetgesellschaft belastet, die Stalin durch die „Revolution von oben" in den Griff zu bekommen versuchte. Dies sind nur zwei, hier recht oberflächlich skizzierte, objektive Bedingungen, für die Form der innerparteilichen Auseinandersetzung etc., die wir heute als „Stalinismus" bezeichnen. Der „Stalinismus" stellt eine bestimmte Entwicklungsstufe der kommunistischen Bewegung dar, aus der wir lernen müssen — unter diesem Aspekt muß auch die Auseinandersetzung darüber geführt werden.

Fazit: Die Sowjetunion unter der Führung Stalins hatte meiner Auffassung nach, trotz der genannten Fehlentwicklungen, den Charakter eines sozialistischen Gesellschaftssystems. Stalin war ein Sozialist, dies muß gerade auch in Abgrenzung zu Figuren wie Chruschtschow und Breschnew festgestellt werden, da er im Gegensatz zu diesen an wesentlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus festhielt. Dennoch darf nicht geleugnet werden, daß gerade zu dieser Zeit, in der Phase des sozialistischen Aufbaus der SU unter Stalin die Voraussetzungen geschaffen wurden, die dem Revisionismus schließlich den glatten Übergang zur Macht (ohne wirklichen Bruch, da es sich um eine fast kontinuierliche Entwicklung handelte) ermöglichte, ja bürgerlichen Karrieristen vom Schlage eines Chruschtschow Tür und Tor geöffnet wurden. In diesem Sinne trifft Stalin eine Mitschuld an der revisionistischen Entartung des ersten sozialistischen Staates der Welt.

Stalins relativ ärmlichen Verdienste wiegen seine Irrtümer und Verbrechen nicht im geringsten auf

Brief eines Genossen

Die Diskussion über den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR unter „Führung Stalins" halte ich vor allem deshalb für sinnvoll und notwendig, weil kaum ein Problem der marxistisch-leninistischen Linken in der BRD und anderswo so viele ideologische Eiertänze abverlangt wie die sogenannte „Stalinfrage". Dies beginnt schon bei der Einschätzung und Bewertung der „Fehler und Verdienste" Stalins, wobei erstere meistens als persönliches Abweichen Stalins von der korrekten Linie des Marxismus-Leninismus dargestellt werden.

Für die sowjetischen Revisionisten, allen voran Chruschtschow, war vor allem der „Kult um die Person" Stalins die Quelle allen Übels sowie die vor allem in den neueren sowjetischen Publikationen nicht näher beschriebene „Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit" in den Jahren 1936 bis 39 (1).

Die chinesischen Genossen meinen, Stalin sei bei der – „notwendigen" – Unterdrückung der *„Trotzkisten und Rechtsabweichler"* zu weit gegangen, habe *„manchmal"* die Widersprüche im Volk mit denen zwischen dem Volk und den Konterrevolutionären verwechselt und sei in „einigen Fragen"vom Pfad der Dialektik abgekommen.(2)

Das Verhältnis zwischen den Verdiensten und Fehlern Stalins setzte Mao Tse-tung mit 70 zu 30 an und sprach sich, ähnlich wie Chruschtschow, gegen eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung über die Fehler Stalins (vor allem die Massenrepressionen in den 30er Jahren und die stalinsche Chinapolitik) aus.(3)

Die verhaltene und irgendwie unverbindliche, vage Wortwahl („manchmal", „in einigen Fragen/Fällen") der offiziellen chinesischen und sowjetischen Stellungnahmen spricht wohl eher für die Aktualität der – keinesfalls gelösten! – „Stalinfrage" als für die Fähigkeit, die Rolle Stalins in der UdSSR und der kommunistischen Weltbewegung **konkret,** anhand von **Fakten** von einem marxistischen Standpunkt aus zu analysieren.

Für die PdA Albaniens ist die Stalinfrage einfach nicht vorhanden.(4) Den jeweiligen „Mutterparteien" folgend haben DKP, KBW, „KPD" und „KPD/ML" die entsprechenden „Antworten" auf die Stalinfrage parat. Befriedigend können die Antworten schon deshalb nicht ausfallen, weil sie von vorwiegend **taktischen** Gesichtspunkten bestimmt sind.

Am deutlichsten wird diese Schwäche bei Chruschtschow, der auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Politik Stalins anhand von zahlreichen Beispielen anprangerte und, verglichen mit späteren sowjetischen Publikationen, eine Reihe von aufschlußreichen Details über die „Säuberungen" und die Rolle Stalins im 2. Weltkrieg enthüllte. Derselbe Chruschtschow vermied es natürlich tunlichst, s e i n e Rolle in der „Stalin-Ära" einer Selbstkritik zu unterziehen. Verständlich, war er doch einer der servilen Speichellecker des „Vaters der Völker", wofür es eine Menge Belege gibt (vgl. „Polemik..", S. 145-46). Chruschtschows Attacke auf den Personenkult hatte vor allem das Ziel, sich selbst als den Garanten der „kollektiven Führung" darzustellen und die eigene Position in der Partei zu stabilisieren.

Nachdem er sich mit Hilfe der „Entstalinisierung" eine Massenbasis in Partei und Volk für seine revisionistischen Neuerungen in Politik und Wirtschaft geschaffen hatte, war die Stalinfrage nicht mehr aktuell und verschwand in den Archiven.

Daß die Chinesen das Bild Stalins umso höher hängten, wie sich der Konflikt mit der UdSSR verschärfte, beleuchtet nur den taktischen Aspekt der Angelegenheit, denn zur selben Zeit (1960) kursierte in höheren Parteikreisen der KPCh eine Kritik Maos an den politökonomischen Vorstellungen Stalins, die in ihrer Methodik wesentlich konsequenter ist als die revisionistische Stalinkritik und die „parteioffizielle" Stellungnahme der KPCh zu Stalin.(5)

Die Albaner halten an ihrer völlig kritiklosen und blinden Verehrung Stalins nicht zuletzt deshalb fest, weil es Stalin war, der eine albanisch-jugoslawische Föderation verhinderte. (Einer solchen Föderation stand Stalin v o r der Verurteilung Titos 1948 gar nicht negativ gegenüber!).(6)

Der KB sollte sich bei der anstehenden Diskussion nicht von taktischen Gesichtspunkten und falschen Rücksichtnahmen leiten lassen. Warum auch? Einmal sind die Fehler Stalins zu schwerwiegend, als daß sie Gegenstand einer taktisch bestimmten Auseinandersetzung sein könnten, zum anderen: Wir haben weder eine „Mutterpartei" noch ein „sozialistisches Vaterland!" Auch wenn diese Tatsache bei einigen vielleicht Depressionen verursacht, für eine offene Diskussion der Stalinfrage ist unsere „Heimatlosigkeit" eine gute Voraussetzung. An sich wäre natürlich erstmal eine gründliche Analyse der politischen und ökonomischen Situation der UdSSR in den 20er und 30er Jahren zu leisten, bevor man sich an das „heiße Eisen" Stalin heranwagt. Aber dieser Mangel sollte keinesfalls dazu herhalten, das „Problem Stalin" elegant zu umschiffen, zumal es jetzt eine Menge Literatur zu dem Thema gibt, auf die sich auch Kommunisten beziehen können. (Überhaupt: Das Fehlen einer Analyse der Sowjetunion in den 50er Jahren

hat uns keinesfalls davon abgehalten, die revisionistische Linie der KPdSU zu kritisieren.)

Ich möchte mich zunächst darauf beschränken, einige Fehler Stalins, die vage z.B. auch in der „Polemik" der KP Chinas angesprochen werden, zu konkretisieren. Die Ursachen dieser Fehler sind nicht allein in Stalins „autoritären und mißtrauischem Charakter" zu suchen, wie Chruschtschow meinte, sondern sie sind Ausdruck eines **Systems politischer Machtausübung unter den komplizierten Bedingungen einer „Übergangsgesellschaft" vom Kapitalismus zum Sozialismus,** dessen typischer Repräsentant Stalin war. Dieses System bildete sich Ende der 20er Jahre langsam heraus („Sozialismus in einem Land") und gelangte in den Jahren 1936 bis 39 zu voller Blüte.(7) Ich will damit nicht sagen, daß die Theorie vom „Sozialismus in einem Land", die in ihrem Kern – in der UdSSR die **Grundlagen** einer sozialistischen **Entwicklung** zu schaffen – auch von der linken und rechten Opposition um Trotzki und Bucharin vertreten wurde, automatisch zum Stalinismus führen mußte. Vielmehr war es die Art und Weise, w i e unter Stalin, nachdem die rechten und linken Opponenten ausgeschaltet waren, der „Sozialismus in einem Land" aufgebaut wurde, die als Stalinismus in die Geschichte eingehen sollte. (Ich setze Stalinismus deshalb nicht in Anführungszeichen, weil der Begriff zur Zeit Stalins durchaus üblich war – z.B. „leninistisch-stalinistisch" etc.)

Wenn die AK-Redaktion vom Aufbau des Sozialismus in der UdSSR unter Führung Stalins spricht, so ist daran m.E. nur so viel richtig, als „unter Stalin" einige **Voraussetzungen** für ein entwickeltes sozialistisches System geschaffen worden sind. Dieses historische Verdienst der stalinschen Politik wird nicht einmal von Trotzki bestritten.(8)

Das geschah unter Opfern, die in der Geschichte des Kommunismus nach wie vor ihresgleichen suchen und sich, was den Umfang betrifft, nur noch mit der von Marx im 24. Kapitel des „Kapital" beschriebenen ursprünglichen Akkumulation des Kapitals messen können. Die Opfer vor allem im Gefolge der Kollektivierung der Landwirtschaft wären in dieser Höhe sicher zu vermeiden gewesen, wenn die Kollektivierung 1929 – 32 nicht überstürzt und bürokratisch, sondern im Einklang mit den objektiven und subjektiven Bedingungen, die für die revolutionäre Umwälzung eines Agrarlandes und seiner kleinbäuerlichen Struktur notwendig waren, durchgeführt worden wäre. 1929 betrug die Zahl der Mähdrescher in der gesamten UdSSR etwa 500, Traktoren waren ca. 50.000 vorhanden, der größte Teil davon in bereits existierenden Staatsgütern. Doch fiel gegenüber der mangelhaften technischen Ausrüstung der Kolchose die katastrophale Vernachlässigung des „bewußten Elements" wesentlich stärker ins Gewicht. Dies aber ist eine Voraussetzung, um die Kollektivierung als M a s s e n mobilisierung durchzuführen. Die bereits von Lenin geforderte p r a k t i s c h e Überzeugung der Klein- und Mittelbauern von den Vorteilen einer kollektiven Bewirtschaftung des Bodens, die geduldige, auf lange Sicht angelegte Überzeugungsarbeit gerade unter den Mittelbauern, die das Gros der Bau-

ern stellten, wurde abrupt eingestellt und wich dem nackten Zwang. Als die Mittelbauern sahen, daß zum Teil auch das Kleinvieh „kollektiviert" werden sollte (was später als „linke" Abweichung von der Partei kritisiert wurde), stellten sich viele von ihnen gegen die Kollektivierung. Die erbittertsten Feinde der Kollektivierung, die reichen Bauern (Kulaken), die schon in den Jahren 1928 – 29 Mordanschläge auf Kommunisten organisiert hatten und die Ablieferung von Getreide sabotierten, erhielten durch die Fehler, für die die KPdSU unter Stalin verantwortlich war, einigen Zulauf, ja sogar zeitweilig eine Massenbasis für ihre Aktionen. Es würde zu weit führen, die einzelnen Schwenks der Parteiführung unter Stalin bei der Kollektivierung darzustellen. Fest steht, daß es eine vorher diskutierte und im einzelnen festgelegte „Linie" der Partei nicht gab, sondern allenfalls Direktiven, die sich z.T. widersprachen: Auf „linke Fehler" folgten mäßigende Appelle der Partei, die von vielen Bauern mit dem Austritt aus den Kolchosen beantwortet wurden (z.B. Sommer 1931), was die Partei veranlaßte, die Zügel wieder straffer zu ziehen.(9)

So glich die Kollektivierung eher einem gigantischen Experiment, dessen Ausgang zunächst ungewiß war, als einer b e w u ß t e n und p l a n m ä ß i g e n Umgestaltung der Landwirtschaft. 1933 lautete das Resumee: Rückgang der Viehhaltung um über 50 % (aus Protest hatten viele Bauern ihr gesamtes Vieh geschlachtet), die Getreideernte fiel unter das Niveau von 1913, ca. 2 Millionen deportierte Kulaken und „Kulakensöldlinge" (worunter praktisch jeder verstanden wurde, der gegen die Kollektivierung aufgetreten war), ca. 4 Millionen Tote als Resultat einer Hungersnot 1932/33.

So notwendig die Kollektivierung und das Vorantreiben des Klassenkampfs auf dem Lande war, die administrative und bürokratische Form, in der sie durchgeführt wurde, mußte in Anbetracht der ohnehin schlechten Ausgangsbedingungen zu diesen katastrophalen Ergebnissen führen. (So kam z.B. 1928 auf 30 ländliche Siedlungen eine (!) Parteizelle, die sich meistens noch aus Ortsfremden zusammensetzte). Im Gegensatz zur Kollektivierung in China wurde der Klassenkampf auf dem Land von der Partei eher behindert; Hauptaufgabe der Parteizellen war das Eintreiben von Getreide und nicht die politische Aufklärung der Bauern.

Hinzu kommt die praktische Rechtlosigkeit der Kolchosbauern, die zur Quelle von immer wieder aufflackernden Revolten und bürgerkriegsähnlichen Unruhen werden sollte: Die Bauern durften weitere Reisen oder gar einen Ortswechsel nur mit Genehmigung des Kolchosvorsitzenden vornehmen. Sie erhielten keine Pässe und waren an das Land gefesselt. (Die Parallele zum zaristischen Paßsystem ist leider nicht zufällig!) Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, daß die Vorstellungen des „linksoppositonellen" Wirtschaftstheoretikers Preobrazenskij von einer ursprünglichen „sozialistischen Akkumulation" auf Kosten der Bauernschaft „unter Stalin" mit einer Konsequenz durchgesetzt worden sind, die in den 20er Jahren kein Kommunist auch nur zu denken wagte.

Im Bereich der Großindustrie, deren Aufbau in den 30er Jahren ernorm vorangetrieben wurde, führte man ein breit gefächertes Lohn- und Prämiensystem ein, welches eine schmale Schicht der Arbeiterklasse sowie natürlich das leitende Personal extrem begünstigte. Ein „Stoßarbeiter" wie Stachanov z.B. verdiente ungefähr das 20fache eines Durchschnittlohns, und das aufgrund von „Rekordleistungen" (Übererfüllen der Normen), die meistens eine Normenerhöhung für alle Arbeiter nach sich zogen. Die Unterschiede in der Entlohnung erreichten „unter Stalin" eine nie gekannte und in der UdSSR nie wieder erreichte Höhe. Mangelnde Arbeitsdisziplin wurde mit strafrechtlicher Verfolgung anstelle von Überzeugungsarbeit beantwortet: unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit wurde als strafwürdig im Sinne des Strafgesetzbuches klassifiziert. Mehr als dreimaliges Verspäten um über 20 Minuten rangierte schon unter „Sabotage", die Strafmündigkeit, auch für die Todesstrafe, wurde auf 12 Jahre (vorher 16) herabgesetzt. Die Abtreibung wurde verboten. Die Ein-Mann-Betriebsleitung, bei der die Gewerkschaften nur „beratende" Funktion besaßen, wurde auf alle Betriebe ausgedehnt. Die zahlreichen Arbeitsunfälle, Bergwerks- und Eisenbahnunglücke wurden nicht aus den materiellen Bedingungen erklärt, sondern, was einfacher war, als Werk ausländischer Spione und Agenten „entlarvt". Die freie Wahl des Arbeitsplatzes wurde abgeschafft.

Nun sind Ein-Mann-Leitung, Prämien und Lohndifferenzierung **an sich** nicht prinzipiell mit dem Sozialismus unvereinbar. Auch Lenin hat für eine gewisse Periode des sozialistischen Aufbaus die o.g. Maßnahmen befürwortet, als es nach dem Bürgerkrieg darum ging, die Produktion wieder anzukurbeln und zumindest das Vorkriegsniveau zu erreichen. Lenin hat aber immer betont, daß es sich hierbei um gewisse Zugeständnisse und zeitlich begrenzte Schritte handelte, die ebenso schrittweise, verbunden mit einer breiten ideologischen Aufklärung der Arbeiterklasse durch die Partei, wieder abgeschafft werden würden, je mehr sich die sozialistische Basis entwickelt. Im Gegensatz zu Lenin stellte Stalin die Lage der Arbeiterklasse und der Kolchosbauern als typisch für ein entwickeltes sozialistisches System dar und sprach bereits 1936 vom „endgültigen Sieg des Sozialismus", der nur noch von außen bzw. von ausländischen Agenten im Partei- und Staatsapparat gefährdet sei, da antagonistische Widersprüche in der UdSSR nicht mehr existent bzw. nur noch auf die Reste der alten Ausbeuterklassen beschränkt seien. (Diese original revisionistische Theorie, die fatal an Chruschtschows „Staat des ganzen Volkes", in dem Arbeiterklasse, Bauern und „werktätige Intelligenz" friedlich miteinander leben, erinnert, ist auch von den chinesischen Genossen in der „Polemik..." kritisiert worden.)

Daß Kollektivierung und Industrialisierung historisch notwendig waren, ist unbestreitbar. Daß die in den 30er Jahren errichteten Fabriken die UdSSR in den Stand versetzten, dem faschistischen Aggressor die Stirn zu bieten und ihn zu schlagen, ebenso. Nur sollte man diese „Verdienste" Stalins nicht in einen Topf mit der Errichtung eines **sozialistischen** Systems

„unter Führung Stalins" werfen. Es sei denn, man hält die geschilderten Maßnahmen und Methoden, die objektiv **gegen** die Arbeiter und Bauern gerichtet waren, obwohl sie im Namen des Sozialismus praktiziert wurden, für genuin kommunistische oder predigt das jesuitische Prinzip, nachdem der Zweck jedes Mittel heiligt. Lenin hat zwar das organisatorische Talent der Jesuiten bewundert, aber von der **dialektischen Einheit** zwischen Mittel und Zweck ist er, bei allen notwendigen Kompromissen, niemals abgewichen. Die Entstellung dieser Dialektik blieb zu Lenins Lebzeiten einem Trotzki vorbehalten, der die „Militarisierung der Arbeit" (= Zwangsarbeit) und die „Verstaatlichung der Gewerkschaften" als Grundpfeiler der Diktatur des Proletariats (!) betrachtete (vgl. Trotzki, Terrorismus und Kommunismus).

Kommen wir zum düstersten Kapitel der stalinschen Politik der 30er Jahre: Die großen „Säuberungen" der Jahre 1936 – 39. Zunächst ist festzuhalten, daß die Säuberungen zu einer Zeit begannen, als die Linie Stalins in Partei und Staat bereits einen kompletten Sieg davon getragen hatte: Die Kollektivierung war abgeschlossen, die Industrialisierung machte große Fortschritte, die „alten" Oppositionellen um Kamenev, Sinovev, Radek und Bucharin hatten bereits Anfang der 30er Jahre ihre „Sünden bereut" und wurden z.T. mit wichtigen Posten in Partei und Staat betraut. Später standen sie dann in den großen „Schauprozessen" vor Gericht und legten die absurdesten „Geständnisse" ab. Ob sie unter Druck handelten oder aus einem letzten Pflichtgefühl „der Partei" gegenüber, ist offen. Tatsache ist aber, daß auch die Ankläger, hinter denen Stalin stand, den hirnverbrannten Unsinn einer gigantischen Verschwörung der ehemaligen Opposition mit dem faschistischen Geheimdienst, mit Trotzki, die geplante Abtrennung riesiger Gebiete der UdSSR und deren Auslieferung an verschiedene imperialistische Staaten nicht glaubten. In den Prozessen ging es also gar nicht um irgendeine oppositionelle Tätigkeit innerhalb der KPdSU, also um reale innerparteiliche Differenzen (die auch absolut nicht zu „beweisen" gewesen wären) hinsichtlich des Aufbaus des Sozialismus, sondern „nur" um Sabotage und Terroranschläge gegen Stalin und Co., deren sich alle Angeklagten auch für schuldig (mit Ausnahme Bucharins) erklärten und daraufhin erschossen wurden. Außer der „alten Garde" wurden auch Genossen angeklagt, die Stalins Linie von Anfang an unterstützt hatten, z.B. die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros Kosior, Cubar, Eiche und Postysev (alle erschossen). Die „Gesellschaft der alten Bolschewiki" wurde aufgelöst, ihre Mitglieder verschwanden zum größten Teil. Dasselbe Los mußten die sowjetischen Spanienkämpfer teilen, die zu 80 % verschwanden. „Liquidiert" wurden unter anderen die deutschen ZK- und Politbüro-Genossen Eberlein, Remmele, Hirsch, Schubert, Schulte, Flieg und Neumann. (Die deutschen Genossen, die vor dem Hitlerfaschismus in die Sowjetunion emigriert waren, wurden z.T. als Agenten der GeStaPo verurteilt – allerdings nicht in Schauprozessen, die ohnehin nur die Spitze des Eisbergs bildeten.) Ferner Bela Kun, der Führer der ungarischen Räte-

republik. Fast das gesamte ZK der KP Polens.

„Liquidiert" wurden 80 % des obersten Führungskorps der roten Armee (Tuchacevskij, Jakir, Uborevic, Eideman, Feldman, Kork etc.), was für die Verteidigung der Sowjetunion gegen die Faschisten ernste Konsequenzen nach sich ziehen sollte. Zahlreiche Wissenschaftler und Ingenieure, Tausende von Arbeitern und Bauern wurden verhaftet. Leider ließe sich die Reihe noch endlos fortsetzen. In den Jahren 1936 – 39 gestanden Hunderttausende, wenn nicht Millionen, daß sie Terroranschläge gegen Stalin vorbereitet hätten (Eigentlich merkwürdig, daß keiner geklappt hat! Bei der Zahl!); sie gestanden, Mitglieder „nationalistischer" Parteien zu sein, die die Abtrennung der Heimat von der Sowjetunion geplant hätten (was nach der Verfassung der Sowjetunion nicht mal strafbar ist). Durch Schlafentzug und Erpressung wurden Geständnisse produziert, die schlichtweg irrwitzig waren. Aber da fast alle „gestanden", wurden sie, formal gesehen, „zu Recht" verurteilt. (Insgesamt wurden 7 – 8 Millionen Menschen verhaftet, 1 Million kamen um.) Ein schwacher Trost nur, daß auch die Chefsäuberer Jagoda, Jesov und Berija (der allerdings erst später unter Chruschtschow) unter die Räder kamen. Aber auch sie gestanden keine wirklichen Verbrechen, deren sie gewiß genug begangen hatten, sondern Dinge wie die geplante Ermordung Stalins, die sie mit Sicherheit n i c h t geplant hatten.

Fast alle Verurteilten waren im Sinne der Anklage unschuldig. Daß auch wirkliche Spione und Diversanten ins Netz gingen, ist bei der Riesenzahl der Verhaftungen nicht weiter verwunderlich, aber allenfalls als Nebenprodukt der „Säuberungen" zu betrachten.

Eine schlüssige Erklärung der „Säuberungen" liegt bis jetzt nicht vor. Bürgerliche Historiker wie Sebastian Haffner sprechen von einem Präventivschlag gegen mögliche Gegner des „Hitler-Stalin-Pakts" 1939. Tatsache ist aber, daß Stalin schon 1932/33 im Politbüro die Todesstrafe für eine, ausnahmsweise mal echte Oppositionsgruppe im ZK gefordert hatte, sich aber (noch) nicht durchsetzen konnte: Die Mehrheit der Politbüro-Mitglieder stimmte dagegen. Schrieb Stalin deshalb in einem Telegramm an das Politbüro im Jahr 1936, daß man mit der „Unterdrückung der Konterrevolution" um 4 Jahre zurück sei? (10) Außerdem standen die Jahre 1936 – 38 im Zeichen der Volksfront und des Kampfes, des spanischen Volkes gegen den Faschismus, die schnelle Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Faschismus war noch nicht abzusehen. Es sei denn, man billigt Stalin eine strategische Weitsicht zu, die er zumindest in der Frage der Kollektivierung keineswegs besessen hat. Vielmehr war es ein Grundzug seiner Politik, auf veränderte Bedingungen kurzfristig und entsprechend überstürzt zu reagieren. (Die Getreidekrise, die die Kollektivierung im wahrsten Sinne „auslöste", hatte die linke Opposition schon 1926 prophezeit!). Antikommunistische Theoretiker wie Carmichael oder Payne gehen vom quasi-religiösen Charakter des „Bolschewismus" aus und leiten daraus „folgerichtig" die Notwendigkeit einer Inquisition nach dem Vor-

bild der spanischen Jesuiten ab.

„Eine fromme „ML"-Legende besagt, Stalin habe von alledem nichts gewußt. (Das glaubten auch viele der „Gesäuberten", die mit dem Ruf „Es lebe Stalin" in den Tod gingen!). Aber im Ernst, wie konnte Stalin der Tod vieler seiner engsten Mitarbeiter entgehen? Wie konnte ein derart symbolischer Schritt wie die Auflösung der „Gesellschaft der alten Bolschewiki", deren prominentestes Mitglied er selber ja war, hinter Stalins Rücken geschehen? Gewiß gab es in einigen Regionen „Ausschreitungen", d.h. eine allzu eifrige Übererfüllung der gesetzten Normen bei der „Liquidierung von Volksfeinden", von denen Stalin nichts gewußt hat. Die persönliche Verantwortlichkeit Stalins für die Säuberung der „prominenten" Parteimitglieder steht für mich außer Frage. Die „Theorie", Stalin sei während der Säuberungen ein willenloses Werkzeug des NKVD (Politische Polizei der Sowjetunion) gewesen, ist ebenfalls nicht schlüssig. Denn Jagoda und Jesov hätten sich dann nicht so ohne weiteres „liquidieren" lassen. Ebenso falsch wäre es natürlich, aus dem Gesagten die Konsequenz zu ziehen, Stalin und nur er habe die Säuberungen angezettelt. (So ungefähr Chruschtschows Position.) Auch während der Säuberungen wurde Stalins Politik von breiten Teilen der Partei aktiv mitgetragen. Schließlich war Stalin in den Augen vieler Sowjetbürger der Garant des Aufbaus in der UdSSR sowie der Einheit der Partei.

In den Säuberungen wurde die KPdSU von vielen bewußten Kadern „gereinigt" (von den 1966 Delegierten des XVII. Parteitags 1934 wurden 1108 verhaftet).

Die KPdSU des Jahres 1939 ist mit der von 1934 nicht zu vergleichen: Der Anteil der Angestellten, der Funktionäre, Betriebsleiter und Armeemitglieder stieg drastisch. Der Wandel von einer Arbeiterpartei zur „Staatspartei" war offenkundig.(11) Von einer wirklichen Demokratie in der Partei konnte, wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, nicht mehr die Rede sein. Die Partei entartete zum Verwaltungsapparat, sie büßte ihre Avantgarderolle vollends ein. Insofern waren die Säuberungen nichts weiter als die Angleichung der Partei an die neuentstandenen sozialen Strukturen, die mit dem Sozialismus nicht viel gemeinsam hatten. (Oder seit wann sind allein staatliche Produktionsmittel und Fünfjahres-Pläne Ausdruck einer sozialistischen Gesellschaft?!) Die bürokratisch durchgeführte, mit Massenrepressionen untrennbar verknüpfte Entwicklung der UdSSR zu einem Industriestaat verlangte gebieterisch nach einer „neuen" Partei. Im Gefolge der Säuberungen wurde diese Partei geschaffen.

Indem bereits unter Stalin die Partei alle Merkmale einer revisionistischen Partei entwickelte, wurde es Leuten wie Chruschtschow ermöglicht, sich 1956 als Wahrer der Parteidemokratie aufzuspielen und den Prozeß der „Entstalinisierung" in die bekannten revisionistischen Bahnen zu lenken. Daß er dabei nicht ungeschickt an bittere Erfahrungen vieler aufrechter Kommunisten mit der Politik Stalins anknüpfte, beweist nur noch zwingender die Notwendigkeit einer linken nichtrevisionistischen Kritik

des Stalinismus. (Auch die Trotzkisten haben in dieser Hinsicht nicht viel zu bieten, weil sie nicht begreifen, welchen grundlegenden Beitrag Mao Tse-tung und die Kulturrevolution für eine p r a k t i s c h e Kritik des Revisionismus geliefert haben. Maoismus oder Stalinismus, d.h. Massenmobilisierung oder Bürokratismus g e g e n die Massen, das ist hier die Frage!) Ich könnte noch einiges schreiben über das Einstellen der antifaschistischen Propaganda in der UdSSR während des „Hitler-Stalin-Pakts", der wahrscheinlich notwendig war (aber nicht als genialer stalinscher Wurf dargestellt werden sollte, sondern als bittere Einsicht in die Notwendigkeit). Ob die Auslieferung deutscher Kommunisten an die GeStaPo (12) während der Zeit des Pakts „notwendig" war, bezweifle ich. Auf die „Nachkriegsgeschichte" der stalinschen Politik mit ihren erneuten „Säuberungen" und z.T. offen antisemitischen Kampagnen kann ich aus Zeitgründen nicht eingehen.

„Echte Kommunisten können nicht fragen: ‚Was war größer — Stalins Leistungen oder seine Verbrechen?' Eine solche Frage impliziert bereits, daß große Verdienste einen auch zur Begehung gewisser Verbrechen berechtigen. Es wäre doch sittenwidrig, wollte man behaupten, wer tausend Menschen vorm Tode bewahrt, könne von der Geschichte die Erlaubnis bekommen, straflos einhundert oder zweihundert Menschen zu ermorden. Wenn die Sowjetunion unter Stalins Herrschaft Fortschritte machte, beweist das nicht, das Stalin ein aufrechter Kommunist, ein großer Marxist-Leninist war. Eine gute Armee kann auch unter einem schlechten Befehlshaber siegen."

„Stalin hat selbstverständlich auch einige richtige Entscheidungen getroffen, einige richtige Gedanken geäußert. Es wäre aber falsch, mit besonderem Nachdruck auf diese relativ ärmlichen Verdienste zu verweisen, die — wenn man nach der These vom Gleichgewicht geht — seine Irrtümer und Verbrechen nicht im geringsten aufwiegen." (13) So R. Medvedev, der vielleicht „linkeste" Dissident aus der UdSSR. Und obwohl man mit dieser Argumentation zur Not „den Stalinismus gegen Stalin" verteidigen kann („die Partei war gut, nur Stalin war schlecht"), möchte ich mich seiner Wertung über Stalins Rolle beim „Aufbau des Sozialismus unter Führung Stalins" anschließen.

Anmerkungen:

1 Vgl.Chruschtschows „Geheimrede" auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, abgedruckt in: Medwedew, Havemann, Steffen; „Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU", Frankfurt/Main 1977, S. 487 ff.. Im Gegensatz zu Chruschtschow widmet die neueste dreibändige „Geschichte der UdSSR" (Berlin/DDR 1978) den Repressionen während der „Stalinära" ganze fünf Sätze!

2 Vgl. „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung". Westberlin 1975, Seite 137-38

3 Vgl. Rede Mao Tse-tungs auf der erweiterten Sitzung des Politbüros der KPCh, April 56. Abgedruckt in: „Mao intern", S. 91; edizione continua (Raubdruck). Die „Verbrechen Stalins" sollten bis zu den Sekretären der Kreisparteikomitees diskutiert werden, aber „in Anbetracht der Gesamtlage" (1956!) nicht vor den Volksmassen. Obwohl also durchaus Parallelen zum Vorgehen Chruschtschows bestehen, muß festgehalten werden (gerade gegenüber den Revisionisten!), daß die chinesischen Genossen von den Fehlern Stalins sehr viel gelernt haben und in der Kulturrevolution gezeigt haben, wie man auftretende Widersprüche revolutionär und nicht bürokratisch löst. Insofern hat Mao für die „Entstalinisierung" weit mehr geleistet als Chruschtschow mit seinen „Enthüllungen"!

4 Vgl. z.B. „Zeri i Populit" vom 9.1.62, wo immer nur von „angeblichen Verfolgungen und Ungerechtigkeiten" und dem „sogenannten Personenkult" die Rede ist. Abgedruckt in: Sammelband „Der Marxismus-Leninismus wird über den Revisionismus siegen"; Frankfurt 1972. Im Gegensatz zu den chinesischen Genossen gibt es für die PdAA überhaupt keine Stalinfrage. Die Art und Weise, wie die PdAA mit inneren Widersprüchen umgeht, bewegt sich daher auch in der ungebrochenen Tradition Stalins.

5 Vgl. Mao Tse-Tung „Das machen wir anders als Moskau"; Hamburg (rororo) 1975.

6 Vgl. M. Djilas „Gespräche mit Stalin", Seite 182 ff.; Frankfurt/Main 1962

7 In der Frage der Notwendigkeit der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft waren sich alle Fraktionen der KPdSU einig. Kontroversen gab es über den Zeitpunkt dieser Maßnahmen, über das Verhältnis zur Bauernschaft etc. Der „spezifische Beitrag" Trotzkis in der Debatte bestand im wesentlichen darin, daß er meinte, ohne das Zuhilfekommen des Proletariats der wichtigsten Industriestaaten sowie der Völker der in kolonialer Abhängigkeit gehaltenen Länder sei es unmöglich, in der UdSSR ein **entwickeltes** sozialistisches System im Sinne des von Lenin definierten „ersten Stadiums des Kommunismus" zu errichten, da eine isolierte Sowjetunion u.a. nicht allein gegen die Gesetze des kapitalistischen Weltmarkts bestehen könne. Von der linken Opposition wurden in den 20er Jahren detaillierte Vorschläge zur Industrialisiertung des Landes vorgelegt. Diese wurden von Stalin, damals im Bündnis mit Bucharin, als „bauernfeindlich" abgelehnt — und später, bürokratisch entstellt, in die Tat umgesetzt (s. weiter unten im Text).

8 Vgl. Trotzki „Die verratene Revolution", S. 9 ff.

9 Vgl. die „ökonomistische", aber sonst vorzügliche Darstellung des Hin und Her bei der Kollektivierung in: Lorenz „Sozialgeschichte der Sowjetunion"; Frankfurt 1976, Seite 182 - 228.

10 zitiert bei Chruschtschow, a.a.O, S. 500.

11 Vgl. Berliner Hefte Nr. 3, 1977, S. 84f.

12 Vgl. z.B. A. Weissberg-Cybulski, „Hexensabbat", Frankfurt/Main 1977 Seite 363 ff.. Auch die heutige fanatische Antikommunistin M. Buber-Neumann wurde damals an Nazideutschland ausgeliefert und kam ins KZ Ravensbrück.

13 R. Medwedew „Die Wahrheit ist unsere Stärke", Frankfurt/Main 1973. Das mit Abstand beste Buch zu diesem Thema, das vor allem dadurch an Bedeutung gewinnt, als fast nur aus sowjetischen Dokumenten und anderen sowjetischen Quellen zitiert wird. Medwedew versteht sich als Marxist-Leninist, er trat 1956 der Partei bei. Sein Buch ist bis heute in der SU nicht erschienen. Das Zitat findet sich auf Seite 623.

Die „Stalin-Frage" und die KP Chinas

Die KP Chinas hat sich in den 50er und 60er Jahren zum gewichtigsten Gegner der sowjet-offiziellen und revisionistischen „Stalinismus"-Kritik gemacht und die „Verdienste Stalins" stark betont. Dies hat zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß gegeben, als sei die KP Chinas eine besonders „stalinistische" Partei, Kronzeuge für die Neuauflage „stalinistischer" Partei-Modelle a la „ML". In diesem Artikel soll die historische Entwicklung der chinesischen Position zur Stalin-Frage dargestellt und nach den Hintergründen der chinesischen Haltung gefragt werden.

Die Auseinandersetzung nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Im Februar 1956 fand der XX. Parteitag der KPdSU statt, auf dem Chruschtschow mit seiner totalen Verdammung Stalins auftrat und zugleich erstmals die Theorie vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" aufstellte.

Die KP Chinas reagierte auf diese „Stalinismus"-Kritik erstmals öffentlich am 5. April 1956 in der Parteizeitung „Renmin Ribao" mit dem Artikel *„Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats".* Dieser Artikel hebt zwar, im Gegensatz zum XX. Parteitag der KPdSU, bereits hervor, daß Stalin **„ein hervorragender Marxist-Leninist"** gewesen sei. *„Alles Nützliche in seinen Werken, besonders in den zahlreichen Schriften, in denen der Leninismus verteidigt und die Erfahrungen des Aufbaus in der UdSSR richtig zusammengefaßt werden, müssen wir als wichtiges geschichtliches Erbe übernehmen."* Andererseits wird in diesem Artikel aber noch – im Unterschied zu späteren Stellungnahmen der KP Chinas – die Kritik an Stalin bezüglich des **„Personenkults"** und der **„Jugoslawien-Frage"** deutlich unterstützt.

So heißt es dort, Stalin habe seine Rolle ungebührlich übersteigert, seine persönliche Macht der kollektiven Leitung entgegengestellt, Personenkult geduldet und gefördert, persönliche Willkür betrieben... *„Der Kampf, der sich auf dem XX. Parteitag der KPdSU gegen den Personenkult entfaltete, ist wahrlich ein großer, heldenhafter Kampf der sowjetischen Kommunisten und des Sowjetvolkes, welche die ideologischen Hindernisse beiseitefegen, die sich dem Fortschritt entgegengestellt haben". „Die KP Chinas begrüßt die großen Erfolge, die die KPdSU in dem historisch bedeutungsvollen Kampf gegen den Personenkult erzielt hat."*

Zur Jugoslawien-Frage" heißt es in dem Artikel: *„... Eine Reihe von Fehlern beging er in der internationalen kommunistischen Bewegung, insbesondere fällte er die Fehlentscheidung in der Jugoslawienfrage"* (Gemeint ist der „Ausschluß" Jugoslawiens aus der kommunistischen Weltbewegung, 1948/49).

Daneben wird in dem Artikel an Stalin kritisiert: *„Übergriffe im Kampf gegen die Gegner", „Unterlassung der notwendigen Vorsichtsmaßregeln direkt vor dem antifaschistischen Krieg", „Mißachtung des weiteren Aufstiegs der Landwirtschaft und der materiellen Besserstellung der Bauernschaft".* –

Am 29. Dezember 1956 erschien, gleichfalls in der „Renmin Ribao", der Artikel *„Mehr über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats".* In diesem Artikel wird einerseits die Kritik an Stalin ausgebaut und konkretisiert, andererseits aber deutlicher als im ersten Artikel gegen die sogenannte „Entstalinisierung" und „Liberalisierung" Stellung genommen. Trotzdem hält auch dieser Artikel an der insgesamt p o s i t i v e n Haltung zur „Stalinismus"-Kritik auf dem XX. Parteitag der KPdSU fest: **„Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat bereits Maßnahmen getroffen, um die Fehler Stalins zu korrigieren und ihre Folgen zu beseitigen, und diese Maßnahmen beginnen, Früchte zu tragen. Der XX. Parteitag der KPdSU zeigte große Entschlossenheit und viel Mut, indem er mit dem Kult um Stalin Schluß machte, das schwere Ausmaß der Fehler Stalins enthüllte und ihre Auswirkungen beseitigte".** Zur „Jugoslawien-Frage" heißt es in diesem Artikel: *„Die Haltung des Genossen Tito und anderer führender Genossen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens zu den Fehlern Stalins und anderen damit in Verbindung stehenden Fragen ... kann von uns nicht als wohlausgewogen oder objektiv beurteilt werden."* (Das bezieht sich, wie dann ausgeführt wird, insbesondere auf die Rolle der jugoslawischen Regierung während der Auseinandersetzungen in Ungarn 1956). Immerhin wird den *„jugoslawischen Genossen"* in dem Artikel aber zugestanden, ihr *„besonderer Groll"* gegenüber Stalin sei *„verständlich";* sie hätten **„schätzenswerte Anstrengungen (unternommen), unter schwierigen Bedingungen am Sozialismus festzuhalten"**; die KP Chinas begrüße *„die Beilegung der Streitigkeiten"* zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion. (Beide Artikel sind enthalten in der Broschüre „Die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats", Peking 1963).

Einige Hintergründe der damaligen chinesischen Position

Mao Tse-tung sagte im Januar 1957 auf einer Partei-Konferenz: **„...Gegensätzliche Meinungen stehen sich ebenso innerhalb unserer Partei gegenüber. Beispielsweise gibt es zum XX. Parteitag der KPdSU, auf dem Stalin mit einem einzigen Knüppelhieb erledigt wurde, zwei entgegengesetzte Ansichten: die eine pro und die andere kontra. Es kommt oft zu Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Kaum hat man Einmütigkeit hergestellt, da**

tauchen nach ein oder zwei Monaten schon neue Meinungsverschiedenheiten auf" (Mao, Band 5, Peking 1978, S. 420).

Unter anderem bestimmten wahrscheinlich folgende Punkte die damalige Haltung der KP Chinas zur „Stalinismus"-Kritik des XX. Parteitags der KPdSU und zu den darauf folgenden Ereignissen:

- Die Sorge, mit einer totalen Verdammung Stalins der antikommunistischen Hetze weltweit Auftrieb zu geben. (Es war noch die Zeit der antikommunistischen „Roll-Back-Strategie" von Dulles).
- Die Ereignisse infolge der „Entstalinisierung" in Polen (Juni bis Oktober 1956) und Ungarn (Oktober bis November 1956), die diese Sorge vollauf zu bestätigen schienen.
- Rücksichtnahme auf mögliche innenpolitische Auswirkungen der „Stalinismus"-Kritik auf die VR China. (Tatsächlich gab es in China 1956/57 Studentendemonstrationen, Streiks und eine Offensive der Rechten).
- Reflexe der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KP Chinas. So beispielsweise der Versuch der Kräfte um Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping, die Kritik am „Personenkult" auch als Waffe gegen Mao Tse-tung zu wenden. So die Neigung starker Kräfte im Parteiapparat, rein m e c h a n i s c h die sowjetische „Stalinismus"-Kritik zu 100 % zu übernehmen, ebenso wie diese Kräfte auch sonst alles sowjetische am liebsten 100%ig übernommen hätten. So der Versuch eines außenpolitischen Flirts mit Jugoslawien, um die Vormachtstellung der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung zurückzudrängen. So die Tendenz, Differenzen zur Sowjetunion öffentlich eher herunterzuspielen, um die „Einheit der Kommunistischen Weltbewegung" so lange wie möglich zu erhalten.

Daß dabei taktiert wurde, ist offensichtlich. Während beispielsweise in den offiziellen Verlautbarungen der KP Chinas 1956/57 die sowjetische „Stalinismus"-Kritik im wesentlichen b e g r ü ß t wurde, sagte Mao Tse-tung im November 1956 auf einem Plenum des ZK der KP Chinas: *„Ich möchte einige Worte über den XX. Parteitag der KPdSU sagen. Ich meine, da sind zwei ‚Schwerter': Das eine ist Lenin, das andere Stalin. Das Schwert Stalin haben die Russen jetzt aus der Hand gelegt... Wir in China haben es nicht weggeworfen. Erstens nehmen wir Stalin in Schutz, zweitens kritisieren wir zugleich seine Fehler... Im Unterschied zu einigen Leuten, die Stalin verunglimpfen und in Grund und Boden verdammen, handeln wir in Übereinstimmung mit den objektiven Tatsachen"* (Mao Tse-tung, Bd. 5, S. 384f).

Zu ihrem taktischen Vorgehen erklärte die KP Chinas sechs-sieben Jahre später, 1963: **„Natürlich ist es auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir damals, der Einheit gegenüber dem Feind zuliebe und auch mit Rücksicht auf die schwere Lage der Führer der KPdSU, keine offene Kritik an den Fehlern des XX. Parteitag der KPdSU übten... Zu jener Zeit hofften wir auch noch aus ganzem Herzen, daß die Führer der KPdSU ihre Fehler korrigieren würden. Deshalb bemühten wir uns stetig, die positiven Fak-**

toren dieses Parteitags herauszufinden und unterstützten ihn vor der Öffentlichkeit, wie es angemessen und notwendig war" („Ursprung und Entwicklung der Differenzen...", 6.9.63, abgedruckt in der „Polemik über die Generallinie...", Peking 1965).

Wie wir sahen, ist diese nachträgliche Begründung allzu beschönigend, weil sie die Rolle der i n n e r e n Meinungsverschiedenheiten in der KP Chinas bei der Festlegung der Position 1956/57 einfach verschweigt und n u r von Rücksichtnahme auf die KPdSU spricht.

Indessen: Es zeigt sich jedenfalls, daß es 1963 nötig geworden war, Widersprüche der nunmehrigen Position zu der von 1956/57 in der Stalin-Frage zu begründen.

Die „Polemik über die Generallinie"

Es ist bezeichnend, daß in der gesamten „ML"-Bewegung zur Stalin-Frage immer nur der Artikel „Zur Stalinfrage" vom 13.9.63 geschult worden ist (abgedruckt in der „Polemik über die Generallinie..."), während die beiden Artikel von 1956 einfach unterschlagen oder allenfalls als „revisionistisch" abgetan wurden.

In „Zur Stalinfrage" von 1963 wird insbesondere zur „Kritik am Personenkult" und zur „Jugoslawien-Frage" eine völlig andere Haltung bezogen als in den beiden Artikeln von 1956; außerdem ist der Hauptakzent viel stärker auf die „Verdienste Stalins" gelegt, während von seinen „Fehlern" kaum noch die Rede ist.

Zum „Kampf gegen den Personenkult", den die KP Chinas 1956 noch gelobt hatte, hieß es nunmehr 1963: **„Die KP Chinas ist v o n A n f a n g a n der Ansicht, daß Genosse Chruschtschow v ö l l i g f a l s c h und h i n t e r h ä l t i g gehandelt hat, als er mit seinem sogenannten ‚Kampf gegen den Personenkult' Stalin in Bausch und Bogen verdammte".** (Hervorhebung vom Verf.).

Die „Jugoslawien-Frage" wird in dem Artikel „zur Stalinfrage" gar nicht mehr erwähnt, allerdings ist die Kennzeichnung Titos als „Renegat" deutlich genug. Im übrigen erschien nur 10 Tage nach „Zur Stalinfrage" in der chinesichen Presse der Artikel *„Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?"* (26.9.63, abgedruckt in der „Polemik..."). Dort heißt es, die Führung Jugoslawiens sei **„ein Verräter an der internationalen kommunistischen Bewegung und ein Lakai des Imperialismus"**. Eine lange historische Aufzählung, beginnend z.T. schon Mitte der 40er Jahre, soll das belegen.

Zur „Stalinismus"-Kritik der KPdSU insgesamt heißt es in „Zur Stalinfrage": *„Chruschtschows tollwütige Angriffe auf Stalin sind in Wirklichkeit gegen das Sowjetsystem und den Sowjetstaat gerichtet". „Die völlige Verneinung Stalins hat die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder mit langerwünschter antisowjetischer und antikommunistischer Munition versorgt..."*.

Ausschlaggebend für den Wandel in der offiziellen Position der KP Chinas scheint in erster Linie die Verschlechterung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen gewesen zu sein: 1957 und 1960 fanden in Moskau zwei „kommunistische Weltkonferenzen" statt, auf denen der Versuch gemacht wurde, sich auf von allen Parteien gemeinsam getragene Kompromiß-Erklärungen zu einigen. Trotz dieser Rettungsversuche verschärften sich die Meinungsverschiedenheiten insbesondere zwischen der KPdSU und der KP Chinas und nahmen außenpolitische Dimensionen an: So weigerte sich die Sowjetunion im Juni 1959, der VR China Baumuster für die Atombombe zu liefern; ebenfalls 1959 ergriff die sowjetische Regierung im indisch-chinesischen Grenzkrieg mit einer Erklärung Partei für Indien; gleichzeitig fand in den USA erstmalig ein Treffen Chruschtschows mit dem US-Präsidenten Eisenhower statt.

Die Meinungsverschiedenheiten brachen offen aus auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961:

— Chruschtschow griff scharf und unverhohlen die Partei der Arbeit Albaniens an.
— Die „Stalinismus"-Kritik wurde neu aufgelegt.

Hieraus entwickelte sich schließlich eine öffentlich ausgetragene Polemik.

Vor diesem Hintergrund wurde auch die Stalin-Frage rabiater ausgetragen als vorher. Es scheint auch so, als habe die KP Chinas diese Frage damals zu einem Schwerpunkt ihrer Polemik gegen die KPdSU und den Revisionismus gemacht, weil (wohl zu recht) eingeschätzt wurde, daß sich an der „Stalin-Frage" oppositionelle Kerne in den revisionistischen Parteien zugunsten der chinesischen Positionen mobilisieren ließen. Denn mehr als „friedlicher Übergang" und „Staat des ganzen Volkes" hatte zunächst die Verdammung Stalins Verwirrung und Protest bei einer relativ großen Zahl von Mitgliedern der revisionistischen Parteien ausgelöst.

Innenpolitisch spielte bei der gewandelten Position der KP Chinas zur Stalin-Frage wohl die Tatsache eine Rolle, daß 1963 sich die Kräfte um Mao Tse-tung gegenüber der Liu-Deng-Fraktion schon wieder in der Offensive befanden und daß — ausgehend zunächst von ‚Reformen' in der Armee unter Leitung Lin Biaos Anfang der 60er Jahre — sich jener Boom des Personenkultes um Mao Tse-tung anbahnte, der später (ca. 1966-70) teilweise exzessive Ausmaße und Formen annahm.

Einer besonderen Erläuterung bedarf der chinesiche Positionswechsel in der „Jugoslawien-Frage": Nachdem die KP Chinas 1956 zunächst noch die Haltung Jugoslawiens beim Bruch mit der Sowjetunion 1948/49 unterstützt und die diplomatische Kontaktaufnahme zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien begrüßt hatte, wurden (nachdem sich diese Kontakte zunächst sehr schnell wieder abgekühlt hatten) in die Erklärungen der beiden Moskauer ‚Weltkongresse' von 1957 und 1960 deutliche Passagen gegen die jugoslawische Führung aufgenommen. So heißt es in der Moskauer Erklärung von 1960: *„Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugosla-*

wiens ... haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht... Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung" (Zit. aus „Ein Vorschlag zur Generallinie...", 14.6.63, abgedruckt in der „Polemik...").

Indem die KP Chinas 1963 und auch später eben diese Position vertrat (im völligen Gegensatz zu ihren Stellungnahmen von 1956), beanspruchte sie, die Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960 zu verteidigen, die von der Sowjetunion verraten worden seien. (Nach einer zeitweisen Abkühlung waren inzwischen die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen wieder in Schwung gekommen). Hinzu kam, daß die jugoslawische Führung sich inzwischen zum lautesten und schäftsten Sprachrohr der Polemik gegen die KP Chinas gemacht hatte, u.a. mit dem dann auch von der KPdSU etc. übernommenen Vorwurf, China strebe einen dritten Weltkrieg an.

Dieser kurze Überblick zeigt, daß die offizielle Haltung der KP Chinas zur Stalin-Frage recht starken taktischen Schwankungen unterworfen war und sich sehr an außen- und innenpolitischen Zweckmäßigkeiten orientierte. Ein besonderes inhaltliches Niveau hat die offizielle Haltung der KP Chinas zur Stalin-Frage niemals gehabt.

In „Zur Stalinfrage" heißt es beispielsweise zur Kritik an den „Fehlern" Stalins lediglich: *„In seiner Denkweise wich Stalin in einigen Fragen vom dialektischen Materialismus ab und verfiel in Metaphysik und Subjektivismus. Dadurch entfernte er sich manchmal von der Wirklichkeit und von den Massen. Im inner- und außerparteilichen Kampf verwechselte er zu gewissen Zeiten und in gewissen Fragen die zwei verschiedenen Arten von Widersprüchen — Widersprüche zwischen dem Feind und uns und Widersprüche im Volke — sowie die verschiedenen Methoden zur Lösung dieser zwei Arten von Widersprüchen. Als er die Unterdrückung der Konterrevolution leitete, wurden viele Konterrevolutionäre, die bestraft werden mußten, in gerechter Weise bestraft, aber zur gleichen Zeit wurden auch manche unschuldige Leute zu Unrecht verurteilt. So ist man 1937 und 1938 bei der Unterdrückung der Konterrevolution zu weit gegangen. In Partei- und Staatsorgansisationen befolgte Stalin nicht in vollem Maß den proletarischen demokratischen Zentralismus, oder verletzte ihn in gewissem Grad. Auch in der Behandlung der Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern beging er manche Fehler. In der internationalen kommunistischen Bewegung gab er ebenfalls einige falsche Ratschläge".*

Über diese sehr allgemein gehaltenen Aussagen hinaus setzte sich die KP Chinas offiziell niemals konkreter mit den „Verdiensten" und „Fehlern" Stalins auseinander. Daher blieb ihr direkter Beitrag zur internationalen „Stalinismus"-Aufarbeitung gering und bestand im wesentlichen in der Ermutigung neo-„stalinistischer" Tendenzen in Gestalt der in den 60er Jahren aufblühenden „ML"-Gruppen.

Verteidigte die KP Chinas den „Stalinismus"?

Das Mißverständnis oder die Fehlinterpretation liegt dabei allerdings ganz auf Seiten der „ML"-Gruppen. Zwar behauptete die KP Chinas: Stalins „Verdienste" seien *„im Vergleich mit seinen Fehlern größer. In der Hauptsache hatte Stalin recht, seine Fehler sind sekundär"* („Zur Stalinfrage"), und: *„Wie wir gesagt haben sollten Stalins Fehler und seine Leistungen im Verhältnis von 30 zu 70 bewertet werden"* (Mao Tse-tung, Die Einheit der Partei stärken, 30.8.56, Bd.5, S.358).

Dennoch ging es der KP Chinas dabei durchaus nicht – wie sich aus ihrer gesamten Politik leicht zeigen läßt – um eine Verteidigung des „Stalinismus". Abgesehen von den erwähnten innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten lag der chinesischen Haltung zur Stalin-Frage folgendes zugrunde: Die KP Chinas erkannte r i c h t i g, daß es bei der „Stalinismus"-Kritik der KPdSU keineswegs um eine Aufarbeitung und Korrektur von Fehlern im Sinne kommunistischer Politik ging. Die KP Chinas erkannte r i c h t i g, daß Chruschtschow (und ebenso alle Revisionisten, die Sozialdemokratie und die gesamte bürgerliche Propaganda) den „Stalinismus" angriffen, um in Wahrheit den Marxismus-Leninismus zu treffen. Nicht die Art und Weise, wie in der Sowjetunion zur Zeit Stalins die Diktatur des Proletariats ausgeübt (bzw. Mißbrauch mit dem Begriff getrieben) wurde, sondern die Diktatur des Proletariats ü b e r h a u p t war das Angriffsziel. Demgegenüber vertrat die KP Chinas z u R e c h t die Ansicht, daß beim Aufbau des Sozialismus die Diktatur des Proletariats nötig ist, um die Konterrevolution niederzuhalten – wenn man nicht den Sieg der Konterrevolution riskieren will.

Das sind Fragen von entscheidender Bedeutung für die kommunistische Bewegung. Nicht zufällig sind die schärfsten „Stalinismus"-Kritiker durchweg schon bei der „Erkenntnis" angekommen, daß das Übel bereits mit Lenin begonnen habe, eigentlich schon mit der Oktoberrevolution, daß die Wurzeln gar in der „leninistischen Organisationsstruktur" (Kaderpartei) liegen könnten, oder womöglich (wie die französichen „Neuen Philosophen" herausgefunden haben) schon im Marxismus, oder vielleicht überhaupt in der notwendigerweise zu Gewalt und Diktatur führenden „Idee" des Klassenkampfes.

R i c h t i g sah die KP Chinas auch (schon 1956), daß die von der KPdSU auf dem XX. Parteitag eingeleitete „Stalinismus"-Kritik und „Entstalinisierung" zu einer erheblichen Schwächung und Zersetzung der kommusitischen Parteien und des „sozialistischen Lagers" gegenüber dem Imperialismus führen würde, wie es dann auch tatsächlich der Fall war. Den Stalin-Kult fast aller anderen Parteien hatte die KP Chinas in den exzessiven Formen nicht mitgemacht. Richtig begriff sie aber die Folgen, die es zwangsläufig haben mußte, wenn anstelle dieses Stalin-Kultes von einem Tag auf den anderen eine ebenso totale Verdammung und Verteufelung Stalins gesetzt wurde.

Recht hatte die KP Chinas schließlich auch mit ihrer Kritik an der Art und Weise, wie die kommunistische Weltbewegung mit dieser „Stalinismus"-Kritik von der KPdSU-Spitze überrumpelt und nach altem Brauch herumkommandiert wurde.

Ist die theoretische „Stalinismus" Kritik der KP Chinas sehr mager, so ist die praktische Kritik der KP Chinas an der Politik der KPdSU unter Stalin umso umfassender und bedeutender. Diese praktische Kritik besteht in der in vielen Punkten ganz anders orientierten Politik der KP Chinas. Mit den Stichworten „Kulturrevolution" und „Laßt 100 Blumen blühen" sei hier das wesentliche Element dieser praktischen Stalin-Kritik nur kurz angedeutet.

Im Lichte der Stalin-Frage zeigt sich die chinesische Führung seit dem Rechtsputsch vom 6. Oktober 1976 scheinbar widersprüchlich. Einerseits hat die neue Führung gegen die „Viererbande" und gegen deren „Anhänger" eine Hexenjagd und Diffamierungs-Kampagne durchgeführt, die in der Tonart sehr an die Zeit der Prozesse und „Säuberungen" der 30er Jahre erinnert. Auch die Tatsache, daß die „Viererbande und ihre Anhänger" in oft schon lächerlicher Weise als Sündenbock für x-beliebige Schwierigkeiten, Mißerfolge, schlechte Ernten, Korruption, Jugendkriminalität etc. pp. bemüht werden, erinnert an die „stalinistischen" Praktiken. Andererseits erinnern viele Züge der neuen chinesichen Innenpolitik an die „Tauwetter"-Periode nach dem XX. Parteitag der KPdSU – Hinwendung zu einer relativen kulturellen Vielfalt, Betonung des Wertes von Wissenschaft und Forschung gegenüber dogmatischen Ansprüchen des Partei-Apparats, pluralistische Diskussion (allerdings fehlen im Chor der Stimmen anscheinend vollständig die Verteidiger der Kulturrevolution, der „Viererbande" usw.).

Insofern wäre es nicht überraschend, wenn zukünftig von der KP China eine weitergehendere, schärfere Verurteilung des „Stalinismus" zu hören wäre als bisher – was wiederum die „Einheitsfront"-Politik der auf Peking orientierten „ML"-Gruppen erleichtern würde und ihnen endlich die Doppelzüngigkeit abnehmen würde, zwar die Unterdrückung von Oppositionellen in der heutigen Sowjetunion anzugreifen, aber die „stalinistische" Repression gutzuheißen.

Der „Neo-Stalinismus" am Beispiel der „KPD/ML"

Die „Verteidigung Stalins" gegen die revisionistische „Stalinismus"-Kritik gehörte zu den politischen Elementen der meisten Organisationen und Gruppen, die in Orientierung an der KP Chinas entstanden. Dies allerdings in unterschiedlichem Maß: Als tatsächlich neo-„stalinistisch" können beispielsweise in der BRD nur die „KPD/ML" , der KABD und der „Arbeiterbund" München gelten. Die „KPD" hatte zunächst ein differenzierteres Verhältnis zur Stalin-Frage, gab dann aber dem Druck der „KPD/ML" und dem Wunsch nach internationaler Anerkennung durch die „ML"-scene nach – jedoch erkennbar mehr gezwungen, als aus Lust an der Sache.

Die Neo-„Stalinisten" zeichnen sich dadurch aus, daß sie bei jeder Stalin-Kritik, die auch nur ein winziges Stück über die „Polemik..." der KP Chinas h i n a u s geht, in ein Wutgeheul ausbrechen und wild schimpfend auf den „trotzkistischen" Frechling eindreschen. Der „KPD/ML" reicht das inzwischen aber nicht mehr – sie hat auch die „Polemik..." der KP Chinas verdammt und will g a r k e i n e Kritik an Stalin mehr zulassen. Sie ist somit das vollkommenste Beispiel für eine neo-„stalinistische" Gruppe.

Stalin statt Mao

Die neue Welle des Stalin-Kults in der „KPD/ML" steht in engstem Zusammenhang mit der Verdammung Mao Tse-tungs. Im selben Maß, wie Mao schrittweise abgeurteilt wurde, kam Stalin in der „KPD/ML" zu noch höheren Ehren.

Zu ahnen war diese Entwicklung seit dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens (PdAA), im November 1976, wo Mao allenfalls noch als historische Figur bei der Befreiung Chinas gewisse Anerkennung fand, ansonsten aber der chinesische Beitrag zum Kampf gegen den Revisionismus, zur Einschätzung der Weltlage usw. usf. vollkommen ignoriert wurde.

Im Februar 1978 legte das ZK der „KPD/ML", zunächst intern, ein Papier vor, mit dem bewiesen werden sollte, daß Mao Tse-tung „kein Klas-

siker" sei, sondern vielmehr „schwerwiegende Abweichungen vom Marxismus-Leninismus" begangen habe. Immerhin schien man Maos praktisches und theoretisches Werk damals noch nicht v o l l s t ä n d i g zu verdammen, und in der Stellungnahme des ZK der „KPD/ML" wurde festgestellt: **„Auch wenn wir der Meinung sind, daß Mao Tse-tung kein Klassiker ist, halten wir ihn dennoch für einen großen Revolutionär, der an der Spitze der KP Chinas das chinesische Volk zum Sieg in der Revolution geführt hat. Ihn zu verdammen oder sogar auf eine Stufe mit den Revisionisten zu stellen, die jetzt die Führung der KP Chinas gänzlich an sich**

BRÜDERCHEN FRUST *von Gerhard Zarbock*

Aus »Pardon«, Juni 1977

gerissen haben, wäre unserer Meinung nach völlig falsch". – Im Dezember 78 hingegen wurde auf einem sogenannten „IV. Parteitag der KPD/ML" eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: *„...daß sich das Auftreten des heutigen chinesischen Revisionismus nicht von den sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen trennen läßt ... Unsere Partei stellt fest, daß die Mao-Tse-tung-Ideen den Lehren des Marxismus-Leninismus widersprechen".* Und im „Kommunique des IV. Parteitags" heißt es: die Mao-Tse-tung-Ideen seien **„die theoretische Grundlage des chinesischen Revisionismus"** (Zitate aus „Roter Morgen", 5.1.79).

In einem Bericht des „Roten Morgen" (5.1.) zu diesem „Parteitag" heißt es sehr klar: *„Manche von euch werden sich vielleicht noch daran erinnern, daß damals, auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte, an nahezu jeder zweiten Jacke der Mao-Knopf blitzte, während Stalin von der gleichen Bewegung allgemein verurteilt wurde...* **Es liegt nahe, zu vermuten, daß die schwankenden kleinbürgerlichen Intellektuellen sich gerade aus d e n Gründen schnell für Mao Tse-tung und die Mao-Tse-tung-Ideen begeisterten, aus denen sie Stalin scharf ablehnend gegenüberstanden".**

Das ist zweifellos richtig!

Klassenkampf im Sozialismus

In der „Klassiker"-Stellungnahme des ZK der „KPD/ML" vom Februar 78 wird die These aufgestellt, Stalin habe **„sich in der Theorie und Praxis in keiner grundlegenden Frage geirrt"** und seine Werke könnten **„von den Marxisten-Leninisten ohne Vorbehalte zur Grundlage ihrer Arbeit genommen werden"** (Hervorh. vom Verf.).

Als ersten Beleg für diese These bringt das ZK ausgerechnet jenes berüchtigte Zitat Stalins von 1936 (Rede über den Entwurf der Verfassung der UdSSR), wo Stalin behauptet, in der Sowjetunion seien bereits alle Ausbeuterklassen liquidiert, sei die Ausbeutung vollständig aufgehoben. (In der „Geschichte der KPdSU (B), die von Stalin redigiert wurde, heißt es explizit, in der Sowjetunion gebe es nur noch Werktätige, und zwischen diesen würden sich die „Klassenscheidungen" „verwischen", sodaß *„die Grundlage der moralisch-politischen Einheit der Gesellschaft geschaffen worden"* sei, S. 416).

Diese „Theorie" Stalins bildete das ideologische Gerüst für die in den 30er und 40er Jahren wütende Praxis, politische Widersprüche nur noch als das Werk imperialistisch-faschistischer Agenten zu kriminalisieren. Wer durch politischen Widerspruch die „moralisch-politische Einheit der Gesellschaft" in Frage stellte, geriet in Gefahr, „ausgeschaltet" und „liquidiert" zu werden.

Während das ZK der „KPD/ML" diese Praxis als vorbildlich hinstellt, greift es ebenso vehement die anders orientierte Praxis der KP Chinas unter der Führung Maos an. Mao Tse-tung ging, wie allgemein bekannt, von der Fortexistenz des Klassenkampfs auch im Sozialismus aus.

In der Kritik an dieser These Mao Tse-tungs vermengt die „KPD/ML" (wahrscheinlich nicht einmal absichtlich, sondern tatsächlich aus Dummheit) zwei verschiedene Dinge: Den ideologischen Klassenkampf, d.h. der Kampf gegen bürgerliche Anschauungen, der in der KP sich als „Kampf zweier Linien" niederschlägt. Und andererseits den praktischen Klassenkampf gegen Reste der alten Ausbeuterklassen und Zwischenschichten.

Der ideologische Klassenkampf ist relativ unabhängig von der physischen Existenz von Resten der alten Ausbeuterklassen und Zwischenschichten, da auch nach deren Aussterben noch keineswegs bürgerliches Denken, bürgerliche Verhaltensweisen usw. automatisch verschwinden.

Wenn Mao Tse-tung also davon spricht, daß der Klassenkampf, der Kampf zweier Linien, noch auf lange Sicht hin nötig sein werden, so behauptet die „KPD/ML" schlichten Gemüts, Mao wolle „also" die Existenz der Bourgeoisie „verewigen".

Bereits in „Über den Widerspruch" (1937) schrieb Mao: *„Ständig kommt es innerhalb der Partei zur Gegenüberstellung und zum Kampf verschiedener Ansichten, und das ist die Widerspiegelung der in der*

Gesellschaft vorhandenen Widersprüche zwischen den Klassen, zwischen dem Alten und dem Neuen in der Partei" (Hervorh. vom Verf.).

Demgegenüber behauptet das ZK der „KPD/ML", gestützt auf Zitate von Enver Hodscha, es d ü r f e in der Partei keine „zwei Linien" geben, nicht einmal für kurze Zeit. Taucht also eine zweite „Linie" auf (neben der „korrekten"), so müsse sie „unerbittlich", „mit allen Konsequenzen", „schonungslos" usw. bekämpft werden. *„Wenn parteifeindliche Elemente auftauchen"* (d.h. wenn Widerspruch zur „korrekten Linie" auftritt), so müßten sie zumindest aus der Partei ausgeschlossen werden. **„Oft ist es auch nötig, ihnen den Kopf abzuschlagen"** (Stellungnahme des ZK der „KPD/ML", Febr. 78).

Gar so erheiternd ist das nicht, denn in Albanien ist das seit langem „bewährte Praxis": Während keinerlei politische Linienkämpfe stattfinden, wird dem Volk von Zeit zu Zeit mitgeteilt, daß in der Parteiführung wieder ein paar Verräter, Agenten des Imperialismus, Giftmischer etc. pp. hingerichtet werden mußten. Von politisch-ideologischen Widersprüchen hört man dabei nie – in bester Tradition der Moskauer Prozesse der 30er Jahre.

Mao hat auf den höchst einleuchtenden Aspekt hingewiesen, daß sich oft auf Anhieb gar nicht sagen läßt, w e l c h e Seite im Fall von grundlegenderen Meinungsverschiedenheiten denn nun recht hat und welche nicht. Für das ZK der „KPD/ML" gibt es deshalb eine ebenso einfache wie wirkungsvolle Faustregel: Die „ k o r r e k t e Linie" ist immer die des ZK bzw. im Zweifelsfall die gerade im ZK vorherrschende. (Man erinnere sich an den völlig bescheuerten alten stalinistischen Schlachtgesang „Die Partei hat immer recht!"). Andere Linien sind also falsch, also „parteifeindlich", also „schonungslos hinauszusäubern".

Diese stalinistische Faustregel erlaubt es, auch mit komplizierten Situationen und wechselnden Verhältnissen fertig zu werden: Früher war es beispielsweise „die korrekte Linie", den Besuch von F. J. Strauß in China zu bejubeln. Wer das anders sah, war also deutlich als „Parteifeind" kenntlich und „hinauszusäubern". Heute ist es dafür genau umgekehrt.

Wer die satirischen Schilderungen in der „Farm der Tiere" (animal farm) von George Orwell kennt, kann sich nur über die verblüffenden Parallelen wundern!

Man kann sich vorstellen, welch ein Blutbad diese Idioten bei jedem ihrer zahlreichen Linien-Schwenks unter den jeweiligen „Partei-Feinden" anrichten würden, falls sie jemals die Macht im Staate hätten.

Soll nur e i n e „Blume" blühen?

1957 stellte die KP Chinas die Parole auf „Laßt 100 Blumen blühen!...". Ausgehend von der Tatsache, daß es oft nicht auf Anhieb möglich ist, falsche und richtige Ideen zu unterscheiden, forderte Mao Tse-tung einen weitgehend freien Meinungskampf.

Auch das hält die „KPD/ML" selbstverständlich für falsch: *„Die Ansichten, die Mao Tse-tung hier vertritt, sind unmarxistisch. ‚Freie Meinungsäußerung', ‚Meinungskampf', ‚keinen Druck ausüben' — das alles sind liberalistische Haltungen gegenüber der dem Sozialismus und der Diktatur des Proletariats feindlichen und fremden Ideologie. Die Arbeiterklasse darf keinesfalls zulassen, daß ‚hundert Blumen blühen', sie darf es nicht erlauben, daß das Gift des Antimarxismus verbreitet wird, sondern muß die Verbreitung der bürgerlichen Kunst, Kultur und Wissenschaft u n t e r d r ü c k e n ... Für die kommunistische Partei und die Diktatur des Proletariats darf es nur e i n e Blume geben — die des Marxismus-Leninismus, des sozialistischen Realismus, des dialektischen Materialismus... Die bürgerlichen Kunstrichtungen, Ideologien, die Philosophie der Bourgeoisie müssen schonungslos bekämpft werden. Man darf diese giftige Saat n i c h t a u f k e i m e n lassen, sondern muß sie s c h o n u n g s l o s a u s r e i ß e n"* (Stellungnahme des ZK der „KPD/ML", Febr. 78; Hervorh. v. Verf.).

Mao sagt in „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke" (1957) ganz zutreffend: **„Oft wird eine P r o b e z e i t notwendig sein, um zu entscheiden, ob etwas richtig oder falsch ist. In der Vergangenheit gelang es dem Neuen und Richtigen anfangs oft nicht, die Anerkennung der Mehrheit der Menschen zu erringen und es konnte sich erst auf Umwegen im Kampf durchsetzen. Richtiges und Gutes wurde häufig zunächst nicht als duftende Blume, sondern als Giftpflanze angesehen"** (Hervorh. vom Verf.).

Kann man diese schlichte historische Wahrheit anzweifeln? Und ob, das ZK der „KPD/ML" k a n n ! Es reißt erst einmal a l l e s aus, was anders aussieht als die einzig erlaubte „Blume". Da diese Wahnsinns-„Gärtner" häufig ihre Ansicht ändern, w a s gerade „Blume" und was „Giftpflanze" sei, hacken sie entsprechend blindwütig herum.

Verdammung der Kulturrevolution

Ernst Aust, seit Gründung der „KPD/ML" ununterbrochen deren stets korrekter und prinzipienfester Vorsitzender, schrieb im Juli 1967 in der Nr. 1 des „Roten Morgen": **„Die unter der persönlichen Anleitung des Genossen Mao Tse-tung geführte Kulturrevolution ist seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unter Anleitung Lenins das größte welthistorische Ereignis ... Mit dieser großen proletarischen Kulturrevolution hat Genosse Mao Tse-tung einen bedeutenden Beitrag zum Marxismus-Leninismus geleistet und für die internationale Kommunistische Bewegung eine hervorragende Pioniertat vollbracht. Er hat sich würdig in die Reihe der K l a s s i k e r des Marxismus, Marx, Engels, Lenin eingereiht"** (Hervorh. vom Verf.; das Fehlen Stalins in diesem Zitat ist übrigens n i c h t zufällig).

Das sieht heute natürlich ganz anders aus. In der „Klassiker"-Stellungnahme des ZK der „KPD/ML" vom Febr. 78 hieß es immerhin noch, die Kulturrevolution *„versetzte den Feinden des Sozialismus, den bürgerlichen Elementen und Revisionisten, die schon dabei waren, die Macht an sich zu reißen, einen schweren Schlag. Deshalb müssen wir die Große Proletarische Kulturrevolution und ihre Errungenschaften nach wie vor verteidigen".*

Das entsprach allerdings wenig später schon nicht mehr den neuesten Verlautbarungen aus Albanien. Und so kann man nun im „Roten Morgen" als allerneuesten Erkenntnisstand lesen, daß die Kulturrevolution **„sich chaotisch und ohne jede Führung durch die Partei entwickelte, sich tatsächlich gegen die Partei und den Staat richtete, viele anarchistische, antizentralistische Züge trug"** (RM, 5.1.79). Es fragt sich nur, welchen Sinn angesichts der politischen Situation zu Beginn der Kulturrevolution (1965/66) die Behauptung haben soll, die Kulturrevolution habe sich gegen d i e Partei und gegen d e n Staat gerichtet...?! Da schmunzeln die Klassiker!

Mit der vollständigen Verdammung der Kulturrevolution hat die „KPD/ML" einen konsequenten Schritt getan und endlich den antagonistischen Widerspruch zwischen der „stalinistischen" Linie einerseits und den Erfahrungen der Kulturrevolution andererseits gelöst.

Die Partei vom neo-„stalinistischen" Typ

Die neo-„stalinistischen" Gruppen, die seit etwa Mitte der 60er Jahre weltweit aus dem Boden schossen, sind sich alle im T y p u s sehr ähnlich. Hier einige der wesentlichen Kennzeichen:

- „Die Partei" erklärt sich selbst zur Führerin der Arbeiterklasse – unabhängig davon, wie minimal ihr tatsächlicher politischer Einfluß ist. Folgerichtig schreibt die PdA Albaniens der „KPD/ML" in einer Grußbotschaft zu deren „IV. Parteitag": **„Der Kampf Eurer Partei ... wird nach wie vor die v o l l s t ä n d i g e U n t e r s t ü t z u n g der deutschen Werktätigen haben"** (RM, 5.1.79).
- Alles, was „die Partei" unternimmt, ist zumindest *„bedeutsam"*, wenn nicht gar ein *„historisches Ereignis"* für die Arbeiterklasse des betreffenden Landes, selbst dann, wenn sich die Arbeiterklasse den Teufel um diese „Avantgarde" schert.
- „Die Partei" bezeichnet sich in ihren Selbstdarstellungen vorzugsweise mit den Attributen *„Geschlossenheit und Einheit"* (Das ist der natürliche D a u e r zustand „der Partei"), *„prinzipienfest"* und *„korrekt"*.

An diesen Attributen wird unveränderlich festgehalten, obwohl es beispielsweise hierzulande k e i n e Organisation gibt, die so oft und so total ihre „korrekte Linie" verändert hat wie die „KPD/ML". Typisch für die Selbstdarstellung „der Partei" sind aufgeblasene, inhaltsleere Phrasen wie

etwa: Der „VI. Parteitag der KPD/ML" war *„geprägt von einer außerordentlichen Geschlossenheit und Einheit auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Linie der Partei* (Die „Linie" der „Partei" ist selbstverständlich immer „marxistisch-leninistisch" – Anm. d. Verf.) *und ihrer Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Der IV. ordentliche Parteitag der KPD/ML wurde von vollem Erfolg gekrönt".* (RM, 5.1.79, S. 1).

Diese „Partei", die sich ständig selbst bejubelt, beklatscht, abküßt und auf den Schultern trägt, ohne ihre Ansprüche an der Realität des Klassenkampfes zu messen, ist das lächerliche Zerrbild der ausgereiften und zur Macht gelangten stalinistischen Partei, die mit dem staatlichen Machtapparat ihren Anspruch durchsetzt, „immer recht" zu haben.

– „Die Partei" liebt im Umgang mit anderen Organisationen oder mit Fraktionen der eigenen Organisation eine deftige Sprache: *„Parteifeinde", „Parteischädlinge", „Agenten des Kapitals", „unversöhnlicher Kampf", „ausrotten", „hinaussäubern"* etc.

– „Die Partei" unterwirft sich vollständig den wechselnden Standpunkten einer übergeordneten „Bruderpartei". Diese Bruderpartei ist 100%ig „korrekt", „marxistisch-leninistisch", „prinzipienfest" – jeder Zweifel an ihr ist „konterrevolutionär".

– „Die Partei" ist weitestgehend unfähig zur Selbstkritik, was sich schon aus dem einfachen Umstand ergibt, daß sie ununterbrochen **„die korrekte marxistisch-leninistische Partei"** per Definition ist. Daher werden Fehler stets auf Sündenböcke abgewälzt. Vorzugsweise sind das „die in die Partei eingedrungenen Kleinbürger". Bei der „KPD/ML" kommt jetzt noch hinzu, daß sich die „Mao-Tse-tung-Ideen" als weiterer Sündenbock anbieten. In der Resolution des „IV. Parteitags der KPD/ML" ist diese Argumentationslinie voll gelungen: *„Der Einfluß der Mao-Tse-tung-Ideen hat bereits in den sechziger Jahren den Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien gegen den Chruschtschow-Revisionismus erschwert. Er hat verhindert, daß von der marxistisch-leninistischen Weltbewegung insgesamt sämtliche antimarxistischen Positionen verworfen wurden"* (RM, 5.1.79). Und in einer ZK-Rede mit ähnlicher Stoßrichtung wird behauptet, daß die Mao-Tse-tung-Ideen *„bis heute den Kampf der Marxisten-Leninisten in der Welt nicht nur auf das schwerste behindert haben, sondern daß sie zugleich auch ein Einfallstor des modernen Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung waren"* (RM, 5.1.79 – Hervorhebungen in beiden Zitaten vom Verf.).

Jeder, der nicht völlig bescheuert ist oder skrupellos lügt, weiß, daß es ohne den Einfluß der KP Chinas, namentlich die „Polemik..." und die Kulturrevolution in den 60er Jahren nicht zur Herausbildung der „ML"-Gruppen gekommen wäre. (Ob das ein Verlust wäre, sei dahingestellt). Daß „Parteien" neo-„stalinistischen" Typs wie die „KPD/ML" sich damals verbal auf eine vorbehaltlose Gefolgschaft gegenüber der KP Chinas fest-

legten, ist allein i h r e Schuld.

Eine vorbildliche k o m m u n i s t i s c h e Antwort in einer ähnlichen Situation gab die KP Chinas in ihrem Artikel zur „Stalin-Frage" in der „Polemik ...": **„Wir verteidigen Stalin, aber nicht seine Fehler. Einige Fehler Stalins haben die chinesischen Kommunisten schon vor langem am eigenen Leib gespürt ... Aber gerade weil einige falsche Ansichten Stalins von gewissen chinesischen Genossen angenommen und angewandt wurden, müssen w i r C h i n e s e n die Verantwortung tragen. Deshalb hat unsere Partei im Kampf gegen den ‚Links'- und Rechtsopportunismus immer nur unsere eigenen Genossen, die gefehlt haben, kritisiert, aber niemals die Schuld auf Stalin geschoben".**

W.I. Lenin
Brief an den Parteitag (Auszüge)

23. Dezember 1922

Ich würde sehr empfehlen, auf diesem Parteitag eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen.

Ich möchte Ihnen die Erwägungen mitteilen, die ich für die wichtigsten halte.

In erster Linie rate ich, die Zahl der Mitglieder des ZK auf einige Dutzend oder sogar auf hundert zu erhöhen. Mir scheint, unserem Zentralkomitee würden, falls wir eine solche Reform nicht vornehmen, große Gefahren drohen, wenn sich der Gang der Ereignisse nicht ganz günstig für uns gestaltet (damit müssen wir aber rechnen).

Sodann möchte ich der Aufmerksamkeit des Parteitages empfehlen, den Beschlüssen der Staatlichen Plankommission unter bestimmten Voraussetzungen gesetzgeberischen Charakter zu verleihen, diesbezüglich also Gen. Trotzki bis zu einem gewissen Grad und unter gewissen Bedingungen entgegenzukommen.

Was den ersten Punkt betrifft, d.h. die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK, so glaube ich, daß es nötig ist, sowohl um die Autorität des ZK zu heben als auch um ernsthaft an der Verbesserung unseres Apparats zu arbeiten und um zu verhindern, daß Konflikte kleiner Teile des ZK eine übermäßig große Bedeutung für das ganze Schicksal der Partei erlangen könnten.

Ich glaube, daß unsere Partei das Recht hat, von der Arbeiterklasse 50 – 100 Mitglieder des ZK zu verlangen, und daß sie diese von ihr ohne übermäßige Anspannung ihrer Kräfte erhalten kann.

Eine solche Reform würde unsere Partei erheblich festigen und ihren Kampf erleichtern, den sie inmitten feindlicher Staaten zu führen hat, und der sich meiner Meinung nach in den nächsten Jahren stark zuspitzen kann und muß. Mir scheint, daß unsere Partei durch eine solche Maßnahme tausendfach an Stabilität gewinnen würde.

24. Dezember 1922

Unter der Stabilität des Zentralkomitees, von der ich oben gesprochen habe, verstehe ich Maßnahmen gegen eine Spaltung, insoweit solche Maßnahmen überhaupt getroffen werden können. Denn der Weißgardist in der „Russkaja Mysl" (ich glaube, es war S.F. Oldenburg) hatte natürlich recht, als er erstens seine Hoffnungen in dem Spiel dieser Leute gegen Sowjetrußland auf eine Spaltung unserer Partei setzte und als er zweitens seine Hoffnungen hinsichtlich dieser Spaltung auf sehr ernste Meinungsverschiedenheiten in der Partei setzte.

Unsere Partei stützt sich auf zwei Klassen, und deshalb ist ihre Instabilität möglich und ihr Sturz unvermeidlich, wenn es dahin käme, daß zwischen diesen beiden Klassen kein Einvernehmen erzielt werden könnte. Es ist zwecklos für diesen Fall diese oder jene Maßnahme zu treffen und überhaupt von der Stabilität unseres ZK zu sprechen. Keinerlei Maßnahmen werden in diesem Fall eine Spaltung verhindern können. Ich hoffe jedoch, das liegt in allzu ferner Zukunft und ist ein allzu unwahrscheinliches Ereignis, als daß man darüber sprechen müßte.

Ich meine mit Stabilität die Garantie vor einer Spaltung in allernächster Zeit und beabsichtige, hier eine Reihe von Erwägungen rein persönlicher Natur anzustellen.

Ich denke, ausschlaggebend sind in der Frage der Stabilität unter diesem Gesichtspunkt solche Mitglieder des ZK wie Stalin und Trotzki. Die Beziehungen zwischen ihnen stellen meines Erachtens die größere Hälfte der Gefahr jener Spaltung dar, die vermieden werden könnte und zu deren Vermeidung meiner Meinung nach unter anderem die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50, auf 100 Personen dienen soll.

Genosse Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Genosse Trotzki, wie schon sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.

Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen. Ich will die persönlichen Eigenschaften der anderen Mitglieder des ZK nicht weiter charakterisieren. Ich erinnere nur daran, daß die Episode mit Sinowjew und Kamenew im Oktober natürlich kein Zufall war, daß man sie ihnen aber ebensowenig als persönliche Schuld anrechnen kann, wie Trotzki den Nichtbolschewismus.

Was die jungen Mitglieder des ZK betrifft, so möchte ich einige Worte

über Bucharin und Pjatakow sagen. Das sind meines Erachtens die hervorragendsten Kräfte (unter den jüngsten Kräften), und ihnen gegenüber sollte man folgendes im Auge haben: Bucharin ist nicht nur ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert, und, glaube ich, nie vollständig begriffen).

25. Dezember 1922

Nun zu Pjatakow. Er ist zweifellos ein Mensch mit großer Willenskraft und glänzenden Fähigkeiten, der jedoch einen allzu starken Hang für das Administrieren und für administrative Maßnahmen hat, als daß man sich in einer ernsten politischen Frage auf ihn verlassen könnte.

Natürlich mache ich die eine wie die andere Bemerkung nur für die Gegenwart und für den Fall, daß diese beiden hervorragenden und ergebenen Funktionäre keine Gelegenheit finden sollten, ihr Wissen zu erweitern und ihre Einseitigkeit zu überwinden.

Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922

Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch *einen* Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann.

26. Dezember 1922

Die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50 oder sogar 100 Personen soll meines Erachtens einem doppelten oder sogar dreifachen Ziel dienen: Je mehr Mitglieder dem ZK angehören, desto mehr Genossen werden in der ZK-Arbeit geschult und desto geringer wird die Gefahr einer Spaltung auf Grund irgendeiner Unvorsichtigkeit sein. Die Einbeziehung vieler Arbeiter in das ZK wird den Arbeitern helfen, unseren Apparat zu verbessern, der unter aller Kritik ist. Im Grunde genommen wurde er uns

vom alten Regime hinterlassen, denn es war völlig unmöglich, ihn in so kurzer Zeit, besonders während des Krieges, der Hungersnot usw. umzugestalten. Daher kann man den „Kritikern", die uns spöttisch oder boshaft mit Hinweisen auf die Defekte unseres Apparats aufwarten, ruhig antworten, daß diese Leute die Bedingungen der gegenwärtigen Revolution absolut nicht begreifen. Den Apparat in einem Jahrfünft hinreichend umzugestalten ist überhaupt unmöglich, besonders unter den Bedingungen, unter denen sich die Revolution bei uns vollzogen hat. Es genügt, daß wir in fünf Jahren einen Staat von neuem Typus geschaffen haben, in dem die Arbeiter, gefolgt von den Bauern, gegen die Bourgeoisie vorgehen, auch das ist angesichts der feindlichen internationalen Umgebung eine gigantische Leistung. Aber dieses Bewußtsein darf uns den Blick nicht dafür trüben, daß wir im Grunde den alten Apparat vom Zaren und von der Bourgeoisie übernommen haben und daß jetzt, nachdem der Frieden gekommen und der minimale Bedarf zur Stillung des Hungers gesichert ist, alle Arbeit darauf gerichtet sein muß, den Apparat zu verbessern.

Ich stelle mir die Sache so vor, daß einige Dutzend Arbeiter, die Mitglieder des ZK werden, sich besser als irgend jemand sonst damit befassen können, unseren Apparat zu überprüfen zu verbessern und neuzugestalten. Die Arbeiter- und Bauerninspektion, die diese Funktion zunächst innehatte, erwies sich als außerstande, ihr gerecht zu werden, und kann lediglich als „Anhängsel" oder unter bestimmten Voraussetzungen als Helferin dieser Mitglieder des ZK Verwendung finden. Die Arbeiter, die ins ZK aufzunehmen sind, dürfen meiner Meinung nach vorwiegend nicht unter jenen Arbeitern ausgewählt werden, die einen langen Sowjetdienst durchgemacht haben (in diesem Teil meines Briefes zähle ich zu den Arbeitern überall auch die Bauern), weil sich bei diesen Arbeitern schon bestimmte Traditionen und bestimmte Vorurteile herausgebildet haben, die wir gerade bekämpfen wollen.

Arbeitermitglieder des ZK sollen vorwiegend Arbeiter sein, die unter jener Schicht stehen, welche bei uns in den fünf Jahren in die Reihen der Sowjetangestellen aufgerückt ist, und mehr zu den einfachen Arbeitern und zu den Bauern gehören, die jedoch nicht direkt oder indirekt unter die Kategorie der Ausbeuter fallen. Ich glaube, daß solche Arbeiter, die in allen Sitzungen des ZK, in allen Sitzungen des Politbüros anwesend sind und alle Dokumente des ZK lesen, einen Stamm ergebener Anhänger der Sowjetordnung bilden können, die erstens fähig sind, dem ZK selbst Stabilität zu verleihen, und die zweitens imstande sind, wirklich an der Erneuerung und Verbesserung des Apparats zu arbeiten.

30. Dezember 1922

Es scheint, ich habe mich vor den Arbeitern Rußlands sehr schuldig gemacht, weil ich mich nicht mit genügender Energie und Schärfe in die ominöse Frage der Autonomisierung eingemischt habe, die offiziell,

glaube ich, als Frage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezeichnet wird.

Im Sommer, als diese Frage auftauchte, war ich krank, und dann, im Herbst, setzte ich allzu große Hoffnungen auf meine Genesung und darauf, daß es mir auf dem Oktober- und Dezemberplenum möglich sein würde, mich in diese Frage einzuschalten. Indessen konnte ich weder auf dem Oktoberplenum (bei diesem Punkt) noch auf dem Dezemberplenum anwesend sein, so daß diese Frage völlig ohne mich behandelt wurde.

Ich konnte lediglich mit Gen. Dzierzynski sprechen, der vom Kaukasus gekommen war und mir erzählte, wie diese Frage in Georgien steht. Auch mit Gen. Sinowjew konnte ich ein paar Worte wechseln und ihm meine Befürchtungen hinsichtlich dieser Frage mitteilen. Auf Grund dessen, was Gen. Dzierzynski berichtete, der die Kommission leitete, die vom Zentralkomitee mit der „Untersuchung" des georgischen Zwischenfalls betraut worden war, konnte ich nur die größten Befürchtungen hegen. Wenn es so weit gekommen war, daß Ordshonikidse sich zu physischer Gewaltanwendung hinreißen ließ, wie mir Gen. Dzierzynski mitteilte, so kann man sich vorstellen, in welchem Sumpf wir gelandet sind. Offenbar war dieses ganze Unterfangen mit der „Autonomisierung" von Grund aus falsch und unzeitgemäß.

Man sagt, die Einheit des Apparats sei nötig gewesen. Woher stammten diese Behauptungen? Doch wohl von demselben russischen Apparat, den wir, wie ich schon in einer früheren Aufzeichnung meines Tagebuchs feststellte, vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben.

Zweifellos hätte man mit dieser Maßnahme so lange warten sollen, bis wir sagen konnten, daß wir uns für unseren Apparat wirklich wie für den eigenen verbürgen. Jetzt aber müssen wir, wenn wir ehrlich sein wollen, umgekehrt sagen, daß wir einen Apparat als eigenen bezeichnen, der uns in Wirklichkeit noch durch und durch fremd ist und ein bürgerlich-zaristisches Gemisch darstellt, das wir beim besten Willen in den fünf Jahren nicht überwinden konnten, in denen uns die Hilfe anderer Länder fehlte und wir uns vorwiegend militärisch „betätigten" und die Hungersnot bekämpften.

Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, daß sich die „Freiheit des Austritts aus der Union", mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist. Kein Zweifel, daß der verschwindende Prozentsatz sowjetischer und sowjetisierter Arbeiter in diesem Meer des chauvinistischen großrussischen Packs ertrinken wird wie die Fliege in der Milch.

Man sagt zur Verteidigung dieser Maßnahme, die Volkskommissariate, die mit der nationalen Mentalität, dem nationalen Bildungswesen unmittel-

bar zu tun haben, seien ausgesondert worden. Doch hier ergibt sich die Frage, ob man diese Volkskommissariate völlig aussondern kann, und die zweite Frage, ob wir mit genügender Sorgfalt Maßnahmen getroffen haben, um die Nichtrussen tatsächlich vor dem echt russischen Dershimorda (Polizist in Gogols „Revisor". Zu deutsch: Halt-die-Schnauze.) zu schützen. Ich glaube, wir haben diese Maßnahmen nicht getroffen, obwohl wir sie hätten treffen können und müssen.

Mir scheint, hier haben Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren wie auch seine Wut auf den ominösen „Sozialnationalismus" eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wut ist in der Politik gewöhnlich überhaupt von größtem Übel.

Ich fürchte auch, daß Gen. Dzierzynski, der nach dem Kaukasus gefahren war, um die „Verbrechen" dieser „Sozialnationalisten" zu untersuchen, sich hier ebenfalls nur durch seine echt russische Gesinnung hervorgetan hat (bekanntlich neigen die russifizierten Nichtrussen stets zur Übertreibung, was die echt russische Gesinnung betrifft) und daß die Unvoreingenommenheit seiner ganzen Kommission durch Ordshonikidses „Handgreiflichkeit" hinreichend charakterisiert wird. Ich meine, diese russische Handgreiflichkeit läßt sich durch keine Provokation und sogar durch keine Beleidigung rechtfertigen, und Gen. Dzierzynski hat eine nicht wiedergutzumachende Schuld auf sich geladen, weil er sich leichtfertig zu dieser Handgreiflichkeit verhielt.

Ordshonikidse verkörperte gegenüber allen anderen Bürgern im Kaukasus die Staatsmacht. Ordshonikidse hatte kein Recht zu jener Gereiztheit, auf die er und Dzierzynski sich beriefen. Ordshonikidse war im Gegenteil verpflichtet, eine solche Zurückhaltung zu üben, wie sie kein einziger gewöhnlicher Bürger üben muß, um so weniger einer, der eines „politischen" Verbrechens angeklagt ist. Und die Sozialnationalisten waren ja, im Grunde genommen, Bürger, die eines politischen Verbrechens angeklagt waren, und die ganzen Umstände konnten diese Anklage nur so und nicht anders qualifizieren.

Hier ergibt sich bereits die wichtige prinzipielle Frage: Wie ist der Internationalismus zu verstehen. (Weiter ist in der stenografischen Aufzeichnung folgender Text gestrichen: „Ich bin der Meinung, daß unsere Genossen in diese wichtige prinzipielle Frage nicht genügend eingedrungen sind." - Dietz Verlag.)

31. Dezember 1922

Ich habe bereits in meinen Schriften über die nationale Frage geschrieben, daß es nicht angeht, abstrakt die Frage des Nationalismus im allgemeinen zu stellen. Man muß unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation.

Was die zweite Art von Nationalismus betrifft, so haben wir Angehörigen einer großen Nation uns in der geschichtlichen Praxis fast immer einer Unzahl von Gewalttaten schuldig gemacht, ja mehr als das, unmerklich für uns selbst fügen wir den anderen eine Unzahl von Gewalttaten und Beleidigungen zu – ich brauche mir nur meine Wolgazeit ins Gedächtnis zurückzurufen und mich daran zu erinnern, wie man bei uns die Nichtrussen behandelt, wie man einen Polen nicht anders denn „Polacken" nennt, jeden Tataren als „Fürsten" verspottet, den Ukrainer nur beim Spitznamen „Chochol" ruft, alle Georgier und die Angehörigen anderer kaukasischer Stämme als „Kapkaser" verhöhnt.

Deshalb muß der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder sogenannten „großen" Nation (obzwar groß nur durch ihre Gewalttaten, groß nur in dem Sinne, wie ein Dershimorda groß ist) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nation zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt. Wer das nicht begriffen hat, der hat die wirklich proletarische Einstellung zur nationalen Frage nicht begriffen, der ist im Grunde auf dem Standpunkt des Kleinbürgertums stehengeblieben und muß deshalb unweigerlich ständig zum bürgerlichen Standpunkt abgleiten.

Was ist für den Proletarier wichtig? Für den Proletarier ist nicht nur wichtig, sondern geradezu lebensnotwendig, sich seitens des Nichtrussen ein Maximum von Vertrauen im proletarischen Klassenkampf zu sichern. Was ist dazu nötig? Dazu ist nicht nur die formale Gleichheit nötig. Dazu ist nötig, durch sein Verhalten oder durch seine Zugeständnisse gegenüber dem Nichtrussen so oder anders das Mißtrauen, den Argwohn zu beseitigen, jene Kränkungen aufzuwiegen, die ihm in der geschichtlichen Vergangenheit von der Regierung der „Großmacht"nation zugefügt worden sind.

Ich denke, für Bolschewiki, für Kommunisten ist es überflüssig, das noch weiter und eingehend zu erklären. Und ich glaube, im gegebenen Fall, in dem es sich um die georgische Nation handelt, haben wir ein typisches Beispiel dafür, wo eine wahrhaft proletarische Einstellung größte Vorsicht, Zuvorkommenheit und Nachgiebigkeit unsererseits erfordert. Ein Georgier, der sich geringschätzig zu dieser Seite der Sache verhält, der leichtfertig mit Beschuldigungen des „Sozialnationalismus" um sich wirft (während er selbst ein wahrer und echter „Sozialnationalist", ja mehr noch, ein brutaler großrussischer Dershimorda ist), ein solcher Georgier verletzt im Grunde genommen die Interessen der proletarischen Klassensolidarität, weil nichts die Entwicklung und Festigung der proletarischen Klassensolidarität so sehr hemmt wie die nationale Ungerechtigkeit und weil die „gekränkten" nationalen Minderheiten für nichts ein so feines Gefühl haben wie für die Gleichheit und für die Verletzung dieser Gleichheit, sei es auch nur aus Fahrlässigkeit, sei es auch nur im Scherz, für die Verletzung dieser Gleichheit durch ihre Genossen Proletarier. Deshalb ist

in diesem Falle ein Zuviel an Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gegenüber den nationalen Minderheiten besser als ein Zuwenig. Deshalb erfordert in diesem Falle das grundlegende Interesse der proletarischen Solidarität und folglich auch des proletarischen Klassenkampfes, daß wir uns zur nationalen Frage niemals formal verhalten, sondern stets den obligatorischen Unterschied im Verhalten des Proletariers einer unterdrückten (oder kleinen) Nation zur unterdrückenden (oder großen) Nation berücksichtigen.

31. Dezember 1922

Was für praktische Maßnahmen sind nun bei der entstandenen Lage zu ergreifen?

Erstens muß man die Union der Sozialistischen Republiken bestehen lassen und festigen; über diese Maßnahme kann kein Zweifel sein. Wir brauchen sie ebenso wie das kommunistische Weltproletariat für den Kampf gegen die Weltbourgeoisie und für die Verteidigung gegen ihre Intrigen.

Zweitens muß man die Union der Sozialistischen Republiken, was den diplomatischen Apparat betrifft, bestehen lassen. Nebenbei bemerkt, bildet dieser Apparat eine Ausnahme in unserem Staatsapparat. Wir haben dort keine einzige irgendwie einflußreiche Person aus dem alten zaristischen Apparat zugelassen. Der ganze irgendwie maßgebende Apparat besteht dort aus Kommunisten. Deshalb hat sich dieser Apparat schon (das kann man ohne weiteres sagen) den Ruf eines bewährten kommunistischen Apparats erworben, der in unvergleichlich, unermeßlich höherem Maße von dem alten zaristischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Apparat gesäubert ist als jener, mit dem wir uns in den anderen Volkskommissariaten behelfen müssen.

Drittens muß man Gen. Ordshonikidse exemplarisch bestrafen (ich sage das mit um so größerem Bedauern, als ich persönlich zu seinen Freunden gehöre und im Ausland, in der Emigration mit ihm zusammengearbeitet habe) sowie alle Materialien der Kommission Dzierzynskis nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen, um die Unmenge von Unrichtigkeiten und voreingenommenen Urteilen, die es dort zweifellos gibt, zu korrigieren. Politisch verantwortlich für diese ganze wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne müssen natürlich Stalin und Dzierzynski gemacht werden.

Viertens muß man äußerst strenge Vorschriften hinsichtlich des Gebrauchs der nationalen Sprache in den nichtrussischen Republiken erlassen, die unserer Union angehören, und die Befolgung dieser Vorschriften besonders sorgfältig kontrollieren. Zweifellos werden bei uns, wie unser Apparat heute beschaffen ist, unter dem Vorwand des einheitlichen Eisenbahnbetriebs, unter dem Vorwand des einheitlichen Fiskus usw. eine Menge von Mißbräuchen echt russischer Art Platz greifen. Für den Kampf

gegen diese Mißbräuche bedarf es besonderer Findigkeit, ganz zu schweigen von der besonderen Aufrichtigkeit jener, die einen solchen Kampf aufnehmen. Hier ist ein detaillierter Kodex nötig, den nur die Angehörigen der Nation, die in der betreffenden Republik leben, einigermaßen erfolgreich zusammenstellen können. Dabei soll man keinesfalls von vornherein die Möglichkeit ausschließen, daß man auf Grund dieser ganzen Arbeit auf dem nächsten Sowjetkongreß wieder einen Schritt zurückmacht, d.h. die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nur in militärischer und diplomatischer Hinsicht bestehen läßt, in jeder anderen Hinsicht aber die volle Selbständigkeit der einzelnen Volkskommissariate wiederherstellt.

Man muß in Betracht ziehen, daß die Zersplitterung der Volkskommissariate und die fehlende Koordinierung ihrer Arbeit mit Moskau und den anderen Zentren durch die Autorität der Partei ausreichend wettgemacht werden kann, wenn von dieser Autorität einigermaßen umsichtig und unvoreingenommen Gebrauch gemacht wird; der Schaden, der unserem Staat daraus entstehen kann, daß die nationalen Apparate mit dem russischen Apparat nicht vereinigt sind, ist unermeßlich geringer, unendlich geringer als jener Schaden, der nicht nur uns erwächst, sondern auch der ganzen Internationale, den Hunderte Millionen zählenden Völkern Asiens, dem in der nächsten Zukunft bevorsteht, nach uns ins Rampenlicht der Geschichte zu treten. Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die kleinste Grobheit und Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen nichtrussischen Völkern untergraben würden. Eine Sache ist die Notwendigkeit, uns gegen die westlichen Imperialisten zusammenzuschließen, die die kapitalistische Welt verteidigen. Hier kann es keine Zweifel geben, und ich brauche nicht erst zu sagen, daß ich diese Maßnahme rückhaltlos gutheiße. Eine andere Sache ist es, wenn wir selbst, sei es auch nur in Kleinigkeiten, in imperialistische Beziehungen zu den unterdrückten Völkerschaften hineinschlittern und dadurch unsere ganze prinzipielle Aufrichtigkeit, unsere ganze prinzipielle Verteidigung des Kampfes gegen den Imperialismus völlig untergraben. Denn der morgige Tag der Weltgeschichte wird eben der Tag sein, an dem die vom Imperialismus unterdrückten Völker, die sich schon regen, endgültig erwachen werden, an dem der lange und schwere Entscheidungskampf um ihre Befreiung beginnen wird.

Mao Tse-tung
Bei der Unterdrückung der Konterrevolution muß die Massenlinie der Partei befolgt werden

1. Die Bewegung zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre, die gegenwärtig das ganze Land erfaßt, ist ein großer, heftiger und komplizierter Kampf. Die Linie für diese Arbeit, die sich überall als erfolgreich erwiesen hat, ist die Massenlinie der Partei. Das bedeutet: Führung durch die Parteikomitees, Mobilisierung aller Parteimitglieder, Mobilisierung der Massen, Beteiligung der demokratischen Parteien und von Persönlichkeiten aus allen Bevölkerungskreisen, einheitliche Planung, einheitliches Handeln, genaueste Überprüfung der Listen jener Personen, die verhaftet oder hingerichtet werden sollen, Beachtung der Taktik in den verschiedenen Phasen des Kampfes, eine umfassende Propaganda und Erziehung (durch Abhalten verschiedener Arten von Konferenzen, Kadersitzungen, Aussprachen und Massenversammlungen, auf denen allen die Opfer Anklage erheben können und Beweismaterial für die Verbrechen gezeigt werden kann sowie durch Propaganda mit Hilfe von Filmen, Lichtbildern, Theateraufführungen, Zeitungen, Broschüren und Flugblättern, damit jede Familie und jeder einzelne über diese Bewegung Bescheid weiß), Schluß machen mit der Politik der verschlossenen Tür und der Geheimnistuerei, entschiedene Bekämpfung jener Abweichung, die durch unbesonnenes Handeln gekennzeichnet ist. Wo diese Linie völlig befolgt wird, ist die Arbeit völlig korrekt. Wo man dieser Linie nicht folgt, wird die Sache falsch gemacht. Und überall da, wo diese Linie im großen und ganzen, aber nicht genau befolgt wird, ist die Arbeit im großen und ganzen, aber nicht völlig korrekt. Unserer Meinung nach ist diese Linie für diese Arbeit eine Garantie dafür, daß sich der Kampf zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre vertieft, und für den vollen Erfolg in diesem Kampf. Von nun an muß diese Linie bei der Unterdrückung der Konterrevolutionäre strikt befolgt werden. Unter all den aufgeführten Punkten sind die genaueste Überprüfung der Listen der zu verhaftenden oder hinzurichtenden Perso-

nen und die umfassende Propaganda und Erziehung am wichtigsten. Wird beides gut gemacht, können Fehler vermieden werden.

2. Die Zahl der hinzurichtenden Konterrevolutionäre muß in bestimmten Proportionen gehalten werden. Dabei gilt folgendes Prinzip: Diejenigen, die Blutschuld oder andere äußerst schwere Verbrechen auf sich geladen haben und ohne deren Hinrichtung der Volkszorn nicht besänftigt werden kann sowie diejenigen, die den Staatsinteressen äußerst schweren Schaden zugefügt haben, müssen ohne Zögern zum Tode verurteilt und unverzüglich hingerichtet werden. Jenen gegenüber, die Kapitalverbrechen begangen, jedoch keine Blutschuld auf sich geladen haben, und von der Bevölkerung nicht bitter gehaßt werden, oder den Staatsinteressen zwar schweren, aber keinen äußerst schweren Schaden zugefügt haben, muß die Politik sein: Ein Todesurteil fällen und es zwei Jahre zur Bewährung aussetzen; während dieser Zeit läßt man sie Zwangsarbeit leisten, um zu sehen, wie sie sich betragen. Außerdem ist klar festzulegen, daß diejenigen, die verhaftet werden könnten, aber nicht unbedingt verhaftet werden müssen, unter keinen Umständen verhaftet werden dürfen; anders zu handeln wäre ein Fehler. Entsprechend zu behandeln sind diejenigen, die hingerichtet werden könnten, aber nicht unbedingt hingerichtet werden müssen; in einem solchen Fall ein Todesurteil zu vollstrecken, wäre auch ein Fehler.

3. Um „linken" Abweichungen in der Hitze der Bewegung zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre vorzubeugen, wurde festgelegt, daß ab 1. Juni in allen Orten des Landes – auch dort, wo es bis jetzt nur sehr wenige Hinrichtungen gegeben hat – die Befugnis, Verhaftungen zu genehmigen, ausnahmslos wieder in den Händen der Bezirksmachtorgane und die Befugnis, Hinrichtungen zu genehmigen, ausnahmslos wieder in den Händen der Provinzmachtorgane zu sein hat; letztere entsenden Vertreter, wenn sie in von der Provinzhauptstadt weit entfernten Orten über Todesurteile zu befinden haben. Keinem Ort ist es erlaubt, eine Änderung dieser Bestimmung zu verlangen.

4. Von jetzt an müssen alle Konterrevolutionäre der „mittleren Schicht" und der „inneren Schicht" planmäßig ausgesiebt werden. In Übereinstimmung mit der Weisung des Zentralkomitees wurde beschlossen, diesen Sommer und Herbst eine erste Überprüfung in Form einer Ausrichtungskampagne durchzuführen, die alle jene Personen betrifft, welche nach der Befreiung im Dienst belassen wurden sowie alle Intellektuellen, die erst seit kurzem bei uns arbeiten, mit dem Ziel, die Situation zu klären und die ganze Reihe hervorstechender Fälle zu behandeln. Dabei wird folgendermaßen verfahren: Es werden die Dokumente über die Unterdrückung der Konterrevolutionäre studiert und alle jene unter den obenerwähnten Angestellten und Intellektuellen, deren Vergangenheit fragwürdig ist, aufgerufen (also werden nicht einfach alle aufgerufen), offen und ehrlich über ihr Vorleben zu berichten und die problematischen Dinge darin, die sie bis jetzt für sich behalten haben, auf den Tisch zu legen. Für diese

Bewegung der Offenlegung soll der Leiter der jeweiligen Organisation verantwortlich sein; das Prinzip ist Freiwilligkeit, Zwang ist nicht gestattet. Sie soll in jeder Einheit nur kurze Zeit dauern, darf nicht in die Länge gezogen werden. Die einzuschlagende Taktik ist: die Mehrheit gewinnen, die Minderheit isolieren – als Vorbereitung für eine weitere Überprüfung im Winter. Die Überprüfung muß zuerst in den führenden Organen, den Organen für öffentliche Sicherheit und den anderen empfindlichen Abteilungen durchgeführt werden, dann sind die gewonnenen Erfahrungen zu verbreiten. Bei diesen Überprüfungen in Regierungsinstitutionen, Lehranstalten und Fabriken müssen auch Nichtparteimitglieder in den mit dieser Arbeit betrauten Komitees sitzen, damit isoliertes Handeln von Parteimitgliedern vermieden wird.

5. Im gegenwärtigen großen Kampf zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre müssen überall Massen-Komitees für öffentliche Sicherheit gebildet werden. Diese Komitees sollen auf dem Lande in allen Gemeinden und in der Stadt in allen Institutionen, Lehranstalten, Fabriken und Wohnvierteln von den Volksmassen gewählt werden. Sie sollten mindestens drei und höchstens elf Mitglieder haben, und es müssen zuverlässige Patrioten, die nicht der Partei angehören, in ihnen vertreten sein, was die Komitees zu Einheitsfrontorganisationen für öffentliche Sicherheit werden läßt. Sie werden von den Regierungs- und Sicherheitsorganen der untersten Ebene angeleitet und haben die Aufgabe, der Volksregierung zu helfen, Konterrevolutionäre hinauszusäubern, Verräter und Spione unschädlich zu machen und die nationale und öffentliche Sicherheit zu schützen. Sie müssen in jenen ländlichen Gebieten, wo die Bodenreform abgeschlossen ist und in den Städten, wo die Unterdrückung der Konterrevolutionäre bereits in vollem Gange ist, unter Anleitung errichtet werden, damit verhindert wird, daß schlechte Elemente diese Gelegenheit zum Eindringen nützen.

Mao Tse-tung
Bei der Unterdrückung der Konterrevolution wohlüberlegt, genau gezielt und unerbittlich zuschlagen

1

Bitte, achtet darauf, daß ihr bei der Unterdrückung der Konterrevolutionäre wohlüberlegt, genau gezielt und unerbittlich zuschlagt.

(19. Dezember 1950)

2

Eine Reihe Banditenhäuptlinge, örtliche Despoten und Geheimagenten sind in 21 Kreisen Westhunans hingerichtet worden, und in diesem Jahr werden weitere von den örtlichen Machtorganen hingerichtet werden. Ich bin der Meinung, daß Maßnahmen dieser Art absolut notwendig sind. Denn nur so können wir den Feinden die Luft ablassen und die Moral des Volkes heben. Wenn wir schwach und unentschlossen, tolerant und nachgiebig sind, dann wird das Volk darunter leiden, und wir werden uns von den Massen entfremden.

Wohlüberlegt Schläge austeilen bedeutet, die Taktik zu beachten. Genau gezielt zuschlagen bedeutet, niemanden irrtümlich hinzurichten. Unerbittlich zuschlagen bedeutet, entschlossen all die reaktionären Elemente hinzurichten, die die Todesstrafe verdienen (diejenigen, die sie nicht verdienen, dürfen natürlich nicht hingerichtet werden). Solange wir keine irrtümlichen Hinrichtungen vornehmen, brauchen wir nichts zu fürchten, auch wenn die Bourgeoisie aufschreit.

(17. Januar 1951)

3

In Schantung herrscht in manchen Gegenden Lethargie, in anderen wieder wird leichtfertig gehandelt. Beide Abweichungen sind in den verschiedenen Städten und Provinzen im allgemeinen festzustellen, und man muß darauf achten, daß sie korrigiert werden. Doch ist leichtfertiges Handeln die größere Gefahr. Erzieht und überzeugt man sie, können die Trägen schließlich wieder aktiv werden, und es macht keinen großen Unterschied, ob ein Konterrevolutionär ein paar Tage früher oder später hingerichtet wird. Aber leichtfertig zu handeln und die Falschen zu verhaften und hinzurichten, das wird sehr böse Folgen haben. Kontrolliert bitte streng die Arbeit zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre, geht immer umsichtig vor und korrigiert unbedingt jede Abweichung leichtfertigen Handelns. Wir müssen alle Konterrevolutionäre unterdrücken, dürfen aber auf gar keinen Fall die Falschen verhaften oder hinrichten.

(30. März 1951)

4

Im Hinblick auf die Konterrevolutionäre, die in der Kommunistischen Partei, in der Volksbefreiungsarmee, in den Organen der Volksregierung, in den Erziehungskreisen, in den Industrie- und Handelskreisen, in den religiösen Kreisen, in den demokratischen Parteien und in den Massenorganisationen aufgespürt worden sind, hat das Zentralkomitee folgendes beschlossen: Diejenigen, deren Verbrechen nicht todeswürdig sind, werden zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen oder unterschiedlich langen Gefängnisstrafen verurteilt oder unter öffentliche Überwachung und Aufsicht ge-

stellt; doch von all den Konterrevolutionären, die die Todesstrafe verdienen, sind auch nur jene hinzurichten, die Blutschuld auf sich geladen haben, über deren schwerwiegende Verbrechen wie wiederholte Notzucht oder Plünderung in sehr großem Ausmaß in der Öffentlichkeit Empörung herrscht, oder die den Staatsinteressen schwersten Schaden zugefügt haben, während den anderen gegenüber die Politik verfolgt wird, das Todesurteil zwar auszusprechen, es aber zwei Jahre zur Bewährung auszusetzen, in dieser Zeit sollen sie Zwangsarbeit leisten und auf ihr Betragen hin beobachtet werden. Das ist eine vorsichtige Politik, mit der man Fehler vermeiden kann. Sie kann die Sympathie der Persönlichkeiten verschiedener Kreise gewinnen, die konterrevolutionären Kräfte aufspalten und zur gründlichen Ausmerzung der Konterrevolution beitragen. Darüber hinaus erhält sie viele Arbeitskräfte, die für die Aufbauarbeit in unserem Lande nützlich sein können. Deswegen ist diese Politik korrekt. Es ist anzunehmen, daß von allen in Partei- und Regierungsorganen, in der Armee, den Bildungsinstitutionen, den Industrie- und Handelskreisen und den Massenorganisationen aufgespürten Konterrevolutionären, die die Todesstrafe verdienen, jene, die Blutschuld oder andere den Zorn des Volkes hervorrufende Verbrechen auf sich geladen bzw. den Staatsinteressen schwersten Schaden zugefügt haben, nur eine ganz kleine Anzahl ausmachen, grob geschätzt 10 bis 20 Prozent, während die Zahl jener anderen, über die das Todesurteil zwar ausgesprochen, aber zur Bewährung ausgesetzt werden soll, wahrscheinlich mit 80 bis 90 Prozent anzusetzen ist – das heißt, 80 bis 90 Prozent können gerettet werden. Diese Konterrevolutionäre unterscheiden sich von den Banditenhäuptlingen, rückfälligen Räubern und örtlichen Despoten auf dem Land, von den örtlichen Despoten, Banditenhäuptlingen, rückfälligen Räubern, Anführern von Verbrecherbanden und Häuptlingen reaktionärer Geheimgesellschaften in den Städten und von gewissen Geheimagenten, die die Interessen des Staates aufs schwerste geschädigt haben, dadurch, daß sie eben keine Blutschuld auf sich geladen und keine anderen schwerwiegenden Verbrechen begangen haben, sich daher nicht den tiefen Haß der Massen zugezogen haben. Zwar ist der Schaden, den sie den Staatsinteressen zugefügt haben, schwer genug, aber nicht extrem. Sie haben Kapitalverbrechen begangen, aber die Massen waren nicht direkt Opfer. Richten wir solche Leute hin, werden wir es schwer haben, bei den Massen Verständnis dafür zu finden, und die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden nicht besonders günstig darauf reagieren. Zugleich würden dadurch sehr viele Arbeitskräfte verlorengehen, und die Feinde könnten nicht aufgespalten werden; dazu kommt, daß uns in dieser Frage auch Fehler passieren können. Deshalb hat das Zentralkomitee hinsichtlich dieser Leute eine Politik beschlossen, die darin besteht, zwar Todesurteile auszusprechen, diese aber zur Bewährung auszusetzen und die Betreffenden Zwangsarbeit leisten zu lassen, um zu sehen, wie sie sich betragen. Wenn manche von ihnen sich nicht umerziehen lassen und weiter Übeltaten begehen, können wir sie später

immer noch hinrichten, weil die Initiative in unseren Händen liegt. Alle lokalen Behörden sind aufgefordert, die in Partei- und Regierungsorganen, in der Armee, den Bildungsinstitutionen, den Industrie- und Handelsorganisationen und den Massenorganisationen entdeckten Konterrevolutionäre gemäß dem obengenannten Prinzip zu behandeln. Vorsichtshalber müssen die wenigen zu vollstreckenden Todesurteile (von schätzungsweise 10 bis 20 Prozent aller zum Tode Verurteilten) ausnahmslos den Verwaltungsgroßregionen bzw. den Militärgroßbezirken gemeldet und von ihnen genehmigt werden. Handelte es sich um prominente Leute, deren Hinrichtung unsere Einheitsfrontarbeit beeinflussen könnte, so ist den zentralen Machtorganen Meldung zu erstatten und ihre Genehmigung einzuholen. Was die Konterrevolutionäre auf dem Lande betrifft, so werden wir gleichfalls nur diejenigen töten, deren Hinrichtung notwendig ist, um die Empörung des Volkes zu besänftigen, und niemand darf hingerichtet werden, ohne daß das Volk es verlangt. Bei manchen von ihnen werden wir ebenfalls die Politik der zur Bewährung ausgesetzten Todesurteile anwenden. Aber Leute, deren Tod vom Volk verlangt wird, müssen auf jeden Fall hingerichtet werden, damit der Volkszorn besänftigt und die Produktion gefördert wird.

(8. Mai 1951)

5

Die Politik der „zweijährigen Bewährungsfrist" darf unter keinen Umständen so ausgelegt werden, daß auch jene Verbrecher nicht hingerichtet werden, die Blutschuld auf sich geladen haben oder anderer schwerwiegender Verbrechen schuldig sind und deren Hinrichtung vom Volk gefordert wird. Das wäre falsch. Wir müssen den Kadern der Distrikte und Dörfer sowie den Volksmassen klarmachen, daß diejenigen, die sich wegen ihrer ungeheuerlichen Verbrechen den bitteren Haß des Volkes zugezogen haben und deren Hinrichtung allein die Empörung des Volkes besänftigen kann, zu diesem Zweck hingerichtet werden müssen. Nur bei den Konterrevolutionären, die zwar Kapitalverbrechen begangen haben, aber über die das Volk nicht so tief empört ist und deren Hinrichtung es auch nicht verlangt, soll man das Todesurteil zwei Jahre zur Bewährung aussetzen und während dieser Zeit der Zwangsarbeit sehen, wie sie sich betragen.

(15. Juni 1951)

6

Die Arbeit, die der Unterdrückung der Konterrevolutionäre gewidmet ist, muß völlig der einheitlichen Leitung der Parteikomitees aller Ebenen unterstellt werden, und die verantwortlichen Genossen aller Organe für öffentliche Sicherheit und der anderen Organe, die mit dieser Arbeit zu tun haben, müssen wie immer vorbehaltlos diese Führung akzeptieren.

(10. September 1951)

Mao Tse-tung
Die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und den nichtkommunistischen Parteien

Was ist besser, nur eine einzige Partei oder mehrere Parteien zu haben? Wie die Dinge heute liegen, scheint es wohl besser, wenn mehrere Parteien bestehen. Das war nicht nur in der Vergangenheit richtig, sondern mag auch für die Zukunft gelten. Es bedeutet „Koexistenz auf lange Sicht und gegenseitige Kontrolle".

Die vielen demokratischen Parteien in unserem Land, die sich hauptsächlich aus der nationalen Bourgeoisie und ihren Intellektuellen zusammensetzt, sind im Widerstand gegen die japanische Aggression und im Kampf gegen Tschiang Kai-schek entstanden und existieren bis auf den heutigen Tag. In dieser Hinsicht ist es bei uns anders als in der Sowjetunion. Wir haben die demokratischen Parteien mit voller Absicht weiterbestehen lassen, geben ihnen die Möglichkeit, ihre Ansichten zu äußern und verfolgen ihnen gegenüber eine Politik von „sowohl Einheit als auch Kampf". Wir müssen uns mit all jenen demokratischen Persönlichkeiten zusammenschließen, die uns in guter Absicht kritisieren. Wir sollten weiterhin die Initiative solcher Patrioten aus der Kuomintang-Armee und -Regierung wie We Li-huang und Weng Wen-hao aktivieren. Sogar solchen Leuten wie Lung Yün, Liang Schu-ming oder Peng Yi-hu, die uns beschimpfen, sollten wir ein Auskommen geben und wir sollten ihnen erlauben, über uns herzuziehen; den Unsinn, den sie verzapfen, müssen wir widerlegen, die berechtigten Vorwürfe jedoch akzeptieren. Das ist besser für die Partei, für das Volk und für den Sozialismus.

Da in China weiter Klassen und Klassenkampf existieren, muß es in der einen oder anderen Form Opposition geben. Obwohl alle demokratischen Parteien und parteilosen Demokraten erklärt haben, daß sie die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas anerkennen, stehen viele von ihnen tatsächlich mehr oder weniger in Opposition zu uns. In Fragen wie „Die Revolution zu Ende führen", wie den Widerstandskrieg gegen die USA-Aggression und zur Hilfe für Korea, wie der Bodenreform usw. waren sie sowohl gegen als auch für uns. Bis auf den heutigen Tag haben sie Vorbehalte gegen die Unterdrückung der Konterrevolutionäre. Das „Gemeinsame Programm", so sagten sie, sei ideal, also wollten sie keine Verfassung vom

sozialistischen Typ. Doch als der Verfassungsentwurf herauskam, haben sie alle zustimmend die Hand gehoben. Es ist oft so, daß sich die Dinge in ihr Gegenteil verwandeln. Das trifft auch für die Haltung der demokratischen Parteien zu vielen Fragen zu. Sie stehen in Opposition und stehen auch nicht in Opposition und sie gehen häufig von Opposition zu Nichtopposition über.

Die Kommunistische Partei und die demokratischen Parteien sind Produkte der Geschichte. Was in der Geschichte entsteht, verschwindet auch wieder im Lauf der Geschichte. Deshalb wird die Kommunistische Partei unvermeidlich eines Tages verschwinden, und mit den demokratischen Parteien wird es nicht anders sein. Ist dieses Verschwinden so unangenehm? Meiner Meinung nach wird es sehr angenehm sein. Ich halte es für wirklich gut, wenn wir die Kommunistische Partei und die Diktatur des Proletariats eines Tages nicht mehr brauchen. Unsere Aufgabe ist, ihr Verschwinden zu beschleunigen. Darüber haben wir schon oft gesprochen.

Gegenwärtig aber sind die proletarische Partei und die Diktatur des Proletariats absolut notwendig und sie müssen sogar unbedingt stärker gemacht werden. Sonst können wir die Konterrevolutionäre nicht unterdrücken, den Imperialisten nicht Widerstand leisten und den Sozialismus nicht aufbauen bzw. nicht konsolidieren, selbst wenn es uns gelingt, ihn aufzubauen. Die Theorie Lenins über die proletarische Partei und die Diktatur des Proletariats ist absolut nicht „überholt", wie manche Leute behaupten. Die Diktatur des Proletariats kann nicht umhin, einen starken Zwang auszuüben. Aber der Bürokratismus und der aufgeblasene Verwaltungsapparat müssen bekämpft werden. Ich schlage vor, daß der Partei- und Staatsapparat bedeutend vereinfacht, um zwei Drittel verkleinert wird – wobei darauf zu achten ist, daß erstens niemand zu Tode kommt und zweitens keine Arbeit ins Stocken gerät.

Aber die Vereinfachung des Partei- und Staatsapparats bedeutet nicht, daß wir uns der demokratischen Parteien entledigen wollen. Ich hoffe, ihr werdet euch der Einheitsfrontarbeit annehmen, damit sich die Beziehungen zwischen uns und ihnen verbessern und jede Anstrengung machen, ihre Initiative für den Sozialismus zu aktivieren.

Peking Rundschau Nr. 1/1977

Interview mit Charles Bettelheim

Im Juni dieses Jahres legte die Führung der KPdSU den Entwurf für eine neue Verfassung vor. Sie soll die alte sowjetische Verfassung aus dem Jahr 1936 ablösen.
Eine wesentliche Veränderung des vorliegenden Entwurfes ist, daß der sowjetische Staat nicht mehr als Staat der Diktatur des Proletariats gekennzeichnet wird. Damit wird die neue Verfassung dem einen rechtlichen Ausdruck verleihen, was sich in der Wirklichkeit der sowjetischen Gesellschaft in den Jahren seit dem XX. Parteitag 1956 herausgebildet hat.
Wenn dieser Parteitag für die sowjetische Geschichte ein Einschnitt war, so lassen sich allerdings seine Beschlüsse und die Entwicklung der letzten 20 Jahre nicht losgelöst von dem erklären, was sich die Sowjetunion bis 1956 an gesellschaftlichen Strukturen herausgebildet hatte.
In einem ersten Band eines auf drei Bände geplanten Werkes hat Charles Bettelheim die „Klassenkämpfe in der Sowjetunion" von 1917 bis 1923, Berlin 1975, untersucht und dargestellt. Der zweite Band, der sich mit der Entwicklung in der Zeit Stalins befaßt, ist in Arbeit. Die „Berliner Hefte" haben in ihrer dritten Nummer ein Interview mit Charles Bettelheim veröffentlicht, in der er zu einigen Fragen Stellung nimmt, die sich mit der Entwicklung in der Zeit Stalins beschäftigen.
Wir drucken das Interview im folgenden — leicht gekürzt — ab, auch wenn uns bestimmte Passagen über die kommunistische Partei offen für rechte Interpretationen erscheinen. Mao Tse-tung, auf dessen Beitrag „Über die zehn großen Beziehungen" Bettelheim hinweist, hat sich dort dahingehend geäußert, daß es im sozialistischen China verschiedene Parteien geben kann, womit er jedoch nicht abstreitet, daß für den erfolgreichen Kampf für den Kommunismus die führende Rolle der KP eine ausschlaggebende Bedingung darstellt. (Die Ausführungen von Mao über die Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei und den nichtkommunistischen Parteien drucken wir im Anschluß an das Bettelheim-Interview ab.)

Walter Aschmoneit: *Unser politisches Interesse bei der Behandlung der Stalin-Frage bezieht sich auf das Verhältnis von Demokratie und Sozialis-*

mus und auf die Verbindung von fortschrittlicher Intelligenz und arbeitenden Klassen. Wir meinen, daß diese zwei Aspekte einer Sache, der Volksmacht, sich Ende der zwanziger und dreißiger Jahre voneinander trennten: Seither, seit der „Stalinzeit", sind Demokratie und Sozialismus nicht mehr selbstverständlich eine Einheit. Seither ist die Intelligenz auch sehr mißtrauisch, ob ihre Interessen im Sozialismus aufgehoben sind.

Wie muß man an die Stalin-Frage herangehen? Ist das Unmenschliche, das im Namen des Sozialismus während der „Stalinzeit" geschah, auf bürgerliche Verhältnisse zurückzuführen? In diesem Zusammenhang wollen wir besonders auf die Fragen nach der materialistischen Methode einer Analyse eingehen, auf die Geschichtsschreibung unter Stalin selbst; anschließend auf das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus.

Charles Bettelheim: Wir sollten zuerst an die Stalin-Frage herangehen. Schon im Vorwort zum ersten Band meines Buches (Die Klassenkämpfe in der UdSSR) sah ich mich veranlaßt, diese Frage aufzuwerfen. Ich zeigte, welche Auffassung des Marxismus und Leninismus ich als „ökonomistisch" betrachtete.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß ich es kurz nach 1968 noch für möglich hielt, die Probleme des Sozialimperialismus direkt anzugehen und sie aus sich selbst heraus zu behandeln. Nachdem ich jedoch eine gewisse Anzahl von Texten geschrieben hatte, merkte ich, daß es zu viele Probleme in der heutigen UdSSR gab, deren historische Wurzeln in den Jahren vor dem XX. Parteitag lagen (1956), als daß es möglich gewesen wäre, sie getrennt von der Geschichte zu behandeln, oder indem man sie auf eine Geschichte bezog, die für viele von uns – einschließlich für mich – eine verschönte Geschichte war, die eine Reihe von ideologischen und politischen Realitäten zudeckte. Man muß also die Geschichte der Sowjetunion analysieren, nicht nur, um zu verstehen, wie die Sowjetunion das geworden ist, was sie heute ist, sondern auch, um daraus Lehren zu ziehen; und das ist das Wesentliche. Es geht also darum, nicht wieder einen Weg einzuschlagen, der nach einer proletarischen Revolution zu einer Reihe von Deformationen des Sozialismus führt und schließlich zur Restauration des Kapitalismus, der heute als Sozialimperialismus die Welt bedroht. Der ganze Umfang dieses Wegs muß analysiert werden.

Es ist um so notwendiger, an dieses Problem in allen seinen historischen Dimensionen heranzugehen, als ein Teil der Dinge, die sich ereignet haben, vor allem ab 1928/29, gegenüber den Forderungen der proletarischen Demokratie Brüche darstellen. Der Verfall der proletarischen Demokratie in der Sowjetunion ist auch ein Hindernis für die Aufnahme der Idee des Sozialismus und des revolutionären Marxismus in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten, in den Ländern, die eine bürgerlich demokratische Tradition haben.

Walter Aschmoneit: *Die übliche „Analyse" der Sowjetunion durch marxistisch-leninistische Gruppen erfolgt, grob zusammengefaßt, in drei Schrit-*

ten. In einem ersten Schritt wird die sowjetische Gesellschaft nach bestimmten Merkmalen nach Charakteristika betrachtet:

Herrscht „materieller Anreiz" vor oder politisch-gesellschaftliches Engagement?

Ist das „Profitprinzip" dominierend oder eine Planung nach den Bedürfnissen der werktätigen Massen?

Ist betriebliche „Rentabilität" der Maßstab des Wirtschaftens oder zentrale Bedarfsplanung?

Führen die „Spezialisten" das Zepter oder arbeiten sie unter politischer Führung der Arbeiter mit diesen zusammen?

Werden die Betriebe von einem Direktor geleitet oder ist die Führung kollektiv?

Werden jeweils die ersteren Merkmale festgestellt, folgert man, daß es sich nicht um eine sozialistische Gesellschaftsformation handeln könne: bürgerliche Verhältnisse herrschen also vor. (Daß in einer bestimmten historischen Situation solche Maßnahmen wie „Führung durch Spezialisten" revolutionär sein können – wie z.B. in der NEP –, weil sie die Volksmacht, die Diktatur des Proletariats, vor der Vernichtung retten, weist darauf hin, daß es sich nicht um eine wissenschaftliche Analyse handeln kann, sondern lediglich um eine Betrachtung von Erscheinungen; um eine Phänomenologie.)

Gemäß der hier skizzierten Methode wird also konstatiert: Bürgerliche Verhältnisse herrschen vor. Wie kam es dazu? Wie ist es zu erklären, daß die Diktatur des Proletariats, die im Oktober 1917 errichtet wurde, nun eine Diktatur der Bourgeoisie ist?

Im zweiten Schritt wird die Genese bürgerlicher Verhältnisse durch die Putschtheorie erklärt: Auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) hätten Chruschtschow und seine Clique die Revolutionäre übertölpelt, die Macht an sich gerissen und den sozialistischen Charakter der sowjetischen Gesellschaft von da an schrittweise zurückgedrängt. Diese Putschtheorie entspricht der Auffassung (in Umkehrung allerdings), daß die Partei der „Weltenschöpfer" sei: Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden nicht aus einer Analyse der Klassenbewegungen bestimmt, sondern aus den Entschließungen des ZK. Somit wäre die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion erklärt. (Anm. Wenn man dieses Verfahren an das China 1956 oder 1961 anlegt – man käme zu jedem beliebigen Resultat. Parteikämpfe gab es damals auch.)

In einem dritten Schritt sucht man nach zwei weiteren Bestimmungen: a) hohe Konzentration des Kapitals (Staatseigentum) und b) schrankenloser Terror (eine Reihe von Beispielen wird aufgezählt und kann auch aufgezählt werden). Diese beiden Bestimmungen liegen vor, also könne man die Sowjetunion faschistisch nennen.

Diese Verfahrensweise, Merkmale nachzuweisen, scheint eher etwas mit der Totalitarismustheorie gemein zu haben als mit einer wissenschaftlichen materialistischen Analyse.

Jene bürgerlichen Theoretiker des Kalten Krieges in den fünfziger Jahren setzten Herrschaftssysteme gleich, die sechs „Merkmale" aufwiesen: eine staatlich sanktionierte Ideologie; eine faktische Einparteienherrschaft; eine politische Geheimpolizei, die nach Bedarf Terror ausübt; ein Nachrichtenmonopol; ein Waffenmonopol und eine Zentralverwaltungswirtschaft.

In ihrer Untersuchung der „Klassenkämpfe in der Sowjetunion" haben Sie dagegen die Geschichte als objektiven Prozeß dargestellt, im Unterschied zur Demiurgentheorie. Können Sie uns diesen Ansatz näher darlegen?

Charles Bettelheim: Die zentrale Frage ist der Gegensatz zwischen einer wissenschaftlichen und einer nichtwissenschaftlichen Vorgehensweise. Die zweite behauptet, eine gesellschaftliche Formation auf der Basis einiger vereinzelter Merkmale erfassen zu können oder einen historischen Prozeß zu „erklären" aufgrund einiger Entscheidungen oder Manipulationen, die an der Spitze des Staatsapparates getroffen werden. Der extreme Fall, der besonders charakteristisch ist, ist die Theorie vom „Staatsstreich": es wird unterstellt, ein Manöver, an der Spitze von einer kleinen Gruppe von Menschen durchgeführt, wäre in der Lage, den Charakter einer gesellschaftlichen Formation total zu verändern. In Wirklichkeit lehrt uns der Marxismus, daß ein Staatsstreich die letzte Phase ist, die sich auf dem Vordergrund der politischen Szene eines Umwälzungsprozesses in den Klassenverhältnissen abspielt, eines Prozesses, der sich vorher vollzogen hat. Der Staatsstreich läßt also nur auf dem Vordergrund der politischen Szene jene Umwälzungen erscheinen, die schon vorher stattgefunden haben. Der Versuch, die sozialen Veränderungen durch einen Staatsstreich zu „erklären", entspricht einer idealistischen Sicht der Geschichte und nicht einer materialistischen.

Eine wissenschaftliche Vorgehensweise erfordert ein Zurückgehen auf die fundamentalen Lehren des historischen Materialismus. Angesichts der Geschichte der UdSSR und der bolschewistischen Partei muß man nach den Beziehungen fragen, die zwischen den Entscheidungen der Partei und der grundlegenden gesellschaftlichen Realität bestanden haben. Man muß die Entscheidungen der Partei als eine Folge der Klassenkämpfe betrachten und als Versuche, auf die Klassenwidersprüche einzugehen. In einigen Fällen gelingt es diesen Versuchen, in die reale historische Bewegung einzugreifen, aufgrund der Konstellation der Klassenbeziehungen. In anderen Fällen dagegen erzielen die Entscheidungen nur in geringem Umfang Ergebnisse oder führen sogar zu entgegengesetzten Resultaten dessen, was man eigentlich anstrebte, weil die Klassenverhältnisse nicht erlauben, die Ziele zu verwirklichen.

Die Geschichte der gesellschaftlichen Formation der Sowjetunion zu analysieren, bedeutet also im Grunde, die Bewegung der Veränderungen zu analysieren, die diese Formation durchgemacht hat, indem man die Beziehungen zwischen den Entscheidungen der bolschewistischen Partei und der

Bewegung der sozialen, ökonomischen und politischen Widersprüche aufdeckt. Meiner Ansicht nach ist nur so die wirkliche Entwicklung, der objektive Prozeß der historischen Umwälzungen, zu erklären.

Walter Aschmoneit: *Bei der Analyse der Klassen in der Übergangsgesellschaft ist der Begriff „Bourgeoisie" problematisch: Gibt es bürgerliche Elemente, eine Bourgeoisie, eine Staatsbourgeoisie? Wie ist diese Klasse in der Übergangsgesellschaft begrifflich zu fassen? Einige Kritiker Ihrer Analyse meinen, daß Sie die Bourgeoisie eher als Prinzip der Struktur der Übergangsgesellschaft verstehen und nicht als reale physische Kraft (mit einem organisatorischen Zentrum).*

Wie ist die bürgerliche Klasse in der Übergangsgesellschaft begrifflich zu fassen?

Charles Bettelheim: Es gibt mehrere Ebenen der Beantwortung dieser Frage. Ich glaube, daß die erste Antwort, die den Kern des Problems erfaßt, lautet: wir dürfen nicht vergessen, daß die Klassen keine Individuen (des sujets) sind. Die Klassen sind objektive Realitäten, sie sind das Resultat eines Systems von Produktionsverhältnissen, das Resultat der ideologischen und der politischen Verhältnisse. Das ist es, was die Klassen konstituiert. Sie sind auch nicht eine Summe von Individuen, von beruflichen Kategorien (categories socio-professionnelles), wie die bürgerliche Soziologie es will. Die Klassen sind das eigentliche Produkt der objektiven Verhältnisse und der Widersprüche, die aus ihnen resultieren. Die Existenz eines Klassenbewußtseins ist nicht notwendig für die Existenz einer Klasse. Eine Klasse existiert „an sich", bevor sie „für sich" existiert. Das gilt für das Proletariat ebenso wie für die Bourgeoisie. Wenn wir die Geschichte der sowjetischen Revolution und die spätere Entwicklung der gesellschaftlichen Formation der UdSSR betrachten, so ist klar, daß es während vieler Jahre alle möglichen Kräfte gab, die aus der alten Bourgeoisie stammten. Und ein Teil dieser Kräfte verstand sich sicherlich als bürgerlich: einige haben bewußt Absichten verfolgt, die entweder direkt konterrevolutionär waren oder aber auf die Durchdringung der sowjetischen Apparate abzielten. Die Schriften von Ustrjalow bezeugen den bewußten Willen einiger Kräfte der früheren Bourgeoisie, in den sowjetischen Apparat einzudringen und wieder eine vorherrschende Position einzunehmen; sie drangen in die Apparate ein, aber akzeptierten nur scheinbar die Existenz der proletarischen Macht und versuchten in Wirklichkeit, sie zu sabotieren oder von innen her zu zersetzen.

In der realen Entwicklung hat jedoch meiner Meinung nach die Existenz dieser bewußten Kräfte nicht die entscheidende Rolle gespielt. Meiner Ansicht nach hat die entscheidende Rolle die Fortexistenz eines Systems von Produktionsverhältnissen und von bürgerlich politischen Verhältnissen ge-

spielt, die nicht radikal erschüttert worden waren. Die Existenz dieser gesellschaftlichen Verhältnisse ist die objektive Basis der Existenz einer Bourgeoisie. Die Bourgeosie existiert sogar, wenn sie sich ihrer selbst nicht bewußt ist, wenn sie sich subjektiv mit dem identifiziert, von dem sie glaubt, es sei das Interesse des Proletariats.

Die Tatsache, daß die objektive Basis der Existenz der Bourgeoisie die Reproduktion bürgerlicher gesellschaftlicher Verhältnisse ist, bedeutet, daß man diese gesellschaftlichen Verhältnisse zerstören und andere aufbauen muß, will man den Klassenkampf bis zum Ende führen. Solange diese Aufgabe nicht angepackt wird, muß sich die Bourgeoisie ständig reproduzieren. Lediglich die Repräsentanten der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse anzugreifen, indem man sie in die Gefängnisse steckt, ändert nichts am Lauf der Geschichte. Im Gegenteil, es lenkt eher vom Wesentlichen ab.

Walter Aschmoneit: *Wie beurteilen Sie den Kurzen Lehrgang der Geschichte der bolschewistischen Partei (B), das offizielle Geschichtsbuch der UdSSR, das 1938 unter Stalin herausgegeben wurde?*

Charles Bettelheim: Was ich hier darlege, zeigt das Auseinanderklaffen zwischen der Art und Weise, die ich für angemessen halte, um eine historische Analyse zu erstellen und der schwarz-weiß-malenden und simplifizierenden Auffassung der offiziellen Geschichte der bolschewistischen Partei. Es handelt sich dabei um eine idealistische Geschichtsschreibung, die immer wieder auf den Beschlüssen der Partei insistiert; eine Geschichtsschreibung, die dann sogar noch die Fehler ignoriert, die gemacht wurden und die ignoriert, daß sich die Parteibeschlüsse und deren wirkliche Resultate nicht entsprachen. Diese Geschichte hilft uns nicht, das, was geschehen ist, wirklich zu verstehen.

Horst Domdey: *Können Sie einige Beispiele nennen, an denen die Fehler der Geschichtsschreibung des Kurzen Lehrgangs besonders deutlich werden?*

Charles Bettelheim: Was fragwürdig ist, ist die Vorgehensweise insgesamt, die Struktur der Denkweise. Nehmen wir z.B. die Periode ‚Ende der NEP und Übergang zur Kollektivierung'. Die Art, wie die Geschichte der bolschewistischen Partei diesen Übergang zur Kollektivierung darstellt, gibt einige Momente an, die nur scheinbar etwas erklären. Nach ihrer Auffassung habe die NEP 1928/29 die Gesamtheit der positiven Auswirkungen, die man erwarten konnte, tatsächlich verwirklicht, und das Niveau der Entwicklung der Produktionskräfte, das man damals erreicht hatte, sei das Maximum dessen, was die NEP leisten konnte. Um also die Landwirtschaft voranzubringen, sei es nötig gewesen, zu anderen Formen gesellschaftlicher Verhältnisse überzugehen (eine Auffassung, die übrigens den Akzent nicht auf die Forderungen der direkten Festigung der Diktatur des Proletariats legt, sondern auf den Aspekt der Produktion). Gemäß dieser Geschichtsschreibung hat die bolschewistische Partei also, als sie den Weg der Kollektivierung einschlug und eine Revolution von oben verwirklichte, eine Re-

volution durch Staat und Partei in Gang gesetzt. Zum ersten Mal übrigens wurde hier der Staatsmacht selbst eine zentrale Rolle in der Umwälzung der Produktionsverhältnisse übertragen. Die Bauernschaft erschien lediglich als Unterstützung der gesellschaftlichen Umwälzungen, aber nicht als ihr Motor. Andererseits stellt diese Geschichtsschreibung es so dar, daß es den Kulaken möglich gewesen wäre, durch ihre ökonomische Stärke die Versorgung der Städte zu blockieren und so den Industrialisierungsprozeß zu verhindern, hätte man nicht die Revolution von oben vollzogen.

Prüft man die wirkliche Lage von 1928, auch mittels der Analysen, die die bolschewistische Partei erstellt hatte, so stellt man verschiedenen Dinge fest: Erstens: die ökonomische Konsolidierung der Kulaken war gar nicht so entscheidend, wie das behauptet wurde. Im Gegenteil. Wie Molotow noch auf dem 15. Parteitag sagte, hatte die NEP eine Stärkung der Mittelbauern erreicht und nicht eine Stärkung der Kulaken, die eine Bedrohung für die Versorgung der Städte und der Industrie hätte darstellen können. So wird also der geringe Anteil an Klassenanalyse, der in diesem Teil der Geschichte vorkommt, tatsächlich noch geringer, wenn man die Statistiken überprüft und die Analyse selbst, die die Partei anderthalb Jahre vor der Inangriffnahme der Kollektivierung veröffentlicht hatte. Die materialistische Methode muß also nach den Bedingungen fragen, die tatsächlich zu jenen Veränderungen geführt hatten, die die Kollektivierung darstellt, und sie muß nach den Auswirkungen fragen, die die Kollektivierung auf die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, zwischen der Sowjetmacht und der Bauernschaft hatte.

Wenn man so vorgeht, stellt man fest, daß es tatsächlich ab 1926 eine relative Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion gab. Aber man kann auch feststellen, daß diese Stagnation eng mit der Politik der bolschewistischen Partei zusammenhing, im Hinblick auf die Preise der landwirtschaftlichen Produkte und im Hinblick auf die Versorgung der armen und mittleren Bauern, besonders mit Produktionsmitteln. Diese Versorgung war äußerst unzureichend. Sie setzte die armen und mittleren Bauern nicht wirklich instand, ihre ökonomischen Möglichkeiten zu entwickeln und aus eigener Kraft auf eine höhere Stufe der Entwicklung und aus eigenem Willen zu kollektiven Formen der Entwicklung der Landwirtschaft überzugehen. Molotow sagte selbst auf dem 15. Parteitag: Wir haben den Erfahrungen der Avantgarde der Bauernschaft auf dem Weg der Kollektivierung nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Auf diese Weise hatte die Partei die Entwicklung einer Situation zugelassen, in der das Potential der armen und mittleren Bauern nicht mobilisiert worden war. Das führte tatsächlich zu einer Produktionsstagnation, zu Preiserhöhungen und schließlich zur Notwendigkeit für die bolschewistische Partei – um die Versorgung der Städte zu sichern –, auf Requisitionsmaßnahmen zurückzugreifen (was man „Sondermaßnahmen" nannte). Die Partei hat sich auf diesen Weg eingelassen, unter Bedingungen, die sie praktisch zwangen, die Interessen der mittleren und sogar die eines Teils der armen Bauern zu verletzen.

Denn das besondere Gewicht der Kulaken war nicht so groß, daß, wären die Sondermaßnahmen nur auf sie beschränkt worden, man soviel landwirtschaftliche Produkte hätte erzielen können, wie die Städte brauchten.

So bildete sich 1928 eine neue Lage heraus im Vergleich zu derjenigen, die den größten Teil der NEP kennzeichnete. Die Beziehungen zur Bauernschaft wurden von da ab immer schlechter. In dieser neuen Lage entstand tatsächlich eine Kulakengefahr. Aber diese Gefahr erschien nicht so sehr als ökonomische, wie das offiziell beschrieben wurde, sondern als politische Gefahr. Die Unzufriedenheit, durch die Maßnahmen gegen die Gesamtheit der Bauern hervorgerufen, ermöglichte es den Kulaken, auf eine wichtige Fraktion der Bauernschaft Einfluß auszuüben, und zwar deshalb, weil die Partei es zuließ, daß sich für einen solchen Einfluß günstige Bedingungen entwickelten, so daß die Partei ohne wirkliche Vorbereitung zur Kollektivierung im großen Maßstab übergehen und die Vorausplanungen des ersten Fünfjahrplans durcheinanderbringen mußte. Die Partei überstürzte die Entwicklung. Sie verwirklichte eine Kollektivierung, die nicht politisch, noch nicht einmal verwaltungstechnisch vorbereitet war. Es handelte sich um eine Improvisation, die katastrophale Folgen hatte. Eine materialistische Geschichtsschreibung, also eine, die aufrichtig ist, hat die Aufgabe, eine kritische Analyse der Ereignisse zu erstellen, die sich damals wirklich abgespielt haben. Die Geschichte der bolschewistischen Partei sagt uns darüber nichts. Und so wie sie geschrieben ist, hindert sie uns, zu verstehen, warum nach einer Kollektivierung, die theoretisch mit Hilfe der Massen verwirklicht worden sein soll, die landwirtschaftliche Produktion sinkt, so daß es zu der Getreidekrise von 1932 kommt und zu einem starken Rückgang des Rinderbestands (80 % des Rinderbestands lag in den Händen der mittleren Bauern). Solche Geschichtsschreibung verhindert das Verstehen des wirklichen historischen Prozesses und bildet ein Hindernis, aus ihm Lehren zu ziehen.

Walter Aschmoneit: *Was heißt in diesem Zusammenhang, Lehren ziehen?*

Charles Bettelheim: Persönlich glaube ich, daß die Art, in der die Kollektivierung durchgeführt wurde, ein entscheidender Punkt war. Sie ist der Ausgangspunkt eines brutalen Abwürgens der sowjetischen Demokratie, der proletarischen Demokratie. Bis 1928 gab es die Losung „Die Räte wiederbeleben!", den Parteilosen in den Sowjets wieder das Wort erteilen ... eine Losung, die es schwer hatte, wirklich Wurzeln zu fassen, aus Gründen, die wir hier aus Zeitmangel nicht erläutern können. Aber immerhin, es war eine Losung, die es gab, die den Willen der bolschewistischen Partei wiedergab, das zu entwickeln, was wesentlich war, um eine tiefgreifende, korrekte Beziehung zu den Massen, um eine Massenlinie zu entwickeln. Nach 1928, als Maßnahmen ergriffen wurden, die das Vertrauensverhältnis zwischen den Bauernmassen (die damals 80% der sowjetischen Bevölkerung ausmachten) und der Sowjetmacht zerstörten, von da ab funktionierte die sowjetische Demokratie, die proletarische Demokratie immer schlechter. Die proletarische Demokratie hat eine ganz andere Dimension

als die bürgerliche Demokratie. Sie bedeutet die zunehmende Fähigkeit der Massen, ihre Existenzbedingungen zu beherrschen, am Arbeitsplatz ebenso wie im Wohnbereich. Sie fordert, daß sich die Massen frei äußern können und daß sich breite Debatten entwickeln.

Um auf das, was sich in den Jahren ab 1930 ereignete, zurückzukommen, so würde ich folgendes sagen: Wenn man verstehen will, warum die Rolle der Spezialisten und Techniker damals an Bedeutung gewann, welches Gewicht ihnen zugemessen wurde, muß man in Rechnung stellen, daß die Beziehungen zu den Massen zerstört waren; die einzige Basis, auf der man versuchen konnte, eine Unterstützung zu finden, um auf dem Gebiet der Produktion weiter voranzukommen, war nicht mehr die Initiative der Massen, sondern die Technik. Was im Vorwort zu Band I (Die Klassenkämpfe in der UdSSR) von mir als „Ökonomismus" bezeichnet wurde, war nicht nur etwas, das sich in den Köpfen von einigen Theoretikern oder politischen Führern abspielte, sondern war auch die Widerspiegelung einer objektiven Situation. Diese Lage entwickelte sich von dem Augenblick an, als die Partei mehr und mehr gezwungen war, die ökonomische Maschinerie am Funktionieren zu halten, gezwungen war, sich auf die Techniker zu stützen, den Akzent auf die neue Technik zu legen.

Walter Aschmoneit: *Sie haben den Ausdruck „aufrichtig" verwandt im Zusammenhang mit der Geschichtsschreibung: Seit der Kurze Lehrgang 1938 verfaßt wurde, ist die sowjetische Geschichte mehrfach umgeschrieben worden. ... Die Kategorie „Aufrichtigkeit" ist meiner Meinung nach durchaus gültig. Aber besonders angesichts der Relativität der Erkenntnis muß man „aufrichtig" sein; wohl wird man bei einer umfassenderen Kenntnis der Geschichte die Rolle verschiedener Personen oder politischer Verhältnisse neu einschätzen, aber es erscheint mir absolut unzulässig, die Geschichte zu fälschen, „Unpersonen" zu fabrizieren ...*

Charles Bettelheim: Wir berühren hier ein Problem, das eng mit denen verbunden ist, die wir eben besprochen haben. Es ist nur ein anderer Aspekt der Beziehungen der Partei zu den Massen. Für die Entwicklung der wirklich führenden Rolle der Partei ist das Vertrauen der Massen in die Partei fundamental. Nun kann man dieses Vertrauen nur unter bestimmten Bedingungen aufrechterhalten. Erstens muß die gesamte politische Linie grundlegend richtig sein; zweitens muß man den Massen erklären, woher man kommt und wohin man geht. Wenn man daher von der Vergangenheit spricht, muß man von ihr so reden, wie sie wirklich war, und nicht so, wie man gewünscht hätte, daß sie gewesen sei. Das historische Gedächtnis der Massen existiert wirklich. Wenn man die Geschichte umschreibt, schreibt man sie lediglich für sich um, aber nicht für die Massen. Die Massen wissen, was vorgegangen ist, auch wenn sie nicht alle Einzelheiten im Kopf haben. Wenn man die Geschichte fälscht, maskiert, beschneidet, wird das Vertrauen der Massen zu einer Partei, die ihre eigene Geschichte manipuliert, unweigerlich zerstört.

Horst Domdey: *Ich möchte in diesem Zusammenhang die Frage nach den demokratischen Verkehrsformen stellen. Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit die Bevölkerung wirklich die Institutionen von Staat und Partei kontrollieren kann? Bezogen auf die UdSSR: Kann man bestimmte Phasen eingrenzen im Verlauf der Geschichte der UdSSR, wo diese Bedingungen, wo die Demokratie zerstört wurde?*

Charles Bettelheim: Die Frage hat mehrere Aspekte. Es gibt einerseits das allgemeine Problem der demokratischen Verhältnisse als Bedingung der Entwicklung und Festigung der Diktatur des Proletariats auf lange Sicht. Das ist das grundsätzliche Problem. Andererseits wird hier die Frage aufgeworfen, welches die Wendepunkte in der Geschichte der Gesellschaftsformation der UdSSR waren, jene Momente, in denen der Prozeß des Verfalls der demokratischen Verhältnisse jeweils in entscheidende Phasen eintrat. Ich will versuchen, diese beiden Aspekte nacheinander zu beantworten.

Ich glaube wirklich, daß die ganze Geschichte des Marxismus und des Leninismus uns lehrt, daß es der Diktatur des Proletariats auf lange Sicht nicht möglich ist, sich zu festigen ohne eine breite Entwicklung der demokratischen Verhältnisse. In dieser Hinsicht ist die Schrift Lenins über Staat und Revolution, die die Lehren, die Marx aus der Pariser Commune zog, weiterentwickelte, der grundlegende Text. Die Schrift betont die Notwendigkeit der Kontrolle der Gesamtheit der Apparate und der Beamtenschaft durch die Massen, die Notwendigkeit der Wahl und Abwahl der Beamten durch die Massen usw. Das sind hier die absolut grundlegenden Bedingungen für die Festigung der Diktatur des Proletariats auf lange Sicht. Nebenbei bemerkt, ich glaube, es ist vielleicht nützlich, daran zu erinnern – denn das hat eine sehr tiefe Bedeutung –, daß im Kurzen Lehrgang der Geschichte der bolschewistischen Partei von 1938, unter der Leitung von Stalin verfaßt, ungefähr 30 Schriften von Lenin zitiert werden, aber nicht Staat und Revolution. Eine grundlegende theoretische Schrift, die gerade die proletarisch-demokratischen Beziehungen betrifft, wurde also vergessen. Um die gleiche Zeit hat sich Stalin die Frage nach der Dauer des Staates gestellt und behauptet, daß die Begründer des Marxismus sich geirrt hätten, aus Mangel an Erfahrung, als sie geglaubt hatten, der Staat müßte mit den Klassen verschwinden. Nach Stalin zeige die Erfahrung, daß das nicht wahr sei, weil es in der Sowjetunion, so sagt er, keine antagonistischen Klassen mehr gebe und der Staat in der Sowjetunion dennoch existiere. Diese Revision des Marxismus steht im Zusammenhang mit dem Verfall der demokratischen Verhältnisse in dieser Zeit und mit dem Rückgang dessen, was Marx und Engels als fundamentale Merkmale der Diktatur des Proletariats betrachteten, die notwendigerweise breite Demokratie für die Massen ist.

Genauer gesagt, hat der Staat zwei Aspekte: die politische Macht und die Staatsapparate. Nach Marx und Engels festigt sich die politische Macht

des Proletariats, wenn die Staatsapparate absterben, dank einer Zunahme der Aktivitäten der Massen, dank ihrer vielseitigen Organisationen. Ab Anfang der 30er Jahre wurde das nach und nach vergessen.

Dieser Punkt ist entscheidend, um zu verstehen, was sich danach ereignet hat. Wenn die Aktivität der Massen zurückgeht und wenn dieser Prozeß nicht aufgehalten wird, kommt der Moment, von dem ab sich die Verselbständigung der Staatsapparate so stark entwickelt, daß im Innern dieser Apparate die dem Proletariat feindlichen Kräfte eine vorherrschende Position einnehmen und den Klassencharakter des Staats verändern.

Einer der „Schlüsselmomente" dieses historischen Prozesses war der 10. Parteitag, der die Resolution über das Verbot „organisierter Tendenzen" annahm (bei uns bekannt unter dem Stichwort „Fraktionsverbot" innerhalb der Partei, Anm. der Berliner Hefte). Zu dem Zeitpunkt, als diese Resolution angenommen wurde, war sie eine Notwendigkeit, aufgezwungen durch das, was Lenin die „revolutionäre Zweckmäßigkeit" nannte. Aber das Aufrechterhalten dieser Resolution, die einen provisorischen Charakter hatte, auch nach den Umständen, die sie notwendig gemacht hatten, bewirkte, daß die Resolution des 10. Parteitages – rückblickend – zum Verfall der demokratischen Verhältnisse im Innern der bolschewistischen Partei beitrug. Das was also einer dieser Schlüsselmomente. Betrachtet man die NEP selbst, so stellt man einen widersprüchlichen Prozeß fest: Einerseits das Aufrechterhalten, ja mehr noch als das Aufrechterhalten, die Verstärkung jener Hindernisse, die dem Meinungsaustausch im Innern der Partei entgegenstanden, und andererseits der Versuch, im Verlauf der NEP die sowjetische Demokratie zu entwickeln unter der Losung, man solle die Sowjets wiederbeleben, eine Losung, die von 1924 bis 1927 ausgegeben wurde. Hier besteht ein Widerspruch: Wenn im Innern der Partei der Meinungsaustausch nicht mehr stattfinden kann, so wie es noch zu Lebzeiten Lenins üblich war (sogar noch nach dem X. Parteitag), dann wird das Funktionieren der sowjetischen Demokratie erschwert. Wenn die demokratischen Verhältnisse innerhalb der Partei eingeschränkt sind, sind sie es auch mehr oder weniger unvermeidlich außerhalb der Partei. Infolgedessen hatte der Versuch der Wiederbelebung der Sowjets im Verlauf der NEP nur geringen Erfolg.

Nach dem Bruch des Vertrauensverhältnisses zwischen den Bauernmassen und der Partei – den die Kollektivierung von oben verursacht hatte – war eine neue Schwelle überschritten worden im Hinblick auf den Verfall der demokratischen Verhältnisse. Das hatte erneut negative Folgen, da die Bedingungen eines wirklichen ideologischen Kampfs eingeschränkt wurden, der unerläßlich ist für einen dauerhaften Sieg einer proletarischen Linie. Ein wirklicher ideologischer Kampf erfordert eine offene und breite Diskussion; er setzt voraus, daß diejenigen, die an dieser Diskussion teilnehmen, weder Ausschließung noch Repression befürchten. Ist das nicht gegeben, wird die Diskussion nicht konsequent zu Ende geführt.

Die demokratischen Beziehungen zu den Massen sind genauso wichtig.

Wenn man von der führenden Rolle der Partei spricht, muß man daran erinnern, daß diese nur in dem Maß besteht, wie es der Partei gelingt, die Massen zu überzeugen. Mao Tse-tung hat oft hervorgehoben, daß es nichts nützt, sich selbst als führende Partei zu proklamieren, denn die politische Führung hängt von den Beziehungen zu den Massen ab. Falls die Partei die Staatsmacht besitzt, kann sie sicherlich während einer gewissen Zeit ihre Beziehungen zum Staatsapparat benutzen, um für eine Reihe von Veränderungen Anstöße zu geben; selbst dann, wenn sich ihre Beziehungen zu den Massen verschlechtern. Aber die so bewirkten Veränderungen sind begrenzt, und ihr proletarischer Inhalt ist äußerst schwach.

Nach der Kollektivierung setzte 1934 eine neue Phase ein. Der Parteitag konnte die Nominierung Stalins als Generalsekretär nicht ohne Schwierigkeiten durchsetzen. Ende 1934 wurde die schon eingeschränkte Meinungsfreiheit noch weiter beschnitten, und die Säuberungen in der Partei nahmen zu. Diese Säuberungen hatten nicht mehr in erster Linie die Eliminierung jener Parteimitglieder zum Ziel, die ein korrumpiertes Privatleben führten oder die unzureichend aktiv waren; die Säuberungen wurden vielmehr als Waffe benutzt, um diejenigen zu eliminieren, die nicht wie die Führung dachten. Diese Phase ging 1936 mit den großen Prozessen weiter. Die Prozesse waren ein Mittel, jede Diskussion zu unterbinden und Anklagen zu erheben, die nicht der Wirklichkeit entsprachen. Ehemalige Führer wie Sinowjew, Kamenew, Bucharin oder Trotzki wurden damals angeklagt, Agenten Hitlers oder des japanischen Imperialismus zu sein, was historisch falsch ist. Und so entwickelte sich eine Praxis, die zum Ziel hatte, eine Situation zu schaffen, in der jede von der Führung abweichende Meinung, und sei die Abweichung noch so gering, sich nicht mehr artikulieren konnte, weder in der Partei noch in den Massen. Diejenigen, die sich dem Verdacht aussetzten, eine andere Meinung zu haben, riskierten, als „Hitler-Trotzkisten" (hitlero-trotskyste) oder als Bucharinanhänger (boukhariniens) verurteilt zu werden.

Horst Domdey: *Welche Konsequenzen muß man aus diesen Erfahrungen der Geschichte ziehen? Müssen nicht im Sozialismus bestimmte Grundrechte durchgesetzt werden? Rechte wie freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, das Recht der Unantastbarkeit der Person, bestimmte Regeln im Justizbereich, im Strafvollzug?*

Und eine weitere Frage, die sich stellt: Ist eigentlich das Einparteiensystem für den Sozialismus zwingend? Wenn wir an die Pariser Commune denken, so gab es damals ja ganz verschiedene politische Gruppierungen. Auch unter der Herrschaft der bolschewistischen Partei unter Lenin, während der ersten Jahre, gab es ja noch die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, 1917, 18, 19 ... Die hatten ihre Büros, ihre Zeitungen. Lenin versuchte zu bestimmten Zeiten, sie in die Regierung reinzunehmen. Es gab damals also eine politische Öffentlichkeit, die nicht nur durch eine einzige Partei geprägt war, sondern durch die Ausein(andersetzung über den Ver*)*lauf der weiteren Geschichte der UdSSR. Und in unseren Köpfen ver-*

bindet sich daher Diktatur des Proletariats mit der Vorstellung, daß da nur eine Partei existiert. Die Frage ist, ob nicht diese Vorstellung revisionsbedürftig ist.

Charles Bettelheim: Die hier aufgeworfenen Fragen sind natürlich schwierig. Sie geben Anlaß, die Lehren der Geschichte der revolutionären Bewegung und der grundlegenden Schriften des Marxismus-Leninismus zu überdenken.

Wenn wir die Erfahrungen der Pariser Commune betrachten und auch die Anfänge der sowjetischen Revolution, so wird ganz klar, daß damals die Vorstellung einer Einheitspartei, als einziger Träger von Ausdrucksmöglichkeiten (des moyens d'expression), nie der leitende Gedanke war. Diese Vorstellung kommt auch nicht in den Schriften von Marx vor, in Texten wie „Der Bürgerkrieg in Frankreich" oder in Schriften von Lenin wie „Staat und Revolution". Sie enspricht auch nicht den ersten Handlungen der Sowjetmacht. Diese ersten Handlungen der Sowjetmacht gestanden allen Parteien, die die Sowjetmacht akzeptierten, die Existenzmöglichkeit zu. Deren Aktivitäten wurden nie im Namen theoretischer Prinzipien eingeschränkt, sondern aufgrund der besonderen konkreten Bedingungen des Bürgerkiegs, aufgrund der Offensive der Weißen Armee, der Rolle, die in den von den Weißen besetzten Gebieten menschewistische und sozialrevolutionäre Kräfte spielten. Das Einparteienprinzip ist niemals als eine Notwendigkeit der proletarischen Macht theoretisch vertreten worden.

Schriften Mao Tse-tungs, wie „Über die zehn großen Beziehungen" oder „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke", Texte, die die Bilanz der Erfahrungen der chinesischen Revolution ziehen, heben die Notwendigkeit hervor, daß das Volk über Meinungsfreiheit, Freiheit der Kritik und Freiheit der Organisation verfügen muß. Mao Tse-tung sagt, daß in China die Existenz mehrerer Parteien gerechtfertigt sei. Es gibt absolut keine theoretische Basis, um zu behaupten, der Sozialismus sei mit der Existenz grundlegender Rechte für die Massen und für die Minoritäten unvereinbar. Ganz im Gegenteil, diese grundlegenden Rechte werden als eine Notwendigkeit von den Begründern des historischen Materialismus bestätigt, von Lenin, von Mao Tse-tung. Man weiß im übrigen, daß die Entfaltung des Kampfs zweier Linien und zweier Wege ermöglicht werden muß, will man das Voranschreiten des Marxismus fördern. Nun, ein klarer Kampf zweier Linien und die Vertiefung des Marxismus (Lenin erinnert daran, daß Marx und Engels nur die Grundsteine gelegt hatten) erfordern eine breite Diskussion. Wir stehen am Anfang einer neuen Phase der Geschichte der Menschheit. In dieser Phase muß sich die Wissenschaft der gesellschaftlichen Umwälzungen und der Revolution weiterentwickeln, was einen breiten ideologischen Kampf erfordert. Wenn man behindert, was Marx „die freie wissenschaftliche Forschung" nennt, kann der Marxismus keine Fortschritte machen, was das Voranschreiten zum Kommunismus behindert.

Horst Domdey: *Ist unter Stalin der Marxismus-Leninismus weiterentwikkelt worden? Gibt es Bereiche, von denen man sagen kann, hier hat der Marxismus-Leninismus einen Schritt vorwärts gemacht? Etwa ähnlich wie unter Mao Tse-tung?*

Charles Bettelheim: Offen gesagt, ich glaube nicht, daß Stalin zur Entwicklung der Theorie beigetragen hat. Ich würde sagen, eher im Gegenteil. Im Band 2 (Die Klassenkämpfe in der UdSSR) analysiere ich einige Schriften Stalins, um die Rückschritte in der wissenschaftlichen Konzeption herauszustellen, die man in diesen Schriften findet. Mao Tse-tung dagegen hat dem Marxismus und der Diktatur des Proletariats zu gewaltigen Fortschritten verholfen.

(...)

Antifaschistische **RUSSELL-REIHE**

DOKUMENTATION VON TEXTEN UND VORSCHRIFTEN GEGEN DEN FASCHISMUS UND IHRE ANWENDUNG, VERDREHUNG UND MISSACHTUNG SEITENS DER BRD – STAATSORGANE VON 1945 – 1977

1 Exemplarisch wird der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierung wie sie u.a. das Potsdamer Abkommen zwingend vorschreibt, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende „Verfolgung" von Nazi–Verbrechern aufgezeigt.

ISBN 3 88 305 001 6 184 Seiten DM 10,–

„NSDAP" – PROPAGANDISTEN UNTER DER LUPE

3 Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und neonazistischen Aktionen um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Diese Kreise betreiben seit Jahren offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich"; dabei sind sie keine isolierten „Spinner", sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (ein schließlich NPD) in Kontakt.

ISBN 3 88 305 003 1 206 Seiten DM 13,50

„JEDER KANN DER NÄCHSTE SEIN !"

4 Erste umfassende Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihre Legitimation. Über 150 Menschen sind seit 1971 in der BRD durch unmittelbare Gewaltanwendung seitens der Polizei - u.a. durch den Todesschuß - ums Leben gekommen.140 Fälle dokumentieren dies, inklusive der gesetzlichen Grundlagen. Weiterhin müssen erste Fälle beschrieben werden, wo Kritik am Todesschuß diffamiert und unterdrückt wird.

ISBN 3 88 305 004 0 316 Seiten DM 19,–

NACH SCHLEYER : „SONDERKOMMANDOS " IN DER BRD – ZÜGIGER AUSBAU DER NEUEN GeStaPo

5 In der BRD kam während der Fahndung nach den Schleyer– Entführern ein Apparat zum vollen Einsatz, der seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 von der SPD/FDP– Koalition als „Reform – Programm Innere Sicherheit" planmäßig aufgebaut wurde: Krisenstab, Bundeskriminalamt, Bundeskanzleramt, Polizeiliche Sonderkommandos. In der Folge wurden die sogenannten „Anti–Terror--Pakete" verabschiedet. Diese Analyse des Polizeiapparates, die sich auf umpfangreiche Dokumente stützt, wurde im Mai 1978 vorläufig beschlagnahmt, wieder freigegeben und nun Anfang 1979 erneut angeklagt nach § 90 a und § 185. Kläger sind BKA, LKA Hamburg, LKA Westberlin und F.S. Strau...

ISBN 3 88 305 005 9 240 Seiten DM 14,–

zu beziehen über: j.reents — verlag, lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50 oder über Vereinigte Verlagsauslieferung VVA. Lieferung nur gegen Vorauskasse, PsK.Hamburg 2405 95 – 203